

Nr. 1389.

schule

3314

g

Buchhandlung für Kunst- und Wissenschaften in Braunschweig

Dr. Gumboldtstr.

UB Braunschweig

84



10097-996-3

Wa - 3314

Die Braunschweigische Jagdordnung

und die damit in Verbindung stehenden
reichs- und landesrechtlichen Vorschriften



Vertausgabe
mit kurzen Erläuterungen und Sachverzeichnis

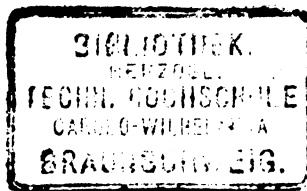
Von
F. Gründner

Doktor der Staatswissenschaft.

Herzoglich Braunschweigischem Oberforstmeister



NZ. 47.2041



Braunschweig 1911

E. Appelhaus & Comp.
(Rud. Stolle & Gust. Roseltieb)

Gedruckt in der Waisenhaus - Buchdruckerei
Braunschweig

Vorwort.

Dem von mehreren Seiten an mich herangetretenen Wunsche, von der das braunschweigische Jagdrecht in umfassender Weise regelnden Jagdordnung vom 3. März d. J. eine Ausgabe mit kurzen Erläuterungen zu veranstalten, habe ich mich nicht entziehen mögen, da bei der Entstehung der Jagdordnung, des Landes-Vogelschutzgesetzes und des Waffengebrauchsgesetzes mitzuwirken mir vergönnt war, auch eine Bearbeitung des Stoffes von berufenerer Seite vor der Hand, soweit mir bekannt, nicht zu erhoffen ist.

Bei der Herausgabe des vorliegenden Büchleins habe ich vorzugsweise die große Zahl von Jagdschutzbeamten, Jagdfreunden und Jagdvorstandsmitgliedern unseres Herzogtums im Auge gehabt. Allen diesen nicht nur die Jagdordnung mit kurzen, das Verständnis erleichternden Anmerkungen und Hinweisen, sondern auch eine Reihe anderer reichs- und landesrechtlicher Vorschriften, die mit dem Jagdrechte im Zusammenhange stehen, darzubieten, schien mir einem Bedürfnisse zu entsprechen.

Wer tiefer in den Gegenstand eindringen will, wird die zu der preussischen Jagdordnung erschienenen

Kommentare zur Hand nehmen müssen, die sich ihm in vielen Fällen um deswillen als nützlich erweisen werden, weil das preußische Gesetz dem unserigen als Vorbild gedient hat und mit ihm inhaltlich in vielen Paragraphen übereinstimmt. Ein solches Studium wird durch die Einrichtung erleichtert werden, wonach ich unter jedem Paragraphen der Jagdordnung die Zahl des entsprechenden Paragraphen der preußischen Jagdordnung und die betr. Seitenzahlen der Kommentare von Bauer, Dalcke-Delius, Ebner, Engelhard-Dankelmann, Görcke und Runze-Rühnemann angegeben habe.

Möge die kleine anspruchslöse Schrift in den Kreisen derer, für die ich sie bestimmt habe, eine wohlwollende Aufnahme finden.

Braunschweig, im Mai 1911.

Grundner.

Inhaltsübersicht.

Seite

I. Bürgerliches Gesetzbuch nebst Einführungsgesetz.	
1. Einführungsgesetz zum BGB. Artikel 69 bis 72	1
2. Bürgerliches Gesetzbuch §§ 835, 958 bis 960 . .	3
II. Jagdordnung vom 3. März 1911 Nr. 21.	9
1. Abschnitt. Umfang des Jagdrechts §§ 1 bis 3 .	12
2. Abschnitt. Ausübung des Jagdrechts.	
1. Allgemeine Grundsätze §§ 4 und 5	16
2. Eigenjagdbezirke §§ 6 bis 8	19
3. Gemeinschaftliche Jagdbezirke §§ 9 bis 24. .	22
4. Gemeinsame Bestimmungen §§ 25 bis 27 . .	42
3. Abschnitt. Jagdscheine §§ 28 bis 35	47
4. Abschnitt. Schonvorschriften §§ 36 bis 42 . . .	56
5. Abschnitt. Wildschadenersatz §§ 43 bis 54 . . .	64
6. Abschnitt. Wildschadenverhütung §§ 55 bis 62 .	71
7. Abschnitt. Wildhandel und Wildversendung §§ 63 bis 70	79
8. Abschnitt. Behörden §§ 71 und 72	84
9. Abschnitt. Ausübung des Jagdschutzes §§ 73 bis 78	85
10. Abschnitt. Strafvorschriften §§ 79 bis 85 . . .	91
11. Abschnitt. Schluß- und Übergangsbestimmungen §§ 86 bis 90	97
IIa. Bekanntmachung des Herzoglichen Staatsmini- steriums zur Ausführung der Jagdordnung, vom 20. April 1911 Nr. 39	103
I. Jagderlaubnis-scheine, zu § 26	103
II. Jagdscheine, zu §§ 28, 30 bis 32	103
III. Wildschadenersatz, zu §§ 49 bis 54	105

VI

	Seite
IV. Ursprungsscheine, zu §§ 65 und 66	107
V. Vertrieb von Wild aus Rühlhäusern, zu §§ 66 Ziff. 3 und 68 Abs. 2, Muster 1 bis 14	107
III. Die Jagdstrafvorschriften des Strafgesetzbuches §§ 292 bis 295, 361 Ziff. 9, 367 Ziff. 8, 368 Ziff. 7, 10, 11	125
IV. Vogelschutzgesetzgebung.	
1. Internationale Übereinkunft über den Vogelschutz	131
2. Reichs-Vogelschutzgesetz vom 30. Mai 1908	138
3. Landes-Vogelschutzgesetz vom 3. März 1911 Nr. 22	145
4. Verzeichnis der im Herzogtume Braunschweig wild vorkommenden Vogelarten nach der Art ihres gesetzlichen Schutzes	151
V. Vorschriften über Brieftauben, Militär-Brieftauben und Feldtauben.	
1. Artikel 130 des Einführungsgesetzes zum BGB.	153
2. Reichsgesetz, betr. den Schutz der Brieftauben und den Brieftaubenverkehr im Kriege, vom 28. Mai 1894, nebst Ausführungsbestimmungen	153
3. Feldtauben betr.	
a) Gesetz, das Halten der Feldtauben betr., vom 4. Januar 1845 Nr. 4	156
b) Gesetz — Veränderungen des Gesetzes vom 4. Jan. 1845 betr. — vom 26. März 1870 Nr. 33.	156
c) Gesetz, die Bestrafung der Polizei-Über- tretungen betr., vom 23. März 1899 Nr. 27, § 18 III.	157
VI. Die Jagdschutzbeamten.	
1. Dienstkleidung und Dienstabzeichen.	
a) Bekanntmachung des Herzoglichen Staats- ministeriums, betr. Vorschriften über die	

Dienstkleidung für die Beamten und Bediensteten der Herzogl. Forstverwaltung vom 7. Juli 1908 Nr. 47.	158
b) Bekanntmachung des Herzoglichen Staatsministeriums über das Dienstabzeichen der Privat-Forstauffseher, -Jagdauffseher, -Fischereiauffseher und -Jäger vom 29. April 1911 Nr. 40	159
2. Bestellung der Jagdschutzbeamten zu Hilfsbeamten der Staatsanwaltschaft und ihre Dienstobliegenheiten als solche.	
a) Deutsches Gerichtsverfassungsgesetz §§ 153 und 168	161
b) Verordnung, den § 153 des Deutschen Gerichtsverfassungsgesetzes betr., vom 21. April 1879 Nr. 22	161
c) Strafprozeßordnung §§ 94, 98, 102 bis 109, 127, 128, 112, 113	163
3. Der strafrechtliche Schutz der Jagdschutzbeamten.	
a) Gesetz, die Bestrafung der Polizei-Übertretungen betr., vom 23. März 1899 Nr. 27, § 6 Ziff. 1	171
b) Strafgesetzbuch §§ 113, 117 bis 119	172
c) Das Recht der Notwehr	175
d) Gesetz über den Waffengebrauch bei Ausübung des Forst-, Jagd- und Fischereischutzes vom 5. Januar 1911 Nr. 7	176
e) Bekanntmachung des Herzoglichen Staatsministeriums zur Ausführung des Gesetzes über den Waffengebrauch bei Ausübung des Forst-, Jagd- und Fischereischutzes, vom 29. April 1911 Nr. 41	181

VII. Gesundheits- und seuchenpolizeiliche Vorschriften in bezug auf die Jagd.	
1. Reichs-Viehseuchengesetz vom 26. Juni 1909 . . .	185
2. Reichsgesetz, betr. die Schlachtvieh- und Fleisch- beschau, vom 3. Juni 1900	190
3. Gesetz, betr. die Trichinenschau, vom 1. Mai 1905 Nr. 26	192
4. Bekanntmachung des Herzoglichen Staatsmini- steriums, betr. die Trichinenschau, vom 10. Mai 1905, Nr. 27.	195
VIII. Fahrlässige Körperverletzung und Sachbeschädi- gung durch Jagdausübende.	
1. Bürgerliches Gesetzbuch § 823	202
2. Strafgesetzbuch §§ 222, 230 bis 232, 303	203
IX. Unfallversicherung bei der Jagd.	
1. Reichs-Unfallversicherungsgesetz für Land- und Forstwirtschaft vom 30. Juni 1900	207
2. Gesetz, betr. die Fürsorge für Beamte infolge von Betriebsunfällen, vom 8. Dezbr. 1902 Nr. 53	209
X. Eisenbahn-Bau- und Betriebsordnung und -Ver- kehrsordnung.	
1. Eisenbahn-Bau- und Betriebsordnung	218
2. Eisenbahn-Verkehrsordnung	220
XI. Amtliche Prüfung der Handfeuerwaffen.	
1. Reichsgesetz, betr. die Prüfung der Läufe und Ver- schlüsse der Handfeuerwaffen, vom 19. Mai 1891	224
2. Bekanntmachung des Reichskanzlers, betr. die Ausführung des Gesetzes über die Prüfung usw. der Handfeuerwaffen, vom 22. Juni 1892 . . .	228
Sachverzeichnis	235
Erklärung der Abkürzungen	245

I.

Bürgerliches Gesetzbuch nebst Einführungsgesetz.

Für das Jagdrecht kommen unmittelbar nur wenige Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches in Betracht, nämlich die Bestimmungen über den Ersatz des Wildschadens (§ 835), ferner die über den Erwerb des Eigentums an herrenlosen beweglichen Sachen, zu denen auch die herrenlosen jagdbaren Tiere zählen, und die über herrenlose wilde Tiere.

Im übrigen überläßt das Einführungsgesetz zum BGB. das Jagdrecht der Landesgesetzgebung, unbeschadet jedoch der Vorschriften des § 958 Abs. 2 BGB. über den Erwerb des Eigentums an herrenlosen wilden Tieren und des § 835 über den Wildschaden. Hinsichtlich des letzteren aber werden gewisse Vorbehalte und Ausnahmen sowie Erweiterungen zugunsten der Landesgesetzgebung zugelassen (E.G. z. BGB. Art. 70 u. 71). Im Artikel 72 des E.G. findet sich dann noch eine Zusatzbestimmung zu § 835 BGB.

1. Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuche.

Art. 69. Unberührt bleiben die landesgesetzlichen Vorschriften über Jagd und Fischerei, unbeschadet der Vorschrift des § 958 Abs. 2 des Bürgerlichen Gesetzbuchs und der Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuchs über den Ersatz des Wildschadens.¹

1. Die landesrechtlichen Vorschriften über Jagd (und Fischerei) bleiben bestehen und die Landesgesetzgebung kann sie nach ihrem Ermessen ändern, nicht jedoch die Vorschriften des § 958 Abs. 2 BGB. (Erwerb des Eigentums an herrenlosen jagdbaren Tieren) sowie des § 835 BGB. und des Art. 72 E.G. (Ersatz des Wildschadens). Wohl aber kann sich die Landesgesetzgebung hinsichtlich der Vorschriften über den Wildschadenersatz innerhalb des ihr durch die Artikel 70 und 71 E.G. belassenen Spielraumes bewegen.

Art. 70. Unberührt bleiben die landesgesetzlichen Vorschriften über die Grundsätze, nach welchen der Wildschaden festzustellen ist, sowie die landesgesetzlichen Vorschriften, nach welchen der Anspruch auf

Ersatz des Wildschadens innerhalb einer bestimmten Frist bei der zuständigen Behörde geltend gemacht werden muß.¹

1. Die Vorschriften über die Anmeldung und Feststellung des Wildschadens sind in den §§ 48 bis 54 der Jagdordnung enthalten.

Art. 71. Unberührt bleiben die landesgesetzlichen Vorschriften,¹ nach welchen

1. die Verpflichtung zum Ersatze des Wildschadens auch dann eintritt, wenn der Schaden durch jagdbare Tiere anderer als der im § 835 des Bürgerlichen Gesetzbuchs bezeichneten Gattungen angerichtet wird;

2. für den Wildschaden, der durch ein aus einem Gehege ausgetretenes jagdbares Tier angerichtet wird, der Eigentümer oder der Besitzer des Geheges verantwortlich ist;²

3. der Eigentümer eines Grundstücks, wenn das Jagdrecht auf einem anderen Grundstück nur gemeinschaftlich mit dem Jagdrecht auf seinem Grundstück ausgeübt werden darf, für den auf dem anderen Grundstück angerichteten Wildschaden auch dann haftet, wenn er die ihm angebotene Pachtung der Jagd abgelehnt hat;

4. der Wildschaden, der an Gärten, Obstgärten, Weinbergen, Baumschulen und einzelstehenden Bäumen angerichtet wird, dann nicht zu ersetzen ist, wenn die Herstellung von Schutzvorrichtungen unterblieben ist, die unter gewöhnlichen Umständen zur Abwendung des Schadens ausreichen;³

5. die Verpflichtung zum Schadensersatz im Falle des § 835 Abs. 3 des Bürgerlichen Gesetzbuchs abweichend bestimmt wird;

6. die Gemeinde an Stelle der Eigentümer der zu einem Jagdbezirk vereinigten Grundstücke zum Ersatze des Wildschadens verpflichtet und zum Rückgriff auf die Eigentümer berechtigt ist oder an Stelle der Eigentümer oder des Verbandes der Eigentümer oder der Gemeinde oder neben ihnen der Jagdpächter zum Ersatze des Schadens verpflichtet ist;

7. der zum Ersatze des Wildschadens Verpflichtete Erstattung des geleisteten Ersatzes von demjenigen verlangen kann, welcher in einem anderen Bezirke zur Ausübung der Jagd berechtigt ist.

1. Von den — durch kleineren Druck hervorgehobenen — Vorbehalten der Ziffern 1, 3, 5, 6 und 7 hat die braunschweigische Landesgesetzgebung keinen Gebrauch gemacht, wohl aber von denen der Ziffern 2 und 4.

2. In Braunschweig ist nach § 47 der Jagdordnung der Jagdausübungsberechtigte eines Geheges, aus dem Schwarzwild ausgetreten ist, für den durch dieses angerichteten Schaden verantwortlich.

3. Eine der Ermächtigung dieser Ziffer entsprechende Vorschrift enthält der § 44 der Jagdordnung.

Art. 72. Besteht in Ansehung eines Grundstücks ein zeitlich nicht begrenztes Nutzungsrecht, so finden die Vorschriften des § 835 des Bürgerlichen Gesetzbuchs über die Verpflichtung zum Ersatze des Wildschadens mit der Maßgabe Anwendung, daß an die Stelle des Eigentümers der Nutzungsberechtigte tritt.¹

1. Dieser Artikel enthält eine Ergänzung des § 835 des BGB. Vergl. auch § 3 Abs. 1 der Jagdordnung (S. 15).

2. Bürgerliches Gesetzbuch.

§ 835. Wird durch Schwarz-, Rot-, Elch-, Dam- oder Rehwild oder durch Fasanen¹ ein Grundstück beschädigt, an welchem dem Eigentümer das Jagdrecht nicht zusteht,² so ist der Jagdberechtigte verpflichtet, dem Verletzten den Schaden zu ersetzen.³ Die Ersatzpflicht erstreckt sich auf den Schaden, den die Tiere an den getrennten, aber noch nicht eingernteten Erzeugnissen des Grundstücks anrichten.⁴

Ist dem Eigentümer⁵ die Ausübung des ihm zustehenden Jagdrechts durch das Gesetz entzogen,⁶ so hat derjenige den Schaden zu ersetzen, welcher zur Ausübung des Jagdrechts nach dem Gesetze berechtigt ist. Hat der Eigentümer eines Grundstücks, auf dem

das Jagdrecht wegen der Lage des Grundstücks nur gemeinschaftlich mit dem Jagdrecht auf einem anderen Grundstück ausgeübt werden darf, das Jagdrecht dem Eigentümer dieses Grundstücks verpachtet,⁷ so ist der letztere für den Schaden verantwortlich.

Sind die Eigentümer der Grundstücke eines Bezirkes zum Zwecke der gemeinschaftlichen Ausübung des Jagdrechts durch das Gesetz zu einem Verbande vereinigt, der nicht als solcher haftet,⁸ so sind sie nach dem Verhältnisse der Größe ihrer Grundstücke ersatzpflichtig.⁹

1. Ersetzt wird nur der durch die genannten Wildarten, das jag. Schadenwild, verursachte Schaden. Von der Ermächtigung des CG. zum BGB. Artikel 71 Nr. 1, wonach die Landesgesetzgebung die Verpflichtung zum Ersatze des Schadens auch auf andere Wildarten ausdehnen kann, hat Braunschweig keinen Gebrauch gemacht.

Auf jagdbare Tiere in Tiergärten (BGB. § 960 Abs. 1) findet nicht § 835, sondern die §§ 833 und 834 Anwendung, da der Inhaber des Tiergartens Tierhalter ist. Dagegen ist § 835 anwendbar auf den Schaden, der durch das aus einem Gehege ausgetretene Wild angerichtet ist (vergl. S. 66, Jagdordnung § 47).

2. Der Fall, daß dem Eigentümer eines Grundstücks (bezw. dem Nießbraucher oder dem Inhaber eines nießbrauchähnlichen Rechts des Bauern- oder Familienrechts) das Jagdrecht nicht zusteht, kommt in Braunschweig nicht vor, da das Jagdrecht untrennbar mit dem Grundeigentume verbunden ist, vergl. § 3 der Jagdordnung (S. 15).

3. Ersatzberechtigt ist der Verletzte (die Jagdordnung, §§ 49 u. 50, gebraucht den Ausdruck „der Geschädigte“), also in erster Linie der Eigentümer des beschädigten Grundstücks. Ist das Grundstück verpachtet, so steht der Ersatzanspruch dem Pächter zu. Hat jedoch ein zur Ausübung der Jagd berechtigter Eigentümer (Eigenjagdbesitzer) seine Grundstücke verpachtet und sich die Ausübung der Jagd vorbehalten, so ist nach dem Inhalte des Pachtvertrages zu entscheiden, ob der Pächter Anspruch auf Ersatz des Wildschadens hat oder nicht.

4. Zu ersetzen ist der Schaden, der angerichtet wird

- a. an Grundstücken selbst und ihren wesentlichen Bestandteilen, zu denen (§§ 93, 94 BGB.) auch die noch nicht getrennten Erzeugnisse der Grundstücke gehören,

b. an den getrennten, aber noch nicht eingeernteten Erzeugnissen der Grundstücke, nicht aber der an den Erzeugnissen, die in Diemen, Mieten usw. aufgespeichert sind, angerichtete Schaden.

Der einer Person oder einer beweglichen Sache zugefügte Schaden fällt nicht unter § 835.

Hinsichtlich der Feststellung des Wildschadens und der Frist zur Anmeldung des Anspruchs vergl. Jagdordnung §§ 48 ff. (S. 67).

5. Besteht in Ansehung des betr. Grundstücks ein zeitlich nicht begrenztes Nutzungsrecht, so tritt nach Art. 72 GG. z. BGB. an die Stelle des Eigentümers der Nutzungsberechtigte, vergl. dazu Jagdordnung § 3 Abs. 1.

6. Vergl. § 4 Abs. 1 vorletzten Satz der Jagdordnung (S. 16).

7. Vergl. § 9 Abs. 2 u. 3, § 10 Abs. 1 bis 4 und § 46 der Jagdordnung.

8. In Braunschweig sind die Eigentümer der Grundstücke eines gemeinschaftlichen Jagdbezirks (Jagdgenossen) zu einer Jagdgenossenschaft vereinigt (§ 14 der Jagdordnung), die als solche für den Wildschaden ersatzpflichtig ist. Sie verteilt aber den zu leistenden Schadenersatz auf die Jagdgenossen nach der Größe des Grundbesitzes (§ 45 das.).

9. Die Frage des Wildschadenersatzes kann durch Vertrag abweichend von den Vorschriften des § 835 geregelt werden.

§ 958. Wer eine herrenlose bewegliche Sache¹ in Eigenbesitz nimmt, erwirbt das Eigentum an der Sache.

Das Eigentum wird nicht erworben,² wenn die Aneignung gesetzlich verboten ist, oder wenn durch die Besitzergreifung das Aneignungsrecht eines anderen verletzt wird.

1. Eine Sache ist herrenlos, wenn sie keinen Eigentümer hat. Herrenlose Sachen haben entweder noch nie im Eigentume gestanden oder sie sind vom bisherigen Eigentümer aufgegeben (vergl. über letztere BGB. § 959).

Zu den herrenlosen beweglichen Sachen gehören auch die wilden Tiere und insbesondere auch die jagdbaren wilden Tiere, solange sie sich in der Freiheit befinden.

2. Die Aneignung verschafft kein Eigentum, d. h. die Sache bleibt ferner herrenlos in zwei Fällen:

1. wenn die Aneignung gesetzlich verboten ist und
2. wenn durch die Besitzergreifung das bestehende Aneignungsrecht eines anderen verletzt wird.

Als reichs- oder landesgesetzliche Aneignungsverbote gelten nur solche, die die Aneignung selbst direkt und ausdrücklich verbieten, namentlich auch § 368 Nr. 11 StGB. über unbefugtes Ausnehmen der Eier und Jungen von jagdbarem Federwild und § 1 Abs. 1 des Reichs-Vogelschutzgesetzes über das Ausheben von Nestern und das Ausnehmen von Eiern und Jungen usw. Vergl. RGE. in StS. 7, 91 und 37, 230. Die Frage, ob die Jagdschonvorschriften Aneignungsverbote im Sinne des § 958 enthalten, ist streitig. v. Staudinger, der sie in Seuberts Blättern für Rechtsanwendung 63, 285 eingehend behandelt, unterscheidet zwischen solchen Schonvorschriften, die ein unbedingtes dauerndes Aneignungsverbot enthalten und solchen, die nur zeitliche oder auch örtliche Aneignungsbeschränkungen oder -verbote bestimmter Erlegungs- oder Fangarten aufstellen. Bei den unbedingten dauernden Aneignungsverboten findet nach v. St. § 958 Abs. 2 Anwendung, nicht aber bei den sonstigen. Gleicher Ansicht Bland, Biermann, Diefel, Rotering, abweichender Ansicht Windscheid-Ripp, Cosad.

Zu 2 bestimmt der Art. 69 GG. zum BGB., daß die Landesgesetzgebung von dieser Vorschrift in den Jagd- und Fischereigesetzen nicht abweichen darf. Hiernach erwirbt an dem von einem Wilderer erbeuteten Wilde weder dieser noch der Jagdberechtigte Eigentum. Das Wild bleibt zunächst herrenlos, bis es entweder der Jagdberechtigte in Besitz bekommt oder ein gutgläubiger Dritter nach § 932 BGB. Vergl. RGE. in StS. 39, 427.

Wegen Verletzung seines Jagdrechts steht dem Jagdberechtigten gegen den Wilderer die Schadenersatzklage nach § 823 Abs. 2 BGB. und nach § 249 Klage auf Herausgabe des Wildes oder einzelner Teile (Geweih) zu.

§ 959. Eine bewegliche Sache wird herrenlos, wenn der Eigentümer in der Absicht, auf das Eigentum zu verzichten, den Besitz der Sache aufgibt.¹

1. Nicht jede Besitzaufgabe ist eine Verzichtleistung auf das Eigentum einer beweglichen Sache, z. B. nicht das Liegenlassen der Sache in großer Eile. Es muß die Willensbetätigung (nicht notwendig auch die Willenserklärung) des Eigentümers hinzukommen, auf das Eigentum zu verzichten (animus derelinqnendi). Verzichtleistung auf das Eigentum zugunsten einer anderen Person ist nicht Eigentumsaufgabe, sondern Eigentumsübertragung.

§ 960. Wilde Tiere¹ sind herrenlos, solange sie sich in der Freiheit befinden. Wilde Tiere in Tiergärten² und Fische in Teichen oder anderen geschlossenen Privatgewässern sind nicht herrenlos.

Erlangt ein gefangenes wildes Tier die Freiheit wieder, so wird es herrenlos, wenn nicht der Eigentümer das Tier unverzüglich verfolgt oder wenn er die Verfolgung aufgibt.

Ein gezähmtes Tier³ wird herrenlos, wenn es die Gewohnheit ablegt, an den ihm bestimmten Ort zurückzukehren.

1. Wilde Tiere sind die normalerweise frei von menschlicher Herrschaft lebenden (Dernburg, Pandekten I § 223) im Gegensatz zu den zahmen Tieren, z. B. den Haustieren.

2. Der Begriff der Tiergärten steht nicht fest. Gemeint sind wohl eingefriedigte Grundstücke, aus denen die Tiere nicht entkommen können, und von so geringem Umfang, „daß das Ergreifen und Erlegen der Tiere nicht, wie bei der freien Jagd, unsicher, sondern so leicht gemacht ist, daß man die Tiere nach der allgemeinen Verkehrsauffassung auch schon vor dem Ergreifen und Erlegen als in der unmittelbaren Gewalt des Berechtigten befindlich betrachten muß. Sogenannte „eingehegte“ Reviere werden darum nicht in allen Fällen als Tiergärten zu erachten sein“ (BGB. Kommentar von Reichsgerichtsräten I 913, Bland 3 zu § 960, Staudinger zu § 960, Dalde-Delius Jagdrecht S. 12, Stelling, die Hannov. Jagdgesetze 51 Anm. 7, Rotering in der Zeitschr. f. Jagdrecht I 158).

Nach anderer Meinung sind unter Tiergärten alle eingefriedigten Gehege bis zum größten eingegatterten Reviere zu verstehen. So nach Diefel, Wildschongesetz 88, Ziebarth, Forstrecht 386, Endemann Lehrb. d. bürgerl. Rechts § 86 Anm. 9.

Wer Tiere in Tiergärten sich aneignet, begeht einen Diebstahl, kein Jagdvergehen (RG. Rechtspr. in StS. Bd. 1, 120, Bd. 5, 254, RG. in StS. Bd. 8, 273).

3. Unter einem gezähmten (ursprünglich wild gewesenem) Tiere ist ein solches Tier zu verstehen, das regelmäßig ab- und zugeht oder ab- und zufliegt und vom Menschen nur physisch beherrscht wird (Dernburg a. a. O.) —

„Über den Verlust des Eigentums an zahmen Tieren (z. B. Haustieren, wie Hunden, Kühen usw.) enthält das BGB. keine

besonderen Bestimmungen. Es muß hier also bei den allgemeinen Grundsätzen verbleiben. Die zahmen Tiere werden also dadurch allein, daß sie entlaufen und vom Eigentümer nicht verfolgt werden (§ 960 Abs. 2) noch nicht herrenlos, ebensowenig dadurch, daß sie etwa die *consuetudo revertendi* abgelegt haben, sofern nicht etwa eine Dereliktion im Sinne des § 959 anzunehmen ist" (v. Staudinger zu § 960, übereinstimmend Goldmann-Bilienthal § 23 Anm. 12).

II.

Jagdordnung vom 3. März 1911 Nr. 21.

(G. u. V. S. S. 53.)

Vorbemerkungen.

Das heute im Herzogtume Braunschweig geltende Jagdrecht erhielt seine Grundlage durch das Gesetz über die Aufhebung des Jagdrechts auf fremden Grundstücken und die Ausübung der Jagd durch die Grundbesitzer vom 8. September 1848 Nr. 39. Dieses Gesetz beseitigte mit dem Jagdregal alle dinglichen Jagdrechte auf fremden Grundstücken und verbot den Erwerb neuer Jagdberechtigungen an solchen. Das Jagdrecht fiel den Grundeigentümern zu, die selbständige Ausübung dieses Rechts aber wurde nur den Grundbesitzern zugestanden, die über eine Fläche von mindestens 300 Feldmorgen im Zusammenhange verfügten. Die übrigen Grundbesitzer der Gemeinde hatten ihr Jagdrecht gemeinschaftlich durch Verpachtung oder Administration zu nutzen. Es wurde ferner für die offenen Wildbahnen die Ausrottung des Rot- und Damwildes angeordnet, die des Schwarzwildes wiederum verfügt, gleichzeitig aber die nach der Verordnung vom 16. September 1827 und den Gesetzen vom 11. Mai 1835 und 31. Juli 1844 für die Jagdberechtigten bestehende Verpflichtung zum Erfasse des Wildschadens beseitigt; nur die Schwarz-, Rot- und Damwild in eingegatteten Forsten hegenden Grundbesitzer blieben auch weiterhin für allen Schaden, den dieses Wild fremden Grundstücken und ihren Erzeugnissen zufügte, ersatzpflichtig.

Abgeändert und wesentlich ergänzt wurde das Gesetz von 1848 durch das Gesetz über die Ausübung des Jagdrechts vom 16. April 1852 Nr. 23, das die Ausübung des Jagdrechts in eigenen und gemeinschaftlichen Jagdbezirken regelte und daneben eine Reihe von jagdpolizeilichen Vorschriften enthielt. Diese mußten bereits 1854 durch das Gesetz vom 7. August Nr. 43 über die Kontrolle des Wildtransportes und des Wildhandels ergänzt werden.

Im Jahre 1871 machte sich sodann angesichts der in den Grenzgebieten durch die Verschiedenheiten der Wildschonzeiten entstandenen großen Unzuträglichkeiten das dringende Bedürfnis geltend, die hiesigen Bestimmungen über die Schonzeiten mit

benen Preußens in tunliche Übereinstimmung zu bringen. Die durch das Jagdstrafgesetz vom 20. August 1849 und das Jagdausübungsgesetz von 1852 festgesetzten Wildschonzeiten wurden aufgehoben und die in Preußen seit Erlaß des Gesetzes vom 26. Februar 1870 geltenden Schonzeiten — abgesehen von denen für Rot- und Damwild — durch das Gesetz über die Schonzeiten des Wildes Nr. 47 vom 27. Juli 1871 auch bei uns eingeführt.

Bald nachher wurde eine Zusammenfassung der jagdpolizeilichen Vorschriften, die in mehreren, teilweise inzwischen aufgehobenen Gesetzen enthalten waren und jeder Übersichtlichkeit entbehrten, zur Notwendigkeit; sie erfolgte durch das Gesetz, die Jagdpolizeiübertretungen betr., vom 1. April 1879 Nr. 19. Dieses Gesetz behandelte nicht nur die dem Landesstrafrechte nach Erlaß des Reichs-Strafgesetzbuches verbliebenen Jagdpolizeiübertretungen, sondern auch die Wildschonzeiten und die Ausübung des Jagdschusses, erstreckte sich dagegen, abgesehen vom § 13, nicht auf die Überwachung des Wildhandels und der Wildversendung, hinsichtlich welches Gebietes es im ganzen bei den Vorschriften des Gesetzes vom 7. August 1854 sein Bewenden behielt.

Das Gesetz, betr. die Verwaltungsrechtspflege vom 5. März 1895 Nr. 26 griff insofern auch in das Jagdrecht ein, als es gegen die Entscheidungen der Kreisdirektionen in Angelegenheiten der Bildung und Feststellung der Jagdbezirke, der Verwertung und Ausübung des Jagdrechts, der Tauglichkeit zu dem Amte eines Jagdadministrators und der Verjagung und Wiederabnahme des Jagdscheines an Stelle des Beschwerdeweges die Klage beim Verwaltungsgerichtshofe zuließ.

Hinsichtlich der Schonzeit des Rehbocks traf sodann die Novelle vom 16. August 1895 Nr. 51 anderweite Bestimmung, und bald darauf wurde es ferner erforderlich, das Jagdausübungsgesetz von 1852 durch eine Bestimmung zu ergänzen, die gegen die Beschlußfassung der Jagdgenossenschaften über die Verwertung des Jagdrechts, wenn diese nicht im Wege der Verpachtung gegen Meistgebot erfolgte, unter gewissen Voraussetzungen die Beschwerde beim Kreisausschusse zuließ. Dies geschah durch Gesetz vom 30. März 1896 Nr. 16.

Endlich wurde das Landesjagdrecht durch das Bürgerliche Gesetzbuch insofern unmittelbar berührt, als nach § 835 der Erlaß des durch Schwarz-, Rot-, Elch-, Dam- und Rehwild und durch Fasänen verursachten Schadens zugunsten der Grundeigentümer eingeführt wurde, denen die Ausübung des Jagd-

rechtes durch Gesetz entzogen ist. Zur Ausführung dieser Bestimmung wurden die §§ 32 bis 37 des Gesetzes vom 12. Juni 1899 Nr. 36 erlassen.

Wie hiernach das Landesjagdrecht einer einheitlichen Bearbeitung entbehrte, so hatte dieser Umstand in Verbindung mit dem weiteren, daß sich in manchen Beziehungen Lücken in der Jagdgesetzgebung bemerkbar machten, bereits im Jahre 1896 zu dem Beschlusse der Landesversammlung geführt, an die Landesregierung das Ersuchen um Vorlegung eines das gesamte Landesjagdrecht behandelnden Gesetzentwurfs zu richten.

Diesem Ersuchen konnte zwar zunächst, insbesondere mit Rücksicht darauf noch nicht Folge gegeben werden, daß Preußen, welches inzwischen begonnen hatte, seine Jagdgesetzgebung nach und nach durch Einzelgesetze auszugestalten, hiermit noch beschäftigt war. So verhielt sich denn die Landesregierung dem Beschlusse der Landesversammlung gegenüber zuerst ablehnend. Als dann aber die weiteren jagdrechtlichen Verhandlungen im Landtage im Jahre 1906 zu dem Beschlusse führten, die Landesregierung um Abänderung verschiedener Einzelbestimmungen der Jagdgesetze zu ersuchen, erließen es nicht angezeigt, diesem Ersuchen in der beantragten Beschränkung Folge zu geben. Vielmehr war es, nachdem inzwischen Preußen sein ebenfalls in einer größeren Anzahl von Gesetzen zerstreutes Jagdrecht durch den Erlaß der Jagdordnung vom 15. Juli 1907 — allerdings unter Ausschluß der Provinz Hannover, der Hohenzollernschen Lande und der Insel Helgoland — zusammengefaßt hatte, nunmehr an der Zeit, auf gleichem Wege vorzugehen.

Herzogliches Staatsministerium ließ der Landesversammlung den Entwurf einer Jagdordnung (gleichzeitig auch den eines Landes-Vogelschutzgesetzes) nebst Begründung mittels Schreibens vom 8. August 1910 zugehen (Verhandlungen des 30. ordentl. Landtages, Anlagen 132 und 133). Beide Entwürfe wurden zunächst von der Kommission des Innern vorberaten und sodann auf Grund eines von dieser erstatteten Berichts (Anl. 151) und eines Nachtrages dazu (Anl. 180) in den Sitzungen der Landesversammlung vom 29. und 30. November, 1., 2., 3. und 9. Dezember in erster Lesung durchberaten (Protokolle und Sitzungsberichte 31—35 und 38). Nachdem die Kommission einen weiteren Bericht nach den Beschlüssen der ersten Lesung erstattet hatte (Anl. 209) und der nach den Beschlüssen dieser Lesung abgeänderte Entwurf neu gedruckt war (Anl. 209 a) erledigte die Landesversammlung die zweite Lesung in den Sitzungen vom 17. und 18. Januar 1911 (Protokolle und Sitzungsberichte 42 und 43)

und teilte die gefaßten Beschlüsse dem Herzoglichen Staatsministerium mittels Schreibens vom 21. Januar mit (Anl. 220). Auf das Rückschreiben dieser Behörde vom 1. Februar (Anl. 234) erteilte sodann die Landesversammlung in ihrer Sitzung vom 4. Februar zum Erlasse der Jagdordnung (und des Vogelschutzgesetzes) die verfassungsmäßige Zustimmung (Protokoll und Sitzungsbericht 54) und ließ das Herzogliche Staatsministerium hiervon durch den Ausschuß mittels Schreibens vom 9. Februar 1911 (Anl. 253) benachrichtigen.

Der Inhalt der Jagdordnung ist in folgender Weise gegliedert. Der 1. Abschn. behandelt den Umfang und der 2. Abschn. die Ausübung des Jagdrechts, der 3. Abschn. die Jagdscheine. Der 4. Abschn. enthält die Schonvorschriften, der 5. Abschn. behandelt den Wildschadenersatz, der 6. Abschn. die Wildschadenverhütung, der 7. Abschn. Wildhandel und Wildversendung. Der 8. Abschn. bezeichnet die zuständigen Behörden, der 9. Abschn. handelt von der Ausübung des Jagdschutzes, der 10. Abschn. enthält die Strafvorschriften und der 11. Abschn. Schluß- und Übergangsbestimmungen.

Schließlich sei bemerkt, daß ein Mitglied des Vorstandes des Allgemeinen Deutschen Sprachvereins, Professor Dr. Karl Scheffler zu Braunschweig, den Gesetzentwurf in bezug auf den sprachlichen Ausdruck durchgesehen und vielfach vereinfacht und verbessert hat.

Von Gottes Gnaden, Wir, Johann Albrecht, Herzog zu Mecklenburg usw., Regent des Herzogtums Braunschweig, erlassen mit Zustimmung der Landesversammlung die nachfolgende Jagdordnung:

Erster Abschnitt.

Umfang des Jagdrechts.

§ 1. Das Jagdrecht kann vorbehaltlich der Sonderbestimmungen dieses Gesetzes nur an jagdbaren¹ herrenlosen Tieren² ausgeübt werden.³

1. Die jagdbaren Tiere sind im § 2 aufgezählt.

2. Wegen des Begriffs der herrenlosen wilden Tiere vergl. (S. 7) BGB. § 960, wegen des Erwerbs des Eigentums an solchen (S. 5) das. § 958. Wilde Tiere in Tiergärten sind nicht herrenlos, der Inhaber des Tiergartens ist Tierhalter, vergl. das. § 960.

3. Gegenstände des Jagdrechts sind in Braunschweig von jeher gewesen nicht nur die lebenden jagdbaren herrenlosen Tiere, sondern auch das Fallwild und die Eier des jagdbaren Federwildes (vergl. jedoch § 38, ferner § 84 Abs. 1 Ziffer 7 und Abs. 2 und StGB. § 368 Ziffer 11) sowie die abgeworfenen Hirsch- und Rehbockstangen (Erkenntnis des Reichsgerichts vom 3. Juli 1894 in Pfeiler, Das Jagdrecht und die Jagdgesetze des Herzogtums Braunschweig. Braunschweig 1895. S. 81). Die widerrechtliche Aneignung abgeworfener Hirsch- und Rehbockstangen wird jetzt nach § 84 Abs. 1 Ziffer 5 als Jagdpolizei-Übertretung bestraft (s. S. 94).

Das Jagdrecht umfaßt aber neben dem Aneignungsrechte in Ansehung der jagdbaren Tiere auch die Befugnis, den Wildstand durch Aussetzen jagdbarer Tiere zu vermehren, ihn durch Fütterung, Salzlecken und dergl. zu pflegen und die dem Wilde schädlichen Tiere zu fangen und abzuschießen, das sog. „Hegerrecht“ (vergl. auch § 42). Sehr eingehend hat Diefel diesen Gegenstand in seiner Schrift: Über das Hegerrecht des Jagdberechtigten und die Ersatzpflicht des Militärjiskus für Schädigung der Jagd durch Truppenübungen. Berlin 1910. behandelt.

§ 2. Jagdbare Tiere (Wild)¹ sind:

- a) Rot-, Dam-, Reh- und Schwarzwild,² Hasen und wilde Kaninchen;³
- b) Ottern,⁴ Dachse, Füchse, wilde Katzen,⁵ Edel- und Steinmarder, Iltisse (Raubzeug⁶);
- c) alle Hühnervögel (Auer-, Birk- und Haselwild, Rebhühner, Wachteln, Fasanen), die wilden Tauben⁷ (Ringel-, Hohl- und Turteltauben), die Drosseln (Krametsvögel einschl. der Schwarzamsel), folgende Sumpfvögel: Trappen, Triele, Regenpfeifer, Austernfischer, Kraniche, Reiher einschließlich der Rohrdommeln, Kallen, Wachtelkönige, Sumpf- und Teichhühner, Brachvögel, Waldschnepfen, Bekassinen, Wasser-, Strand-, Flußuferläufer, Kampf- und Uferschnepfen und folgende Wasservögel: Wildgänse, Wildschwäne, Wildenten, Möwen und Seeschwalben.

Nicht jagdbar sind jedoch die Kiebitze,⁸ die - (schwarzen und weißen) Störche,⁹ die grauen Reiher,¹⁰ Blässhühner, Taucher, Kormorane und Säger.

BJD. § 1 — B. 3, DD. 156, Ebn. 105, EngD. 95, G. 29, RR. 21.

1. Nur die hier genannten wilden Tiere sind jagdbar. Die Jagdbarkeit eingeführter oder eingewanderter neuer Wildarten kann nach § 86 durch Verordnung geregelt werden.

2. Hinsichtlich des Schwarzwildes steht dem Jagdausübungsberechtigten nicht das ausschließliche Recht der Aneignung zu, denn nach § 58 darf jeder Grundeigentümer oder Nutzungsberechtigte auf seinen Grundstücken Schwarzwild fangen, töten und behalten, unter Umständen mit Genehmigung der Jagdpolizeibehörde zeitweise auch Schusswaffen zur Erlegung dieses Wildes benutzen.

3. Wegen der wilden Kaninchen vergl. § 61.

4. Da die Sumpftotter oder der Nörz (*Putorius lutreola*) kaum noch irgendwo im Herzogtume vorkommen wird, so kommt nur die Fischotter (*Lutra vulgaris*) in Betracht. Hinsichtlich des dem Fischereiberechtigten zustehenden Rechts, Fischottern zu fangen, zu töten und für sich zu behalten, unter Umständen mit Genehmigung der Landespolizeibehörde auch mit Schusswaffen zu erlegen vergl. Anm. 1 zu § 60.

5. Wildkazen (*Felis catus*). Zahme und verwilderte Kazen, die im Jagdbezirke frei umherlaufen, darf der Jagdausübungs-berechtigte und der mit dessen schriftlichem Auftrage versehene Jagdgast unter Beachtung des § 78 erschießen, aber sich nicht aneignen.

6. Raubzeug können die Eigentümer und Nutzungsberechtigten in ihren Gebäuden, auf den damit zusammenhängenden Höfen und in eingefriedigten Grundstücken fangen, töten und behalten, unter Umständen mit Genehmigung der Jagdpolizeibehörde auch mit Schusswaffen erlegen, vergl. § 4 letzten Absatz.

7. Zahme Tauben, insbesondere Feldtauben, Brieftauben und Militär-Brieftauben vergl. Abschnitt V.

8. Wegen der Kiebitzeier vergl. § 1 Abs. 4 des Reichs-Vogelschutzgesetzes und § 3 Abs. 3 des Landes-Vogelschutzgesetzes, Abschnitt IV (S. 147).

9. Störche (der weiße *Ciconia alba*, und der sehr seltene, im Herzogtume wohl nur noch vereinzelt vorkommende schwarze, *C. nigra*) genießen den Schutz der Vogelschutzgesetze, vergl. Abschnitt IV. Nach § 42 kann jedoch dem Jagdausübungs-berechtigten der Abschuss und das Fangen der weißen Störche

(nicht auch der schwarzen, die als „Naturdenkmäler“ erhalten werden sollen) durch die Jagdpolizeibehörde auf bestimmte Zeit gestattet werden.

10. Der graue Reiher (*Ardea cinerea*) fällt nur unter den § 3 Absf. 1 des Landes-Vogelschutzgesetzes, vergl. jedoch Anm. 1 zu § 60. Die übrigen, bei uns sehr seltenen Reiherarten sind jagdbar.

§ 3. Der Eigentümer hat auf seinen Grundstücken das Jagdrecht¹ nach den Bestimmungen dieses Gesetzes. Dem Eigentümer steht der Inhaber eines Familienstammgutes² gleich. Unterliegt das Grundstück einem Nießbrauche oder einem nießbrauchähnlichen Rechte des Bauern- oder Familienrechtes,³ so steht das Jagdrecht nicht dem Eigentümer, sondern dem Inhaber eines solchen Rechtes zu.

Das Jagdrecht kann nicht vom Grundeigentume getrennt werden.¹

JMG. § 1 — PZO. § 2. — B. 12, DD. 158, Ebn. 111, EngD. 105, G. 31, RR. 24.

1. Das Jagdrecht steht dem Grundeigentümer zu, ist ein Bestandteil des Eigentumsrechts, von dem es als dingliches Recht nicht getrennt werden kann.

Zu unterscheiden von dem abstrakten Jagdrecht ist das Jagdausübungsrecht, die Verwirklichung des ersteren. Die Ausübung des Jagdrechts ist von gewissen Voraussetzungen abhängig gemacht (vergl. den zweiten Abschnitt „Ausübung des Jagdrechts“) und steht nicht jedem Grundeigentümer zu. Das Jagdausübungsrecht kann auf Zeit mittels Vertrages auf einen anderen übertragen werden.

2. Es werden unterschieden Familienstammgüter, die auf Grund des Gesetzes vom 28. März 1837 Nr. 18 und solche, die auf Grund des Gesetzes vom 20. Mai 1858 Nr. 30 errichtet sind.

Abgesehen von dem Familienfideikommiß des Herzoglichen Hauses sind die Familienfideikommiße im Herzogtume mittels Gesetzes vom 19. März 1850 Nr. 12 aufgehoben. Campe, Das partikulare Braunschweigische Privatrecht. 2. Aufl. Braunschweig 1901. S. 386 u. 465 und Lüderßen, Die Befreiung und Mobilisierung des Grund-

besitzes im Herzogtum Braunschweig. Braunschweig 1881. S. 64 u. 71.

3. Vergl. insbesondere wegen der ehemännlichen Nutznießung BGB. § 1363, wegen der elterlichen Nutznießung das. §§ 1649 und 1686, wegen des bürgerlichen Ehegüterrechts § 73 des Ausführungsgesetzes zum BGB. vom 12. Juni 1899 Nr. 36 und Hampe a. a. O. insbesondere wegen des aufgeheirateten Ehemannes S. 526, wegen des Interimsirten S. 563 ff., wegen des Mitenteilers S. 546 ff., auch Zeitschr. für Rechtspflege i. S. Br. 1911 S. 69 ff.

Zweiter Abschnitt.

Ausübung des Jagdrechts.

1. Allgemeine Grundsätze.

§ 4. Das Jagdrecht darf nur auf zusammenhängenden Grundstücken in Jagdbezirken (Eigenjagdbezirken und gemeinschaftlichen Jagdbezirken) ausgeübt werden. Die Trennung, welche Wasserläufe, Kanäle, Deiche, Straßen, Wege oder Eisenbahnen mit Zubehörflächen (Seitengräben, Schutzstreifen, Ausschachtungs-, Anschüttungsflächen, Bahnhöfe und ähnliches) bilden, wird nicht als eine Unterbrechung des Zusammenhanges angesehen; andererseits stellen diese Flächen keinen Zusammenhang zwischen getrennt liegenden Grundstücken her.¹ Sie sind gesetzlich angeschlossene Teile des Jagdbezirks, in dem sie liegen. Liegen sie zwischen verschiedenen Jagdbezirken, so erfolgt der Anschluß bis zur Mitte.

Grundstücke, die gegen den Einlauf von Wild dauernd und vollständig eingefriedigt sind, sowie Ortslagen (§ 3 Abs. 1 der Bauordnung),² Gehöfte und Gebäude sind nicht Teile eines Jagdbezirkes.

Darüber, ob ein Grundstück dauernd und vollständig gegen den Einlauf von Wild eingefriedigt ist, entscheidet auf Antrag eines Beteiligten die Jagdpolizeibehörde (§ 71). Die Entscheidung ist endgültig.

Außerdem kann die Jagdpolizeibehörde nach Anhörung der Beteiligten anordnen, daß Grundstücke, welche zwar nicht eingefriedigt sind, die sich aber ihrer Lage wegen oder aus sonstigen besonderen Gründen nicht zur Jagdausübung eignen, nicht als Teile eines Jagdbezirkes zu betrachten sind. Diese Anordnung ist dem Inhaber des Jagdbezirkes schriftlich mitzuteilen.³

Wenn Wild auf einem nicht zu einem Jagdbezirke gehörigen Grundstücke in die Verfügungsgewalt einer Person gelangt, so muß diese es binnen 24 Stunden an die Ortspolizeibehörde abliefern.⁴ Letztere hat es dem Jagdausübungsberechtigten des umschließenden oder zum größten Teile umschließenden Jagdbezirkes zur Verfügung zu stellen.

Jedoch dürfen die Eigentümer oder Nutzungsberechtigten (auch Mieter und Pächter) und ihre Vertreter Raubzeug (§ 2 Ziff. b) in ihren Gebäuden, auf den damit zusammenhängenden Höfen und in eingefriedigten Grundstücken (Abs. 2) nach § 39 fangen, töten und behalten. Die Benutzung von Schusswaffen ist indessen nur mit schriftlicher Ermächtigung der Jagdpolizeibehörde zulässig.⁵ Die Ermächtigung ist für bestimmte Zeit zu erteilen; sie darf Personen, denen der Jagdschein versagt werden muß (§ 33), nicht erteilt werden.

JAG. § 1 — RJD. §§ 3 u. 4 — B. 35, DD. 159,
Ebn. 113, EngD. 106, G. 33, RR. 25.

1. Wasserläufe, Wege usw. „trennen nicht, sie verbinden aber auch nicht“. Sie trennen nicht, wenn sie zwischen den Grundstücken eines Jagdbezirkes hindurchführen; sie verbinden nicht, wenn nur durch sie (in ihrer Längserstreckung) die Verbindung des einen mit dem anderen davon getrennt liegenden Grundstücke hergestellt wird. Zwischen öffentlichen und Privatwegen ist hierbei kein Unterschied zu machen. In Preußen ist diese Frage streitig, vergl. Hampe, Zeitschr. f. Rechtspflege i. S. Br. 1911 S. 74.

2. Ortslage ist hiernach der Teil des Gemeindebezirks, der die Ortschaft — und wenn diese aus getrennten Teilen besteht, die einzelnen Gebäudegruppen — einschließlich der zu den Gebäuden gehörenden Höfe und Gärten umfaßt.

3. Diesen Absatz, den die Regierungsvorlage nicht enthielt, hat die Kommission der Landesversammlung eingefügt. Man hat dabei in erster Linie an nicht eingefriedigte öffentliche Parkanlagen gedacht, die sich nach ihrer Lage, Beschaffenheit, Benutzungsart usw. nicht zur Jagdausübung eignen.

4. Die Ablieferung an die Ortspolizeibehörde ist deshalb vorgeschrieben, weil der Jagdausübungsberechtigte nicht immer allgemein bekannt ist.

5. Eines Jagdscheines bedarf es nicht, vergl. § 29 Ziffer 2 (S. 49).

§ 5. Bei der Ausübung der Jagd sind die Grenzen der Ueblichkeit innezuhalten und die Interessen der Grundstückseigentümer, insbesondere beim Betreten bestellter Äcker und nicht abgeernteter Wiesen, tunlichst zu schonen. Auf fruchttragenden Grundstücken ist die Herrichtung besonderer Anlagen, z. B. das Graben von Schießlöchern, Anlegung von Futterplätzen und dergl., nur mit Zustimmung der Grundstückseigentümer zulässig; dasselbe gilt vom Graben nach Füchsen und Dachsen auf bestellten Äckern.

Jeden durch mißbräuchliche Ausübung seiner Rechte entstehenden Schaden hat der Jagdausübungsberechtigte zu ersetzen; er haftet dabei auch für seine Jagdgäste, Jäger, Jagdaufseher und Treiber; mehrere zur Ausübung der Jagd berechnete Personen haften als Gesamtschuldner.

Bei gemeinschaftlichen Jagdbezirken, die nicht verpachtet sind, haftet in dem vorstehenden Umfange die Jagdgenossenschaft.

Für die Ermittlung und Feststellung derartiger Schäden kommt das in §§ 50 u. ff. für die Ermittlung

und Feststellung der Wildschäden vorgeschriebene Verfahren zur Anwendung.¹

NAG. § 4 Abs. 2.

1. Das Jagdausübungsgezet vom 16. April 1852 bestimmte im § 4 Abs. 2, daß, wer das Jagdrecht selbständig oder als Pächter oder Administrator ausübe, wegen aller durch Mißbräuche bei Ausübung der Jagd verursachten Beschädigungen an Früchten dem Geschädigten verantwortlich sei. Für mehrere Pächter oder Administratoren war solidarische Haftung vorgeschrieben.

Der Regierungsentwurf enthielt, wie alle neueren deutschen Jagdgesetze, eine bezügliche Vorschrift nicht. Die Kommission hielt es jedoch für nötig, die Rechte des Jagdausübungsberechtigten gegenüber den Eigentümern fremder Grundstücke fest abzugrenzen und für die Ermittlung und Feststellung des bei mißbräuchlicher Ausübung seiner Rechte entstehenden Schadens das in den §§ 49 ff. in Ansehung der Wildschäden vorgeschriebene Verfahren vorzuschreiben.

Regierungsseitig wurde (s. Verhandlungen des 30. ord. Landtages S. 857) eine Fassung des Paragraphen empfohlen, wie sie der jetzigen Fassung mit Ausschluß des zweiten Satzes des Abs. 1 entspricht, doch wurde der Paragraph auf Antrag der Kommission von der Landesversammlung in dem jetzigen Wortlaute angenommen.

2. Eigenjagdbezirke.

§ 6. Eigenjagdbezirke sind Grundstücke desselben Eigentümers, die in einem oder mehreren Gemeindebezirken oder Gemarkungen¹ einen Flächenraum von wenigstens 75 ha² im Zusammenhange einnehmen.³

Grenzen im Herzogtume belegene Grundstücke unmittelbar an einen demselben Eigentümer gehörenden, in einem anderen Bundesstaate belegenen, mindestens 75 ha großen Eigenjagdbezirk, so hat der Eigentümer auch auf den bezeichneten, im Herzogtume belegenen Grundstücken das Jagdausübungsrecht, wenn er es auf dem angrenzenden Eigenjagdbezirke des benachbarten Bundesstaates hat.⁴

Die dem Kammer- und Klostergute angehörigen Grundstücke werden als das Eigentum eines Grundeigentümers behandelt.⁵

JAÖ. § 1 Abs. 1 u. 2, 4 u. 5. — PJO. § 4 — B. 37, DD. 159, Ebn. 118, EngD. 107, G. 34, RR. 26.

1. Jedes Grundstück muß einem bestimmten Gemeindebezirke angehören. Jedoch können größere Forstbezirke und mit diesen im Zusammenhange liegende sonstige Grundstücke sowie an den Landesgrenzen liegende größere, landwirtschaftlich benutzbare Grundstücke, die einem inländischen Gemeindeverbande bisher nicht angehört haben, abgesonderte Gemarkungen bilden. Vergl. Neue Landschaftsordnung vom 12. Oktober 1832 § 41 und Landgemeindeordnung vom 18. Juni 1892 Nr. 35 §§ 6 u. 7. Wenn Gemarkungen vorwiegend oder ausschließlich Forsten umfassen, so werden sie als Forstgemarkungen bezeichnet.

2. Früher 300 Feldmorgen 75,0475 Hektar.

3. Dieser Absatz entspricht der Vorschrift gleichen Inhalts im § 1 Abs. 1 des Jagdausübungsgesetzes vom 16. April 1852.

4. Diese in anderen deutschen Jagdgesetzen nicht wiederkehrende Vorschrift war schon im § 1 Abs. 4 des Jagdausübungsgesetzes enthalten und hat sich als zweckentsprechend erwiesen, weshalb sie auch in das vorliegende Gesetz aufgenommen ist.

5. Auch diese Vorschrift war gleichlautend bereits im Jagdausübungsgesetze von 1852 (§ 1 Abs. 5) enthalten.

§ 7. In Eigenjagdbezirken steht dem Inhaber des Jagdrechts¹ auch dessen Ausübung zu.²

Juristische Personen³ dürfen das Jagdrecht in Eigenjagdbezirken nur durch Verpachtung oder durch höchstens drei angenommene Jäger (vergl. § 25 Abs. 2) ausüben. Diese Bestimmung gilt nicht für die Jagdbezirke der Herzoglichen Hofjagdverwaltung und des Kammer- und Klostergutes.⁴

JAÖ. § 1 Abs. 1 u. 2 — PJO. §§ 5 u. 6 — B. 57, DD. 167, Ebn. 131, EngD. 121, G. 39, RR. 37.

1. Vergl. § 3 Abs. 1 (S. 15).

2. Der Inhaber eines Eigenjagdbezirks kann diesen in Teilbezirke behufs selbständiger jagdlicher Benutzung zerlegen, doch muß jeder Teilbezirk mindestens 75 ha in zusammenhängender Fläche (§ 6 Abs. 1) umfassen.

3. Als juristische Personen, die Eigentümer von Eigenjagdbezirken sind, kommen außer einigen politischen Gemeinden namentlich zahlreiche Forstgenossenschaften in Betracht. Vergl. Hampe a. a. O. § 49 und Gesetz, betr. die ungeteilten Genossenschaftsforsten, vom 19. Mai 1890 Nr. 16.

4. Herzogliche Hofjagdverwaltung und die zur Verwaltung des Kammer- und Klostergutes eingesetzte Behörde, die Herzogliche Kammer, sind demnach hinsichtlich der Zahl der Personen, durch die sie ihre in eigener Verwaltung befindlichen Jagdbezirke beschießen lassen, nicht beschränkt. Vergl. auch § 26 Abs. 4 (S. 44).

§ 8. Bei dem Abschlusse von Pachtverträgen über Eigenjagdbezirke sind die Vorschriften des § 21 Ziffer 1—9 zu beachten. Pachtverträge, die gegen diese Bestimmungen verstoßen, sind nichtig.

Streitigkeiten zwischen dem Eigentümer des Eigenjagdbezirks und dem Pächter über die Nichtigkeit eines Pachtvertrages entscheidet die Jagdpolizeibehörde, soweit die Vorschriften des § 21 in Frage kommen. Gegen die Entscheidung findet die Klage beim Verwaltungsgerichtshofe statt.¹

Diese Bestimmungen² gelten nicht für die Jagdbezirke der Herzoglichen Hofjagdverwaltung und des Kammer- und Klostergutes.

Durch den Wechsel des Eigentums an einzelnen oder sämtlichen zu einem Eigenjagdbezirk gehörigen Grundstücken wird der über die Jagd auf diesen Grundstücken bestehende Pachtvertrag nicht berührt.³

1. Die Klage muß innerhalb einer zweiwöchigen Frist erhoben werden. Die Frist ist rechtsausschließend und beginnt mit der Zustellung der Entscheidung der Jagdpolizeibehörde. Für die Berechnung der Frist sind die Vorschriften

ten der bürgerlichen Prozeßgesetze maßgebend (Zivilprozeßordnung § 222. Mit den dortigen Vorschriften stehen übrigens die Bestimmungen des § 87 Abs. 1 u. 3 der Jagdordnung im Einklange). Die Klage ist schriftlich einzureichen oder bei dem Gerichtsschreiber des Verwaltungsgerichtshofes zu Protokoll zu geben. In der Klage ist ein bestimmter Antrag zu stellen, auch sind die Person des Beklagten, der Gegenstand des Anspruchs und die den Antrag begründenden Tatsachen genau zu bezeichnen. Vergl. Gesetz, betr. die Verwaltungsrechtspflege, Nr. 26 vom 5. März 1895, insbesondere §§ 12, 13 u. 17.

2. d. f. die der Absätze 1 und 2.

3. Vergl. Anm. 1 zu § 13 (S. 26).

3. Gemeinschaftliche Jagdbezirke.

§ 9. Alle Grundstücke eines Gemeindebezirkes oder einer Gemarkung, die nicht zu einem Eigenjagdbezirk gehören und im Zusammenhange wenigstens 75 ha umfassen, bilden den gemeinschaftlichen Jagdbezirk.¹ Umfassen diese Grundstücke mindestens 1000 ha, so kann mit Genehmigung der Jagdpolizeibehörde auf Beschluß des Jagdvorstandes der Jagdbezirk in mehrere Teilbezirke zerlegt werden, deren jeder aber wenigstens 500 ha im Zusammenhange umfassen muß.²

Werden im Zusammenhange liegende, nicht mit Wald bestandene Grundstücke, deren Gesamtgröße 25 ha nicht erreicht, von einem über 500 ha großen, zum Herzogtume gehörenden Walde, der einem einzigen Jagdbezirk angehört, zu mindestens drei Vierteln begrenzt, so müssen sie diesem Jagdbezirk auf Verlangen seines Jagdvorstandes oder Inhabers gegen angemessene Entschädigung (vergl. § 17) angeschlossen werden.³

Zur besseren Abrundung der Grenzen benachbarter Jagdbezirke können einzelne Teile der Bezirke zur Jagdausübung zeitweilig ausgetauscht werden.⁴ Der⁵ Anschluß (Abs. 2) und der Austausch (Abs. 3) dürfen nur für mindestens 6 Jahre und, bei längerer Verpachtung der Jagden, nur für die Dauer der Pachtverträge erfolgen.

Die Vereinbarung ist schriftlich abzuschließen und binnen zwei Wochen der Jagdpolizeibehörde von den Vertragsschließenden anzuzeigen.

Die Bezirke der einzelnen Feldmarksgemeinden der Stadt Braunschweig, die den Voraussetzungen des Abs. 1 entsprechen, bilden wie bisher selbständige gemeinschaftliche Jagdbezirke.⁶

JAG. § 2 u. § 4 Abs. 1 u. 2 — PZD. § 7 — B. 85,
DD. 169, Ebn. 134, EngD. 126, G. 41, RR. 42.

1. Wegen der Gemeindebezirke und Gemarkungen, die nach Abrechnung der darin vorhandenen Eigenjagdbezirke weniger als 75 ha umfassen, vergl. §§ 10 bis 12 u. 18.

2. Die Zerlegung größerer gemeinschaftlicher Jagdbezirke in Teilbezirke von mindestens 2000 Feldmorgen (= ungefähr 500 ha) Größe war schon nach dem Jagdausübungsgeetze von 1852, § 2 Abs. 1, zulässig.

3. Der Regierungsentwurf wollte dem Jagdvorstande oder Inhaber eines (eigenen oder gemeinschaftlichen) Jagdbezirks, der einem über 750 ha großen Walde angehört, die Befugnis einräumen, Grundstücke (auch Waldgrundstücke) eines anderen Jagdbezirks unter 75 ha Größe, die von dem ersteren Jagdbezirke zu mindestens $\frac{9}{10}$ umschlossen werden, an diesen anzuschließen.

Bei der ersten Lesung des Entwurfs ist dieser dahin abgeändert worden, daß der Anschluß nur bezüglich nicht mit Wald bestandener Grundstücke und nur dann gefordert werden kann, wenn diese eine Gesamtgröße von weniger als 25 ha haben, andererseits ist der Anschluß jedoch schon dann zugestanden, wenn die in den Jagdbezirk des Waldes einwinkelnden Grundstücke von ersterem nur zu $\frac{3}{4}$ begrenzt werden und wenn ersterer über 500 ha groß ist.

Der Jagdvorstand oder Jagdinhaber des Waldjagdbezirks kann die in diesen einwinkelnden „Feldzungen“ bis zu 25 ha Größe, soweit sie zu $\frac{3}{4}$ von dem Walde begrenzt werden, ohne Rücksicht auf die Eigentums-grenzen herauschneiden und deren Anschluß an seinen Jagdbezirk fordern.

4. Diese Vorschrift entspricht der Bestimmung des § 2 Abs. 2 des Jagdausübungsgeetzes.

5. Die folgenden beiden Sätze des Abs. 3 würden richtiger einen besonderen Absatz bilden, da sie Bestimmungen für den Abs. 2 und den ersten Satz des Abs. 3 treffen.

6. Vergl. § 2 Abs. 3 des Jagdausübungsgesetzes. Es sind dies die 6 Feldmarksgemeinden Altemief, Altpetritor, Hagen, Hohetor, Neupetritor und Wilhelmitor.

§ 10.¹ Die Grundstücke eines Gemeindebezirkes oder einer Gemarkung, die weder nach § 6 noch nach § 9 Abs. 1 einen selbständigen Jagdbezirk bilden,² sind einem angrenzenden Jagdbezirk anzuschließen.

Sind die Grundstücke mehr als zur Hälfte von demselben Jagdbezirk umschlossen, so sind sie zunächst dessen Inhaber zur Jagdausübung anzubieten.

In allen anderen Fällen können die Beteiligten die Grundstücke einem der angrenzenden Jagdbezirk nach freier Wahl anschließen.³

Die nach Abs. 2 und 3 erforderlichen Beschlüsse werden in einer vom Gemeindevorstande oder Gemarkungspolizeibeamten zu berufenden Versammlung der beteiligten Grundeigentümer nach Stimmenmehrheit gefaßt, wobei die Stimmen nach der Größe des Grundbesitzes gerechnet werden (vergl. § 14 Abs. 3).⁴

Lehnen alle Inhaber der angrenzenden Jagdbezirk einen solchen Anschluß ab, so wird aus den Grundstücken ein Eigenjagdbezirk oder, wenn die Grundstücke mehrerer Eigentümer in Frage kommen, ein gemeinschaftlicher Jagdbezirk gebildet.⁵

MG. § 3 Abs. 1—3. — PZO. §§ 8—10 — B. 95, DD. 172, Ebn. 141, EngD. 131, G. 44, RR. 48.

1. Die im § 3 des Jagdausübungsgesetzes von 1852 enthaltenen Vorschriften über Feldmarken und Trennstücke in der Größe unter 300 Feldmorgen haben sich durchaus bewährt und sind daher im ganzen beibehalten worden.

Gegenüber den früheren Vorschriften ist nur insofern eine Änderung eingetreten, als die keinen selbständigen Jagdbezirk bildenden Grundstücke, wenn sie größtenteils, d. h. mehr als zur Hälfte, von demselben Jagd-

bezirke umschlossen werden, zunächst dessen Inhaber zur Jagdausübung anzubieten sind. Früher stand auch in diesem Falle den beteiligten Grundeigentümern nach Mehrheitsbeschluß die Wahl darüber zu, welchem der Inhaber der angrenzenden Jagdbezirke sie die Jagdnutzung übertragen wollten.

2. d. s. die Flächen eines oder mehrerer Grundeigentümer, die im Zusammenhange unter 75 ha umfassen und keinem gemeinschaftlichen oder Eigen-Jagdbezirke angehören. Es gibt auch ganze Gemeindebezirke und Gemarkungen, die keinen selbständigen Jagdbezirk bilden.

3. Die Grundstücke sind entweder einem gemeinschaftlichen oder einem Eigen-Jagdbezirke anzuschließen. Wegen der Art des Anschlusses vergl. § 12. Wenn beim Anschluß an einen Eigenjagdbezirk eine Einigung über die Pachtbedingungen nicht erzielt wird, so tritt das Verfahren nach § 18 ein.

4. An Stelle des Abs. 4 des Entwurfs, der lautete: „Können sich die Eigentümer der anzuschließenden Grundstücke über die Art der Anschließung nicht einigen, so entscheidet die Jagdpolizeibehörde“, hat die Kommission der Landesversammlung den jetzigen Wortlaut, der auf die Bestimmung im § 5 Abs. 1 des Jagdausübungsgesetzes zurückgeht, eingefügt.

5. Dem in diesem Absätze zum Ausdruck gebrachten Grundsätze folgte bereits das Jagdausübungsgesetz (§ 3 Abs. 1).

§ 11. Die nach § 10 getroffenen Maßnahmen bleiben in Kraft, bis eine anderweite Regelung erfolgt; dies darf aber frühestens nach Ablauf von 6 Jahren und nicht vor Ablauf der Pachtzeit des Jagdbezirkes, an welchen der Anschluß erfolgt ist, geschehen.

JAG. § 3 Abs. 4 — FJO. § 11 — B. 103, DD. 174, Ebn. 144, EngD. 136, G. 47, RR. 55.

§ 12. Werden Grundstücke einem Jagdbezirke angeschlossen, so gelten sie als seine Teile.

Der Anschluß an einen Eigenjagdbezirk erfolgt — abgesehen von den nach § 4 Abs. 1 Satz 2 angeschlossenen Flächen — pachtweise.¹

Erfolgt der Anschluß an einen gemeinschaftlichen Jagdbezirk, so werden die Eigentümer der angeschlossenen Grundstücke Jagdgenossen.²

PAO. § 2 Abs. 2, § 3 Abs. 1 u. 2. — PZO. § 12 — B. 104, DD. 175, Ebn. 144, EngD. 137, G. 48, RR. 57.

1. Vergl. § 18.

2. Vergl. § 14 Abs. 1.

§ 13. Werden Grundstücke, die zu einem verpachteten gemeinschaftlichen Jagdbezirk gehören, mit Grundstücken aus demselben oder einem anderen Jagdbezirk zu einem Eigenjagdbezirk vereinigt oder von dem Inhaber eines angrenzenden Eigenjagdbezirkes zu Eigentum erworben, so werden dadurch die über die Jagd auf diesen Grundstücken bestehenden Pachtverträge nicht berührt.¹

Verlieren Grundstücke die Zugehörigkeit zu einem nicht verpachteten Eigenjagdbezirk, so fallen sie unter den Voraussetzungen des § 9 Abs. 1 dem gemeinschaftlichen Jagdbezirk von selbst zu; anderenfalls ist über sie nach den Vorschriften der §§ 9 und 10 zu bestimmen.

Der Jagdvorstand kann, falls der Pächter des gemeinschaftlichen Jagdbezirkes nicht bereit ist, die Jagd auf den gemäß Abs. 2 dem Jagdbezirk zugelegten Grundstücken gegen angemessene Entschädigung zu übernehmen, die Jagd auf diesen Grundstücken, ohne Rücksicht auf deren Größe, bis zum Ablaufe des Pachtvertrages über den gemeinschaftlichen Jagdbezirk gesondert verpachten.

Durch die Verlegung der Grenzen von Gemeindebezirken und Gemarkungen werden bestehende Jagdpachtverträge nicht berührt.²

PZO. § 14 — B. 111, DD. 178, Ebn. 149, EngD. 140, G. 49, RR. 62.

1. Die Fassung des Abs. 1 des Regierungsentwurfs schloß sich sachlich an § 14 Abs. 1 der Preuß. Jagdordnung an und brachte wie dieser den Grundsatz zum Ausdruck

„Kauf bricht Jagdpacht“. Die Kommission stimmte dem Entwurfe nicht zu, sondern fügte statt dessen die jetzt vorliegende Fassung des Paragraphen in das Gesetz ein, die — von gleichen Erwägungen wie das B.G.B. (§ 571) bei Befolgung des Grundsatzes „Kauf bricht nicht Miete“ ausgehend — bei dem Wechsel im Eigentum von Grundstücken, wodurch Veränderungen in den Jagdbezirken herbeigeführt werden, die Aufhaltung der bestehenden Jagdpachtverträge vorsieht (Vergl. Verhandlungen des 30. ordentl. Landtages S. 1052 u. 1142).

2. Die Verlegung der Grenzen von Gemeindebezirken und Gemarkungen erfolgt durch Gesetz oder Verordnung, bei Gemeinheitsteilungen usw. mittels Rekesses. Vergl. Städteordnung vom 18. Juni 1892 Nr. 32 §§ 6 ff. und Landgemeinde-Ordnung von demselben Tage Nr. 35 §§ 8 ff.

§ 14. Die Eigentümer der Grundstücke eines gemeinschaftlichen Jagdbezirks (Jagdgenossen) bilden eine rechtsfähige Jagdgenossenschaft.¹

Die Verwaltung der Angelegenheiten der Jagdgenossenschaft, ihre gerichtliche und außergerichtliche Vertretung liegt dem Jagdvorstande ob, der aus höchstens 5 Jagdgenossen besteht.²

Der Jagdvorstand wird in einer Versammlung, zu der sämtliche Jagdgenossen in ortsüblicher Weise, bei Forstgemarkungen schriftlich, eingeladen werden, auf 6 Jahre gewählt. Die Wahl erfolgt nach Stimmenmehrheit der Erschienenen. Die Stimmen werden nach der Größe des Grundbesizes berechnet. Können sich die Miteigentümer eines Grundstücks³ über die Stimmabgabe nicht einigen, so ruht ihr Stimmrecht.

Die Versammlung der Jagdgenossen ist beschlußfähig, wenn der Grundbesitz der erschienenen Jagdgenossen mindestens die Hälfte des zur Abstimmung berechtigenden Grundbesizes des Jagdbezirks beträgt. Ist in der ersten Versammlung eine genügende Anzahl der Jagdgenossen nicht erschienen, so ist die zweite ordnungs-

mäßig berufene Versammlung beschlußfähig, ohne Rücksicht auf die Zahl der Erschienenen.

Das erste Mal wird der Jagdvorstand unter Leitung eines Magistratsmitgliedes, des Gemeindevorstehers oder Gemarkungspolizeibeamten gewählt, nachdem zuvor in derselben Weise beschlossen ist, aus wieviel Mitgliedern er bestehen soll.

R.D. § 16 — B. 120, D.D. 179, Ebn. 153, EngD. 145,
G. 51, R.R. 68.

1. Die Jagdgenossenschaft ist eine sog. Zwangsgenossenschaft des öffentlichen Rechts, deren Zusammensetzung nicht abgeändert werden kann; sie hat die Rechte einer juristischen Person, kann also klagen, verklagt werden, Verträge abschließen usw.

Früher waren die sog. Jagdgenossenschaften in Braunschweig nicht rechtsfähig (vergl. Pfeiler, Jagdrecht, 3. Erg.-Heft S. 12), woraus sich Unzuträglichkeiten bei Rechtsstreiten ergaben.

2. Die Obliegenheiten des Jagdvorstandes ergeben sich des näheren aus den §§ 15 bis 17, 19 bis 22 und 24.

3. Unter Miteigentum ist sowohl das nach Bruchteilen (BGB. §§ 1008 bis 1011) als auch das zur gesamten Hand zu verstehen. Letzteres findet sich bei Gesellschaften (BGB. § 718), bei der allgemeinen Gütergemeinschaft (BGB. § 1438), der Errungenschaftsgemeinschaft (BGB. § 1519), der Erbengemeinschaft (BGB. § 2032), der offenen Handelsgesellschaft (Handelsgesetzbuch vom 10. Mai 1897 § 105) usw.

§ 15. Ist der Jagdvorstand gewählt, so tritt er ohne Verzug zur Wahl eines Vorsitzenden zusammen.

Der Vorsitzende besorgt die geschäftlichen Angelegenheiten des Vorstandes, er führt dessen Beschlüsse aus und zeichnet sie namens des Vorstandes.

Bei Behinderung vertritt den Vorsitzenden das an Lebensjahren älteste der anwesenden Vorstandsmitglieder.

Der Vorstand ist beschlußfähig, wenn alle Mitglieder durch den Vorsitzenden oder dessen Stellvertreter mündlich

oder schriftlich geladen sind und mindestens die Hälfte erschienen ist.

Die Abstimmung erfolgt nach Stimmenmehrheit. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden.

Über jede Vorstandssitzung wird ein — in ein Protokollbuch einzutragendes — Protokoll aufgenommen, das vom Vorsitzenden und noch einem Vorstandsmitgliede unterschrieben wird.

§ 16. Auf Antrag eines Mitgliedes des Jagdvorstandes oder eines Viertels der Jagdgenossen, ohne Rücksicht auf die Größe des Grundbesizes, kann ein Vorstandsmitglied wegen Unwürdigkeit ausgeschlossen, wegen Untauglichkeit ausgeschieden werden. Über den bei dem Vorsitzenden einzubringenden Antrag entscheidet der Vorstand ohne Mitwirkung des als unwürdig oder untauglich Bezeichneten. Gegen den Beschluß steht dem Antragsteller und dem Ausgeschlossenen oder Ausgeschiedenen die Beschwerde an die Jagdpolizeibehörde zu, gegen deren Entscheidung die Klage beim Verwaltungsgerichtshofe gegeben ist.

In diesen Fällen, sowie im Falle des Todes oder Rücktritts eines Vorstandsmitgliedes, findet die Ersatzwahl in einer nach § 14 Abs. 3 zu berufenden Versammlung der Jagdgenossen statt.

§ 17. Die Jagdvorstände beschließen über die Bildung mehrerer Teilbezirke (§ 9 Abs. 1 Satz 2).¹

Die Jagdvorstände und die Eigentümer der Eigenjagdbezirke bestimmen über den Anschluß der im § 9 Abs. 2 bezeichneten Grundstücke an einen benachbarten Jagdbezirk und vereinbaren die Abrundung der Grenzen benachbarter Bezirke (§ 9 Abs. 3) und die Entschädigung nach § 9 Abs. 2 und 3.

Die Beschlüsse und Vereinbarungen sind zwei Wochen lang öffentlich auszulegen, Ort und Zeit der Auslegung

in ortsüblicher, erforderlichenfalls von der Jagdpolizeibehörde zu bestimmender Weise vorher bekannt zu machen.

Während der Auslegungsfrist kann jeder beteiligte Grundeigentümer bei der Jagdpolizeibehörde Beschwerde erheben.

Wenn im Falle des Abs. 1 Beschwerde erhoben ist, darf die Genehmigung erst nach Erledigung der Beschwerde, anderenfalls erst nach Ablauf der Beschwerdefrist erteilt werden.

Die Entscheidung der Jagdpolizeibehörde in diesen Fällen ist endgültig; soweit es sich jedoch um die Höhe der Entschädigung (Abs. 2) handelt, steht den Beteiligten die Klage beim Verwaltungsgerichtshof² zu. Klagen mehrere Berechtigte, so ist das Verfahren zu verbinden. Die Entscheidung gilt für alle Beteiligten.

JAG. § 5 — PZO. § 17 — B. 128, DD. 181, Ebn. 157, EngD. 147, G. 52, RR. 71.

1. Es ist hierzu jedoch die Genehmigung der Jagdpolizeibehörde erforderlich.

2. Vergl. Anm. 1 zu § 8 (S. 21).

§ 18. Wenn im Falle des § 12 Abs. 2 eine Einigung über die Pachtbedingungen nicht erzielt wird, so setzt diese die Jagdpolizeibehörde fest.

Gegen die Entscheidung steht den Inhabern der beteiligten Bezirke und den Eigentümern der anzuschließenden Grundstücke die Klage beim Verwaltungsgerichtshof¹ zu. Klagen mehrere Berechtigte, so ist das Verfahren zu verbinden. Die Entscheidung gilt für alle Beteiligten.

JAG. § 3 Abs. 2 — PZO. § 19 — B. 132, DD. 183, Ebn. 159, EngD. 149, G. 54, RR. 73.

1. Vergl. Anm. 1 zu § 8 (S. 21).

§ 19. Die Jagd in einem gemeinschaftlichen Jagdbezirk wird in der Regel durch Verpachtung genutzt.¹

Der Jagdvorstand kann die Jagd ruhen oder auf Rechnung der Jagdgenossenschaft durch angenommene Jäger (§ 25) ausüben lassen,² wenn innerhalb zweier Wochen,³ nachdem der Beschluß des Jagdvorstandes auf ortsübliche Weise bekanntgemacht ist, kein Jagdgenosse beim Jagdvorstande Einspruch erhoben hat oder der Einspruch vom Kreisausschusse, in der Stadt Braunschweig vom Stadtmagistrate, für unbegründet erklärt ist.

Sind nach § 9 und § 17 mehrere Teilbezirke gebildet, so ist die gesonderte Jagdnutzung gemäß Absatz 1 und 2 zulässig.

PZO. § 20 — B. 133, DD. 183, Ebn. 159, EngD. 150, G. 55, RR. 74.

1. Die Verpachtung wird im allgemeinen als die für die Gesamtheit der Beteiligten vorteilhafteste Art der Jagdnutzung anzusehen sein und ist deshalb als Regel vorgeschrieben. Die näheren Vorschriften über die Durchführung der Verpachtung enthalten die §§ 20 bis 22.

2. Die zur Zeit des Inkrafttretens der Jagdordnung bestehenden Verträge über die Verwaltung gemeinschaftlicher Jagdbezirke endigen spätestens 6 Monate nach dem Inkrafttreten des Gesetzes, vergl. § 88 Abs. 3 (E. 99).

3. Wegen Bemessung dieser Frist vergl. § 87 (E. 98).

§ 20. Die Verpachtung nimmt der Jagdvorstand vor.¹

Für die Art der Verpachtung ist das Interesse der Jagdgenossenschaft maßgebend.² Wird die Jagd im Wege der Versteigerung verpachtet, so ist eine Beschränkung der zum Bieten zuzulassenden Personen auf einen bestimmten Personenkreis nur zulässig, wenn ein dahingehender Beschluß von einer Versammlung der Jagdgenossen gefaßt wird. Hinsichtlich der Berufung und Beschlußfähigkeit der Versammlung sowie der Abstimmung findet § 14 Abs. 3³ Anwendung. Außerdem ist zur Gültigkeit des Beschlusses erforderlich, daß von

der Zahl der in der Versammlung erschienenen Personen wenigstens ein Drittel für die Beschränkung gestimmt hat.⁴

Über die Verhandlung und Abstimmung ist ein Protokoll aufzunehmen, das vom Vorsitzenden und einem dem Vorstande nicht angehörenden Mitgliede der Versammlung zu unterschreiben ist.

Der Jagdvorstand hat die von ihm beabsichtigte Art der Verpachtung und die Zeit, für welche sie erfolgen soll, in ortsüblicher, erforderlichenfalls von der Jagdpolizeibehörde zu bestimmender Weise und außerdem durch das von der Jagdpolizeibehörde bestimmte Blatt⁵ bekannt zu machen. Die von ihm in Aussicht genommenen Pachtbedingungen⁶ sind zwei Wochen lang öffentlich auszulegen, Ort und Zeit der Auslegung in der Bekanntmachung anzugeben.⁷

Jeder Jagdgenosse kann während der Auslegungsfrist gegen die Art der Verpachtung und die Bedingungen Beschwerde bei dem Kreisausschusse, in der Stadt Braunschweig beim Stadtmagistrate, erheben. Deren Entscheidung⁸ ist endgültig. Sie kann nur dahin gehen, daß die Beschwerde unbegründet, oder daß die angefochtene Bedingung oder Art der Verpachtung unstatthaft, oder daß die von der Beschwerde verlangte Ergänzung der Bedingungen erforderlich sei.

Nach endgültiger Feststellung der Bedingungen ist der Verpachtungstermin unter Beachtung der Bestimmungen des Absatzes 3⁹ so zeitig bekannt zu machen, daß zwischen der Bekanntmachung¹⁰ und dem Termine eine Frist von mindestens zwei Wochen bleibt.

JAG. § 5 — PZO. § 21 — B. 135, DD. 184,

Ebn. 160, EngD. 151, G. 56, RA. 76.

1. Jedoch muß, wenn bei der Verpachtung der Jagd mittelst Versteigerung die zum Bieten zuzulassenden Personen auf einen bestimmten Personenzreis beschränkt werden sollen, zuvor ein dahin lautender Beschluß von der Versammlung der Jagdgenossen nach Abs. 2 gefaßt werden.

2. Der Jagdvorstand entscheidet, abgesehen von dem Falle des folgenden Satzes, selbständig nach eigenem pflichtmäßigen Ermessen über die Verpachtungsart, wobei die einzelnen Mitglieder des Vorstandes nicht ihr eigenes Interesse wahrnehmen dürfen, sondern sich das der gesamten Jagdgenossenschaft zur Richtschnur dienen lassen müssen.

3. Gemeint ist Abs. 3 und 4.

4. Diese Vorschrift, die von der Kommission der Landesversammlung herrührt, will die Beschränkung der zum Bieten zugulassenden Personen auf einen bestimmten Personenkreis nach Möglichkeit erschweren. Da in vielen Gemeinden vorzugsweise die größeren Grundeigentümer zu solcher Beschränkung geneigt sein werden, die mit ihrem Grundbesitz leicht die übrigen Jagdgenossen überstimmen können, so soll die Beschränkung nur dann zulässig sein, wenn sie nicht nur in beschlußfähiger Versammlung nach Stimmenmehrheit der erschienenen Jagdgenossen, die Stimmen nach der Größe des Grundbesitzes berechnet, beschlossen wird, sondern wenn auch wenigstens 1/3 der erschienenen Jagdgenossen der Zahl nach für den Beschluß gestimmt haben. Vergl. die eingehenden Verhandlungen über diese Vorschrift: Verhandlungen des 30. ordentl. Landtages S. 891, 1055 u. 1144.

5. Es empfiehlt sich, daß die Jagdpolizeibehörden dieses Blatt ein für allemal bezeichnen. Wenn übrigens der Jagdvorstand seine Bekanntmachungen — was namentlich bei der über den Verpachtungsstermin (s. Abs. 6) unter Umständen im Interesse des Ergebnisses der Verpachtung zweckmäßig sein kann — noch in anderen Blättern veröffentlichten will, so steht dem nichts entgegen.

6. Nach BGB. § 156 erlischt bei Versteigerungen ein Gebot, wenn ein Übergebot abgegeben oder die Versteigerung ohne Erteilung des Zuschlages geschlossen wird. Will daher der Jagdvorstand, wie es zweckmäßig und nach § 21 Abs. 1 Ziffer 10 u. Abs. 2 zulässig ist, sich die Auswahl unter mehreren Geboten vorbehalten und den Zuschlag nicht sofort im Termin erteilen, so muß in die Pachtbedingungen eine — den § 156 BGB. ausschließende — Bestimmung aufgenommen werden, daß die Bietenden auf eine anzugebende Zeit an ihre Gebote gebunden sind.

übrigens ist, wenn auch nicht vorgeschrieben, so doch dringend zu empfehlen, bei Verpachtungen auf Meistgebot

34 II. Jagdordnung, 2. Ausübung des Jagdrechts, § 21.

über die abgegebenen Gebote eine schriftliche Verhandlung aufzunehmen.

7. Diese Bekanntmachung muß so frühzeitig erfolgen, daß das durch die §§ 20 und 22 geregelte Verfahren mit seinen Bekanntmachungen, Auslegungs- und Beschwerdefristen bis zum 1. Mai des Jahres, in dem die neue Pachtzeit beginnen soll, durchgeführt werden kann. Vergl. auch § 21 Ziffer 2.

8. Pachtverträge, die gegen diese Entscheidung verstoßen, sind nach § 23 nichtig.

9. Gemeint ist Abs. 4.

10. Die Bekanntmachung wird etwa so lauten können:

Die Jagd im hiesigen gemeinschaftlichen Jagdbezirke soll

Montag, den 20. Januar d. J.,
öffentlich im Wege des Meistgebots auf die 12 Jahre
vom 1. Mai 1912 bis zum 30. April 1924 verpachtet
werden.

Pachtlustige werden eingeladen, sich an dem gedachten Tage nachmittags 6 Uhr in der M.schen Gastwirtschaft hierselbst einzufinden.

Die Verpachtungsbedingungen können vorher bei mir eingesehen und gegen eine Schreibgebühr von
.. M von mir bezogen werden.

K., den 2. Januar 1912.

Der Jagdvorstand.

N., Vorsitzender.

§ 21. Für die Verpachtung gelten folgende Bestimmungen:

1. Die Pachtzeit aller Pachtverträge beginnt mit dem 1. Mai.^{1, 2}
2. Die Verpachtungstermine dürfen frühestens am 15. Januar des Jahres stattfinden, in dem die Pachtzeit beginnt.¹
3. Die Pachtverträge sind schriftlich abzuschließen.³
4. Die Jagd in Bezirken, deren Größe 500 ha nicht übersteigt, darf an höchstens zwei Personen verpachtet werden. Bei Bezirken von über 500 bis 1000 ha Größe sind drei und bei Bezirken über 1000 ha vier gemeinschaftliche Pächter zulässig.⁴

5. Die Verpachtung der Jagd an Reichsausländer bedarf der Genehmigung der Jagdpolizeibehörde.
6. Die Verpachtung der Jagd an Personen, denen der Jagdschein entzogen ist, oder denen er nach § 33 versagt werden muß, ist unzulässig.
7. Dem Pächter dürfen keine Verpflichtungen über Ausstellung von Jagderlaubnis-scheinen (§ 26) auferlegt werden.
8. Verträge über Unterverpachtungen und Pachtabtretungen sind schriftlich abzuschließen und bedürfen der schriftlichen Zustimmung des Verpächters und der Genehmigung der Jagdpolizeibehörde.⁵
9. Die Pachtzeit ist in der Regel auf mindestens sechs und höchstens zwölf Jahre festzusetzen, kann jedoch mit Genehmigung der Jagdpolizeibehörde im Interesse der Jagdgenossenschaft bis auf drei Jahre herabgesetzt oder bis auf achtzehn Jahre erhöht werden.⁶
10. Die Erteilung des Zuschlages unterliegt in jedem Falle dem pflichtmäßigen Ermessen des Jagdvorstandes mit der Beschränkung, daß der Zuschlag nicht einem Bietenden erteilt werden darf, dessen Gebot um mehr als zehn vom Hundert hinter dem Höchstgebote zurückbleibt.¹

Will der Jagdvorstand aus besonderen Gründen trotzdem ein geringeres Pachtgebot annehmen, so hat er zuvor unter Darlegung der besonderen Gründe die Genehmigung des Kreis-ausschusses, in der Stadt Braunschweig des Stadtmagistrates, einzuholen.

Die Entscheidung der Jagdpolizeibehörde in den Fällen 5, 8 und 9 ist endgültig.⁷

JAG. § 4 — PJO. § 22 — B. 150, DD. 187,
Ebn. 163, EngD. 153, G. 57, RR. 79.

1. Die Ziffern 1, 2 und 10 rühren von der Kommission der Landesversammlung her.

2. Indem die Kommission als Beginn aller Jagdpachtverträge den 1. Mai festsetzte und die Verpachtung vor dem 15. Januar verbot, wollte sie dem bisherigen Pächter die Möglichkeit nehmen, die Jagd noch nach dem Verpachtungstermine bis zur Beendigung der Pachtzeit auszuschließen.

Die vor dem Inkrafttreten der Jagdordnung abgeschlossenen Jagdpachtverträge endigen nach § 88 spätestens am 30. April 1916. Die vor diesem Tage abgeschlossenen Jagdpachtverträge dürfen mit einem anderen Tage als dem 1. Mai beginnen.

3. Für die schriftliche Form des Vertrages liegt bei dessen längerer Dauer ein Bedürfnis vor; sie mußte ausdrücklich vorgeschrieben werden, weil nach einer Entscheidung des Reichsgerichts vom 9. Mai 1902 Gegenstand des Jagdpachtvertrages die Jagdberechtigung und nicht das Grundstück ist, der § 566 BGB. mithin nicht zur Anwendung kommt. Die somit abweichend vom BGB. vorgeschriebene Form ist nach Art. 3 u. 69 GG. zum BGB. zulässig.

Wegen der schriftlichen Form vergl. BGB. §§ 126 und 127.

Mündliche Nebenabreden zu dem schriftlichen Vertrage sind nichtig.

4. Die Vorschriften über die zulässige Zahl der Pächter stimmten im Regierungsentwurfe mit den Vorschriften des § 4 Abs. 1 u. 2 des Jagdausübungsgesetzes vom 16. April 1852 überein. Die Kommission hat jedoch die Zahl der zulässigen Pächter gegenüber diesem Entwurfe um je einen vermehrt.

5. Wie für den Abschluß der Jagdpachtverträge so empfiehlt sich auch für den Abschluß der Verträge über Unterverpachtungen und Pachtabtretungen die schriftliche Form. Diese Verträge sind wie bisher (§ 4 Abs. 5 des Jagdausübungsgesetzes) von der Zustimmung des Verpächters abhängig gemacht worden, auch bedürfen sie zum Schutze der Interessen der Jagdgenossen der Genehmigung der Jagdpolizeibehörde.

6. An einer Vorschrift über die zulässige Dauer der Jagdpachtverträge hat es bis jetzt gefehlt. Die Bestimmungen im § 2 Abs. 2 und § 3 Abs. 4 des Jagdausübungsgesetzes bezogen sich nicht auf Jagdpachtverträge im allgemeinen,

sondern nur auf die Vereinbarungen, die über die Abrundung der Grenzen benachbarter Jagdbezirke oder über den Anschluß von Trennstücken an einen angrenzenden Jagdbezirk abgeschlossen wurden.

7. Jagdpachtverträge, die gegen die Vorschriften dieses Paragraphen verstoßen, sind nach § 23 nichtig.

§ 22. Der Jagdvorstand hat den Pachtvertrag binnen zwei Wochen nach dem Abschlusse zwei Wochen lang öffentlich auszulegen, Ort und Zeit der Auslegung sind in ortsüblicher, erforderlichenfalls von der Jagdpolizeibehörde zu bestimmender Weise vorher bekannt zu machen.¹

Jeder Jagdgenosse kann während der Auslegungsfrist bei dem Kreisausschusse wegen des Pachtvertrages Beschwerde einlegen. Gegen die nach § 20 festgestellte Art der Verpachtung und die Pachtbedingungen ist die Beschwerde unzulässig (vergl. § 20 Abs. 5).²

Der Kreisausschuß hat zu prüfen,³ ob der Vertrag dem Gesetze und dem Interesse der Jagdgenossenschaft entspricht, und demgemäß nach freiem Ermessen den Vertrag zu bestätigen oder unter Anführung der zu beanstandenden Vertragsbestimmungen⁴ für ungültig zu erklären. Seine Entscheidung ist endgültig.⁵

Ist der Vertrag vom Kreisausschusse für ungültig erklärt, so hat der Jagdvorstand entweder den Pachtvertrag⁶ der Entscheidung des Kreisausschusses entsprechend abzuändern oder über die Verwertung des Jagdrechtes anderweit Beschluß zu fassen.

Erfolgt die Abänderung des Pachtvertrages oder anderweite Beschlußfassung des Jagdvorstandes nicht innerhalb vier Wochen, oder wird auch der zweite Beschluß des Jagdvorstandes auf erhobene Beschwerde vom Kreisausschusse aufgehoben, so geht die Befugnis des Jagdvorstandes zur Fassung rechtsverbindlicher Beschlüsse über die Verwertung des Jagdrechtes für den vorliegenden Fall auf den Kreisausschuß über.

In der Stadt Braunschweig tritt an die Stelle des Kreis Ausschusses der Stadt magistrat.⁷

Gesetz vom 30. März 1896 Nr. 16 — R.D. § 23 —
B. 178, D.D. 190, Ebn. 173, EngD. 157, G. 58, R.R. 82.

1. Wenn Bekanntmachung auf schriftlichem Wege ortsüblich ist, so kann sie etwa wie folgt lauten:

Der Jagdvorstand hat dem Rentner O. auf das in dem Verpachtungstermine vom 20. d. M. abgegebene Höchstgebot für die Jagdnutzung im hiesigen gemeinschaftlichen Jagdbezirke den Zuschlag erteilt.

Der auf Grund der festgesetzten Pachtbedingungen aufgestellte Pachtvertrag für die 12 Jahre vom 1. Mai d. J. bis zum 30. April 1924 wird gemäß § 22 Abs. 1 der Jagdordnung zwei Wochen lang, vom 1. bis 14. Februar d. J., bei dem unterzeichneten Vorsitzenden des Jagdvorstandes öffentlich ausliegen.

X., den 25. Januar 1912.

Der Jagdvorstand.

N.

2. weil gegen die Art der Verpachtung und die Pachtbedingungen schon während der Auslegungsfrist nach § 20 Abs. 5 Beschwerde verfolgt werden kann.

Gegen Bestimmungen des Vertrages jedoch, die in den durch das Verfahren des § 20 Abs. 4 u. 5 festgesetzten Pachtbedingungen nicht mit enthalten sind, ist jetzt Beschwerde zulässig.

3. Die Prüfung hat unter Beachtung der von ihm nach § 20 Abs. 5 etwa bereits abgegebenen Entscheidung zu geschehen.

4. Es kann sich hier nur um Vertragsbestimmungen handeln, gegen die nach Abs. 2 noch Beschwerde zulässig ist, nicht um solche, die bereits durch das nach § 20 Abs. 4 u. 5 durchgeführte Verfahren festgestellt sind.

5. Pachtverträge, die gegen diese Entscheidung verstoßen, sind nach § 23 nichtig.

6. Für Verträge über die Verpachtung der Jagd auf braunschweigischen Grundstücken ist nach Tarifstelle 50. I. 2 des Gesetzes vom 3. März 1911 Nr. 25, betr. Änderung des Stempelsteuergesetzes vom 26. Juni 1908 Nr. 50 jährlich an Stempelsteuer zu entrichten, wenn der verabredete, nach der Dauer eines Jahres zu berechnende Pachtzins beträgt:

mehr als 300 M., aber nicht mehr als 500 M.	2 v. S.	des Pachtzinses, wobei der Wert nicht in Geld bestehender Nebenleistungen dem Zins nicht hinzuzurechnen ist.
mehr als 500 M., aber nicht mehr als 1500 M.	3 v. S.	
mehr als 1500 M., aber nicht mehr als 3000 M.	5 v. S.	
mehr als 3000 M., aber nicht mehr als 6000 M.	7 v. S.	
mehr als 6000 M., aber nicht mehr als 8000 M.	9 v. S.	
mehr als 8000 M.	10 v. S.	

Verträge über die Erpachtung von gemeinschaftlichen Jagdbezirken oder Teilen von solchen unterliegen jedoch, wenn als Pächter ausschließlich solche Inländer auftreten, die im Gemeindebezirke ihren Wohnsitz haben und zu den Jagdgenossen des Jagdbezirks gehören und wenn der verabredete, nach der Dauer eines Jahres zu berechnende Pachtzins den Betrag von 1500 M nicht übersteigt, nur einem Stempel von $\frac{3}{10}$ v. S. des Pachtzinses.

Hiernach ist beispielsweise zu einem Vertrage über eine Jagd, die auf einen 6jährigen Zeitraum gegen ein einmal im voraus zu zahlendes Pachtgeld von 6000 M verpachtet ist, für jedes Pachtjahr ein Stempel zu entwerfen:

a) wenn die Jagd an einen Nichtjagdgenossen verpachtet ist, von $\frac{6000}{6} \cdot \frac{3}{100} = 30$ M.,

b) wenn die Jagd an einen im Gemeindebezirke wohnenden Jagdgenossen verpachtet ist, von $\frac{6000}{6} \cdot \frac{0,3}{100} = 3$ M.

Dagegen unterliegt ein Jagdpachtvertrag, der über ein jährliches Pachtgeld von 2000 M lautet, mag der Pächter ein Jagdgenosse oder ein Nichtjagdgenosse sein, einer jährlichen Stempelsteuer von $2000 \cdot \frac{5}{100} = 100$ M.

Für das Duplikat eines stempelpflichtigen Jagdpachtvertrages ist nach Tariffstelle 19 ein einmaliger Stempel im Werte von 1,50 M zu verwenden.

7. Der Regierungsentwurf umfaßte nur die beiden ersten Absätze dieses Paragraphen und sah im Abs. 2 Beschwerde bei der Jagdpolizeibehörde vor.

Auf Antrag der Kommission des Innern änderte die Landesversammlung diese Beschwerde in solche bei dem

Reis ausschuße um und fügte bei der zweiten Lesung die Absätze 3 bis 6 hinzu.

§ 23. Pachtverträge, die gegen die Vorschriften der §§ 21 und 22 Abs. 1 oder gegen die im § 20 Abs. 5 und § 22 Abs. 3 und 5 erwähnten Entscheidungen verstoßen, sind nichtig.

Streitigkeiten zwischen dem Jagdvorstand und dem Pächter über solche Nichtigkeit entscheidet die Jagdpolizeibehörde. Gegen die Entscheidung findet die Klage beim Verwaltungsgerichtshofe statt.¹

Die Jagdpolizeibehörde kann dem Pächter für die Dauer dieses Verfahrens die Ausübung der Jagd untersagen und wegen der anderweiten Jagdnutzung das Erforderliche anordnen.²

ZA. § 4 Abs. 4 — PZO. § 24 — B. 180, DD. 191, Ebn. 174, EngD. 158, G. 59, RA. 83.

1. Nur bei Nichtigkeit, die aus der Verletzung der im Abs. 1 erwähnten Vorschriften und Entscheidungen hergeleitet wird, hat die Jagdpolizeibehörde und in zweiter Instanz der Verwaltungsgerichtshof zu entscheiden. Streitigkeiten privatrechtlicher Natur über den Jagdpachtvertrag, z. B. Klagen auf Zahlung des Pachtgeldes, Aufhebung des Vertrages wegen Nichtbezahlung des Pachtgeldes usw. gehören dagegen vor die ordentlichen Gerichte. — Wegen Erhebung der Klage beim Verwaltungsgerichtshofe vergl. Anm. 1 zu § 8 (S. 21).

2. Das hier der Jagdpolizeibehörde eingeräumte Recht entspricht dem praktischen Bedürfnis, damit die Jagdgenossen während eines oft länger dauernden Verwaltungsstreitverfahrens nicht der Ertragnisse der Jagd verlustig gehen. Welche Anordnungen zu treffen sind, hängt von dem Ermessen der Behörde ab. Nach Lage des einzelnen Falles kann Zwischenverpachtung eintreten oder Abschuß durch Jäger, um Erträge zu erzielen und Wildschaden zu verhüten usw., zweckmäßig sein. Es handelt sich aber stets nur um eine Zwischenverfügung, die nur solange gilt, bis die Klage beim Verwaltungsgerichtshofe entschieden ist. (Begr.)

§ 24. Der Jagdvorstand erhebt die Pachtgelder und sonstigen Einnahmen aus der Jagdnutzung und verteilt sie nach Abzug der der Genossenschaft zur Last fallenden Ausgaben unter die Jagdgenossen je nach der Größe der beteiligten Grundstücke. Hierbei bleibt es dem Jagdvorstande überlassen, ob er die Verteilung der Pachtgelder am Schlusse eines oder mehrerer Jahre oder am Schlusse der ganzen Pachtzeit vornehmen will.¹

Der Verteilungsplan, der eine Berechnung der Einnahmen und Ausgaben enthalten muß, ist zwei Wochen lang öffentlich auszulegen, Ort und Zeit der Auslegung sind von dem Jagdvorstande in der im § 22 Abs. 1 angegebenen Weise bekannt zu machen.

Gegen den Verteilungsplan ist binnen zwei Wochen nach Beendigung der Auslegung Einspruch bei dem Jagdvorstande zulässig.

Gegen seinen schriftlich zu erteilenden Bescheid kann innerhalb zweier Wochen nach Behandigung oder Eröffnung bei der Jagdpolizeibehörde Beschwerde erhoben werden. Deren Entscheidung ist endgültig.

Die Eigentümer der in § 4 Abs. 1 Satz 2 bezeichneten Grundstücke nehmen an dem Pachtgelde und den sonstigen Erträgen aus der Jagdnutzung nicht teil und haben nicht das Einspruchsrecht des Absatzes 3.

Sind die Erträge der Jagd bisher herkömmlich für gemeinnützige Zwecke verwendet, so kann es hierbei bleiben.² Der Beschluß des Jagdvorstandes ist in der in Absatz 2 bestimmten Weise bekannt zu machen. Jeder Grundeigentümer kann aber bis zum Ablaufe der in Absatz 3 genannten Frist die Auszahlung seines Anteils verlangen.

JAG. § 6 — PJO. § 25 — B. 185, DD. 192,
Ebn. 177, EngD. 159. G. 60, RR. 86.

1. Die Absätze 1 u. 2 entsprachen nach dem Regierungsentwurfe dem § 6 des Jagdausübungsgesetzes und der bis-

herigen Praxis. Die Verteilung der Reinerträge soll, wenn der gemeinschaftliche Jagdbezirk einer Gemeinde in mehrere selbstständige Jagdbezirke geteilt ist (§ 9 Abs. 1), für jeden Teilbezirk gesondert geschehen. (Begr.)

Der zweite Satz des Abs. 1 wurde auf Antrag der Kommission von der Landesversammlung angenommen. Bei den Verhandlungen wurde darauf hingewiesen, daß es zweckmäßig und daher in vielen Gemeinden üblich sei, das Jagdpachtgeld erst am Schlusse der Pachtperiode zu verteilen (Verhandlungen des 30. ordentl. Landtages S. 1151).

2. Hiernach soll es gestattet sein, die Erträge der Jagd, wie es bisher schon nicht selten geschehen ist, gemeinnützigen Zwecken zuzuwenden. Da aber ein solcher Verwendungszweck möglicherweise nicht den Interessen aller Jagdgenossen in gleicher Weise entspricht, so soll jeder Genosse befugt sein, die Auszahlung seines Anteiles zu verlangen. Um dies zu ermöglichen, wird in solchem Falle der Verteilungsplan aufzustellen und darin auszusprechen sein, daß die Reinerträge dem gemeinnützigen Zwecke zugeführt werden sollen. Wird dagegen kein Einspruch erhoben, so gilt dieser Vermerk, und die Jagdgenossen verlieren nach Beendigung der Einspruchsfrist das Recht, ihren Anteil zu verlangen. Haben die Jagdgenossen sämtlich im voraus und für gewisse Zeit auf die Erträge verzichtet, so kann diese Erklärung für diese Zeit nicht zurückgenommen werden. (Begr.)

4. Gemeinsame Bestimmungen.

§ 25. Dem Jagdausübungsberechtigten und bei gemeinschaftlichen Jagdbezirken, die nicht verpachtet sind, dem Jagdvorstande ist die Annahme von Jägern und Jagdaufsehern gestattet.

In einem Jagdbezirke dürfen höchstens drei Jäger oder Jagdaufseher (§ 73 Ziffer 2) angenommen werden.¹ In den nach § 10 Abs. 5 gebildeten Jagdbezirken dürfen Jäger oder Jagdaufseher nicht angenommen werden.

Als Jäger oder Jagdaufseher dürfen nur großjährige Männer angenommen werden, gegen die nichts vorliegt, was nach den §§ 33 und 34 die Verfassung

des Jagdscheines rechtfertigt. Die Annahme der Jäger und Jagdaufseher bedarf der Bestätigung der Jagdpolizeibehörde.²

Diese Bestimmungen gelten nicht für die von der Herzoglichen Kammer, Direktion der Forsten, und vom Herzoglichen Hofjagdamte verwalteten Jagdbezirke.

Jagdaufseher sind als solche nicht zur Ausübung der Jagd berechtigt.

Preuss. § 27 — B. 195, DD. 196, Ebn. 182, EngD. 164
G. 62, RR. 92.

1. Durch die Beschränkung der Höchstzahl der zulässigen Jäger und Jagdaufseher soll eine Umgehung der Bestimmungen im § 21 Ziffer 4 und 7 und im § 26 Abs. 3 verhütet werden. (Begr.)

2. Wegen der Ausübung des Jagdschutzes durch die Jäger und Jagdaufseher vergl. §§ 73 ff., wegen ihrer Be-
eidigung § 76. Jäger und Jagdaufseher sind für die Jagd-
bezirke, für die sie angenommen sind, von der Jagdschein-
abgabe befreit, vergl. § 32 Ziffer 2.

§ 26. Ohne Begleitung eines Jagdausübungs-
berechtigten¹ oder eines Jagdaufsehers dürfen andere
Personen in Jagdbezirken nur dann jagen, oder sich —
abgesehen von den gesetzlich bestimmten Ausnahmen —
außerhalb des öffentlichen, zum gemeinen Gebrauche
bestimmten Weges in Jagdausrüstung aufhalten, wenn
sie einen auf ihren Namen ausgestellten Erlaubnisschein
bei sich führen.² Der Erlaubnisschein berechtigt nicht
zur Mitnahme von Jagdgästen und ist auf Verlangen
den im § 73 genannten Personen vorzuzeigen.³

Erlaubnisscheine dürfen ausstellen:

1. für Eigenjagdbezirke der Inhaber, beim Vor-
handensein mehrerer Inhaber deren Gesamtheit,
im Falle der Jagdverpachtung der Pächter, bei
gemeinschaftlicher Pacht die Gesamtheit der
Pächter,

2. für gemeinschaftliche Jagdbezirke der Pächter oder die Gesamtheit der Pächter und, wenn die Jagd durch angestellte Jäger ausgeübt wird, der Jagdvorstand,
3. für die Jagdbezirke, die für die Herzogliche Kammer, Direktion der Forsten, verwaltet werden, diese Behörde oder nach ihrem Ermessen das zuständige Forstamt,
4. für die Jagdbezirke der Herzoglichen Hofjagdverwaltung das Herzogliche Hofjagdamt oder nach seinem Ermessen der Verwalter des betreffenden Jagdbezirkes.

Für Jagdbezirke bis zu 500 ha sind 3 Erlaubnisscheine, für Bezirke über 500 bis 1000 ha sind 4, für Bezirke über 1000 bis 1500 ha sind 5 und für Bezirke über 1500 ha 6 Erlaubnisscheine zulässig.⁴

Für die Jagdbezirke des Kammer- und Klostergrundes bestimmt die Herzogliche Kammer, Direktion der Forsten, für die der Herzoglichen Hofjagdverwaltung das Herzogliche Hofjagdamt die zulässige Zahl der Erlaubnisscheine.

Der Erlaubnisschein muß auf die Person, einen bestimmten Jagdbezirk und einen bestimmten Zeitraum, der mindestens ein Jahr betragen muß,⁵ lauten, den Tag der Ausstellung und die Unterschrift des Ausstellers, gegebenenfalls aller Aussteller, enthalten. Die Unterschriften müssen, wenn der Schein nicht von einer Forst- oder Jagdbehörde unter Beidrückung des Amtssiegels ausgestellt ist, von der Ortspolizeibehörde beglaubigt sein.

Erlaubnisscheine dürfen nicht gegen Entgelt ausgestellt werden.^{4, 6}

JPG. § 11.

1. Zu den Jagdausübungsberechtigten, die keines Erlaubnisscheines bedürfen, gehören auch die zur Jagdausübung in den Kammer- und Klosterforsten nach den Anord-

nungen der Herzoglichen Kammer, Direktion der Forsten, berufenen, im Herzoglichen Forst- und Jagddienste angestellten und beschäftigten Personen, ferner die zur Ausübung der Jagd in den Herzoglichen Hofjagdbezirken berechtigten Herzoglichen Hof-Jagdbeamten und die nach § 25 für Privatjagdbezirke angenommenen Jäger.

2. Die Bestimmungen über Jagderlaubnischeine waren früher im § 11 des Jagdpolizeigesetzes von 1879 enthalten. In dieser Beziehung verschärfte Vorschriften einzuführen, erschien an der Zeit, da erfahrungsmäßig in vielen gemeinschaftlichen Jagdbezirken das Übermaß der ausgestellten Erlaubnischeine zu einem übermäßigen Wildabschusse nicht selten auch da geführt hat, wo die Unterhaltung eines entsprechenden Wildstandes (namentlich des von Hasen, Rebhühnern usw.) keinerlei Schädigungen der Feldfrüchte verursacht haben würde. Wie nun hierdurch die Nachhaltigkeit des Jagdertrages beeinträchtigt und die Interessen insbesondere aller der Jagdgenossen verletzt werden, die nicht selbst an der Jagdausübung teilnehmen, so soll dem künftig dadurch entgegengetreten werden, daß die Zahl der für jeden Jagdbezirk zulässigen Jagderlaubnischeine — soweit nicht Jagdbezirke des Kammer- und Klostergutes und der Hofjagdverwaltung in Frage kommen — festgesetzt ist. (Begr.)

Während der Regierungsentwurf für Jagdbezirke bis zu 500 ha einen Erlaubnischein, für Bezirke über 500 bis 1000 ha zwei, für Bezirke über 1000 bis 1500 ha drei und für Bezirke über 1500 ha vier Erlaubnischeine vorsah, vermehrte die Kommission diese Zahl um je einen Schein. Bei der ersten Lesung erhoben im Plenum mehrere ländliche Abgeordnete gegen diese Beschränkung sehr lebhaft ihre Stimme mit dem Erfolge, daß die ganze Bestimmung gestrichen wurde. Für die zweite Lesung beantragte jedoch die Kommission die Wiederaufnahme der Bestimmung mit der Änderung, daß die Zahl der zulässigen Erlaubnischeine noch um je einen vermehrt und mithin auf 3 bis 6 festgesetzt wurde. Dieser Antrag wurde bei der zweiten Lesung angenommen.

3. Vergl. Strafbvorschrift § 83 (S. 93).

4. Vergl. Strafbvorschrift § 84 Ziffer 2 (S. 94).

5. Durch die auf Antrag der Kommission erfolgte Festsetzung der Mindestdauer der Erlaubnischeine auf ein Jahr soll verhütet werden, daß innerhalb eines Jagdjahres eine größere Anzahl von Jagdgästen mit kurzfristigen Erlaub-

nisscheinen nacheinander ohne Begleitung des Jagdausübungsberechtigten die Jagd ausübt.

6. Vergl. zu diesem Paragraphen die Ziffer I der hierunter abgedruckten Bekanntmachung zur Ausführung der Jagdordnung (S. 103).

§ 27. Kann ein Jagdbezirk nicht auf einem öffentlichen, zum gemeinen Gebrauche bestimmten Wege¹ erreicht werden, so kann die Jagdpolizeibehörde auf Antrag gestatten, daß die Jagdausübungsberechtigten, Jagdaufseher und Jagdgäste jeden durch andere Bezirke zu ihren Bezirken führenden öffentlichen Weg² in Jagdausrüstung benutzen. Zuständig ist die Jagdpolizeibehörde, in deren Amtsbereiche die anderen Bezirke liegen. Vor Erteilung der Erlaubnis ist den Jagdvorständen oder den Inhabern dieser Bezirke Gelegenheit zur Äußerung zu geben.³

Die im Herzoglichen Forst- und Jagddienste angestellten oder beschäftigten Personen (vergl. § 73 Ziffer 1) dürfen als Zugang zu den ihrer Aufsicht unterstellten Forsten und Jagdbezirken alle durch fremde Bezirke führenden öffentlichen Wege in Jagdausrüstung benutzen und die ihrer Aufsicht unterstellten Gemeinde- und Privatforsten auch außerhalb der öffentlichen Wege in Jagdausrüstung betreten.⁴

Jagdstrafgesetz vom 20. August 1849 § 19.

1. Wegen des Begriffs des öffentlichen, zum gemeinen Gebrauche bestimmten Weges vergleiche Erkenntnis der II. Strafkammer des Landgerichts Braunschweig vom 14. März 1907. Pfeiler, Jagdrecht, 5. Erg.-Heft S. 54.

2. Zu den öffentlichen Wegen gehören nach § 2 der Wegeordnung vom 29. Juni 1899 Nr. 56: 1. die Staatsstraßen, 2. die Kommunikationswege (Kreisstraßen), 3. die Wege in Städten, Flecken und Dörfern, 4. die öffentlichen Fußwege und 5. die Feld- und Wannenwege.

3. Die Vorschrift des Abs. 1 schließt sich an eine Bestimmung an, die im § 19 des Jagdstrafgesetzes von 1849 ent-

halten war, die aber in das Jagdpolizeigesetz von 1879 zu übernehmen übersehen war. Mit Rücksicht auf § 368 Nr. 10 des Strafgesetzbuches, wo dem Strafe angedroht wird, der ohne Genehmigung des Jagdberechtigten oder ohne sonstige Befugnis auf einem fremden Jagdgebiete außerhalb des öffentlichen, zum gemeinen Gebrauche bestimmten Weges, wenn auch nicht jagend, doch zur Jagd ausgerüstet betroffen wird, war es erforderlich, für die Zugänglichkeit der auf einem derartigen Wege nicht erreichbaren Jagdbezirke durch Aufnahme einer der gedachten Vorschrift des Jagdstrafgesetzes entsprechenden Bestimmung in die Jagdordnung Sorge zu tragen; dies ist im Abs. 1 geschehen. (Begr.)

4. Die Vorschrift, daß die im Herzoglichen Forst- und Jagddienste angestellten oder beschäftigten Personen die ihrer Aufsicht unterstellten Gemeinde- und Privatforsten auch außerhalb der öffentlichen Wege in Jagdausrüstung betreten dürfen, ist von der Landesversammlung bei der ersten Lesung des Entwurfs angenommen.

Vom Ministertische aus wurde bei den Verhandlungen übrigens darauf aufmerksam gemacht, daß die im Herzoglichen Forst- und Jagddienste angestellten und beschäftigten Personen nach § 73 Ziffer 1 für alle Jagdbezirke zur Ausübung des Jagdschutzes berufen und hierbei nach § 77 zu ihrem Schutze eine Schußwaffe zu tragen befugt seien. (Verhandlungen des 30. ordentl. Landtages S. 902.)

Dritter Abschnitt.

Jagdscheine.¹

1. Vergl. Ziffer II der Bekanntmachung zur Ausführung der Jagdordnung (S. 103).

Die Vorschriften dieses Abschnittes schließen sich ziemlich eng an die Bestimmungen des Preuß. Jagdscheingesetzes vom 31. Juli 1895 an, das auch für die Provinz Hannover gilt und in vollem Umfange in die Preuß. Jagdordnung vom 15. Juli 1907 aufgenommen ist. Sie haben sich in ihrer ausführlichen und bestimmten Fassung durchaus bewährt und verdienen den Vorzug vor den weniger eingehenden Bestimmungen des Braunschw. Jagdpolizeigesetzes vom 1. April 1879 über Jagdscheine (§§ 5 bis 9).

Gegen die Verfügungen der Jagdpolizeibehörde, durch die der Jagdschein versagt oder entzogen wird, ist nicht

mehr die Klage beim Verwaltungsgerichtshofe nach § 54 des Gesetzes betr. die Verwaltungsrechtspflege Nr. 26 vom 5. März 1895, sondern die Beschwerde bei Herzoglichem Staatsministerium gegeben. (Begr.)

§ 28. Wer die Jagd ausübt oder sich — abgesehen von den gesetzlich bestimmten Ausnahmen¹ — zur Jagd ausgerüstet in einem Jagdbezirke außerhalb des öffentlichen, zum gemeinen Gebrauche bestimmten Weges aufhält,² muß einen auf seinen Namen lautenden Jagdschein bei sich führen³ und den im § 73 genannten Personen auf Anfordern vorzeigen.

Den Jagdschein erteilt Personen,⁴ die im Herzogtume einen Wohnsitz haben, die Jagdpolizeibehörde ihres Wohnsitzes (§ 72),⁵ sonstigen Personen die Jagdpolizeibehörde, in deren Bezirke sie die Jagd ausüben wollen.⁶

Reichsausländer, die im Herzogtume keinen Wohnsitz haben, können den Jagdschein nur gegen die selbstschuldnerische Bürgschaft einer nach Ansicht der Jagdpolizeibehörde tauglichen Person, die im Herzogtume einen Wohnsitz hat, von der für den Bürgen nach Absatz 2 zuständigen Jagdpolizeibehörde erhalten.⁷ Der Bürge haftet für die Geldstrafen, die nach diesem Gesetze oder wegen Übertretung sonstiger jagdpolizeilicher Vorschriften (einschließlich des § 368 Ziffern 10 und 11 des Reichsstrafgesetzbuches)⁸ gegen den Inhaber des Jagdscheines verhängt werden, und für die Kosten des Strafverfahrens.

Die Bestimmungen dieses Paragraphen finden auf den Landesfürsten und die Mitglieder des landesfürstlichen Hauses keine Anwendung.

JPB. §§ 5, 6 u. 9 Abs. 1 — PZO. § 29 — B. 206,

DD. 198, Ebn. 191, EngD. 168, G. 63, RR. 94.

1. Vergl. § 4 Abs. 6, §§ 55, 56, 58, 59 und 61 sowie § 6 des Landes-Vogelschutzgesetzes und StGB. § 368 Ziffer 10.

2. Strafvorschrift StGB. § 368 Ziffer 10 (i. E. 129).

3. Die Vorschrift, daß, wer die Jagd ausübt, einen Jagdschein gelöst haben und bei sich führen muß, wurde

durch das Jagdausübungsgeſetz von 1852 eingeführt und demnächſt in das Jagdpolizeigeſetz von 1879 übernommen; ſie wird hier erneuert.

4. Auch Frauen kann ein Jagdschein ausgestellt werden.

5. Gemeint iſt § 71.

6. Auf Veranlaſſung des Herzogl. Staatsministeriums iſt durch Konſistorial-Auſſchreiben vom 26. November 1851 den Geiſtlichen die Ausübung der Jagd verboten worden. Den Gemeinſchullehrern ſoll ſie dagegen während der Ferien und ausnahmsweiſe mit beſonderer Erlaubnis des Schulinspektors oder Schuldirektors auch an einzelnen Tagen außerhalb der Ferien innerhalb der ſchulfreien Zeit geſtattet werden. Vergl. v. Schmidt-Pfiſeldeck, Das Evangelische Kirchenrecht des Herzogt. Braunschweig. Wolfenbüttel 1894, S. 162, und Amtsblatt des Herzogl. Konſistoriums 21. Jahrgang S. 86.

7. Vergl. BGB. § 765 ff. Die Bürgſchaftserklärung muß ſchriftlich abgegeben werden; ſie iſt ſtampelpflichtig nach Tariffſtelle 61 des Stempelſteuergeſetzes vom 26. Juni 1908 Nr. 50 mit 1,50 M. Vergl. auch Verhandlungen des 30. ordentl. Landtages S. 905 ff.

8. Abgedruckt unter Abſchnitt III dieſer Schrift (ſ. S. 129).

§ 29. Ein Jagdscheines bedarf es nicht

1. zu Treiberdiensten und ähnlichen Hilfsdiensten bei der Jagdausübung;

2. zur Ausübung der Jagd in den Fällen des § 4 Abſ. 5,¹ §§ 55, 56, 58, 59 und 61 Abſ. 3.²

JPB. § 5 Abſ. 2 — PZO. § 30 — B. 220, DD. 200, Ebn. 205, EngD. 172, G. 65, RN. 105.

1. Wie der Regierungsentwurf erſehen läßt, iſt Abſ. 6 gemeint, der im Entwurfe Abſ. 5 war (ſ. Anm. 3 zu § 4).

2. Es ſind dies die Fälle, in denen die Jagdpolizei-behörde die Grundeigentümer und Nutzungsberechtigten zum Fangen oder zum Erlegen gewiſſer jagdbarer Tiere mit Schußwaffen auf ihren Grundſtücken mittels ſchriftlichen Ausweiſes bis auf weiteres oder für eine beſtimmte Zeit ermächtigt hat. Die Betreffenden müſſen den Ausweis bei der Ausübung der Jagd bei ſich führen und den Jagdſchutzbeamten auf Anfordern vorzeigen (§ 82).

§ 30. Der Jagdschein gilt für den Umfang des Herzogtums. Er wird in der Regel auf ein Jahr

ausgestellt (Jahresjagdschein), kann jedoch auch auf drei aufeinanderfolgende Tage ausgestellt werden (Tagesjagdschein).¹

JPB. § 9 Abs. 1 — PZO. § 31 — B. 223, DD. 201,
Ebn. 208, EngD. 173, G. 66, RR. 109.

1. Der Jahresjagdschein gilt nicht für das Kalenderjahr, sondern seine Gültigkeit beginnt mit dem darauf angegebenen Tage, der ein späterer sein kann, als der Tag der Lösung.

Die Ausstellung mehrerer Tagesjagdscheine mit aufeinanderfolgender je dreitägiger Gültigkeitsdauer für eine Person ist zulässig.

§ 31. Für den Jahresjagdschein ist eine Abgabe von 15 M, für den Tagesjagdschein eine Abgabe von 3 M zu entrichten. Reichsausländer, die im Herzogtume weder einen Wohnsitz noch Grundbesitz mit einem Grundsteuertkapitale von wenigstens 150 M haben, müssen für den Jahresjagdschein 100 M, für den Tagesjagdschein 20 M entrichten.¹

Ausfertigungsgebühren werden nicht erhoben.²

Für eine zweite Ausfertigung des Jagdscheins ist 1 M zu entrichten.³

Die Abgaben fließen in die Kreiskommunalkasse.

JPB. § 9 Abs. 1 — PZO. § 32 — B. 225, DD. 202,
Ebn. 209, EngD. 174, G. 66, RR. 111.

1. Die Abgabe für den Jahresjagdschein betrug nach dem Jagdausübungsgesetze von 1852 9 M und wurde durch das Jagdpolizeigesetz von 1879 auf 10 M erhöht. Die Gebühr für den Tagesjagdschein hat, seit er durch das Jagdpolizeigesetz von 1879 eingeführt wurde, unverändert 3 M betragen.

Eine erhöhte Abgabe für die an Ausländer aus gegebenen Jagdscheine ist erst durch die vorliegende Jagdordnung eingeführt worden.

Die vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes ausgestellten Jagdscheine bleiben nach § 89 für die Zeit gültig, auf die sie ausgestellt sind.

2. Nach Tarifstelle 34 a des Gesetzes vom 3. März 1911 Nr. 25, betr. Änderung des Stempelsteuergesetzes vom

26. Juni 1908 Nr. 50 werden für Jagdscheine folgende Stempelsteuersätze erhoben:

- a) für den Jahresjagdschein 7 M 50 S,
- b) für den Tagesjagdschein 1 M 50 S,
- c) für den Jahresjagdschein an Personen,
die weder Angehörige eines deutschen
Bundesstaates sind noch im Herzogtume
einen Wohnsitz haben 50 M — S.

Nach näherer Anweisung des Herzoglichen Staatsministeriums kann jedoch auch für die Personen unter c der Stempelsteuersatz bis auf 7 M 50 S ermäßigt werden.

3. Die zweite Ausfertigung ist nach Tariffstelle 19 von der Stempelsteuer befreit.

§ 32. Von der Jagdscheinabgabe sind befreit:

1. die Mitglieder der Herzoglichen Kammer, Direktion der Forsten, und die im Herzoglichen Forst- und Jagddienste angestellten oder beschäftigten Personen.¹ Der unentgeltlich erteilte Jagdschein gilt nicht für die Jagd auf eigenen oder auf solchen Grundstücken, auf denen der Inhaber die Jagd außerhalb seines Dienstbezirkes gepachtet hat;²
2. die nach § 25 angenommenen Jäger und Jagdaufseher³ für ihre Bezirke;
3. die Mitglieder des Herzoglichen Hofjagdamtes⁴ für die Hofjagdbezirke.

Die Unentgeltlichkeit ist auf dem Jagdscheine zu vermerken.⁵

JPB. § 9 Abs. 2 — PJD. § 33 — B. 228, DD. 203, Ebn. 213, EngD. 176, G. 67, RR. 115.

1. Als im Herzoglichen Forst- und Jagddienste angestellte oder beschäftigte Personen, für die regelmäßig Jagdscheine unentgeltlich auszufertigen sind, kommen in Betracht: Forstmeister, Oberförster, angestellte und tit. Forstassessoren, Forstreferendare, Förster, Forstgehilfen, Reviergehilfen und Forstlehrlinge des Verwaltungs- und Schutzdienstes.

Die Forstwarte, Forstwegewärter und die vorübergehend im Forst- und Jagddienste beschäftigten Waldarbeiter nehmen nicht regelmäßig, sondern nur ausnahmsweise auf besondere Anweisung Herzoglicher Kammer, Direktion der Forsten, an der Jagdausübung in den Kammer-

und Klosterforsten teil, weshalb für sie nur, wenn dies der Fall ist, Jagdscheine durch die Herzoglichen Forstämter angefordert werden dürfen.

2. Der Jagdschein gilt also nicht für die Eigenjagdbezirke des Inhabers und für die von diesem außerhalb seines Amtsbezirks erpachteten Jagdbezirke.

Die im Staats-Forst- und Jagddienst angestellten und beschäftigten Personen sind, wie in anderen deutschen Staaten, seit Einführung der Jagdscheine von der Jagdscheinabgabe befreit gewesen. Diese Befreiung war nach dem Jagdausübungsgesetze von 1852 eine unbeschränkte, wurde dann durch das Jagdpolizeigesetz nach preußischem Vorgange auf die Jagdreviere beschränkt, in denen die Inhaber vermöge ihres Amtes oder auf Grund amtlichen Auftrages die Jagd auszuüben hatten, und ist jetzt wieder nach gleichem Vorgange in der oben ersichtlichen Weise erweitert, nachdem in der Begründung des Gesetzes darauf hingewiesen war, daß die Vorschrift des 1879er Gesetzes die im dienstlichen Interesse dringend gebotene gründliche Ausbildung der Beamten und Bediensteten im Jagdbetriebe nicht gefördert habe.

3. Für einen Jagdbezirk dürfen nach § 25 Abs. 2 höchstens drei Jäger oder Jagdaufseher angenommen werden.

4. Mitglieder des Herzoglichen Hofjagdamtes sind nach dem Staatshandbuche die im Herzoglichen Hofjagddienste stehenden Ober- und Hofjägermeister, Jägermeister und Hofjagdjunker. Der dem Hofjagdamte außerdem im Nebenamte als Mitglied angehörende Herzogliche Oberforstmeister erhält einen Jagdschein unentgeltlich nach Ziffer 1, der auch für die Hofjagdbezirke gilt.

5. Nach Tariffstelle 34 a des Gesetzes vom 3. März 1911 Nr. 25, betr. Änderung des Stempelsteuergesetzes vom 26. Juni 1908 Nr. 50 sind die auf Grund dieses Paragraphen (im Gesetze ist versehentlich § 31 angezogen) ausgestellten Jagdscheine von der Stempelsteuer befreit.

Auch den unentgeltlich ausgestellten Jagdschein muß der Inhaber bei sich führen, wenn er die Jagd ausübt, nicht aber bei sonstigen Dienstgeschäften, vergl. § 77.

§ 33. Der Jagdschein muß versagt werden:

1. Personen, von denen eine unvorsichtige Führung der Schußwaffe oder eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit zu besorgen ist; ¹

2. Personen, die mit Zuchthaus bestraft oder nicht im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte sind oder unter Polizeiaufsicht stehen;²
3. Personen, die in den letzten 10 Jahren³
 - a) wiederholt⁴ wegen Diebstahls, Hehlerei, Betruges oder Unterschlagung⁵ oder
 - b) wegen Zuwiderhandlung gegen die §§ 117 bis 119 und 294 des Reichsstrafgesetzbuches⁶ mit Gefängnis bestraft sind.

JPÖ. § 9 Abs. 3 — PJÖ. § 34 — B. 233, DD. 204, Ebn. 219, EngD. 178, G. 68, RR. 118.

1. Zu der Ziffer 1 wird die ergiebige Rechtsprechung des Preuß. Oberverwaltungsgerichts, an die auch der braunschweigische Verwaltungsgerichtshof in vorgekommenen Fällen sich angelehnt hat (Pekler, Jagdrecht, 3. Erg.-Heft S. 18), heranzuziehen sein. Danach liegt die Vorforsicht einer unvorsichtigen Führung der Schusswaffen bei denen vor, die durch Unerfahrenheit, Leichtsinns u. s. w. Personen oder Eigentum mit der Schusswaffe gefährden.

Der Begriff der öffentlichen Sicherheit umfaßt alles, was nach der Sprache des gewöhnlichen Lebens und der Gesetze darunter verstanden wird, insbesondere das Gesichertsein der Menschen vor gewalttätigen und widerrechtlichen Angriffen in Ansehung ihrer Person, ihrer Ehre, ihrer Rechte und ihres Vermögens. Damit ist jedoch nicht schon jede Verletzung irgendwelcher staatsbürgerlichen Pflichten, nicht jeder Verstoß gegen die öffentliche Ordnung auf irgendwelchem Lebensgebiete und nicht jede Durchbrechung des ordentlichen Rechtszustandes gemeint.

Eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit oder eine unvorsichtige Führung der Schusswaffe ist angenommen: bei Trunkenbolden, bei Neigung zu Gewalttätigkeiten, bei wiederholter Bestrafung wegen öffentlicher Beleidigung von Beamten, bei Personen, die auf der Jagd mit der Schusswaffe grob fahrlässig umgegangen oder die wiederholt die Schusswaffe außerhalb der Jagdausübung unvorsichtig behandelt haben, insbesondere auch bei jemandem, der das geladene Gewehr an einem Orte hatte stehen lassen, der Kindern zugänglich war, ferner bei einer Person, die in der Dunkelheit auf's Geratewohl nach der grauen Mäße

eines in einem Schießloch sitzenden Jägers geschossen hatte und bei jemandem, der über eine Hecke, die ihm die Aussicht versperrte, zwei Schüsse abgegeben hatte, deren Wirkung er nicht vorausszusehen vermochte. Auch bei jugendlichen Personen und bei geistigen oder körperlichen Mängeln, wie geistiger Beschränktheit, hochgradiger Kurzsichtigkeit, Zungenschwerfälligkeit, Lahmheit, Fallsucht erscheint die Versagung des Jagdscheins gerechtfertigt.

2. Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte StGB. §§ 32 u. 36, Polizeiaufsicht das. § 38.

3. Wegen Berechnung dieser Frist vergl. § 87 Abs. 2.

4. d. i. mindestens zweimal.

5. Diebstahl StGB. §§ 242 ff., Fehllerei das. §§ 258 ff., Betrug das. §§ 263 ff., Unterschlagung das. §§ 246 ff.

6. Die §§ 117 bis 119 StGB. behandeln den Widerstand gegen Forst- und Jagdbeamte usw., § 294 behandelt den gewerbmäßigen Wildddiebstahl.

§ 34. Der Jagdschein kann versagt werden:

1. Personen unter 18 Jahren;

2. Personen, die in den letzten 5 Jahren¹ wegen Diebstahls, Fehllerei, Betruges, Unterschlagung,² Forstfrevels,³ Jagdvergehens⁴ oder wegen einer Zuwiderhandlung gegen den § 113 des Reichsstrafgesetzbuches,⁵ Übertretung einer jagdpolizeilichen Vorschrift⁶ (einschließlich der Übertretungen gegen § 368 Nr. 10 und 11 des Reichsstrafgesetzbuches)⁷ oder wegen unbefugten Schießens (§ 367 Nr. 8 und § 368 Nr. 7 des Reichsstrafgesetzbuches)⁷ bestraft sind.

RGD. § 35 — B. 242, DD. 206, Ebn. 224, EngD. 180, G. 70, RR. 126.

1. Wegen Berechnung dieser Frist vergl. § 87 Abs. 2 (S. 98).

2. Über Diebstahl, Fehllerei, Betrug, Unterschlagung f. Anm. 5 zu § 33.

3. Forstfrevel sind alle im Forststrafgesetze vom 1. April 1879 mit Strafe bedrohten Handlungen und Unterlassungen.

4. Jagdvergehen StGB. §§ 292 ff. Auch wegen Teilnahme (das. § 47), Anstiftung (§ 48) und Beihilfe (§ 49) wird der Jagdschein versagt werden können.

5. § 113 StGB. behandelt den Widerstand gegen die Staatsgewalt.

6. Zu den jagdpolizeilichen Vorschriften gehören alle mit Strafe bedrohten Zuwiderhandlungen gegen die Bestimmungen der Jagdordnung.

7. Vergl. Abschnitt III (S. 129).

§ 35. Wenn Tatsachen, die eine Versagung des Jagdscheins rechtfertigen, erst nach Erteilung des Jagdscheins eintreten oder der Behörde bekannt werden, so muß in den Fällen des § 33 und kann in den Fällen des § 34 der Jagdschein von der für die Erteilung zuständigen Behörde¹ für ungültig erklärt² und dem Empfänger wieder abgenommen werden.

Die Jagdscheinabgabe oder ein Teilbetrag wird nicht zurückerstattet.

Der Bescheid über die Versagung oder Entziehung des Jagdscheins ist schriftlich unter Angabe der Gründe zu erteilen.

Die gegen diesen Bescheid etwa erhobene Beschwerde³ hat keine aufschiebende Wirkung.⁴

JBG. § 9 Abs. 3, Gef. betr. Verwaltungsrechtspflege
v. 5. März 1895 Nr. 26 § 54 — PZO. § 36 — B. 251,
DD. 208, Ebn. 227, EngD. 182, G. 71, RR. 132.

1. Zuständig ist nur die Jagdpolizeibehörde, die den Jagdschein erteilt hat.

2. Strafvorschrift wegen Benützung eines für ungültig erklärten Jagdscheines vergl. § 81 (S. 92).

3. Gegen die Verfügungen der Jagdpolizeibehörde, durch die der Jagdschein versagt oder entzogen wurde, war früher — nach § 54 des Gesetzes betr. die Verwaltungsrechtspflege Nr. 26 vom 5. März 1895 — die Klage beim Verwaltungsgerichtshofe zulässig. Jetzt ist gegen derartige Verfügungen die Beschwerde bei Herzoglichem Staatsministerium gegeben, für die nach § 72 eine Frist von zwei Wochen, von der Behändigung des anzufechtenden Bescheides an gerechnet, vorgeschrieben ist. Vergl. wegen dieser Frist auch § 87 (S. 98).

4. Der von der Jagdpolizeibehörde entzogene Jagdschein ist danach auch schon vor Erledigung der gegen den

Bescheid eingelegten Beschwerde nicht mehr als „gültiger Jagdschein“ im Sinne des § 81 anzusehen.

Vierter Abschnitt.

Schonvorschriften.¹

1. Die Schonvorschriften schließen sich eng an die preussischen Bestimmungen, die auch für die Provinz Hannover gelten, an, doch ist der in Preußen jagdbare Reibitz hier nicht berücksichtigt, weil er in Braunschweig nicht jagdbar ist.

Die Vorschriften sind öffentlichen Rechts, können mithin nicht durch Privatvereinbarungen abgeändert werden. Eine zeitweise Aufhebung der Schonvorschriften kann durch die Jagdpolizeibehörde, Herzogliche Kammer, Direktion der Forsten, und Herzogliches Hofjagdamt nach den Bestimmungen der §§ 55 ff. erfolgen.

Die Schonzeiten gelten nur für herrenlose jagdbare Tiere, nicht aber für Wild, das sich in jemandes Eigentum befindet, mithin auch nicht für Wild in Tiergärten (S. 7, BGB. § 960). Der Regierungsentwurf enthielt, um Zweifeln zu begegnen, im § 36 einen sich hierauf beziehenden vierten Absatz, den jedoch die Kommission der Landesversammlung für entbehrlich erklärte und strich.

§ 36. Mit der Jagd sind zu verschonen:

1. männliches Rot- und Damwild¹ vom 1. März bis 31. Juli;
2. weibliches Rot- und Damwild und Kälber von Rot- und Damwild¹ vom 1. Februar bis 15. Oktober;
3. Rehböcke² vom 1. Januar bis 15. Mai;
4. weibliches Rehwild² vom 1. Januar bis 31. Oktober;
5. Rehkälber² von der Geburt bis zum 31. Oktober;
6. Hasen³ vom 16. Januar bis 30. September;
7. Dachs⁴ vom 1. Januar bis 31. August;
8. Auerhähne⁵ vom 1. Juni bis 30. November;
9. Auerhennen⁵ vom 1. Februar bis 30. November;
10. Birk-, Hasel- und Fasanenhähne⁶ vom 1. Juni bis 15. September;
11. Birk-, Hasel- und Fasanenhennen⁶ vom 1. Februar bis 15. September;

12. Rebhühner und Wachteln⁷ vom 1. Dezember bis 31. August;
13. Drosseln (Krametsvögel)⁸ vom 1. Januar bis 20. September;
14. Trappen⁹ vom 1. April bis 31. August;
15. Waldschnepfen¹⁰ vom 16. April bis 30. Juni;
16. wilde Enten¹¹ vom 1. März bis 30. Juni;
17. alle anderen jagdbaren Sumpf- und Wasservögel mit Ausnahme der wilden Gänse¹² vom 1. Mai bis 30. Juni.

Die als Anfangs- und Endpunkte der Schonzeiten bezeichneten Tage gehören zur Schonzeit.

Beim Rot-, Dam- und Rehwild gilt das Jungwild als Kalb bis zum letzten Tage des auf die Geburt folgenden Februars einschließlich.¹³

JMG. §§ 14, 15, JBG. § 14. Gesetz vom 16. August 1895 Nr. 51 — BZO. § 39 — B. 260, DD. 210, Ebn. 239, EngD. 185, G. 73, RR. 141.

1. Rot- und Damwild unterlag nach dem Jagdrechtsgesetze von 1848 der Ausrottung.

Bei Beratung der Jagdordnung richtete die Landesversammlung an Herzogliche Landesregierung das Ersuchen, in Ansehung aller herrschaftlichen Reviere mit Rot- und Damwild, jedoch abgesehen von den Hofsjagdreviere:

1. die Höchstzahl des Standwildes beider Wildarten auf ein Stück für je 50 Hektar festzusetzen,
2. die zuständigen Verwaltungsbehörden anzuweisen, den Abschuß so zu regeln, daß die vorgenannte Stückzahl nicht überschritten wird,
3. alljährlich Erhebungen über den Wildstand vornehmen zu lassen und
4. das Ergebnis dieser Erhebungen auf jedem ordentlichen Landtage der Landesversammlung bekanntzugeben.

Herzogliches Staatsministerium hat hierauf mittels Schreibens an die Landesversammlung vom 12. Dezember 1910 erklärt, daß die Landesregierung diesem Ersuchen entsprechen werde, und gleichzeitig die Herzogliche Kammer, Direktion der Forsten, angewiesen, den Abschuß des

Rot- und Damwildes so zu verstärken, daß das Standwild spätestens bis zum Schluß der Jagdzeit 1911/12. auf die zulässige Zahl vermindert werde.

Es handelt sich hierbei in Wirklichkeit nur um Rotwild, da Damwild in den Kammer- und Klosterforsten nirgends mehr als Standwild vorkommt.

2. Das Rehwild hatte nach dem Jagdstrafgesetze von 1849 Schonzeit vom 13. Februar bis zum 24. Juni; diese wurde durch Ges. vom 27. Juli 1871 Nr. 47 für den Rehbock auf die 2 Monate vom 1. März bis 30. April beschränkt, für das weibliche Rehwild dagegen auf die Zeit vom 15. Dezember bis 15. Oktober erweitert. Letztere Schonzeit blieb unverändert bis zum Inkrafttreten der Jagdordnung. Der Rehbock dagegen erhielt nach dem Jagdpolizeigesetze von 1879 Schonzeit vom 1. Februar bis 15. Mai, die dann wiederum durch Ges. vom 16. August 1895 auf die Zeit vom 1. Februar bis 30. April verkürzt wurde, um wenigstens den Schluß der Schonzeit mit den damaligen preußischen Bestimmungen, wonach der Rehbock Schonzeit vom 1. März bis 30. April genoß (Ges. vom 26. Februar 1870), in Übereinstimmung zu bringen. (Wegr.)

Durch das preußische Wildschongesetz vom 14. Juli 1904, dessen Bestimmungen in die Jagdordnung vom 15. Juli 1907 übergegangen sind, ist dem Rehbock eine verlängerte Schonzeit vom 1. Januar bis 15. Mai gewährt worden, besonders mit Rücksicht darauf, daß das Wildbret während der Monate Januar und Februar sowie während der Färbezeit in der ersten Hälfte des Monats Mai nur geringen Wert hat. Auch darf der Schluß der Schonzeit um höchstens 14 Tage verkürzt oder verlängert werden. Bei dem weiblichen Rehwilde empfahl sich eine Verschiebung der Schonzeit um einen halben Monat dergestalt, daß sie vom 1. Januar bis 31. Oktober dauert, weil es wichtig ist, daß den Rehfälbern der mütterliche Schutz etwas länger erhalten wird. Zudem wird die Aufsicht über den Wildhandel vereinfacht, wenn die Schonzeit für Rehböcke und Riden gemeinsam am 1. Januar beginnt.

Während der Entwurf sich diesen preußischen Vorschriften anschloß, geschah dies nicht hinsichtlich der Schonzeit der Rehfälber, die in Preußen gleich den Riden während der Monate November und Dezember erlegt werden dürfen, vielmehr sollte den Fälbern während des ganzen Jahres Schonzeit gewährt werden. Die Begründung führte aus, daß sich der Entwurf im Interesse einer zweckent-

sprechenden Jagdpflege der preussischen Vorschrift um so weniger anschließen könne, als damit an vielen Orten sehr übele Erfahrungen gemacht seien, die bereits dahin geführt hätten, daß sich mehrere Bezirksausschüsse genötigt gesehen hätten, von der ihnen durch das Gesetz erteilten Ermächtigung Gebrauch zu machen, die Schonzeit für Rehtälber zu verlängern oder auf das ganze Jahr auszudehnen.

Die Kommission der Landesversammlung war jedoch der Ansicht, daß die preussische Bestimmung vorzuziehen sei, fügte aber nicht diese in den Entwurf ein, sondern gewährte den Rehtälbern Schonzeit „von der Geburt bis zum 31. Oktober“. Hierbei lag zwar zweifellos die Absicht zugrunde, für die Rehtälber Schickzeit gleich der für die Riden nur während der Monate November und Dezember festzusetzen. Es blieb dabei jedoch der letzte Absatz des § 36 unbeachtet, worin bestimmt wird, daß das Jungwild beim Rot-, Dam- und Rehwild bis zum letzten Tage des auf die Geburt folgenden Februars als Kalb gilt.

Mit Rücksicht hierauf genießen die Rehtälber während der auf ihre Geburt folgenden Monate Januar und Februar tatsächlich keine Schonzeit.

Es liegt hierbei offenbar ein Versehen der Kommission vor, das leider vor der Verabschiedung des Gesetzes nicht bemerkt wurde. Nach § 37 ist übrigens Herzogliches Staatsministerium in der Lage, die Schonzeit der Rehtälber zu verlängern oder auf das ganze Jahr auszudehnen und somit das Versehen der Kommission auszugleichen.

3. Hasen, die früher vom 1. Februar bis 31. August zu schonen waren, hinsichtlich deren aber die Landesregierung wohl alljährlich von der ihr gesetzlich zustehenden Befugnis, den Anfang und Schluß der Schonzeit bis zu 14 Tagen zu verkürzen oder zu verlängern, dahin Gebrauch gemacht hatte, daß der Schluß der Schonzeit um 14 Tage hinausgeschoben wurde, genießen jetzt eine feste Schonzeit vom 16. Januar bis 30. September, da die Begattung bei milderem Wetter oft schon in der zweiten Hälfte des Monats Januar beginnt und bis in den September fortgesetzt wird.

4. Der Dachs, der früher vom 1. Dezember bis 30. September zu schonen war, hat jetzt eine um 2 Monate kürzere Schonzeit erhalten mit Rücksicht auf seine sich bisweilen bemerkbar machende Schädlichkeit für Jagd und Landwirtschaft; auch ist Herzogliches Staatsministerium

ermächtigt (§ 37), diese Schonzeit einzuschränken, gänzlich aufzuheben, oder auf das ganze Jahr auszudehnen.

5. Auerhähne wurden früher vom 1. Juni bis 31. August geschont. Der Schluß der Schonzeit ist jetzt auf den 30. November hinausgeschoben worden, da es erwünscht ist, diesem immer seltener werdenden Wild einen besonderen Schutz zu gewähren. Aus diesem Grunde ist auch die Schonzeit für Auerhennen (früher vom 1. Februar bis 31. August) auf die Zeit vom 1. Februar bis 30. November ausgedehnt worden.

6. Für Birkwild und Fasanen ist die Schonzeit (bei Hähnen früher vom 1. Juni bis 31. August, bei Hennen vom 1. Februar bis 31. August) um 15 Tage verlängert worden; sie dauert jetzt im Interesse einer besseren Ausbildung der Jungen für Hennen vom 1. Februar bis 15. September und für Hähne vom 1. Juni bis 15. September.

Die gleichen Schonzeiten sind für Haselhähne und Haselhennen eingeführt, die übrigens kaum noch irgendwo im Herzogthume vorkommen.

Dem Herzogl. Staatsministerium steht jedoch die Befugnis zu, den Beginn und Schluß der Schonzeiten anderweit bis zu 14 Tagen festzusetzen.

7. Die Rebhühner haben ihre frühere Schonzeit vom 1. Dezember bis 31. August behalten; ihnen sind jetzt die Wachteln gleichgestellt worden.

Auch kann der Schluß der Schonzeit, wie früher, bis zu 14 Tagen vor- oder zurückgeschoben werden.

8. Für Drosseln (Krametsvögel), die früher eine Schonzeit nicht hatten, ist solche für die Zeit vom 1. Januar bis 20. September eingeführt worden. Die Schonzeit kommt vorzugsweise den hier brütenden Drosseln zugute, während der Durchzug der in nördlicheren Gegenden brütenden Arten im Herbst in die Schießzeit fällt.

9. Die Trappen genossen früher Schonzeit vom 1. Mai bis 30. Juni; jetzt sind sie vom 1. April bis 31. August zu schonen, wodurch den Jungen dieses immer seltener werdenden Jagdvogels Schutz bis nach erlangter Flugfähigkeit, die erst nach Mitte August eintritt, gewährt wird.

10. Für Waldschnepfen beginnt die Schonzeit mit Rücksicht auf den frühen Beginn des Brutgeschäfts jetzt schon am 16. April, nicht erst wie früher am 1. Mai, und dauert wie bisher bis zum 30. Juni.

11. Die wilden Enten, die früher vom 1. April bis 30. Juni Schonzeit hatten, sind jetzt mit Rücksicht auf den

oft früheren Beginn des Brutgeschäfts vom 1. März bis 30. Juni zu schonen; da jedoch der Fischerei nicht selten erheblicher Schaden durch dieses Flugwild zugefügt wird, so steht dem Staatsministerium die Befugnis zu, die Schonzeit einzuschränken oder ganz aufzuheben.

12. Die Schonzeit aller anderen jagdbaren Sumpf- und Wasservögel ist gegen früher nicht verändert worden. Die wilden Gänse genießen keine Schonzeit, ebenso wenig Schwarzwild, wilde Kaninchen, Raubzeug und wilde Tauben.

13. Demnach sind auch männliche Rot- und Damwildkälber schon vom 1. Februar an zu schonen.

§ 37. Aus Rücksichten der Landeskultur oder Jagdpflege kann das Herzogliche Staatsministerium

- a) den Anfang und den Schluß der Schonzeiten für die im § 36 unter 10 bis 12 genannten Wildarten¹ und den Schluß der Schonzeit für Rehböcke für die Dauer eines Jahres anderweit, jedoch nicht über 14 Tage vor oder nach den dort bestimmten Zeitpunkten festsetzen;
- b) die Schonzeit für Rehkälber verlängern oder auf das ganze Jahr ausdehnen;
- c) die Schonzeiten für Dachse und wilde Enten einschränken oder gänzlich aufheben oder auf das ganze Jahr ausdehnen.

Diese Abänderungen² können für das ganze Herzogtum oder nur für einzelne Teile und für diese in verschiedener Weise vorgenommen werden und sind durch die „Braunschweigischen Anzeigen“ bekannt zu machen.

PPG. § 14 Abs. 2 — PPD. § 40 — B. 270, DD. 214, Ebn. 241, EngD. 191, G. 74, RR. 144.

1. d. i. Vireo- und Haselwild, Fasanen, Rebhühner und Wachteln.

2. Die Abänderung der Schonzeit nach a) darf nur für ein Jahr angeordnet werden, während die in den Fällen unter b) und c) für eine bestimmte Anzahl von Jahren oder bis auf weiteres verfügt werden kann.

§ 38. Eier oder Junge von jagdbaren Vögeln darf auch der Jagdausübungsberechtigte nicht ausnehmen,¹ außer den Eiern, die ausgebrütet werden sollen.²

Zum Ausnehmen von Eiern zu wissenschaftlichen oder Lehrzwecken bedarf es der schriftlichen Erlaubnis der Jagdpolizeibehörde, in Kammer- und Klosterforsten der der Herzoglichen Kammer, Direktion der Forsten, und in den Hofjagdbezirken der des Hofjagdamtes.

JPÖ. § 15 — PJD. § 42 — B. 293, DD. 218, Ebn. 245, EngD. 195, G. 77, RR. 146.

1. Strafborschrift StGB. § 368, 11 (f. S. 129).

2. Das geschieht bekanntlich häufig bei Fasaneneiern.

§ 39. Die Jagd darf nur mit Schußwaffen und Hunden ausgeübt, Rotwild nur mit der Kugel geschossen,¹ Raubzeug (§ 2b) aber darf auch mit Fangwerkzeugen (Schwanenhälsen, Schlageisen, Fallen u. dergl.)² und Schwarzwild in Sausängen gefangen werden.

Das Aufstellen von Schlingen, in denen sich jagdbare Tiere fangen können, ist verboten.³

JPÖ. § 12 Ziffer 2 — PJD. § 41 — B. 276, DD. 217, Ebn. 242, EngD. 193, G. 75, RR. 145.

1. Die Bestimmung, daß Rotwild nur mit der Kugel geschossen werden darf, rührt von der Kommission der Landesversammlung her; sie ist dem bayerischen Jagdgesetz entnommen.

2. Das Vertilgen des Raubzeuges mittels ausgelegter Giftbroden, wie es seither vielfach, namentlich in der Nähe von Fasanerien geschah, ist danach nicht mehr zulässig. Strafborschrift § 84, 1 c (f. S. 94).

3. Dieses Verbot gilt ganz allgemein, auch für Tiergärten. Strafborschrift § 84 Ziffer 1 c (f. S. 94).

Bei unbefugter Jagdausübung ist die Verwendung von Schlingen ein Straferschwerungsgrund (StGB. §§ 292, 293 (f. S. 127)).

Auch das Dohnenstellen ist verboten, vergl. Reichs- Vogelschutzgesetz §§ 2 u. 8 (S. 140 u. 144).

§ 40. Die Jagdausübungsberechtigten dürfen Wild auch während der Schonzeit einfangen, um es zu zähmen oder für die Jagd zu erhalten.¹

SPG. § 12 Ziffer 1.

1. Der Paragraph lautete nach dem Regierungsentwurfe: „Die Jagdausübungsberechtigten dürfen Wild auch während der Schonzeit zur Erhaltung für die Jagd einfangen.“ Die jetzige Fassung wurde auf Antrag der Kommission von der Landesversammlung angenommen und von der Landesregierung gebilligt.

§ 41.¹ An Sonn- und Festtagen darf die Jagd nicht ausgeübt werden. Gestattet ist nur die Nachsuche, das Töten und Fortschaffen des in Fangwerkzeugen (§ 39 Abs. 1) gefangenen Wildes, sowie bis 8 Uhr vormittags (aber nicht über den Anfang des Gottesdienstes in der betreffenden oder angrenzenden Gemeinde hinaus) und von 5 Uhr nachmittags an das Weidwerken im Walde und die Ausübung des Anstandes.

SPG. § 10 Ziffer 2.

1. Dieser Paragraph schließt sich an § 10 Ziffer 2 des Jagdpolizeigesetzes von 1879 an, doch ist jetzt auch die Nachsuche sowie das Töten und Fortschaffen des in Fangwerkzeugen gefangenen Wildes, ferner der Morgenanstand und im Walde die Morgen- und Abendpirsche sowie allgemein der Anstand am Nachmittage (früher nur der vor oder in dem Walde) gestattet.

§ 42.¹ Der Abschuss und das Fangen von Bussarden,² Eulen mit Ausnahme des Uhus und weißen Störchen³ ist dem Jagdausübungsberechtigten nur mit schriftlicher, auf bestimmte Zeit zu erteilender Erlaubnis der Jagdpolizeibehörde gestattet.⁴

Für die von der Herzoglichen Kammer, Direktion der Forsten, oder dem Herzoglichen Hofjagdamte verwalteten Jagdbezirke wird die Erlaubnis von diesen Behörden erteilt.⁵

Die Verbote der §§ 3 Abs. 1 und 4 des Landes-Vogelschutzgesetzes vom 3. März 1911 Nr. 22 gelten nicht für die Jagdausübungsberechtigten und Jagdgäste.⁶

PSD. § 48 — B. 321, DD. 228, Ebn. 268, EngD. 204,
G. 48, RR. 153.

1. Wegen dieses Paragraphen ist § 5 Abs. 1 des Reichs-Vogelschutzgesetzes zu vergleichen (S. 142).

2. Mäusebussard (*Buteo vulgaris*) und Raufußbussard (*Buteo lagopus*). Beide Arten verdienen, da sie reichlich Mäuse vertilgen, im allgemeinen Schonung, wenn sie auch gelegentlich der Jagd schädlich werden mögen.

3. Weißer Storch (*Ciconia alba*). Der schwarze Storch (*C. nigra*), der sehr selten im Herzogtume vorkommt, verdient Schonung als „Naturdenkmal“.

4. Der Regierungsentwurf wollte nur den Abschluß der im Abs. 1 genannten jagdschädlichen Vögel durch die Jagdpolizeibehörde gestatten lassen. Auf Antrag aus der Mitte der Landesversammlung wurde die Vorschrift auf das Fangen ausgedehnt.

5. Unter der Verwaltung der Herzoglichen Kammer, Direktion der Forsten, stehen nach dem Gesetze vom 12. Oktober 1832 Nr. 28 die sämtlichen herrschaftlichen Jagden, auch die auf den Grundstücken der Domänen und Klostergüter.

6. Es ist hiernach den Jagdausübungsbeamten und Jagdgästen das Fangen und Erlegen der Vögel, für die das Reichs-Vogelschutzgesetz (vergl. § 8 c) nicht gilt, ohne weiteres erlaubt, während dies (nur das Fangen) sonstigen Personen nur mit Genehmigung des Grundeigentümers oder Nutzungsberechtigten gestattet ist.

Fünfter Abschnitt.

Wildschadenersatz.

§ 43. Die Bestimmungen im § 835 des Bürgerlichen Gesetzbuches über den Ersatz von Wildschaden¹ werden durch die nachfolgenden Vorschriften beschränkt und ergänzt.²

Ausführungsgef. z. BGB. v. 12. Juni 1899 Nr. 36

§§ 32—37 — PSD. § 51 — B. 325, DD. 229,

Ebn. 278, EngD. 209, G. 83, RR. 154.

1. Nach BGB. § 835 (f. S. 3) ist nur der Schaden zu ersetzen, der durch Schwarz-, Rot-, Elch-, Dam- oder Reh-wild oder durch Fasanen angerichtet wird.

2. Der Ersatzanspruch aus BGB. § 835 ist nicht von einem Verschulden abhängig, kann aber durch mitwirkendes Verschulden des Geschädigten nach BGB. § 254 ganz oder teilweise beseitigt werden. BGB. § 254 lautet:

Hat bei der Entstehung des Schadens ein Verschulden des Beschädigten mitgewirkt, so hängt die Verpflichtung zum Ersatze sowie der Umfang des zu leistenden Ersatzes von den Umständen, insbesondere davon ab, inwieweit der Schaden vorwiegend von dem einen oder dem anderen Teile verursacht worden ist.

Dies gilt auch dann, wenn sich das Verschulden des Beschädigten darauf beschränkt, daß er unterlassen hat, den Schuldner auf die Gefahr eines ungewöhnlich hohen Schadens aufmerksam zu machen, die der Schuldner weder kannte noch kennen mußte, oder daß er unterlassen hat, den Schaden abzuwenden oder zu mindern. Die Vorschrift des § 278 findet entsprechende Anwendung.

Ein mitwirkendes Verschulden des Geschädigten liegt vor, wenn er die vom Ersatzpflichtigen aufgestellten Wildscheuchen oder sonstigen Abwehrmittel beseitigt, wenn er dem Wildverbiß besonders ausgelegte landwirtschaftliche Erzeugnisse in der Nähe des Waldes baut oder wertvolle Holzarten im Walde anzieht, ohne den Ersatzpflichtigen hiervon zu benachrichtigen, oder wenn er die Anbringung der gebräuchlichen Abwehrmittel unterläßt, oder die vom Ersatzpflichtigen angebotene Herstellung von Schutzvorrichtungen ablehnt, wenn er die Eimerntung der Früchte schuldhaft verzögert usw.

§ 44. Der Wildschaden, der an Gärten, Obstgärten, Baumschulen und einzeln stehenden Bäumen angerichtet wird, ist nicht zu ersetzen, wenn die Herstellung von Schutzvorrichtungen unterblieben ist, die unter gewöhn-

lichen Umständen zur Abwendung des Schadens ausreichen.¹

1. Dieser Paragraph stützt sich auf den Art. 71 Ziffer 4 des GG. zum BGB. (f. E. 2).

§ 45. In einem gemeinschaftlichen Jagdbezirk ist die Jagdgenossenschaft ersatzpflichtig.¹

Sie verteilt den zu leistenden Schadenersatz auf die Jagdgenossen nach der Größe des Grundbesitzes. Hierzu gehören nicht die Eigentümer der nach § 4 Abs. 1 Satz 2 angeschlossenen Flächen.²

Ausführungsges. z. BGB. v. 12. Juni 1899 Nr. 36
§§ 34, 35, 37 — RZO. § 52 — B. 337, DD. 229,
Ebn. 280, EngD. 211, G. 84, RR. 155.

1. Die Jagdgenossenschaft kann zwar mit dem Jagdpächter vereinbaren, daß ihr dieser die ihr erwachsenen Schadenersatzbeträge zu erstatten habe, bleibt aber stets gegenüber dem Geschädigten allein zum Schadenersatze verpflichtet.

2. Es sind das die Eigentümer der dem Jagdbezirk kraft dieses Gesetzes angeschlossenen Wege-, Eisenbahn- ufm. Flächen.

§ 46. Bei Grundstücken, die einem Jagdbezirk angeschlossen sind (§ 4 Abs. 1 Satz 2, § 9 Abs. 3 und 4, § 10), ist dessen Inhaber ersatzpflichtig.¹

JAG. § 3. AG. z. BGB. § 33. — RZO. § 53 —
B. 347, DD. 231, Ebn. 283, EngD. 213, G. 85,
RR. 157.

1. Ersatzpflichtig ist, wenn der Anschluß an einen Eigenjagdbezirk erfolgt ist, der Eigenjagdbesitzer, wenn dagegen die Flächen an einen gemeinschaftlichen Jagdbezirk angeschlossen sind, die Jagdgenossenschaft (vergl. § 45), zu deren Mitgliedern die Eigentümer der angeschlossenen Flächen während der Dauer des Anschlusses gehören.

§ 47. Wird ein Grundstück durch Schwarzwild beschädigt, das aus einem Gehege (§ 58 Abs. 1) aus-

getreten ist, so ist der Jagdausübungsberechtigte des Geheges ersatzpflichtig.¹

RMG. § 14 Abs. 2 — PJO. § 64 — B. 387, DD. 241,
Ebn. 299, EngD. 227, G. 92, RR. 169.

1. Voraussetzung für das Vorliegen der Ersatzpflicht nach § 47 ist, daß das Schwarzwild gehegt wird. Auf eine Hege dieser Wildart kann allein aus dem Umstande, daß der betr. Jagdbezirk eingegattert ist, nicht immer mit Sicherheit geschlossen werden, da Eingatterungen nicht selten mit Rücksicht auf gleichzeitig vorhandene andere Wildarten, deren Austritt verhindert werden soll, vorgenommen werden.

Die Ersatzpflicht erstreckt sich auf alle fremden Grundstücke, mögen sie einem Eigen- oder einem gemeinschaftlichen Jagdbezirk angehören. Beim Vorliegen der Voraussetzungen des § 47 erlischt die Ersatzpflicht der Jagdgenossenschaft und des Eigenjagdbesitzers nach den §§ 45 u. 46.

§ 48. Werden landwirtschaftliche Bodenerzeugnisse, deren voller Wert sich erst zur Zeit der Ernte bemessen läßt, vor diesem Zeitpunkte beschädigt, so ist der Schaden in dem Umfange zu ersetzen, in dem er sich zur Zeit der Ernte darstellt.

PJO. § 54 — B. 350, DD. 231, Ebn. 283, EngD. 205,
G. 85, RR. 158.

§ 49. Der Geschädigte¹ hat seinen Anspruch bei der für das beschädigte Grundstück zuständigen Ortspolizeibehörde² oder dem Gemarkungspolizeibeamten binnen 3 Tagen, nachdem er von der Beschädigung Kenntnis erhalten hat,³ schriftlich oder zu Protokoll anzumelden.⁴ Versäumt er die Anmeldung, so kann er keinen Ersatz beanspruchen.

PJO. § 55 — B. 352, DD. 232, Ebn. 284, EngD. 215,
G. 86, RR. 159.

1. Der Geschädigte d. i. der Verletzte im Sinne des RMG. § 835.

2. Ortspolizeibehörde ist in der Stadt Braunschweig die Herzogl. Polizeidirektion (Ges. vom 1. Juni 1900 Nr. 25 § 1); in den übrigen Städten wird die Ortspolizei

in der Regel von dem Vorsteher des Stadtmagistrats verwaltet, doch kann damit auch ein anderes Mitglied des Stadtmagistrats dauernd beauftragt oder ein besonderer Polizeibeamter auf Lebenszeit gewählt werden (Städteordnung vom 18. Juni 1892 Nr. 32 §§ 99, 101). In den Landgemeinden besorgt der Gemeindevorsteher die Geschäfte der Ortspolizei; er wird durch seinen — aus den Mitgliedern des Gemeinderats gewählten — Gehilfen vertreten. Hat der Gemeindevorsteher ein Sonderinteresse an dem Gegenstande der Verhandlung, so muß er durch den Gehilfen oder, falls auch dieser dabei beteiligt ist, durch ein anderes zu diesem Endzwecke zu erwählendes Mitglied des Gemeinderats vertreten werden (Landgemeindevordnung vom 18. Juni 1892 Nr. 35 §§ 69, 65, 66).

3. Hierbei wird der Tag, an dem der Geschädigte Kenntnis von der Beschädigung erhalten hat, nicht mitgerechnet. Fällt der dritte Tag auf einen Sonntag oder allgemeinen Feiertag, so endigt die Frist mit dem Ablaufe des nächstfolgenden Werktages. Vergl. § 87 (S. 98).

4. Vergl. Ziffer III, 1 der Bekanntmachung zur Ausführung der Jagdordnung (S. 105).

§ 50. Die im § 49 genannten Behörden haben unverzüglich die Herbeiführung einer gütlichen Einigung zwischen dem Geschädigten und dem Ersatzpflichtigen zu versuchen und eine erzielte Einigung zu Protokoll zu nehmen.¹

Kommt eine Einigung nicht zustande, so haben sie zur Ermittlung und Abschätzung des Schadens alsbald einen Termin an Ort und Stelle, erforderlichenfalls unter Zuziehung von Sachverständigen, anzuberaumen und dazu die Beteiligten² mit dem Hinweise zu laden,³ daß auch im Falle ihres Nichterscheinens der Schaden ermittelt und abgeschätzt werde.

Über den Termin ist ein Protokoll aufzunehmen, durch welches eine erzielte Einigung und andernfalls die Höhe des ermittelten Schadens festzustellen ist.

PZD. § 56 — B. 355, DD. 233, Ebn. 287, EngD. 216,
G. 87, RR. 160.

1. Die Absätze 1 und 3 sowie der Eingang zu Abj. 2 rühren von der Kommission der Landesversammlung her, die außerdem den im Regierungsentwurfe enthaltenen letzten Satz des jetzigen zweiten Absatzes mit dem Wortlaute: „Zu den Beteiligten gehört auch der Jagdpächter, wenn er zur Wiedererstattung des Schadens verpflichtet ist“ strich. Jetzt ist die Ladung des vertragsmäßig zur Wiedererstattung des Wildschadens verpflichteten Jagdpächters unter III, 2 der Bekanntmachung zur Ausführung der Jagdordnung (f. S. 105) vorgeschrieben.

2. Beteiligt sind: der Geschädigte, der Jagdvorstand als Vertreter der Jagdgenossenschaft (in den Fällen der §§ 45 u. 46), der Inhaber des beteiligten Eigenjagdbezirks (im Falle des § 46) und bei Beschädigungen durch Schwarzwild, das aus einem Gehege ausgetreten ist (§ 47), der Jagdausübungsberechtigte des Geheges.

3. Wegen der Anberaumung des Termins, der Form der Ladung usw. vergl. Bekanntmachung zur Ausführung der Jagdordnung unter III, 2 bis 4 (S. 105).

Verhandelt wird auch in Abwesenheit der Parteien.

§ 51. Jeder Beteiligte¹ kann in dem Termine beantragen, daß der Schaden erst in einem zweiten, kurz vor der Ernte abzuhaltenden Termine abgeschätzt werde. Diesem Antrage muß stattgegeben werden.

Jedoch müssen Verhältnisse, welche die spätere Schätzung beeinflussen können, auf Antrag eines Beteiligten sofort festgestellt werden.²

RZO. § 57 — B. 361, DD. 234, Ebn. 289, EngD. 218,
G. 87, RR. 161.

1. Vergl. Anm. 2 zu § 50.

2. Insbesondere muß sofort festgestellt werden, ob überhaupt Wildschaden und insbesondere solcher vorliegt, der durch Schwarz-, Rot-, Dam-, Rehwild oder Fasanen (durch sog. „Schadentwild“) verursacht ist.

§ 52. Nach dem Ergebnisse der Vorverhandlungen hat die Ortspolizeibehörde oder der Gemarkungspolizeibeamte einen Vorbescheid über den Schadenersatzanspruch und die entstandenen Kosten zu erlassen und den Beteiligten zuzustellen.¹

Die Kosten fallen in der Regel dem Ersazpflichtigen zur Last, dem anderen Teile nur dann, wenn durch den Termin an Ort und Stelle überhaupt kein Wildschaden ermittelt wird oder kein größerer, als der Ersazpflichtige bei den Vergleichsverhandlungen (§ 50 Abs. 1) zu vergüten sich bereit erklärt hatte.²

PJO. § 58 — B. 363, DD. 234, Ebn. 289, EngD. 219, G. 58, RR. 162.

1. Der Vorbescheid gilt gegen den nach den §§ 45, 46 oder 47 Ersazpflichtigen, nicht gegen den Jagdpächter. Weigert sich dieser, sofern er zum Ersaze des Wildschadens nach dem Jagdpachtvertrage verpflichtet ist, den vollstreckbaren (vergl. § 53) Vorbescheid anzuerkennen, so muß der Schaden zunächst von dem Ersazpflichtigen gezahlt werden, dem dann der ordentliche Rechtsweg gegen den Jagdpächter auf Erstattung offen steht.

Wegen der Form des Vorbescheides vergl. Bekanntmachung zur Ausführung der Jagdordnung Biffer III, 5 und Muster 10 bis 12 (S. 107).

2. Der zweite Absatz ist von der Kommission der Landesversammlung hinzugefügt worden.

§ 53. Der Vorbescheid wird endgültig und vollstreckbar, wenn nicht einer der Beteiligten innerhalb zweier Wochen nach Zustellung¹ bei dem zuständigen Amtsgerichte² Klage erhebt. In diesem Falle entscheidet das Gericht auch über die Kosten des Vorverfahrens.

PJO. § 59 — B. 368, DD. 235, Ebn. 291, EngD. 219, G. 88, RR. 163.

1. Wegen der Fristberechnung vergl. § 87 (S. 98).

2. In Streitigkeiten wegen Wildschadens sind nach § 23 des Gerichtsverfassungsgesetzes die Amtsgerichte ohne Rücksicht auf den Wert des Streitgegenstandes zuständig.

§ 54. Als Kosten des Vorverfahrens gelten nur bare Auslagen, insbesondere Reisekosten und Gebühren der Sachverständigen, Botenlöhne und Postgebühren. Die weiter erforderlichen Bestimmungen über das Verfahren bei den Vorverhandlungen und über die Höhe

der von den Sachverständigen zu beanspruchenden Gebühren erläßt das Herzogliche Staatsministerium.¹

℞. D. § 60 — B. 370, D. D. 236, Ebn. 292, Eng. D. 220, G. 89, R. R. 164.

1. Vergl. Ziffer III, 6 der Bekanntmachung zur Ausführung der Jagdordnung (S. 107).

Sechster Abschnitt.

Wildschadenverhütung.¹

1. Die hiesige Jagdgesetzgebung kannte an Wildschadenverhütungsvorschriften früher nur die auf den radikalsten jagdlichen Ansichten der damaligen Zeit beruhende Ausrottungsvorschrift des Jagdrechtsgesetzes von 1848 für Rot-, Dam- und Schwarzwild sowie für Kaninchen, ferner die Bestimmung, daß den Pächtern und Administratoren der an Waldungen angrenzenden Feldjagden unter Umständen erlaubt werden konnte, in den betr. Forsten nach Rot- usw. Wild zu jagen und die erlegten Stücke zu behalten. Auch sollten, wenn dem Wildschaden nicht anders zu steuern war, sog. Polizei jagden von der Verwaltungsbehörde angeordnet werden.

Diese Vorschriften mußten im Hinblick auf die durch die Jagdordnung angeordnete Schonzeit für Rotwild wesentlich umgestaltet werden. Auch zur Abwehr des nach wie vor zur Ausrottung bestimmten Schwarzwildes waren weitergehende gesetzliche Vorschriften zu erlassen und ebenso erwies sich der Erlaß zweckentsprechender Bestimmungen in betreff der übrigen Wildarten zum Schutze der Grundstücke in der Nähe von Forsten, der Feldzungen und der Obst-, Gemüse- und ähnlichen Anlagen als notwendig. Endlich bedurften auch die früher gegen wilde Kaninchen gesetzlich zulässigen Maßnahmen, die sich als unzulänglich erwiesen hatten, um so dringender einer Erweiterung und Verschärfung, als die Kaninchen an immer zahlreicheren Stellen stark schädigend auftreten.

Gegen die nach diesem Abschnitt von der Jagdpolizeibehörde abgegebenen Entscheidungen ist innerhalb der vorgeschriebenen Frist (§§ 72 und 87) Beschwerde bei Herzoglichem Staatsministerium gegeben.

§ 55. Wenn Grundstücke in der Nähe von Forsten erheblichen Schäden durch das übertretende Wild aus-

gesetzt sind, so kann die Jagdpolizeibehörde auf Antrag der geschädigten Grundeigentümer nach Feststellung des Bedürfnisses und für dessen Dauer den Jagdausübungsberechtigten, nach Umständen auch den Jagdausübungsberechtigten des Bezirks, aus dem das Wild austritt, zum Abschusse des Wildes schriftlich auffordern.¹ Der Abschuss des Wildes² ist in diesem Falle auch während der Schonzeit gestattet. Hat diese Maßregel keinen genügenden Erfolg, so kann die Jagdpolizeibehörde die Grundeigentümer und Nutzungsberechtigten (§ 4 letzter Abs.) schriftlich ermächtigen, das auf ihre Grundstücke übertretende Wild unter Beachtung der Vorschriften des § 39 selbst zu fangen oder zu erlegen.³ Die Ermächtigung ist widerruflich; sie darf Personen, denen der Jagdschein versagt werden muß,⁴ nicht erteilt werden.

Dem Jagdausübungsberechtigten ist der Abschuss oder Fang binnen 24 Stunden anzuzeigen und das erlegte oder gefangene Wild zur Verfügung zu stellen.⁵

JAG. § 16 — JGD. § 61 — B. 372, DD. 236,
Ebn. 293, EngD. 221, G. 89, RR. 165.

1. Die Befugnis der Jagdpolizeibehörde bezieht sich sowohl auf gemeinschaftliche Jagdbezirke als auch auf Eigenjagdbezirke. Die Jagdpolizeibehörde geht nur auf Antrag, nicht von Amts wegen vor.

2. Nicht sämtliches Wild braucht abgeschossen zu werden, sondern nur die den Schaden verursachenden Wildarten.

3. Die Jagdpolizeibehörde hat den Grundeigentümern und Nutzungsberechtigten einen schriftlichen Ausweis zu erteilen, der die Stelle des Jagdscheins vertritt und den der Grundeigentümer usw., wenn er die Jagd ausübt oder sich, zur Jagd ausgerüstet, in einem Jagdbezirke außerhalb eines öffentlichen, zum gemeinen Gebrauche bestimmten Weges aufhält, bei sich zu führen und den für die Ausübung des Jagdschutzes zuständigen Personen (§§ 73, 75) auf Anfordern vorzuzeigen hat (§§ 81, 82).

4. Vergl. § 33 (S. 52).

5. Ein Schießgeld wird nicht gezahlt. Wenn der Erleger keine Anzeige während der vorgeschriebenen Zeit erstattet, so macht er sich nach § 84 Ziffer 8 strafbar, auch ist er dem Jagdausübungsberechtigten gegenüber nach B.G.B. § 823 Abs. 2 zum Ersatze des entstehenden Schadens verpflichtet. — Wegen des Verkaufes des während der Schonzeit erlegten Wildes vergl. §§ 70, 66 Ziffer 2.

§ 56. Wird nachgewiesen, daß Rot- oder Damwild¹ während eines Kalenderjahres wiederholt² erheblichen Schaden verursacht hat, so hat die Jagdpolizeibehörde auf Antrag des Geschädigten, des Ersatzpflichtigen oder des Jagdausübungsberechtigten für den betroffenen Jagdbezirk, nach Bedürfnis auch für benachbarte Jagdbezirke, die Schonzeit der schädigenden Wildart für einen bestimmten Zeitraum aufzuheben und die Jagdausübungsberechtigten zum Abschusse schriftlich aufzufordern und anzuhalten.

Genügen diese Maßregeln nicht, so ist die Jagdpolizeibehörde verpflichtet, mittels schriftlichen Ausweises für eine bestimmte Zeitdauer zu genehmigen, daß die Grundeigentümer und Nutzungsberechtigten (§ 4 letzter Abs.) das auf ihre Grundstücke übertretende Rot- und Damwild, gegebenenfalls auch während der Schonzeit, unter Beachtung der Vorschriften des § 39 selbst fangen oder erlegen.³ Auch hier gelten die Bestimmungen des § 55 Abs. 1 letzter Satz und Abs. 2.⁴

JMG. § 16 — PJO. §§ 62, 63 — B. 377, DD. 239, Ebn. 295, EngD. 224, G. 91, RR. 168.

1. Die Vorschriften dieses Paragraphen beziehen sich im Gegensatz zu denen des § 55 nicht auf alle Wildarten, sondern nur auf Rot- und Damwild, gelten aber nicht wie jene nur für Grundstücke in der Nähe von Forsten, sondern für sämtliche Grundstücke eines Jagdbezirks.

2. d. h. mindestens zweimal während eines Kalenderjahres.

3. Vergl. Anm. 3 zu § 55.

4. Vergl. Anm. 4 u. 5 zu § 55.

§ 57. Wenn in Eigenjagdbezirken des Kammer- und Klostergutes erheblicher Schaden durch Wild verursacht wird, so kann die Herzogliche Kammer, Direktion der Forsten, nach Bedürfnis den Abschluß der schädigenden Wildart auch während der Schonzeit anordnen.¹

Dieselbe Befugnis hat die Herzogliche Hofjagdverwaltung für die ihr unterstellten Jagdbezirke.

1. Die Ermächtigung der Herzoglichen Kammer, Direktion der Forsten, bezieht sich nicht nur auf die aus Forsten, sondern auf alle aus Kammer- und Klostergrundstücken gebildeten Eigenjagdbezirke.

Das erlegte Wild kann auch während der Schonzeit in den Verkehr gebracht werden, vergl. §§ 70, 66 Ziffer 2.

§ 58. Schwarzwild darf nur in Einfriedigungen gehegt werden, aus denen es nicht austreten kann.

Außer dem Jagdausübungsberechtigten darf jeder Grundeigentümer oder Nutzungsberechtigte (§ 4 letzter Abs.) auf seinen Grundstücken Schwarzwild unter Beachtung der Vorschriften des § 39 fangen, töten und behalten.¹

Zur Benutzung von Schußwaffen ist jedoch die schriftlich zu erteilende Erlaubnis der Jagdpolizeibehörde erforderlich, die nur für eine bestimmte Zeit erteilt werden darf.² Personen, denen der Jagdschein versagt werden muß,³ darf diese Erlaubnis nicht erteilt werden.

Die Jagdpolizeibehörde muß außerdem zur Vertilgung des Schwarzwildes in nicht eingegatterten Forsten alles Erforderliche anordnen, sei es durch Auflagen an die Jagdausübungsberechtigten des Bezirkes und der Nachbarforsten oder andere geeignete Maßregeln.⁴

JMG. § 16 — PJO. § 64 — B. 387, DD. 241, Ebn. 299, EngD. 227, G. 92, RK. 169.

1. Es bedarf hierzu keines Jagdscheines und keines Ausweises der Jagdpolizeibehörde (§ 29 Ziffer 2) (f. S. 49).

2. Vergl. Anm. 3 zu § 55 (S. 72).

3. Vergl. § 33 (S. 52).

4. Die Jagdpolizeibehörden können nötigenfalls Zwangsmittel androhen und diese bei erfolgloser Androhung in Anwendung bringen. Es kommt § 17 des Ges. über die Organisation der Landesverwaltungsbehörden vom 19. März 1850 Nr. 26 in Betracht, der wie folgt lautet:

Die Kreisdirectionen sind ermächtigt, den innerhalb ihres Geschäftskreises erlassenen speziellen Anordnungen und Entscheidungen, welche die Ausführung von Gesetzen, Verordnungen und sonst bestehenden Normen des öffentlichen Rechts (§§ 12 und 13) oder die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung bezwecken und im letzteren Falle bestehenden Gesetzen nicht widerstreiten, durch Androhung von Zwangsmitteln den erforderlichen Nachdruck zu erteilen, auch diese Zwangsmittel, falls die Anordnung nicht befolgt wird, in Anwendung zu bringen.

Die Androhung muß jedoch unter Angabe der Veranlassung mittels einer dem Unfolgsamen besonders zugefertigten schriftlichen Verfügung geschehen und der Anwendung des Zwangsmittels wenigstens 24 Stunden vorangehen. — — —

Die Zwangsmittel können auf die Beitreibung einer Geldsumme bis zu 15 Mark oder auf Gefängnis (Haft) bis zu 3 Tagen bestimmt werden, auch in der Ausführung der angeordneten Handlungen auf Kosten des Säumigen und der exekutiven Beitreibung der zu leistenden Zahlung bestehen.

§ 59. Die Jagdpolizeibehörde kann die Eigentümer und Nutzungsberechtigten (§ 4 letzter Abs.) von Obst-, Gemüse-, Blumen-, Park- und Baumschulanlagen oder deren Beauftragte schriftlich ermächtigen, jagdbare Tiere, die darin Schaden anrichten, zu jeder Zeit unter Beachtung der Vorschriften des § 39 zu fangen oder zu erlegen.¹ Die Ermächtigung ist widerruflich; sie darf Personen, denen der Jagdschein ver sagt werden muß,²

nicht erteilt werden. Dem Jagdausübungsberechtigten oder dessen Beauftragten ist der Abschuß binnen 24 Stunden anzuzeigen und das erlegte oder gefangene Wild zur Verfügung zu stellen.³

Die Bestimmungen des § 5 des Landes-Vogelschutzgesetzes vom 3. März 1911 Nr. 22 bleiben unberührt.⁴

PSD. § 66 — B. 395, DD. 244, Ebn. 303, EngD. 229,
G. 94, RR. 172.

1. Vergl. Anm. 3 zu § 55 (S. 72).

2. Vergl. § 33 (S. 52).

3. Vergl. Anm. 5 zu § 55 (S. 73).

4. § 5 des Landes-Vogelschutzgesetzes kommt zur Anwendung, wenn in Anlagen der in Abs. 1 bezeichneten Art Schaden durch nicht jagdbare Vögel verursacht wird.

§ 60. Die Bestimmungen der Fischereigesetze, nach denen die Fischereiberechtigten und ihre Beauftragten gewisse jagdbare Tiere fangen und erlegen dürfen, werden durch dieses Gesetz nicht berührt.

PSD. § 67 — B. 400, DD. 245, Ebn. 305, EngD. 232,
G. 94, RR. 174.

1. Der an die Stelle des § 42 des Fischereigesetzes getretene § 3 des Gesetzes vom 19. Dezember 1889 Nr. 51 gestattet dem Fischereiberechtigten, Fischottern, Fischreiher, Fischeaare, Eisvögel und Laucher (jagdbar sind hiervon nur die Fischottern) ohne Anwendung von Schußwaffen zu töten und die gefangenen oder getöteten Tiere (auch die Fischottern) für sich zu behalten; ferner ist die Herzogliche Kreisdirektion (in der Stadt Braunschweig die Polizeidirektion) befugt, den Fischereiberechtigten das Erlegen der vorgedachten Tiere mit Anwendung von Schußwaffen zu gestatten.

Diese Bestimmungen bleiben in Kraft.

Die Herzoglichen Kreisdirektionen werden ihre Verfügungen, durch die sie den Fischereiberechtigten für eine bestimmte Zeit die Anwendung von Schußwaffen gegen die vorgenannten fischereischädlichen Tiere gestatten, schriftlich auszufertigen und zugleich die Berechtigten im Hinblick auf § 28 Abs. 1 u. § 82 anzuweisen haben, die Ver-

fügung bei sich zu führen und im Jagdbezirke außerhalb des öffentlichen, nicht zum gemeinen Gebrauche bestimmten Weges den Jagdschutzbeamten auf ihr Anfordern vorzuzeigen.

§ 61.¹ Die Jagdausübungsberechtigten sind verpflichtet, die wilden Kaninchen auszurotten.

Die Grundeigentümer und Nutzungsberechtigten (§ 4 letzter Abs.) sind berechtigt, wilde Kaninchen auf ihren Grundstücken unter Beachtung der Vorschriften des § 39 zu fangen, zu töten und zu behalten, dürfen sich aber hierzu keiner Schußwaffe bedienen.

Wird nachgewiesen, daß die wilden Kaninchen erheblichen Schaden verursacht haben, so hat die Jagdpolizeibehörde die Grundeigentümer und Nutzungsberechtigten oder ihre bestimmt zu bezeichnenden Beauftragten mittels schriftlichen Ausweises zu ermächtigen, die Kaninchen auf ihren Grundstücken auch mit der Schußwaffe zu erlegen. Diese Ermächtigung ist widerruflich; sie darf Personen, denen der Jagdschein versagt werden muß, nicht erteilt werden. Unter der gleichen Voraussetzung kann die Jagdpolizeibehörde auch die Grundeigentümer und Nutzungsberechtigten zur Vertilgung der wilden Kaninchen anhalten und bestimmte Vorschriften über die von den Jagdausübungsberechtigten, den Grundeigentümern und Nutzungsberechtigten zu treffenden Maßnahmen erlassen.

Für die Grundstücke des Kammer- und Klostergutes hat die Herzogliche Kammer, Direktion der Forsten, das Nötige anzuordnen.

MRG. § 17 — PJO. § 61 Abs. 2 — B. 372, DD. 236,
Ebn. 293, EngD. 222, G. 91, RR. 166.

1. Nach dem Regierungsentwurfe sollten die wilden Kaninchen aus der Zahl der jagdbaren Tiere ausscheiden und die Grundeigentümer sollten zu ihrer Ausrottung verpflichtet, daneben aber die Jagdausübungsberechtigten be-

fugt sein, die wilden Kaninchen innerhalb ihrer Bezirke zu erlegen und zu behalten. Die von der Jagdpolizeibehörde bei starker Vermehrung der Kaninchen zu treffenden Maßnahmen sollten sich allein gegen die Grundeigentümer als die zur Ausrottung Verpflichteten richten.

Die Kommission erhob gegen diese Vorschriften das Bedenken, daß, wenn die Kaninchen für nicht jagdbar erklärt würden, Bestimmungen über ihre Vertilgung streng genommen nicht mehr in die Jagdordnung gehörten. Auch könnte es mit Rücksicht auf § 2 des Einführungsgesetzes zum Reichsstrafgesetzbuche zweifelhaft erscheinen, ob ein Verbot, nicht jagdbare Tiere mit der Schußwaffe zu töten, durch landesrechtliche Strafbestimmungen geschützt werden könne, nachdem das Reichsstrafrecht die Materie des unerlaubten Schießens im § 367 Ziffer 8 geregelt habe. Ohne eine solche Strafbestimmung aber bleibe ein solches Verbot eine halbe Maßregel.

Die Kommission hielt es danach für richtiger, die wilden Kaninchen der bisherigen Rechtslage entsprechend zu den jagdbaren Tieren zu zählen und hierdurch gemäß Artikel 69 des Einführungsgesetzes zum BGG. der Landesgesetzgebung hinsichtlich des Abschusses der wilden Kaninchen die nötige Freiheit und gleichzeitig den Bestimmungen des § 61 über die Ausrottung der Kaninchen durch die Grundeigentümer eine passende Stelle in der Jagdordnung zu verschaffen.

Obgleich die Regierung diese Bedenken der Kommission nicht teilte und ihrerseits nicht ohne Bedenken war, ob es sich als zweckmäßig erweisen werde, wenn die Jagdpolizeibehörde ihre zur Vertilgung der Kaninchen für nötig erachteten Maßnahmen gleichzeitig gegen die Jagd Ausübungsberechtigten und die Grundeigentümer — und nicht, wie es die Regierungsvorlage wollte, allein gegen die letzteren — richte, so stimmte sie doch der Aufnahme des Paragraphen in das Gesetz in der von der Kommission vorgeschlagenen Fassung schließlich zu.

§ 62. Kommen bei den Entscheidungen der Jagdpolizeibehörde nach den §§ 55, 56 und 58 Kammer- und Klosterforsten in Frage, so ist zuvor die Herzogliche Kammer, Direktion der Forsten, zu hören.

Siebenter Abschnitt.

Wildhandel und Wildversendung.¹

1. Die Bestimmungen über die Beaufsichtigung des Wildhandels und der Wildversendung waren früher enthalten in dem Gesetze über die Kontrolle des Wildtransportes und des Wildhandels vom 7. August 1854 Nr. 43 und in § 13 des Jagdpolizeigesetzes von 1879. Die Vorschriften haben sich im allgemeinen bewährt, bedurften indessen einer Erweiterung, um eine Verwertung des in Rühlhäusern aufgestapelten Wildes auch während der Schonzeiten zu ermöglichen.

Die Vorschriften des Gesetzes von 1854 gelten auch für das in Tiergärten erlegte und in den Verkehr gebrachte Wild. Dies soll auch hinsichtlich der Vorschriften dieses Abschnitts der Fall sein, was übrigens aus § 66 Ziffer 2 ohne weiteres zu entnehmen ist.

§ 63. Wer Wild in der Weise in den Verkehr bringt, daß er es in ganzen Stücken oder zerlegt, aber nicht genußfertig in Ortschaften oder Einzelwohnstätten einbringt, versendet, zum Verkaufe herumträgt, ausstellt, zum Verkaufe aufbewahrt, feilbietet,¹ ankauft, verkauft oder den Verkauf vermittelt, ist verpflichtet, auf Verlangen der zuständigen Polizei- und Jagdschutzbeamten jederzeit Auskunft über den Erwerb des Wildes zu erteilen.²

Zu dem Wild im Sinne dieses Paragraphen gehört auch lebendes Wild.

WTrG. § 7.

1. Aus § 59 der Reichs-Gewerbeordnung ist folgende Bestimmung zu beachten:

§ 59. Eines Wandergewerbescheines bedarf nicht:

1. wer selbstgewonnene oder rohe Erzeugnisse der Land- und Forstwirtschaft, des Garten- und Obstbaues, der Geflügel- und Bienenzucht sowie selbstgewonnene Erzeugnisse der Jagd und Fischerei feilbietet.

2. Eine allgemeine Beaufsichtigung der Wildversendung schrieb schon das Jagdstrafgesetz von 1839 vor, während das Jagdstrafgesetz von 1849 hierüber nichts enthielt. Infolgedessen erwies sich der Erlaß des Gesetzes von 1854 als notwendig, in dessen § 7 beim Ausbieten ufm. von Wild aller Art, ähnlich wie im Gesetz von 1839, die Erbringung des Nachweises des rechtmäßigen Besizes gefordert wurde.

Die gleiche Forderung stellte auch der Regierungsentwurf, der jedoch auf Antrag der Kommission durch Beschluß der Landesversammlung abgeschwächt wurde. Statt den rechtmäßigen Erwerb des Wildes nachzuweisen, soll, wer Wild in der näher bezeichneten Weise in den Verkehr bringt, auf Verlangen der zuständigen Beamten jederzeit Auskunft über den Erwerb des Wildes erteilen.

§ 64. Wird Rot-, Dam-, Reh- und Schwarzwild in ganzen Stücken befördert oder zum Verkauf aufbewahrt oder feilgeboten, so muß es mit einer Bescheinigung über den rechtmäßigen Erwerb — Ursprungsschein — versehen sein.¹

Der Ursprungsschein muß auch bei Verpackung äußerlich sichtbar sein.

WTrG. §§ 1 u. 5 — PZO. § 46 — B. 310, DD. 226,
Ebn. 258, EngD. 203, G. 81, RR. 151.

1. Das Gesetz von 1854 forderte bei der Versendung von Rot-, Dam-, Reh- und Schwarzwild, von Fasanen und Auergeflügel die Beibringung eines Legitimationsscheines. Nach dem Entwurfe sollte fortan ein jetzt als „Ursprungsschein“ bezeichneter Ausweis für die genannten Wildarten und außerdem für Birk- und Haselwild beigebracht werden. Auf Antrag der Kommission beschränkte jedoch die Landesversammlung die Ursprungsscheine — unter Streichung der bezeichneten Federwildarten. — auf Rot-, Dam-, Reh- und Schwarzwild.

Die Postanstalten und die Eisenbahnstationen fordern infolge ergangener allgemeiner Verfügungen bei der Versendung der bezeichneten Wildarten die Beifügung des Ursprungsscheins. Vergl. Eisenbahn-Verkehrsordnung § 65, abgedruckt unter X, 2 (S. 223).

§ 65. Der Ursprungsschein muß unter Benutzung des vorgeschriebenen Vordrucks (Anlage 1) von dem Jagdausübungsberechtigten oder seinem Bevollmächtigten ausgestellt sein. Die Vordrucke sind von der von Herzoglichem Staatsministerium zu bezeichnenden Stelle zu beziehen.¹

Ist der Ursprungsschein nicht von einem Herzoglichen Forst- oder Jagdante unter Beidrückung des Amtssiegels ausgestellt, so muß die Unterschrift des Ausstellers von der Ortspolizeibehörde oder dem Gemarkungspolizeibeamten beglaubigt sein.

WTrG. § 2.

1. Vergl. Seite 101 und Ziffer IV der Bekanntmachung zur Ausführung dieses Gesetzes, S. 107.

§ 66. Der Ursprungsschein ist nicht erforderlich:

1. für Wild, das der Jäger auf der Jagd selbst oder auf der Rückkehr von der Jagd bei sich führt oder durch Beauftragte innerhalb oder in der Nähe des Jagdbezirks nach einer Aufbewahrungsstelle, seinem Beförderungsmittel oder seinem Wohnorte bringen läßt;
2. für Wild, das im Strafverfahren nach § 94 der Strafprozeßordnung¹ in Verwahrung genommen, beschlagnahmt oder in anderer Weise sichergestellt oder eingezogen² oder das während der Schonzeiten in eingefriedigten Tiergärten oder mit Genehmigung oder auf Anordnung der zuständigen Behörde anderswo erlegt ist. In diesen Fällen tritt an Stelle des Ursprungsscheines eine nach dem vorgeschriebenen Muster (Anlage 2) auszustellende Bescheinigung³ der Ortspolizeibehörde, des Gemarkungspolizeibeamten, des zuständigen Strafverfolgungsbeamten oder, wenn das Wild aus Jagden der Herzoglichen Forstverwaltung oder des Herzoglichen Hofjagd=

- amtes stammt, des zuständigen Forstamtes (vergl. § 70);
3. für Wild, das nach den vom Herzoglichen Staatsministerium zu erlassenden Bestimmungen (vergl. § 68 Abs. 2) aus Kühlhäusern vertrieben wird;
 4. für Wild, das aus einem anderen Teile des Deutschen Reiches in das Herzogtum eingeführt wird und mit einem Ursprungsschein versehen ist, der den dort geltenden Vorschriften entspricht;
 5. für Wild, das aus einem Teile des Deutschen Reiches, in dem für die Wildart kein Ursprungsschein erforderlich ist, oder aus dem Auslande eingeführt wird. In diesem Falle muß der Ursprung durch einen Post-, Fracht- oder sonstigen Versendungsschein oder durch eine Bescheinigung der Zollbehörde nachgewiesen werden.

WTrG. § 4 — PJO. § 45 Abs. 2 — B. 306, DD. 225, Ebn. 248, EngD. 202, G. 81, RR. 150.

1. Abgedruckt im VI. Abschnitt dieses Buches (S. 163). Siehe daselbst (S. 164) auch § 98 der Strafprozeßordnung.
2. Vergl. § 84 Abs. 2 und 4. Bei Jagdvergehen, die unter das StGB. fallen, wird das Wild nicht eingezogen, vergl. daselbst § 295 (S. 127).
3. Siehe Seite 102 und Ziffer IV der Bekanntmachung zur Ausführung dieses Gesetzes, S. 107.

§ 67. Die Gültigkeitsdauer des Ursprungsscheines beträgt eine Woche von dem Tage an, an welchem das Wild erlegt, gefangen oder gefunden wurde;¹ beim Vorliegen besonderer Umstände kann die Gültigkeitsdauer von den im § 65 Abs. 2 bezeichneten Behörden und Beamten um sieben Tage verlängert werden.

In den Fällen des § 66 Ziffer 2 wird die Gültigkeitsdauer der Bescheinigung von den dort bezeichneten Behörden und Beamten festgesetzt.

WTrG. § 6

1. Nach dem Entwurfe war die Dauer des Ursprungscheines (und der Bescheinigung nach § 66 Ziffer 2) „auf 8 Tage einschließlich des Tages, an dem das Wild erlegt oder gefunden wurde“, festgesetzt. Auf Antrag der Kommission änderte die Landesversammlung diesen Wortlaut in „eine Woche von dem Tage an, an welchem das Wild erlegt, gefangen oder gefunden wurde“. Nach der Bestimmung des § 87 Abs. 1 wird bei dieser Frist der Tag der Erlegung u. s. w. nicht mitgerechnet. Da aber diese Bestimmung in den Ursprungschein nicht mit aufgenommen ist, so werden sich bei dessen Ausstellung für viele, denen das Gesetz nicht genau bekannt ist, Zweifel darüber ergeben, ob der Tag der Erlegung u. s. w. des Wildes bei der Dauer des Scheines mitzurechnen ist oder nicht.

§ 68. Keine Wildart darf vom Beginne des 15. Tages der für sie geltenden Schonzeit bis zu ihrem Ablauf in der im § 63 genannten Weise in den Verkehr gebracht werden.¹ Das Verbot gilt auch für Wild, das aus einem anderen Teile des Deutschen Reiches oder aus dem Auslande in das Herzogtum eingeführt wird.

Diese Beschränkung trifft den Vertrieb von Wild aus Rühlhäusern nicht, wenn er nach den vom Herzoglichen Staatsministerium zu erlassenden Bestimmungen stattfindet.² Die Kosten der Überwachung dieses Vertriebes fallen den Inhabern der Rühlhäuser zur Last und können in Form einer Gebühr nach bestimmten Sätzen erhoben werden.

Ferner darf die für den Empfangsort zuständige Jagdpolizeibehörde Ausnahmen gestatten, wenn es sich um die Versendung, den Verkauf, den Ankauf und die Verkaufsvermittlung lebenden Wildes zur Blutauffrischung oder um die Einführung einer Wildart handelt.

JPG. § 13 — PJD. § 43 — B. 296, DD. 220,
Ebn. 248, EngD. 198, G. 79, RR. 147.

1. Der Regierungsentwurf enthielt im ersten Satze dieses Paragraphen hinter dem Worte „Ablauf“ noch die Worte „in dem Landesteile, für den die Schonzeit gilt“.

Bei deren Streichung hat die Kommission der Landesversammlung unbeachtet gelassen, daß die Abänderung der Schonzeit verschiedener Wildarten nach § 37 Abs. 2 von Herzoglichem Staatsministerium je nach den einzelnen Landesteilen in verschiedener Weise vorgenommen werden kann und daß sich den hiernach für die einzelnen Landesteile getroffenen Schonvorschriften auch die Verbote des § 68 Abs. 1 anpassen sollten.

2. Vergl. die ausführlichen Vorschriften über den Vertrieb von Wild aus Rühlhäusern unter Ziffer V der Bekanntmachung zur Ausführung dieses Gesetzes, S. 107.

§ 69. Vom Beginne des 15. Tages der für das weibliche Rot-, Dam- und Rehwild geltenden Schonzeiten bis zu ihrem Ablauf darf Rot-, Dam- und Rehwild in ganzen Stücken nicht in der im § 63 bezeichneten Weise in den Verkehr gebracht werden, wenn das Geschlecht nicht mehr sicher zu erkennen ist.

JPB. § 13 Abs. 3 — PZO. § 44 — B. 305, DD. 225, Ebn. 248, EngD. 201, G. 80, RR. 149.

§ 70. Die Vorschriften der §§ 68 und 69 gelten nicht für Wild, das auf Grund einer Bescheinigung nach § 66 Ziffer 2 in den Verkehr gebracht wird.

In diesem Falle muß sich der Käufer die Bescheinigung oder eine beglaubigte Abschrift aushändigen lassen.¹

PZO. § 45 — B. 306, DD. 225, Ebn. 248, EngD. 202, G. 81, RR. 150.

1. Vergl. Strafvorschrift § 84 Ziffer 4 (S. 94).

Achter Abschnitt.

Behörden.

§ 71. Jagdpolizeibehörde ist die zuständige Herzogliche Kreisdirektion, für die Stadt Braunschweig die Herzogliche Polizeidirektion. Sind mehrere Jagdpolizeibehörden zuständig,¹ so bestimmt das Herzogliche Staatsministerium, welche von ihnen die Jagdpolizei auszuüben hat.

Die Oberaufsicht übt das Herzogliche Staatsministerium aus.

PSD. § 69 — B. 403, DD. 247, Ebn. 309, EngD. 235,
G. 96, RR. 176.

1. Dieser Fall liegt z. B. vor, wenn ein aus Grundstücken mehrerer Gemeindebezirke oder Gemarkungen zusammengefügter Jagdbezirk sich auf die Amtsbezirke mehrerer Jagdpolizeibehörden erstreckt.

§ 72. Gegen Anordnungen und Entscheidungen der Jagdpolizeibehörde ist binnen zweier Wochen¹ nach Behändigung des anzufechtenden Bescheides Beschwerde an das Herzogliche Staatsministerium zulässig, soweit nicht nach diesem Gesetze die Jagdpolizeibehörde endgültig entscheidet oder die Klage beim Verwaltungsgerichtshofe gegeben ist.² Die nach diesem Gesetz sonst zulässigen Beschwerden sind bei der zuständigen Behörde zu erheben.

PSD. § 70 — B. 405, DD. 247, Ebn. 311, EngD. 236,
G. 97, RR. 178.

1. Bei dieser Frist wird der Tag, an dem der anzufechtende Bescheid behändigt ist, nicht mitgerechnet und wenn das Ende der zweiwöchigen Frist auf einen Sonntag oder allgemeinen Feiertag fällt, so endigt sie mit dem Ablaufe des nächstfolgenden Werktages (§ 87).

2. Klage beim Verwaltungsgerichtshof ist gegeben in den Fällen der § 8 Abs. 2, § 16 Abs. 1, § 17 Abs. 6, § 18 Abs. 2, § 23 Abs. 2.

Neunter Abschnitt.

Ausübung des Jagdschusses.¹

1. Die Ausübung des Jagdschusses ist im Titel III (§§ 18—21) des Jagdpolizeigesetzes von 1879 behandelt.

Das vorliegende Gesetz ist im allgemeinen auf dem Standpunkte des früheren stehen geblieben, nur sind einige den Forderungen der Gegenwart entsprechende Änderungen und Vervollständigungen vorgenommen.

Der zivilrechtliche Schutz des Jagdrechts ist nicht Gegenstand dieses Gesetzes, sondern des BGB., ebenso-

wenig der besondere Schutz, den die §§ 117 ff. StGB. den Jagdbeamten und Jagdberechtigten und den von diesen bestellten Aufsehern durch Strafandrohungen gegen Personen gewähren, die den bezeichneten Beamten und Berechtigten bei der rechtmäßigen Ausübung ihres Amtes oder Rechtes Widerstand leisten oder sie angreifen. (Begr.) Vergl. unter VI dieses Buches (S. 173).

§ 73. Zur Ausübung des Jagdschusses sind außer den Beamten des Polizei- und Sicherheitsdienstes (§ 161 der Strafprozeßordnung)¹ berechtigt und verpflichtet

1. die im Herzoglichen Forst- und Jagddienste angestellten oder beschäftigten Personen;²
2. die angenommenen Jagdaufseher und Jäger (§ 6 Abs. 3,³ §§ 19 und 25) in den ihrer Obhut anvertrauten Jagdbezirken, bei Verfolgung auf frischer Tat oder bei Gefahr im Verzuge auch in anderen Bezirken.⁴

Die in den Ziffern 1 und 2 bezeichneten Personen sollen bei Ausübung des Jagdschusses die Dienstkleidung oder das Dienstabzeichen tragen.⁵

StGB. § 18.

1. Durch § 161 der Strafprozeßordnung sind alle Behörden des Polizei- und Sicherheitsdienstes verpflichtet, strafbare Handlungen zu erforschen, alle feinen Aufschub gestattenden Anordnungen zu treffen, um die Verdunkelung der Sache zu verhüten, und die Anzeigen der von ihnen erforschten oder wahrgenommenen Straftaten der zuständigen Anklagebehörde zu übermitteln.

Hiernach sind die hier in Rede stehenden Personen auch zur Mitwirkung bei der Ausübung des Jagdschusses verpflichtet, insoweit ihnen der § 161 der Strafprozeßordnung diese Verpflichtung auferlegt. Der Vollständigkeit wegen ist dieses hier ausdrücklich hervorgehoben. (Begr.)

2. Zu den im Herzoglichen Forst- und Jagddienste angestellten und beschäftigten Personen gehören die Forstamtsvorstände (Forstmeister und Oberförster), die angestellten und tit. Forstassessoren, die Forstreferendare, Förster, Forstgehilfen, Reviergehilfen, Forstlehrlinge des Verwaltung- und des Schutzesdienstes, die Forstwarte, Forst-

wegewärter sowie die ausschließweise zur Jagdschussausübung zugezogenen Walдарbeiter. —

Während sich die örtliche Zuständigkeit der im § 161 der Strafprozeßordnung allgemein bezeichneten Behörden und Beamten selbstverständlich nach den für jede dieser Personen bestehenden Vorschriften richtet, ist den in Ziffer 1 bezeichneten Personen Zuständigkeit für das ganze Land beigelegt worden. Diese Bestimmung empfiehlt sich aus dem Grunde, weil diese Personen besondere Sachkunde besitzen und gerade deshalb Zuwiderhandlungen gegen die Jagdgesetze oft in Fällen wahrnehmen werden, in denen dieses anderen Beamten nicht gelingen würde. Gedacht ist hierbei z. B. an die Entdeckung von Zuwiderhandlungen gegen die Bestimmungen, welche die Schonvorschriften betreffen (Erkennen von Riden und Kälbern in Wildhandlungen und dergl.) (Begr.).

3. Gedacht ist an § 7 Absf. 2.

4. Es handelt sich hier um die für Privatjagdbezirke von den Jagdausübungsberechtigten und Jagdvorständen angenommenen Jagdaufseher und Jäger, die hinsichtlich ihrer örtlichen Zuständigkeit in der angegebenen Weise beschränkt sind.

5. Durch die Bestimmung, daß die in den Ziffern 1 und 2 Bezeichneten Personen bei der Ausübung des Jagdschusses die Dienstkleidung oder Dienstabzeichen tragen sollen, hat zum Ausdruck gebracht werden sollen, daß die Vorschrift nur instruktioneU ist und daß der Betreffende trotz Fehlens der Dienstkleidung oder des Dienstabzeichens als „in rechtmäßiger Ausübung seines Amtes“ angesehen werden kann. (Begr.)

Über die Dienstkleidung der im Herzoglichen Forst- und Jagddienste angestellten und beschäftigten Personen und die Dienstabzeichen der Privat-Jagdaufseher und Jäger vergl. unter Abschnitt VI, 1 (S. 158).

§ 74. Die zur Ausübung des Jagdschusses Verpflichteten müssen alle Straftaten, die sich auf die unbefugte Ausübung der Jagd beziehen oder sonst in diesem Gesetze mit Strafe bedroht sind, sobald sie zu ihrer amtlichen Kenntniß gelangen,¹ auf dem vorgeschriebenen Wege der zuständigen Behörde anzeigen.²

1. Die Anzeigepflicht der zum Jagdschuße verpflichteten Personen beschränkt sich auf alle zu ihrer amtlichen Kenntnis gelangenden reichs- oder landesgesetzlich mit Strafe bedrohten jagdrechtlichen Zuwiderhandlungen. (Begr.)

2. Die Mannschaften des Herzoglichen Gendarmerie-Korps sind durch den Ersten Staatsanwalt unterm 27. März 1909 Gen. E. R. 500/09 angewiesen, von Straftaten, die in Kammer- und Klosterforsten begangen sein sollen, zu deren Verfolgung aber nicht der Amtsanwalt für Forststrafsachen, sondern der Staatsanwalt oder der Amtsanwalt zuständig ist — also auch von Jagdvergehen und Jagdpolizeiübertretungen — abgesehen von den sonstigen Ermittlungen sowie Anzeigen an den Staatsanwalt oder Amtsanwalt unverzüglich dem zuständigen Forstamtsvorstande eine kurze Mitteilung über die Sachlage (mündlich oder schriftlich) zu machen.

Die Herzoglichen Forstämter haben die zu ihrer Kenntnis kommenden Zuwiderhandlungen gegen diese Anordnung bei der Herzoglichen Kammer, Direktion der Forsten, anzuzeigen, die die betreffenden Anzeigen an den Ersten Staatsanwalt weitergeben wird (Verfügung der Herzoglichen Kammer, Direktion der Forsten, vom 7. April 1909 Nr. 1577).

§ 75. Die Pflicht und das Recht, die Jagdscheine, Erlaubnisscheine und behördlichen Ausweise nachzusehen, haben die im § 73 bezeichneten Personen in dem ihrer Obhut anvertrauten Bezirke und die Mannschaften des Gendarmeriekorps ohne Beschränkung auf einen bestimmten Bezirk.¹

JPG. § 20.

1. Die Pflicht und das Recht zum Nachsehen der Jagdscheine (zu der sog. „Jagdscheinkontrolle“) ist in diesem Paragraphen (im allgemeinen den Bestimmungen des § 20 des Jagdpolizeigesetzes von 1879 entsprechend) besonders geordnet. Soweit die Vollzugsbeamten der Herzoglichen Polizeidirektion in Braunschweig und die Mannschaften des Herzoglichen Gendarmeriekorps in Frage kommen, ergeben sich die hier getroffenen Anordnungen schon aus den bisherigen Gesetzen usw. (Wegen der Gendarmerie wird auf die „Bestimmungen des Herzoglichen Staatsministeriums

für die Mannschaften des Herzoglich Braunschweigischen Gendarmeriecorps vom 15. August 1905" verwiesen.)

Bei allen im vorigen Absatz nicht gedachten Jagdschutzbeamten soll sich die Pflicht zur „Jagdscheinkontrolle“ wie bisher nach § 20 des Jagdpolizeigesetzes von 1879 auf den ihrer Obhut anvertrauten Bezirk beschränken.

Den Jagdausübungsberechtigten eine Verpflichtung zur Jagdscheinkontrolle in ihren Jagdbezirken aufzuerlegen, ist für ungewöhnlich erachtet worden. (Begr.)

§ 76. Sind die im § 73 Bezeichneten noch nicht durch einen Diensteid zum Jagdschutze verpflichtet, so müssen sie auf Ersuchen des zuständigen Forstamtes oder der zuständigen Jagdpolizeibehörde vor dem Amtsgerichte ihres Wohnsitzes oder, wenn sie im Herzogtume keinen Wohnsitz haben, vor dem Amtsgerichte des ihrer Obhut anvertrauten Bezirks folgenden Eid leisten:²

„Ich schwöre bei Gott dem Allmächtigen und Allwissenden, die mir gesetzlich obliegenden Verpflichtungen bei Ausübung des Jagdschutzes gewissenhaft zu erfüllen, so wahr mir Gott helfe!“

Eine Ausfertigung der Beeidigungsurkunde hat das Amtsgericht der Jagdpolizeibehörde und dem Forstamte zuzustellen.

Die Bestellung und Beeidigung der im § 73 Ziffer 2 bezeichneten Personen hat die Jagdpolizeibehörde auf Kosten des Dienstherrn öffentlich bekannt zu machen.

RRG. § 19.

1. Den Antrag auf Beeidigung stellt hinsichtlich der im § 73 Ziffer 1 bezeichneten Personen das zuständige Herzogliche Forstamt, dagegen hinsichtlich der dort unter Ziffer 2 gedachten Personen die Jagdpolizeibehörde.

2. Soweit eine Beeidigung der zum Jagdschutze verpflichteten Personen erforderlich wird, erschien es zweckmäßig, sie nicht (wie nach § 19 des Jagdpolizeigesetzes von 1879) durch die Herzoglichen Kreisdirectionen, sondern durch das örtlich zuständige Amtsgericht vornehmen zu

lassen, wie dieses auch bezüglich der Beeidigung auf den Forstschutz im § 52 des Forststrafgesetzes vom 1. April 1879 Nr. 18 bestimmt ist. Das Amtsgericht ist für die zu Beeidigenden in vielen Fällen weit leichter zu erreichen, als die, oft weit von ihrem Wohnort entfernte Kreisdirektion, und es ist kein Grund ersichtlich, zur Beeidigung auf den Jagdschutz eine andere Behörde zu bestimmen als die zur Beeidigung auf den Forstschutz zuständige. (Begr.)

§ 77. Die zur Ausübung des Jagdschusses Verpflichteten dürfen, wenn sie sich dienstlich im Jagdbezirke aufhalten, zu ihrem Schutze mit einer Schusswaffe versehen sein.¹

JPG. § 8.

1. Eine gleiche Befugnis, wie sie hier vorgesehen ist, bestand bereits nach § 8 des Jagdpolizeigesetzes von 1879. (Begr.) Vergl. auch Anm. 4 zu § 27, S. 47.

§ 78. Der Jagdausübungsberechtigte, der mit dessen schriftlichem Auftrage versehene Jagdgast und die zur Ausübung des Jagdschusses Berechtigten dürfen Hunde, die im Jagdbezirke führerlos frei umherlaufen, und Raketen, die sich von dem nächsten bewohnten Hause wenigstens 400 Meter entfernt aufhalten, erschießen.¹

JPG. § 17.

1. Die Bestimmung entspricht im wesentlichen dem § 17 des Jagdpolizeigesetzes von 1879. Um die in der Rechtsprechung entstandenen Zweifel abzuschneiden, ist bestimmt worden, daß dem „Jagdgast“ (vergl. § 26 Abs. 1) die hier in Frage kommende Tötungsbefugnis nur zustehen soll, wenn er hierzu schriftlichen Auftrag des Jagdberechtigten hat.

Die Befugnis zum Töten umherlaufender Raketen hat sich als notwendig herausgestellt; sie ist auch in die Jagdgesetze anderer deutschen Staaten aufgenommen. (Begr.)

Wegen der Tötung revierender Hunde auf Grund des § 17 des Jagdpolizeigesetzes von 1879 vergl. Urteil des Oberlandesgerichts Braunschweig vom 21. Mai 1897, abgedruckt in *Recht, Jagdrecht*, 2. Erg.-Heft S. 34 und in der Zeitschrift für Rechtspflege im Herzogtume Braunschweig, Bd. 44 S. 150.

Zehnter Abschnitt.

Strafvorschriften.¹

1. Es ist der Grundsatz des Jagdpolizeigesetzes von 1879 beibehalten, daß alle in dem Gesetze mit Strafe bedrohten Handlungen und Unterlassungen nur **Übertretungen** im Sinne des § 1 Schlußabsatz des StGB. darstellen, mithin (abgesehen von der Nebenstrafe der Einziehung) nur mit Geldstrafe bis zu 150 *M* oder Haft bis zu 6 Wochen bestraft werden sollen. Wie im Jagdpolizeigesetze von 1879 sind die hier aufgeführten Straftaten „Jagdpolizei-Übertretungen“ genannt.

Ferner ist, abgesehen von den §§ 82 u. 83, in denen die bestimmten Geldstrafen der §§ 7 und 11 des Jagdpolizeigesetzes von 1879 beibehalten sind, durchweg ein ziemlich weiter **Strafraum** für das Gericht festgesetzt, damit dieses unter Berücksichtigung aller Umstände des Einzelfalles die der Billigkeit und Gerechtigkeit entsprechende Strafe innerhalb der gesetzlich gezogenen Grenzen festsetzen kann. (Begr.)

§ 79. Alle in diesem Gesetze mit Strafe bedrohten Handlungen oder Unterlassungen sind Jagdpolizei-Übertretungen.¹

StGB. § 1 Abs. 1.

1. Die Strafverfolgung verjährt in 3 Monaten. Die Verjährung beginnt mit dem Tage, an dem die Handlung begangen ist. Jede Handlung des Richters, die wegen der begangenen Tat gegen den Täter gerichtet ist, unterbricht die Verjährung.

Die Vollstreckung rechtskräftig erkannter Strafen verjährt bei Haft und bei Geldstrafe bis zu 150 *M* in zwei Jahren. StGB. §§ 67 ff.

§ 80. Die einleitenden Bestimmungen und die Bestimmungen des ersten Teiles des Reichsstrafgesetzbuches¹ gelten auch für Jagdpolizei-Übertretungen.²

StGB. § 2.

1. Strafgesetzbuch §§ 1 bis 79.

2. Unter § 80 enthielt der Regierungsentwurf zwei Paragraphen (die §§ 81 und 82 dieses Entwurfs), die mit

§ 3 Abs. 2 und § 4 des Jagdpolizeigesetzes vom 1. April 1879 und mit § 9 Abs. 2 und § 10 des Forststrafgesetzes von demselben Tage inhaltlich übereinstimmten. Der § 81 schloß die im § 57 des StGB. für Personen zwischen dem 12. und 18. Lebensjahre vorgesehene Strafermäßigung bei Zuwiderhandlungen gegen die Jagdordnung aus und § 82 machte die Gewalthaber und Dienstherrn für die Geldstrafen und Kosten, zu denen die unter ihrer Gewalt oder Aufsicht oder in ihrem Dienst stehenden und zu ihrer Hausgenossenschaft gehörenden Personen verurteilt werden, in gleichem Maße haftbar, wie dies der § 80 der preussischen Jagdordnung tut.

Diese Paragraphen lehnte die Landesversammlung auf Antrag ihrer Kommission ab.

§ 81. Mit Geldstrafe von 15 bis 100 M wird bestraft, wer, ohne einen gültigen Jagdschein oder einen behördlichen Ausweis (§ 4 vorletzter Satz, §§ 55, 56, 58 Abs. 3, §§ 59, 61 Abs. 3) zu besitzen, die Jagd ausübt oder sich, zur Jagd ausgerüstet, in einem Jagdbezirk außerhalb des öffentlichen, zum gemeinen Gebrauche bestimmten Weges aufhält, oder wer einen durch Verfügung der Jagdpolizeibehörde für ungültig erklärten Jagdschein der Bestimmung in § 35 Abs. 4 zuwider benutzt. Ist der Täter in den letzten fünf Jahren¹ wegen einer dieser Übertretungen bestraft, so kann neben der Geldstrafe auf Einziehung der Jagdgeräte und der Hunde, die er bei sich geführt hat, erkannt werden, auch wenn ihm diese Gegenstände nicht gehören.²

StGB. § 5 Abs. 1 u. § 6 — PrGD. § 73 — B. 420, DD. 254, Ebn. 324, EngD. 241, G. 99, RR. 184.

1. Vergl. § 87 Abs. 2 (S. 98).

2. Dieser Paragraph entspricht dem § 73 der Preuss. Jagdordnung vom 15. Juli 1907, nur ist dem bisherigen hiesigen Rechte gemäß (vergl. § 5 des Jagdpolizeigesetzes von 1879) die Bestimmung beibehalten, daß die Strafbarkeit nicht nur bei der eigentlichen Jagdausübung d. h. beim Nachstellen nach jagdbaren Tieren, sondern schon dann eintritt, wenn der „zur Jagd Ausgerüstete“ außerhalb des

öffentlichen, zum gemeinen Gebrauche bestimmten Wege sich aufhält.

In der bezeichneten Richtung das bisherige Recht aufrechtzuerhalten, erschien als eine zwingende Nothwendigkeit in Rücksicht auf eine wirksame Jagdscheinkontrolle. (Wegr.)

§ 82. Mit Geldstrafe von 3 M wird bestraft, wer zwar einen Jagdschein oder einen behördlichen Ausweis¹ erhalten hat, ihn aber, wenn er die Jagd ausübt oder sich, zur Jagd ausgerüstet, in einem Jagdbezirk außerhalb des öffentlichen, zum gemeinen Gebrauche bestimmten Weges aufhält, nicht bei sich führt oder den zuständigen Personen² auf ihr Anfordern nicht vorzeigt.

JPB. § 7 — PJD. § 72, 1 — B. 408, DD. 249,

Ebn. 318, EngD. 238, G. 98, RR. 180.

1. Vergl. § 81.

2. Vergl. § 75 (S. 88).

§ 83. Mit Geldstrafe von 5 M wird bestraft der Jagdgast, der ohne Begleitung eines Jagdausübungsberechtigten oder eines Jagdaufsehers und¹ ohne einen Erlaubnißschein (§ 26) bei sich zu führen, in einem fremden Jagdbezirk die Jagd ausübt oder sich, zur Jagd ausgerüstet, außerhalb des öffentlichen, zum gemeinen Gebrauche bestimmten Weges aufhält oder der auf Anfordern der zuständigen Personen den Erlaubnißschein nicht vorzeigt.

Dieselbe Strafe trifft den, der einen für ihn ausgestellten Jagdschein, behördlichen Ausweis oder Erlaubnißschein einem anderen überläßt, wenn er nicht nach anderen Gesetzen eine schwerere Strafe verwirkt hat.²

JPB. § 11 — PJD. § 75 — B. 423, DD. 255,

Ebn. 332, EngD. 244, G. 100, RR. 194.

1. Das hier im Regierungsentwurfe stehende Wort „oder“ ist auf Antrag der Kommission durch die Landesversammlung in „und“ abgeändert worden, wozu kein hinreichender Grund vorlag. Vergl. dazu § 26 Abs. 1 dieses Gesetzes (f. S. 43) und § 75 der preuß. Jagdordnung.

2. Durch Abs. 2 ist die frühere Strafvorschrift des § 11 des Jagdpolizeigesetzes von 1879 angemessen verbollständigt. (Begr.)

§ 84. Mit Geldstrafe bis zu 150 M oder mit Haft bis zu 6 Wochen wird bestraft¹

1. wer, ohne sich des Jagdvergehens im Sinne des Reichsstrafgesetzbuchs schuldig zu machen, die Jagd gegen dieses Gesetz ausübt,² insbesondere
 - a) wer, abgesehen von den in § 41 bezeichneten Ausnahmefällen, die Jagd an Sonn- und Festtagen ausübt;
 - b) der Jagdausübungsberechtigte oder Jagdgast, der den Vorschriften dieses Gesetzes zuwider die Jagd während der Schonzeit ausübt;
 - c) der Jagdausübungsberechtigte oder Jagdgast, der Schlingen stellt, in denen sich Jagdtiere fangen können, oder die Jagd auf sonstige unerlaubte Weise ausübt;
2. der Jagdausübungsberechtigte, der mehr Erlaubnisscheine abgibt, als zulässig ist, oder Erlaubnisscheine gegen Entgelt ausgibt (§ 26);
3. wer unbefugt einen Hund in einem fremden Jagdbezirkte führerlos frei umherlaufen läßt;³
4. wer den Vorschriften über Wildhandel und Wildversendung (Siebenter Abschnitt) zuwiderhandelt;
5. wer sich ohne Erlaubnis des Jagdausübungsberechtigten in einem Jagdbezirkte abgeworfene Hirsch- und Rehbockstangen aneignet oder nach solchen sucht;⁴
6. wer den Bestimmungen des § 61 über die Ausrottung der wilden Kaninchen oder den hierüber erlassenen Anordnungen der Jagdpolizeibehörde zuwiderhandelt;⁵

7. wer vorsätzlich in einem Jagdbezirke Nester jagdbarer Vögel oder die darin befindlichen Eier beschädigt oder zerstört oder die im Neste liegenden Jungen tötet oder beschädigt;⁶
8. wer den Vorschriften des § 4 Abs. 4, § 55 Abs. 2, § 56 Abs. 2 letzter Satz und § 59 Abs. 1 letzter Satz zuwiderhandelt.⁷

Im Falle der Ziffer 1b kann neben der Geldstrafe auf Einziehung des getöteten oder gefangenen Wildes oder der Eier sowie der Schußwaffe, der Jagdgeräte und der Hunde, die der Täter bei sich geführt hat, erkannt werden.

Im Falle der Ziffer 1c muß auf Einziehung der Schlingen und sonstigen verbotenen Fangwerkzeuge, im Falle der Ziffer 3 kann auf Einziehung der umherlaufenden Hunde erkannt werden.

Im Falle der Ziffer 4 kann auf Einziehung des Wildes erkannt werden; es muß geschehen, wenn eine Zuwiderhandlung gegen § 68 Abs. 1 oder § 69 vorliegt.

Es macht keinen Unterschied, ob die einzuziehenden Gegenstände dem Täter gehören oder nicht. Ist die Verfolgung oder Verurteilung einer bestimmten Person nicht ausführbar, so kann auf die Einziehung selbständig erkannt werden.⁸

StGB. §§ 10 bis 13 — StGB. §§ 76 bis 78 — B. 434, D. 260, Ebn. 338, EngD. 245, G. 101, RR. 195.

1. Unter einem einheitlichen Strafrahmen (Geldstrafe bis zu 150 M oder Haft bis zu 6 Wochen) ist in diesem Paragraphen eine Reihe verschiedener Zuwiderhandlungen gegen das landesjagdrechtliche Strafrecht zusammengefaßt, um möglichste Kürze und Übersichtlichkeit zu erzielen. (Begr.)

2. In Ziffer 1 ist zum Ausdruck gebracht, daß jede gegen dieses Gesetz verstößende Jagdausübung eine Jagdpolizei-Übertretung ist, sofern nicht der Täter in das materielle Jagdrecht eines anderen eingegriffen und sich dadurch eines Jagdvergehens im Sinne des StGB. schuldig

gemacht hat. Der größeren Deutlichkeit wegen sind in Ziffer 1 unter den Buchstaben a bis c beispielsweise diejenigen Jagdpolizei-Übertretungen namhaft gemacht, die am häufigsten begangen werden.

Die Bestimmung in Ziffer 1 b, daß der Jagdausübungsberichtigte oder Jagdgast, der den Vorschriften dieses Gesetzes zuwider die Jagd während der Schonzeit ausübt, sich strafbar macht, enthält eine Erweiterung des Tatbestandes des § 12 Ziffer 1 des Jagdpolizeigesetzes von 1879. Denn hiernach verfiel nur derjenige Jagdberechtigte in Strafe, welcher während der vorgeschriebenen Schonzeit Wild tötete oder einfing. Es konnte nur ein vollendetes Töten oder Einfangen des zu schonenden Wildes bestraft werden, während z. B. ein Anschießen solchen Wildes während der Schonzeit einen strafflosen Versuch der Übertretung bildete. Diesem bisherigen Mangel der Gesetzgebung ist durch die gewählte Fassung „die Jagd ausübt“ abgeholfen. (Begr.)

3. Ziffer 3 entspricht im wesentlichen dem § 17 des Jagdpolizeigesetzes von 1879.

4. Ziffer 5 handelt von der unbefugten Aneignung von Hirsch- und Rehbockstangen. Nach der übereinstimmenden Rechtsprechung des Reichsgerichts und des Herzoglichen Oberlandesgerichts Braunschweig war diese Tat bisher im Herzogtume Braunschweig als Jagdvergehen im Sinne des StGB. zu bestrafen, da die Hirsch- und Rehbockstangen bisher als der ausschließlichen Bemächtigungsbefugnis des Jagdberechtigten unterliegend (als Gegenstände des Jagdrechts) angesehen wurden. Dieses hatte ein der Geringfügigkeit der Straftat nicht entsprechendes höchst weitläufiges strafprozessualisches Verfahren zur Folge.

Die Jagdordnung behandelt deshalb die unbefugte Aneignung von Hirsch- und Rehbockstangen und das unbefugte Suchen nach solchen Stangen (wie solches hier zu Lande vor Erlass des Jagdpolizeigesetzes von 1879 der Fall war und auch jetzt noch in den meisten preussischen Provinzen der Fall ist) als „Jagdpolizei-Übertretung“. Hierdurch wird es ermöglicht, in den meisten Fällen die Sache durch amtlicherlichen Strafbefehl oder durch Strafverfügung schnell und billig zu erledigen. (Begr.)

5. Ziffer 6 beseitigt den bisherigen Mangel einer Strafbestimmung wegen Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften über die Ausrottung der wilden Kaninchen.

6. Da nach dem Urteile des Reichsgerichts vom 4. Juni 1907 (RG. StS. 40 S. 239) auch der Jagdberechtigte und der Jagdgast der Strafandrohung des § 368 Ziffer 11 StGB. unterliegen, wenn sie zuwider den landesjagdrechtlichen Bestimmungen Eier oder Junge von jagdbarem Federwild ausnehmen, so war die Strafandrohung des § 15 des Jagdpolizeigesetzes von 1879 hier fortzulassen. Dagegen war das vorsätzliche Beschädigen der in solchen Nestern liegenden Jungen hier (sowohl gegenüber den Jagdberechtigten als den Nichtjagdberechtigten) unter Strafandrohung zu stellen, weil der § 368, 11 StGB. nur von „Ausnehmen“ der betr. Eier und Jungen spricht, mit- hin (wie sich auch aus der Fassung des Reichs-Vogelschutzgesetzes ergibt) das „Beschädigen oder Zerstören“ der betr. Gegenstände durch den § 368, 11 StGB. nicht getroffen wird. (Begr.)

7. Ziffer 8 bedroht den mit Strafe, welcher der in den angegebenen Paragraphen vorgeschriebenen Ablieferungs- oder Anzeigepflicht nicht genügt. An Stelle von § 4 Abs. 5 ist hier versehentlich § 4 Abs. 4 angegeben.

8. In seinen letzten vier Absätzen enthält der § 84 auf Zweckmäßigkeitsgründen beruhende Bestimmungen über die Nebenstrafe der Einziehung bei einzelnen Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften dieses Paragraphen.

§ 85. Mit Geldstrafe bis zu 30 M oder mit Haft bis zu einer Woche wird bestraft, wer der in § 9 Abs. 3 vorgesehenen Anzeigepflicht nicht nachkommt.

Elfter Abschnitt.

Schluß- und Übergangsbestimmungen.

§ 86. Bei Einführung oder Einwanderung neuer Wildarten kann durch landesherrliche Verordnung über deren Jagdbarkeit und Schonzeiten Bestimmung getroffen und angeordnet werden, daß im übrigen dieses Gesetz auf sie Anwendung findet.¹

RS. § 50 — B. 324, DD. 229, Ebn. 263, EngD. 205,
G. 83, RA. 153.

1. Es ist hier beispielsweise an die mehrfach im vorigen Jahrhundert erfolgte Einwanderung des Steppenhubns (*Syrhaptes paradoxus*) gedacht. Bei derartigen Ein-

wanderungen, ebenso wie bei der Einführung neuer Wildarten, bedarf es zur Gewährung wirksamen Schutzes schneller Maßnahmen, die sich bei Inanspruchnahme der Landesversammlung oder des Landtagsausschusses nicht immer rechtzeitig durchführen lassen würden.

In Preußen sind neuerdings das schottische Moorhuhn (Grouse) und der amerikanische Bronzeputzer, in Anhalt das aus Sardinien und Korsika stammende Mufloschaf (*Ovis musimon*) eingeführt und zu jagdbaren Tieren erklärt worden.

§ 87. Bei der Berechnung der in diesem Gesetze vorgeschriebenen Fristen wird der Tag nicht mitgerechnet, auf den der Zeitpunkt oder das Ereignis fällt, nach welchem sich der Anfang der Frist richten soll.

Die im § 33 Ziffer 3, im § 34 Ziffer 2 und im zehnten Abschnitte bestimmten Fristen beginnen mit dem Ablaufe des Tages, an dem die Strafe bezahlt, verbüßt, verjährt oder erlassen ist.

Fällt das Ende einer nach Tagen oder Wochen bestimmten Frist auf einen Sonntag oder allgemeinen Feiertag, so. endigt sie mit dem Ablaufe des nächstfolgenden Werktages.¹

Preuß. § 74 — B. 423, DD. 255, Ebn. 321, EngD. 243,
G. 100, RR. 193.

1. Die hier gegebenen Vorschriften über Fristen schließen sich an die bezüglichen Bestimmungen des BGB. §§ 187 ff. an.

§ 88. Alle vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes abgeschlossenen Jagdpachtverträge endigen spätestens am 30. April 1916. Fällt hiernach das Ende eines Vertrages in den Lauf eines Pachtjahres, so ist die Pacht für das letzte Jahr entsprechend zu ermäßigen und, wenn sich die Beteiligten nicht einigen können, von der Jagdpolizeibehörde nach Anhörung beider Teile festzusetzen.

Pachtverträge, die nach dem Inkrafttreten dieses Gesetzes, aber vor dem 30. April 1916 abgeschlossen werden, dürfen mit einem anderen Tage als dem

1. Mai beginnen,¹ müssen aber gleichwohl mit dem 30. April endigen.

Die zur Zeit des Inkrafttretens dieses Gesetzes bestehenden Verträge über die Verwaltung eines gemeinschaftlichen Jagdbezirktes endigen spätestens sechs Monate nach dem Inkrafttreten dieses Gesetzes.²

RSO. § 84 — B. 463, DD. 272, Ebn. 366, EngD. 254,
G. 107, RR. 217.

1. Vergl. § 21 Ziffer 1 (S. 34).

2. d. i. spätestens am 31. Oktober 1911. Vergl. Anm. 1 zu § 90.

§ 89. Die vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes ausgestellten Jagdscheine bleiben gültig für die Zeit, auf die sie ausgestellt sind.¹

RSO. § 85 — B. 467, DD. 272, Ebn. 367, EngD. 258,
G. 108, RR. 222.

1. Vergl. §§ 28 ff. (S. 48).

§ 90. Der Tag des Inkrafttretens dieses Gesetzes wird durch landesherrliche Verordnung bestimmt.¹

Zu diesem Zeitpunkte treten alle entgegenstehenden Gesetze und Verordnungen außer Kraft, insbesondere:

1. das Gesetz über die Aufhebung des Jagdrechts auf fremden Grundstücken und die Ausübung der Jagd durch die Grundbesitzer vom 8. September 1848 Nr. 39,
2. das Gesetz über die Ausübung des Jagdrechts vom 16. April 1852 Nr. 23,
3. das Gesetz über die Kontrolle des Wildtransportes und des Wildhandels vom 7. August 1854 Nr. 43,
4. das Gesetz, die Jagdpolizeiübertretungen betreffend, vom 1. April 1879 Nr. 19,
5. der § 54 des Gesetzes, betreffend die Verwaltungspflege vom 5. März 1895 Nr. 26, soweit er sich auf jagdrechtliche Angelegenheiten bezieht,
6. das Gesetz vom 16. August 1895 Nr. 51, betreffend die Abänderung des Gesetzes über die

Jagdpolizeiübertretungen vom 1. April 1879 Nr. 19,

7. das Gesetz vom 30. März 1896 Nr. 16, betreffend Ergänzung des Gesetzes über die Ausübung des Jagdrechts vom 16. April 1852 Nr. 23,
8. die Ziffer XIII des § 1 des Gesetzes, die Bestrafung der Polizeiübertretungen betreffend, vom 23. März 1899 Nr. 27,
9. die §§ 32 bis 37 des Ausführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuche vom 12. Juni 1899 Nr. 36.

Alle, die es angeht, haben sich hiernach zu achten.
Urkundlich Unserer Unterschrift und beigedruckten
Herzoglichen Geheime-Ranzlei-Siegels.

Braunschweig, den 3. März 1911.

(L. S.)

Johann Albrecht

H. z. M.

von Otto. Hartwieg. C. Wolff.

1. Dies ist durch nachstehende, in Nr. 35 der Gesetz- und Verordnungs-Sammlung veröffentlichte Verordnung geschehen:

Von Gottes Gnaden, Wir, Johann Albrecht, Herzog zu Mecklenburg usw., Regent des Herzogtums Braunschweig, verordnen auf Grund des § 90 Abs. 1 der Jagdordnung vom 3. März 1911 Nr. 21, was folgt:
Einziger Paragraph.

Die Jagdordnung tritt am 1. Mai 1911 in Kraft.
Alle, die es angeht, haben sich hiernach zu achten.
Urkundlich Unserer Unterschrift und beigedruckten
Herzoglichen Geheime-Ranzlei-Siegels.

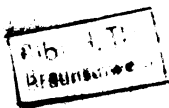
Braunschweig, den 10. April 1911.

(L. S.)

Johann Albrecht

H. z. M.

Hartwieg.



Muster.Anlage 1.Herzogtum Braunschweig.**Ursprungsschein,
gemäß § 65 der Jagdordnung.**

Gültig eine Woche von dem Tage an, an dem das
Wild erlegt, gefangen oder gefunden ist.

Wildart: *Rehwild.*Geschlecht: *männlich.*

(Nur bei Rot-, Dam- und Rehwild.)

Gewicht: *17 kg.*Erlegt, gefangen oder gefunden am: *siebenzehnten De-*
*zember.*Jagdbezirk: *N. N. er Gemeindejagd.*Jagdausübungsberechtigter: *Müller.**N. N., den achtzehnten Dezember 190acht.**Müller. (Unterschrift.)*

Beglaubigt durch

(Dienstsiegel.)

Gültig bis zum *vierundzwanzigsten Dezember 190acht.*Verlängert bis zum *einunddreissigsten Dezember 190acht*
durch

(Dienstsiegel.)

Herzogtum Braunschweig.

Bescheinigung
gemäß § 66 der Jagdordnung.

Wildart: *Rehwild.*

Geschlecht: *männlich.*

(Nur bei Rot-, Dam- und Rehwild.)

Gewicht: *17 kg.*

1. In Beschlag genommen } im Strafverfahren gegen
Eingezogen }

oder

2. Erlegt mit Genehmigung } (Bezeichnung der zuständigen
auf Anordnung } Behörde und Tag der Ver-
fügung.)

nach § der Jagdordnung am *siebenzehnten Dezember*
190acht.

N. N., den achtzehnten Dezember 190acht.

(Dienstfiegel.) Name der ausstellenden Behörde.

Gültig bis zum *fünfundzwanzigsten Dezember 190acht.*

Verlängert bis zum *ersten Januar 190neun*
durch

(Dienstfiegel.)

IIa.

Bekanntmachung des Herzoglichen Staatsministeriums zur Ausführung der Jagdordnung.

Vom 20. April 1911 Nr. 39.

(G. u. B. S. S. 201.)

Zur Ausführung der Jagdordnung vom 3. März 1911 Nr. 21 erlassen wir hiermit folgende Bestimmungen:

I. Jagderlaubnisscheine.

Zu § 26. 1. Die Jagderlaubnisscheine sind nach Muster 1 auszustellen.

2. Die Ortspolizeibehörden haben die ihnen zur Beglaubigung vorgelegten Jagderlaubnisscheine auf Grund der Absätze 2, 3 und 5 zu prüfen und nur die diesen Vorschriften entsprechenden Scheine bis zu der zulässigen Höchstzahl zu beglaubigen.

3. Die Ortspolizeibehörden haben die beglaubigten Erlaubnisscheine in ein Verzeichnis einzutragen, das nach Muster 2 zu führen ist.

Für jeden Jagdbezirk oder Jagdteilbezirk (vergl. § 9 Abs. 1 der Jagdordnung) ist ein besonderes Verzeichnis zu führen.

Den Jagdpolizeibehörden liegt die Prüfung der Verzeichnisse ob. Diese können von den zur Ausübung des Jagdschusses in dem betreffenden Jagdbezirke berechtigten und verpflichteten Personen mit Ausnahme der im § 73 unter Ziffer 2 bezeichneten eingesehen werden.

II. Jagdscheine.

Zu §§ 28, 30 bis 32. 1. Die Jagdscheine sind nach den hierunter angegebenen Mustern auszustellen und zwar:

Muster 1
(Seite 113)

Muster 2
(Seite 114)

- Muster 3
(Seiten 115
bis 117).
Muster 4.
Muster 5.
Muster 6.
Muster 7.
- a) der Jahresjagdschein für Inländer nach Muster 3 in gelber Farbe,
 - b) der Tagesjagdschein für Inländer nach Muster 4 in roter Farbe,
 - c) der Jahresjagdschein für Ausländer nach Muster 5 in blauer Farbe,
 - d) der Tagesjagdschein für Ausländer nach Muster 6 in weißer Farbe,
 - e) der nach § 32 der Jagdordnung unentgeltlich zu erteilende Jahresjagdschein nach Muster 7 in grüner Farbe.

Auf den nach § 32 Ziffern 2 und 3 auszustellenden Jagdscheinen ist der Jagdbezirk, für den sie gelten, handschriftlich einzutragen, während bei den nach § 32 Ziffer 1 auszufertigenden Jagdscheinen diese Angabe entbehrlich ist.

Auf der Rückseite des Jagdscheines sind die Schonzeiten in tabellarischer Form anzugeben. Auf einem Anhange zum Jagdscheinvordruck sind ferner die Hauptregeln für das Verhalten der Schützen auf Treibjagden abzu drucken.

Die Stempelmarke für die nach den Mustern 3 bis 6 auszustellenden Jagdscheine ist auf der ersten Seite des Anhanges an der dafür freigelassenen Stelle aufzukleben.

2. Der Tag der Lösung des Jagdscheines braucht nicht mit dem Tage der Ausfertigung zusammenzufallen. Es steht also nichts im Wege, daß ein Jagdschein schon einige Tage, ehe seine Gültigkeitsdauer beginnen soll, ausgestellt und dem Nachsuchenden zugestellt wird.

3. Die nach § 32 Ziffer 1 auszustellenden Jagdscheine werden in der Regel für das Jahr vom 1. Mai bis zum 30. April ausgestellt.

Für die bei der Herzoglichen Kammer, Direktion der Forsten, der Herzoglichen forstlichen Versuchsanstalt und der Herzoglichen Forsteinrichtungsanstalt angestellten

und beschäftigten Personen werden die Jagdscheine von der Herzoglichen Kammer, Direktion der Forsten, für die übrigen im Herzoglichen Forst- und Jagddienst angestellten und beschäftigten Personen von den Herzoglichen Forstämtern bei den Jagdpolizeibehörden angefordert.

4. Die Jagdpolizeibehörden haben über die im Laufe eines Rechnungsjahres ausgestellten Jagdscheine ein Verzeichnis nach Muster 8 zu führen.

Muster 8
(Seite 118)

In dieses Verzeichnis sind sämtliche Jagdscheine nach der Reihenfolge der Ausstellung für das Rechnungsjahr vom 1. April bis 31. März einzutragen.

Nach Schluß eines jeden Rechnungsjahres sind die Spalten 6 bis 13 aufzurechnen.

III. Wildschadenersatz.

Zu §§ 49 bis 54. 1. Die Anmeldung eines Anspruchs auf Wildschadenersatz (§ 49) muß enthalten:

- a) eine genaue Bezeichnung des beschädigten Grundstücks und seiner Flächengröße sowie eine ungefähre Angabe über die Größe der beschädigten Fläche, sodann die beschädigte Frucht- oder Pflanzenart und die Höhe des angeblich entstandenen Schadens,
- b) die Angabe des Tages, an dem der Anmeldende von der Beschädigung Kenntnis erhalten hat,
- c) die Bezeichnung des Ersatzpflichtigen,
- d) Namen, Vornamen, Wohnort und Wohnung des Anmeldenden und Datum.

2. Wegen der Anberaumung eines Termins an Ort und Stelle und der Ladung der Beteiligten (§ 50 Abs. 2) vergl. Muster 9.

Wenn der Jagdpächter vertragsmäßig zur Wiedererstattung des Wildschadens verpflichtet ist, so ist er zu dem Termine mit zu laden.

Muster 9
(Seite 119).

3. Wer als Sachverständiger (§ 50 Abs. 2) zugezogen werden soll, wird von den im § 49 genannten Behörden nach freiem Ermessen bestimmt.

Die Gemeinden können einen oder mehrere Wildschadenschäzzer auf die Dauer von sechs Jahren bestellen. Die Bestellung bedarf der Genehmigung der Jagdpolizeibehörde. Die Genehmigung ist jederzeit widerruflich.

Die zu Wildschadenschäzzer bestellten Personen sind von der Jagdpolizeibehörde auf eine gewissenhafte und unparteiische Führung ihres Amtes durch Handschlag zu verpflichten.

4. Eine Einigung kann im Falle des § 50 Abs. 3 nur nach folgenden beiden Richtungen erzielt werden:

a) der Nutzungsberechtigte zieht im Einverständnisse mit dem Ersatzpflichtigen seinen Anspruch zurück, weil die Ermittlung ergeben hat, daß ein zu ersetzender Wildschaden überhaupt nicht vorliegt oder den Geschädigten an dem erlittenen Schaden ein mitwirkendes Verschulden trifft (§ 254 BGB.). Ein auf diese Weise zurückgenommener Antrag auf Wildschadenersatz kann nicht von neuem gestellt werden. Die Kosten des Termins fallen dem Anmeldenden zur Last.

b) Die Beteiligten einigen sich, nachdem ein Wildschaden ermittelt ist und dessen annähernde Schätzung stattgefunden hat, über den zu vergütenden Betrag. Die Kosten des Termins werden in diesem Falle von einem Teile ganz übernommen oder von den Beteiligten anteilmäßig getragen.

Kommt eine Einigung nicht zustande, so ist in das Protokoll ein entsprechender Vermerk aufzunehmen; auch ist darin wegen des dann

zu erlassenden Vorbescheides die Höhe des ermittelten Schadens anzugeben.

5. Wegen des Vorbescheides (§ 52 Abs. 1) vergl. die Muster 10 bis 12.

6. Den Sachverständigen steht, abgesehen von dem Ersatze der baren Auslagen, für jede angefangene Stunde eine Gebühr von 75 Pf. zu. Das gleiche gilt für bestellte Wildschadenschäfer.

Muster 10
bis 12
(Seiten 120
bis 122).

IV. Ursprungsscheine.

Zu §§ 65 und 66. Die Vordrucke zu Ursprungsscheinen (§ 65) und zu den nach § 66 Ziffer 2 an deren Stelle tretenden Bescheinigungen sind von der Waisenhaus-Druckerei in Braunschweig zu beziehen.

V. Vertrieb von Wild aus Kühlhäusern.

Zu §§ 66 Ziffer 3 und 68 Abs. 2. 1. In der Zeit vom Beginn des 15. Tages der für sie geltenden Schonzeit bis zu deren Ablaufe dürfen Rot-, Dam- und Rehwild, Hasen und Flugwild aus zugelassenen Kühlhäusern nach Maßgabe der nachstehenden Bestimmungen vertrieben werden. Die Zulassung eines Kühlhauses erfolgt auf den Antrag des Kühlhausinhabers durch die Jagdpolizeibehörde; sie wird abhängig gemacht:

- a) von der Stellung eines geeigneten überdachten Raumes für das Kennzeichnungsgeschäft, dessen Temperatur nicht unter -2°C sinken darf,
- b) von der Vereiterklärung zur Übernahme aller durch die Kennzeichnung des Wildes entstehenden Kosten oder von der Bestellung einer Sicherheit in entsprechender Höhe bei der Ortspolizeibehörde,
- c) von der Übernahme der Verpflichtung, daß das Kühlhaus in allen seinen Teilen jederzeit den

kontrollierenden Jagdschutz- und Polizeibeamten zugänglich gemacht wird.

2. Das zum Vertriebe aus Kühltäusern während der unter 1 Satz 1 angegebenen Zeit bestimmte Wild oder einzelne Teile von Rot-, Dam- und Rehwild und Hasen dürfen nur dann versandt, zum Verkaufe herumgetragen oder ausgestellt oder feilgeboten, verkauft oder angekauft werden, wenn sie in der unter 6 bis 10 vorgeschriebenen Weise gekennzeichnet sind.

3. Die Kennzeichnung des in den zugelassenen Kühltäusern befindlichen für den Vertrieb während der Schonzeit bestimmten Wildes geschieht auf rechtzeitigen Antrag des Kühltäuserinhabers durch die Ortspolizeibehörde.

4. Die Kennzeichnung des unzerlegten Wildes muß am 15. Tage nach Beginn der Schonzeit für die betreffende Wildart beendet sein.

Wild, das nach den Vorschriften des § 66 Ziffer 2 verkauft werden darf, kann auf Antrag auch zu jeder anderen Zeit innerhalb der Gültigkeitsdauer der Bescheinigung der Ortspolizeibehörde, des Gemarkungspolizeibeamten, des Herzoglichen Forstamtes oder des zuständigen Strafverfolgungsbeamten gekennzeichnet werden.

Nach der Kennzeichnung zieht die Ortspolizeibehörde die Ursprungsscheine und Bescheinigungen ein.

5. Soll unzerlegtes Rot-, Dam- und Rehwild nach der Entnahme aus dem Kühltäuser zerteilt und in zerlegtem Zustande weiter vertrieben werden, so kann es bei oder nach Anbringung der Ohrmarke (vergl. unter 7) sofort auch noch in seinen Teilen mit Plomben (vergl. unter 8 und 9) versehen werden.

Diese Vorschrift findet auf Hasen sinngemäße Anwendung.

6. Die Kennzeichnung zerlegten Rot-, Dam- und Rehwildes geschieht bis zum 15. Tage nach dem Beginne der Schonzeit für die betreffende Wildart ohne weiteres, sonst nur, wenn vor dem Verlassen des Kühlhauses außer der Decke mit der vorgeschriebenen Ohrmarke (vergl. unter 7) gleichzeitig Rücken, Keulen und Blätter vorgelegt werden.

7. Für die Kennzeichnung unzerlegten Rot-, Dam- und Rehwildes werden Ohrmarken mit Nummerplatten verwendet und zwar:

- a) bei Rot- und Damwild Ohrmarken mit Nummerplatten von ovaler Form,
- b) bei Rehwild solche mit viereckigen Nummerplatten.

Die Ohrmarken enthalten auf der einen Seite, dem Knopfe, das springende Pferd mit der Krone, umgeben von der Bezeichnung des Ortes, an dem die Ohrmarke angebracht ist, und die Bezeichnung des Kühlhauses, z. B. Braunschweig Kühlhaus A, auf der anderen Seite, einer flachen Platte, eine fortlaufende Nummer.

Die Ohrmarken des in einem Kühlhause befindlichen

- a) Rot- und Damwildes,
- b) Rehwildes

erhalten fortlaufende Nummern von 1 bis 1000 innerhalb jeder dieser beiden Klassen nach der zeitlichen Anbringung der Marken. Wenn in einem Kühlhause in einer der beiden gedachten Klassen von unzerlegtem Wilde die Nummer 1000 erreicht ist, wird von neuem mit der Nummer 1 begonnen.

Die Ohrmarke ist am rechten Gehör so zu befestigen, daß sie nicht entfernt werden kann, ohne daß der Kopf zerstört wird.

8. Die Kennzeichnung von Hasen und Flugwild sowie von Teilen zerlegten Rot-, Dam- und Rehwildes geschieht

- a) entweder mit einer bandförmigen Plombe aus verzinnem Stahlbande mit Einstechspitze und Verschlussknopf, der das springende Pferd mit der Krone trägt, während das Plombenband auf der dem Verschlussknopf entgegengesetzten Seite die Bezeichnung des Kühlhauses, z. B. Braunschweig A, angibt,
- b) oder mit einer Bleiplombe mit Schnur oder Spiraldraht zur Befestigung mittels einer Plombenzange, durch die auf der einen Seite das springende Pferd mit der Krone, auf der anderen Seite die Bezeichnung des Kühlhauses eingeprägt wird.

Die Plomben sind nicht mit Nummern versehen.

9. Die Plombe ist anzubringen:

- a) bei Flugwild durch die Nasenlöcher,
- b) bei unzerlegten Hasen an der Hesse des rechten Hinterlaufs,
- c) bei zerlegtem oder zur Zerlegung bestimmtem Rot-, Dam- und Rehwild und bei zerlegten Hasen unter Schonung der Decke am Genick oder am Brustbein für den Rücken, an den Sprunggelenken der beiden Hinterläufe für die Keulen und am Kniegelenk oder Oberschenkel oberhalb des Kniegelenkes der beiden Vorderläufe für die Blätter.

Es ist zulässig, mit einer Plombe mehrere Stück Flugwild zu zeichnen.

Mit einer Plombe bezeichnete unzerlegte Hasen können auch im abgehäuteten Zustande vertrieben werden.

10. Die Anbringung der Ohrmarken und Plomben erfolgt durch Beamte der Ortspolizeibehörde oder in deren Gegenwart und unter deren Verantwortung durch Angestellte des Kühlhauses (vergl. unter 11 letzten Absatz).

Die Plombenzange bleibt im Gewahrsam der Ortspolizeibehörde.

11. Das Kennzeichnungsmaterial liefert die Ortspolizeibehörde.

Zur Deckung der Kosten der Kennzeichnung erhebt die Ortspolizeibehörde von den Kühlhausinhabern eine Grundgebühr und eine Stückgebühr.

Die Grundgebühr beträgt 1,50 M. Sie ist zu zahlen als Entschädigung für jedes auf Antrag erfolgende Erscheinen eines Beamten der Ortspolizeibehörde in einem Kühlhause während eines Tages. Im Falle einer bloßen Unterbrechung der Anwesenheit der Polizeibeamten während desselben Tages wird die Grundgebühr nur einmal berechnet, wogegen für mehrfaches Erscheinen eines Beamten an demselben Tage infolge wiederholten Antrages die Gebühr mehrfach zu zahlen ist.

Die Stückgebühr beträgt für die Verwendung und Anbringung je einer Ohrmarke an unzerlegtem Rot-, Dam- und Rehwild 15 Pfennig, und je einer Plombe an Hasen und Flugwild sowie an Teilen zerlegten Rot-, Dam- und Rehwildes 5 Pfennig.

Diese Sätze erhöhen sich auf 20 Pfennig für die Ohrmarke und auf 10 Pfennig für die Plombe, wenn der Kühlhausinhaber dem Beamten der Ortspolizeibehörde keine Arbeitskräfte zur Verfügung stellt, die unter seiner Aufsicht die Ohrmarken und Plomben anbringen.

12. Für jede der beiden Ohrmarkenarten (vergl. unter 7) hat der Kühlhausinhaber ein besonderes Buch nach dem Muster 13 zu führen.

Die Bücher müssen dauerhaft gebunden und mit fortlaufenden Seitenzahlen versehen sein. In den Büchern dürfen weder Rasuren vorgenommen, noch Eintragungen unleserlich gemacht werden.

Muster 13
(Seite 123).

Die Richtigkeit der Eingänge ist nach Anbringung der Ohrmarken durch den Beamten der Ortspolizeibehörde zu prüfen und durch Namensunterschrift zu bescheinigen.

Die Ausgänge werden besonders kontrolliert.

Muster 14
(Seite 124). 13. Bei der Ortspolizeibehörde wird für jedes Kühlhaus eine Liste nach Muster 14 geführt, in welcher der damit betraute Beamte dieser Behörde nach Erledigung des Kennzeichnungsgeschäftes die Nummern der von jeder Sorte verwendeten Ohrmarken und die Zahl der angebrachten Plomben zu buchen, die von dem Kühlhausinhaber zu entrichtende Gebühr (vergl. unter 11) anzugeben und zu vermerken hat, ob dieser eine Arbeitskraft zur Hilfeleistung (vergl. unter 11 letzten Absatz) gestellt hat. Die Richtigkeit der Eintragung hat der Beamte durch Namensunterschrift zu bescheinigen und der Kühlhausinhaber in gleicher Weise anzuerkennen.

Braunschweig, den 20. April 1911.

Herzogl. Braunschw. Lüneb. Staatsministerium.

Hartwig.

Jagd-Erlaubnisschein

Dem wohnhaft zu
 wird hiermit die Erlaubnis erteilt, bis zum 19 die Jagd
 in dem gemeinschaftlichen Jagdbezirke de
Eigen-
 auszuüben.

..... den 19

Name des oder der Jagdausübungsberechtigten.

Beglaubigt und unter Nr. des Verzeichnisses für den vorbezeichneten Jagd-
 bezirk eingetragen.

....., den 19

Die Ortspolizeibehörde.

Siegel.

Verzeichnis

der

für den gemeinschaftlichen
Eigenthum Jagdbezirk de.....**ausgegebenen Erlaubnisscheine.**

(Vergl. § 26 der Jagdordnung vom 3. März 1911 Nr. 21.)

Ord.- Nr.	Der Erlaubnisschein ist ausgestellt		am	Der Erlaub- nisschein gilt bis zum	Bemerkungen
	Vor- und Zuname, Stand	Wohnort			



Herzogtum Braunschweig

Jahres-Jagdschein

für

wohnhaft zu Kreis

gültig vom 19 bis 19

Braunschweig, den 19

Siegel. Herzogliche Kreisdirektion.

Nr.

Gelt

Muster 3.

Ita. Bekanntm. zur Ausföhrung der Jagdordnung. 115

Rückseite der Muster 3 bis 7.

Helles Feld = Jagdzeit Dunkles Feld = Schonzeit	Jan.	Febr.	März	April	Mat	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Oktbr.	Novb.	Dezbr.
Männliches Rot- und Damwild												
Weibliches Rot- und Damwild und Kälber von Rot- und Damwild										15		
Rehböcke					15							
Weibliches Rehwild												
Rehkälber												
Hasen	16											
Dachle												
Auerhähne												
Auerhennen												
Birk-, Hasel-, Fasanenhähne									15			
Birk-, Hasel-, Fasanenhennen									15			
Rebhühner und Wachteln												
Drosseln (Krametsvögel)									20			
Trappen												
Waldschnepfen				16								
Wilde Enten												
Alle anderen jagdbaren Sumpf- u. Wasser- vögel auschl. der wilden Gänse												

Die angegebenen Monatsstage gehören zur Schonzeit.

Auf dem Anhange zum Jagdscheinbordruch (Muster 3 bis 7) sind die nachstehenden Hauptregeln für das Verhalten der Schützen auf Treibjagden abgedruckt:

Hauptregeln für das Verhalten der Schützen auf Treibjagden.

1. Die Gewehre sind außerhalb eines Treibens annähernd senkrecht mit der Mündung nach oben zu tragen.
2. Die Schützen mit festen Ständen dürfen nur auf diesen, die übrigen Schützen nur während des Treibens das Gewehr geladen haben. Ist das Entladen nicht möglich, so ist dieses dem Jagdleiter alsbald mitzuteilen.
3. Der Schütze hat seinen Stand den beiden Nachbarn genau zu bezeichnen und darf denselben ohne vorherige Benachrichtigung nicht ändern.
4. Der Stand darf vor Beendigung des Treibens nicht verlassen werden, sofern der Anstellende nicht anderes bestimmt.
5. Wenn sich Schützen oder Treiber in gefahrbringender Nähe befinden, darf in die Richtung dieser Personen weder geschossen, noch das Gewehr gerichtet werden; insbesondere ist das Durchziehen mit angeschlagenem Gewehre durch die Schützen- oder Treiberlinie unstatthaft.
6. Das Schießen mit der Kugel in das Treiben hinein ist nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Anstellenden gestattet.
7. Bei Kesseltreiben darf auf das Signal „Treiber in den Kessel“ nicht mehr in diesen hineingeschossen werden.
8. Nach beendetem Treiben darf bei versammelten Schützen oder Treibern auf Wild nicht mehr geschossen werden.
9. Niemals darf ein Schuß abgegeben werden, ehe nicht das betreffende Stück Wild genau als solches angesprochen (erkannt) worden ist. Dies ist besonders beim Treiben von Dickungen usw., sowie bei Ausübung der Jagd (des Ansitzes) in der Dämmerung oder gar Dunkelheit zu beachten.
10. Bei der Suchjagd, sowie bei jedem Treiben mit nicht festen Ständen (Kesseltreiben usw.) sind die Gewehre vor dem Passieren kleinerer Geländehindernisse, wie kleinerer Gräben u. dgl., zu sichern, hingegen vor dem Passieren größerer Geländehindernisse — Überschreiten größerer Gräben, Durchtreichen von Hecken oder Stacheldrahtzäunen, Übersteigen von Umzäunungen usw. — zu entladen. Vor dem Aufsteigen auf den Wagen ist nachzusehen, ob das Gewehr entladen ist.
11. Rotwild darf nur mit der Kugel geschossen werden.

Verstöße gegen vorstehende Regeln können unter Umständen als eine unvorsichtige Führung der Schusswaffen im Sinne des § 33 der Jagdordnung vom 3. März 1911 Nr. 21 angesehen werden und die Entziehung des Jagdscheins auf Grund des § 35 dieses Gesetzes rechtfertigen. Die Nichtbefolgung der Vorschrift 11, die auch für den Ansitz und das Pirschen gilt, wird nach § 84 der Jagdordnung bestraft.

Muster 9.

**Anberaumung eines Termins an Ort und Stelle
und Ladung der Beteiligten.¹**

(§ 50 Abs. 2 der Jagdordnung.)

Herrn in

Auf die Wildschadenanmeldung des
in habe ich Termin auf
den morgens Uhr in meinem Hause (an
der Wegegabelung, an der
Brücke oder dergl.) anberaumt. Hierzu lade ich die Beteiligten
mit dem Hinweise, daß auch im Falle ihres Nichterscheinens der
Schaden ermittelt und abgeschätzt wird.

....., den

Die Ortspolizeibehörde
(Der Gemarkungspolizeibeamte)

.....

1. Der Herausgeber hat die Verlagshandlung zur Anfertigung der von den
Ortspolizeibehörden, Jagdpächtern usw. zweckmäßig zu verwendenden Vor-
drucke (Muster 1, 2, 9 bis 14) veranlaßt.

Vorbefcheid.

(§ 52 der Jagdordnung.)

Vorbefcheid in der Wildschadensache des
..... gegen

Auf Grund der am in
vorgenommenen Ermittlung und Schätzung ist die unter-
zeichnete Ortspolizeibehörde — der unterzeichnete Gemarkungs-
polizeibeamte — zu der Überzeugung gekommen, daß dem
..... in durch Rotwild an
seinem Getreidefelde ein Schaden von M (Buchst.
.....) zugefügt worden ist, die ihm zu erstatten sind.

Die entstehenden Kosten zu M hat der Beklagte
zu tragen.

(Da sich der Ersappflichtige bei den Vergleichsverhandlungen
nach § 50 Abs. 1 der Jagdordnung den Schaden in dieser Höhe
(oder mit einem anzugebenden höheren Betrage) zu vergüten
bereit erklärt hatte, so fallen die entstandenen Kosten zu
..... M dem Geschädigten zur Last.)

....., den

Die Ortspolizeibehörde
(Der Gemarkungspolizeibeamte)

.....

Muster 11.

Vorbescheid in der Wildschadenssache des
..... gegen

Auf Grund der am in
abgehaltenen Vorverhandlungen wird der Anspruch des
..... auf Ersatz von Wildschaden kostenpflichtig
abgewiesen, weil sich ergeben hat, daß die Beschädigung seines
Getreidefeldes durch Schafe herbeigeführt wurde (oder weil
dieser eingestandenermaßen nicht rechtzeitig, sondern erst am
sechsten Tage nach Kenntnißnahme der Beschädigung die
Schadensanmeldung bewirkt hat, oder dergl.).

....., den

Die Ortspolizeibehörde
(Der Gemarkungspolizeibeamte)

.....

Vorbescheid in der Wildschadensache des
 gegen

Die am in an der Schaden-
 stelle vorgenommene Besichtigung und Verhandlung hat dahin
 geführt, daß der Geschädigte mit den ihm vergleichsweise
 gebotenen M (Buchst.) für
 ihm durch Rotwild an seinem Getreidefelde zugefügten
 Schaden sich für befriedigt erklärte und auf weitere Ansprüche
 verzichtete.

....., den

Die Ortspolizeibehörde
 (Der Gemarkungspolizeibeamte)

.....

Nachweisung

der

im Kühlhause zu verwendeten Ohrmarken für wild.

Ord.- Nr.	E i n g a n g				A u s g a b e			
	Name und Wohnort des Lieferers des Wildes	Num- mer der Ohr- marke	Tag der Kenn- zeichnung	Prüfungs- vermerk des Polizei- beamten	Tag der Ausgabe oder Plom- bierung	Name des Empfängers	ganz oder zerlegt?	Prüfungs- vermerk des Polizei- beamten

Liste

der

im Kühlhause zu verwendeten Ohrmarken und Plomben.

Tag der Kenn- zeichnung	Es sind verwendet			Ist eine Hilfskraft gestellt?	Gebühren			Unterschrift des Beauftragten und des Kühlhaus- inhabers
	die Nummern der Ohr- marken	für	Plomben		a) Grundgebühr. Stückgebühren:	b) für Ohrmarken, c) für Plomben. d) überhaupt	(a + b + c)	
	Not- und Damwild	Kehwild	Stückzahl	Ja. Nein.	a—d	M	S	

III.

Die Jagdstrafvorschriften des Strafgesetzbuches.

II. Teil. 25. Abschnitt. Strafbare Eigennutz und Verletzung fremder Geheimnisse.

§ 292. Wer an Orten, an denen zu jagen er nicht berechtigt ist, die Jagd ausübt, wird mit Geldstrafe bis zu 300 Mark oder mit Gefängnis bis zu 3 Monaten bestraft.¹

Ist der Täter ein Angehöriger² des Jagdberechtigten, so tritt die Verfolgung nur auf Antrag ein. Die Zurücknahme des Antrages ist zulässig.³

1. Der Tatbestand des unberechtigten Jagens hat zur Voraussetzung, daß der Täter im Bewußtsein der Rechtswidrigkeit in ein fremdes Jagdrecht eingreift.

Unter den Begriff der Jagdausübung fallen nicht nur die eigentlichen Aneignungshandlungen, sondern alle Handlungen, die darauf abzielen, jagdbare herrenlose Tiere (Jagdbordnung §§ 1 und 2) aufzufuchen, zu verfolgen, ihnen nachzustellen, um sie zu erlegen, einzufangen oder sie sonstwie in Besitz zu nehmen. Zur Vollendung des Vergehens bedarf es nicht der Besitzergreifung des Wildes, auch nicht des Gebrauchs einer Waffe oder eines sonstigen Jagdgerätes oder einer Jagdvorrichtung, ebenso wenig braucht der Besitzergreifung eine Nachstellung vorhergegangen zu sein. Demgemäß genügt das Stehen auf dem Anstande oder das Pirschen in Jagdausrüstung, auch wenn das Gewehr noch nicht geladen ist, ferner das Aufstellen von Schlingen, selbst wenn erst mit der Aufstellung begonnen und diese noch nicht völlig beendet ist, ja selbst schon das Aufsuchen geeigneter Stellen ohne Aufstellung mitgeführter Schlingen.

Daß der Jagende die Absicht hat, sich das erlegte Wild anzueignen, ist nicht erforderlich. Deshalb macht sich des unberechtigten Jagens schuldig, wer unbefugt (vergl. jedoch § 4 Abs. 6, §§ 7, 55, 56, 58, 59 und 61 der Jagdordnung) auf seinen Grundstücken, um sich vor Wildschaden zu schützen, Wild erlegt, ohne es sich anzueignen oder solches durch Auslegen vergifteter Köder tötet.

Unberechtigte Wildfolge in ein fremdes Jagdgebiet ist unbefugte Jagdausübung.

Auch die widerrechtliche Aneignung von Fallwild fällt unter den Tatbestand des § 292. Wegen Aneignung abgeworfener Hirsch- und Rehbockstangen vergl. § 84 Abs. 1 Ziffer 5 der Jagdordnung (S. 94).

Die Jagd auf fremdem Jagdgebiet wird auch dann ausgeübt, wenn der Jäger auf eigenem Jagdgebiete stehend das auf fremdem Jagdgebiete befindliche Wild erlegt oder wenn er sich das Wild aus dem fremden Jagdgebiete zutreiben läßt, um es dort oder auf eigenem Jagdgebiete zu erlegen, nicht aber wenn er auf eigenem Gebiete stehend und blattend nach dem infolge des Blattens aus dem fremden in das eigene Revier herübergetretenen Rehbock schießt. Auch liegt kein Jagdvergehen im Sinne des § 292 vor, wenn der Täter sich jenseits seiner Jagdgrenze nur in der Absicht auf den Anstand stellt, das auf sein Jagdgebiet von selbst übertretende Wild dort zu erlegen. Doch macht er sich in diesem Falle nach StGB. § 368, Ziffer 10 strafbar.

Die bei unbefugter Jagdausübung wesentlich mitwirkenden Treiber machen sich in der Regel als Gehilfen (StGB. § 49) strafbar.

Bloßes Aufscheuchen oder Aufstöbern des Wildes beim Spazierengehen in fremden Jagdrevieren, mag es persönlich oder durch eigene revierende Hunde geschehen, ohne die Absicht der Besitzergreifung des Wildes ist keine Jagdausübung und daher nicht als Jagdvergehen strafbar. Wegen revierender Hunde vergl. §§ 78 und 84 Abs. 1 Ziffer 3 der Jagdordnung (S. 90 und 94).

Die Ausübung der Jagd während der Schonzeit durch den Jagdausübungsberechtigten oder Jagdgast ist nicht nach § 292, sondern nach § 84 Abs. 1 Ziffer 1b der Jagdordnung strafbar (S. 94).

Unberechtigte Aneignung von Wild in Tiergärten (vergl. Seite 7) ist nicht Jagdvergehen, sondern Diebstahl (StGB. § 242).

2. Angehörige sind nach StGB. § 52 Abs. 2: Verwandte und Verschwägerter auf- und absteigender Linie, Adoptiv- und Pflegeeltern und -Kinder, Ehegatten, Geschwister und deren Ehegatten und Verlobte.

3. Die Strafverfolgung des Vergehens nach § 292 verjährt in 3 Jahren, der Vergehen nach §§ 293 und 294 in 5 Jahren (vergl. StGB. § 67).

§ 293.¹ Die Strafe kann auf Geldstrafe bis zu 600 Mark oder auf Gefängnis bis zu 6 Monaten erhöht werden, wenn dem Wilde nicht mit Schießgewehr oder Hunden, sondern mit Schlingen, Netzen, Fallen oder anderen Vorrichtungen² nachgestellt oder, wenn das Vergehen während der gesetzlichen Schonzeit,³ in Wäldern,⁴ zur Nachtzeit⁵ oder gemeinschaftlich von mehreren⁶ begangen wird.

1. Die Verfolgung nach § 293 tritt stets von Amts wegen ein; ein Strafantrag ist auch dann nicht erforderlich, wenn der Täter ein Angehöriger des Jagdberechtigten war.

2. Dazu gehört auch das Auslegen vergifteter Ader.ö

3. Wegen der gesetzlichen Schonzeit, zu der auch die vom Herzogl. Staatsministerium angeordnete gehört, vergl. Jagdordnung §§ 36 und 37 (S. 56 u. 61).

4. Unter Wald wird jedes forstwirtschaftlich als Wald benutzte Gelände angesehen.

5. Unter Nachtzeit im Sinne des § 293 ist nicht die Zeit von Sonnenuntergang bis Sonnenaufgang, sondern die Zeit der Dunkelheit zu verstehen.

6. Es genügt nicht, daß mehrere (mindestens zwei) nebeneinander gleichzeitig die Jagd ausüben, sondern es wird eine einheitliche Tat erfordert, welche die mehreren sämtlich als die ihrige gewollt und unter gemeinschaftlichem Zusammenwirken ausgeführt haben (s. Daube, das Strafgesetzbuch f. d. D. Reich v. 15. Mai 1871 mit den Entscheidungen des Reichsgerichts).

§ 294. Wer unberechtigtes Jagen gewerbsmäßig¹ betreibt, wird mit Gefängnis nicht unter 3 Monaten bestraft; auch kann auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte, sowie auf Zulässigkeit von Polizeiaufsicht erkannt werden.

1. Der Begriff gewerbsmäßiger unbefugter Jagdausübung setzt eine fortgesetzte auf Gewinn gerichtete Tätigkeit voraus. Der Gewinn kann auch in dem Wildverbrauch im eigenen Haushalte bestehen (s. Daube a. a. D.).

§ 295. Neben der durch das Jagdvergehen verwirkten Strafe ist¹ auf Einziehung des Gewehrs, des Jagdgeräts² und der Hunde, welche der Täter bei dem unberechtigten

Jagen bei sich geführt hat, ingleichen der Schlingen, Netze, Fallen und anderen Vorrichtungen zu erkennen, ohne Unterschied, ob sie dem Verurteilten gehören oder nicht.³

1. Die Einziehung muß geschehen.

2. Als Jagdgeräte kommen (leblose) Gerätschaften in Betracht, die nach ihrer Beschaffenheit an sich zur Verwendung bei der Jagd geeignet und dazu auch dauernd bestimmt sind, nicht auch Gegenstände, die nur bei dem einzelnen Falle zu einem Bestandteil der Jagdausrüstung gemacht sind, während sie an sich eine andere Bestimmung haben (Pferde, Wagen, Schlitten und andere Beförderungsmittel zur Fortschaffung des erlegten Wildes) (s. Daube a. a. O.).

3. Das erlegte Wild kann nicht eingezogen werden, es fällt dem Jagdberechtigten zu. Über die Einziehung des vom Jagdberechtigten oder von einem Jagdgaste während der Schonzeit erlegten Wildes vergl. Jagdordnung § 84 Abs. 1 Ziffer 1 b und Abs. 2 (§. 94 und 95).

29. Abschnitt. Übertretungen.

§ 361. Mit Haft wird bestraft:

9. wer Kinder oder andere unter seiner Gewalt stehende Personen, welche seiner Aufsicht untergeben sind und zu seiner Hausgenossenschaft gehören, von der Begehung von Diebstählen, sowie von der Begehung strafbarer Verletzungen der Zoll- oder Steuergesetze oder der Gesetze zum Schutze der Forsten, der Feldfrüchte, der Jagd oder der Fischerei abzuhalten unterläßt. Die Vorschriften dieser Gesetze über die Haftbarkeit für die den Täter treffenden Geldstrafen oder anderen Geldleistungen werden hierdurch nicht berührt.

§ 367. Mit Geldstrafe bis zu 150 Mark oder mit Haft wird bestraft:

8. wer ohne polizeiliche Erlaubnis an bewohnten oder von Menschen besuchten Orten¹ Selbst-

geschosse, Schlageisen oder Fußangeln legt, oder an solchen Orten mit Feurgewehr oder anderen Schießwerkzeugen schießt oder Feuerwerkskörper abbrennt. — — — —

In den Fällen der Nummern 7 bis 9 kann neben der Geldstrafe oder der Haft auf die Einziehung der . . . Selbstgeschosse, Schlageisen oder Fußangeln, . . . erkannt werden, ohne Unterschied, ob sie dem Verurteilten gehören oder nicht.

1. Von Menschen besuchte Orte sind solche Orte, an denen regelmäßig Menschen zu verkehren pflegen, selbst wenn ihr Betreten sonst verboten sein sollte (s. Daube a. a. O.).

§ 368. Mit Geldstrafe bis zu 60 Mark oder mit Haft bis zu 14 Tagen wird bestraft:

7. wer in gefährlicher Nähe von Gebäuden oder feuerfangenden Sachen¹ mit Feurgewehr schießt oder Feuerwerk abbrennt;
10. wer ohne Genehmigung des Jagdberechtigten oder ohne sonstige Befugnis² auf einem fremden Jagdgebiete außerhalb des öffentlichen, zum gemeinen Gebrauche bestimmten Weges, wenn auch nicht jagend, doch zur Jagd ausgerüstet, betroffen wird;
11. wer unbefugt Eier³ oder Junge von jagdbarem Federwild³ (oder von Singvögeln)⁴ ausnimmt.

1. z. B. von Korn- und Strohbiemen.

2. Es kann beispielsweise einzelnen Personen mittels schriftlichen Ausweises die Befugnis verliehen werden, sich zur Jagd ausgerüstet außerhalb des öffentlichen, zum gemeinen Gebrauche bestimmten Weges aufzuhalten, nach §§ 55, 56, 58, 59 und 61 Abs. 3 der Jagdordnung durch die Jagdpolizeibehörde und nach § 6 des Landes-Vogelschutzgesetzes durch die dort genannten Behörden.

Jagdschutzbeamte, die sich außerhalb des öffentlichen, zum gemeinen Gebrauch bestimmten Weges aufhalten, handeln inner-

halb ihrer Zuständigkeit nicht ohne Befugnis (vergl. auch §§ 27, 28 Abs. 1, 73 und 77 der Jagdordnung).

3. Befugt zum Ausnehmen von Eiern jagdbarer Vögel ist der Jagdausübungsberechtigte, wenn die Eier ausgebrütet werden sollen. Auch kann das Ausnehmen zu wissenschaftlichen und Lehrzwecken von den in der Jagdordnung § 38 Abs. 2 genannten Behörden gestattet werden (s. S. 62).

4. Hinsichtlich der Singvögel ist diese Ziffer durch das Reichs-Vogelschutzgesetz ersetzt worden. Vergl. unter IV 2 (S. 138).

IV.

Vogelschutzgesetzgebung.

1. Internationale Übereinkunft zum Schutze der für die Landwirtschaft nützlichen Vögel vom 19. März 1902.
(RGBl. 1906 S. 89.)

Art. 1. Die für die Landwirtschaft nützlichen Vögel, besonders die Insektenfresser und namentlich die Vögel, welche in der gegenwärtigen Übereinkunft als Anlage beigefügten und durch die Gesetzgebung jedes Landes ausdehnbaren Liste Nr. 1 aufgeführt sind, werden einen unbedingten Schutz genießen und zwar in der Art, daß es verboten sein soll, sie zu irgendeiner Zeit und auf irgendeine Art zu töten, sowie ihre Nester, Eier und Brut zu zerstören.

Bis dieses Ergebnis überall und im ganzen Umfang erreicht sein wird, verpflichten sich die hohen vertragsschließenden Teile, diejenigen Bestimmungen zu treffen oder ihren gesetzgebenden Körperschaften zu unterbreiten, welche notwendig sind, um die Ausführung der in folgenden Artikeln enthaltenen Maßnahmen sicherzustellen.

Art. 2. Es soll verboten werden, die Nester zu entfernen, die Eier auszuheben und die Brut zu fangen und zu zerstören, und zwar zu irgendeiner Zeit und mit irgendwelchen Mitteln.

Die Ein- und Durchfuhr, der Transport, das Feilbieten, der Verkauf und Ankauf dieser Nester, Eier und Brut sollen verboten werden.

Dieses Verbot soll sich nicht erstrecken auf die durch den Eigentümer, Nießbraucher oder deren Beauftragte vorgenommene Zerstörung derjenigen Nester, welche Vögel in oder an Wohnhäusern oder Gebäuden

im allgemeinen und im Innern von Hofräumen gebaut haben. Die Bestimmungen dieses Artikels sollen außerdem ausnahmsweise bezüglich der Kiebitz- und Möwen-eier aufgehoben werden können.

Art. 3. Es soll verboten werden das Aufstellen und die Anwendung von Fallen, Käfigen, Netzen, Schlingen, Leimruten und aller anderen, irgendwie gearteten Mittel, welche den Zweck haben, den Massenfang oder die Massentötung der Vögel zu erleichtern.

Art. 4. Für den Fall, daß die hohen vertrag-schließenden Teile nicht in der Lage sein sollten, die Verbotsbestimmungen des vorhergehenden Artikels sofort und in ihrem ganzen Umfange zur Anwendung zu bringen, sollen sie befugt sein, diesen Verboten die für nötig erachteten Abschwächungen hinzuzufügen, sie verpflichten sich jedoch, die Anwendung der Fang- und Vernichtungsarten, -Vorrichtungen und -Mittel in der Art einzuschränken, daß sie nach und nach zur Verwirklichung der im Artikel 3 aufgeführten Schutz-maßregeln gelangen.

Art. 5. Außer den im Artikel 3 ausgesprochenen allgemeinen Verboten, ist es untersagt, in der Zeit vom 1. März bis 15. September jedes Jahres diejenigen nützlichen Vögel zu fangen oder zu töten, welche in der der Übereinkunft als Anlage beigefügten Liste Nr. 1 aufgeführt sind.

Der Verkauf und das Feilbieten solcher Vögel soll gleichfalls während dieser Zeit verboten werden.

Die hohen vertragschließenden Teile verpflichten sich, soweit es ihre Gesetzgebung erlaubt, die Ein- und Durchfuhr sowie den Transport dieser Vögel in der Zeit vom 1. März bis 15. September zu verbieten.

Die Dauer des in dem gegenwärtigen Artikel vorgesehenen Verbots soll indessen in den nördlichen Ländern abgeändert werden können.

Art. 6. Die zuständigen Behörden sollen ausnahmsweise den Eigentümern oder Nutznießern von Weinbergen, Obstpflanzungen und Gärten, von Baumschulen, angepflanzten oder eingesäeten Feldern, ebenso wie den von ihnen mit der Überwachung beauftragten Personen das zeitweilige Recht zubilligen können, mit Feuerwaffen auf solche Vögel zu schießen, deren Gegenwart schädlich sein und einen wirklichen Schaden verursachen könnte.

Indessen soll es verboten bleiben, die unter solchen Voraussetzungen getöteten Vögel feilzuhalten oder zu verkaufen.

Art. 7. Ausnahmen von den Bestimmungen dieser Übereinkunft sollen durch die zuständigen Behörden bewilligt werden können im Interesse der Wissenschaft oder der Wiedereinbürgerung je nach Lage des Falles und unter Beobachtung aller zur Verhütung eines Mißbrauchs erforderlichen Vorsichtsmaßregeln.

Unter denselben Vorsichtsmaßregeln sollen der Fang, der Verkauf und das Halten von Stubenvögeln erlaubt werden können. Die Erlaubnis soll durch die zuständigen Behörden erteilt werden.

Art. 8. Die Bestimmungen der gegenwärtigen Übereinkunft sollen nicht auf Federvieh und auf solches Federwild anwendbar sein, welches sich in geschlossenen Jagdbezirken befindet und durch die Gesetzgebung des Landes als jagdbar bezeichnet ist.

Überall sonst soll die Tötung des Federwildes nur mittels Feuerwaffen und zu den gesetzlich bestimmten Zeiten gestattet sein.

Die vertragschließenden Staaten werden aufgefordert, den Verkauf, den Transport und die Durchfuhr des Federwildes, dessen Jagd in ihrem Gebiete verboten ist, während der Dauer dieses Verbotes zu untersagen.

Art. 9. Jeder der vertragschließenden Teile soll Ausnahmen von den Bestimmungen der gegenwärtigen Übereinkunft festsetzen können:

1. für die Vögel, welche nach der Gesetzgebung des Landes als schädlich für die Jagd oder Fischerei geschossen oder getötet werden können,
2. für die Vögel, welche die Gesetzgebung des Landes als schädlich für die örtliche Landwirtschaft bezeichnet.

In Ermangelung einer durch die Gesetzgebung des Landes aufgestellten amtlichen Liste soll Nr. 2 dieses Artikels auf die der gegenwärtigen Übereinkunft als Anlage beigefügten Liste Nr. 2 angewendet werden.

Art. 10. Die hohen vertragschließenden Teile werden die geeigneten Maßnahmen ergreifen, um ihre Gesetzgebung binnen einer vom Tage der Unterzeichnung der Übereinkunft zu berechnenden dreijährigen Frist mit den Bestimmungen der Übereinkunft in Einklang zu setzen.

Art. 11. Die hohen vertragschließenden Teile werden sich durch die Vermittlung der Französischen Regierung die Gesetze und die im Verwaltungswege getroffenen Anordnungen mitteilen, welche in ihren Staaten schon erlassen sind oder noch erlassen werden und sich auf den Gegenstand der vorliegenden Übereinkunft beziehen.

Art. 12. Wenn es für notwendig gehalten werden wird, werden sich die hohen vertragschließenden Teile auf einer internationalen Konferenz vertreten lassen, welche die Aufgabe hat, die Fragen zu prüfen, welche sich bei Ausführung der Übereinkunft ergeben, und diejenigen Abänderungen vorzuschlagen, die sich nach den gemachten Erfahrungen als nützlich erwiesen haben.

Art. 13. Die Staaten, welche an der gegenwärtigen Übereinkunft nicht teilgenommen haben, werden auf ihr Ansuchen zum Beitritte zugelassen. Dieser Beitritt wird auf diplomatischem Wege der Regierung der Französischen Republik und durch diese den anderen Signatarmächten mitgeteilt werden.

Art. 14. Die gegenwärtige Übereinkunft soll binnen einer höchstens einjährigen, vom Tage des Austausches der Ratifikationsurkunden an zu berechnenden Frist in Kraft gesetzt werden.

Sie soll unter den Signatarmächten auf unbestimmte Zeitdauer in Kraft bleiben. Falls eine derselben die Übereinkunft aufkündigen sollte, so soll diese Kündigung nur bezüglich jener Macht Gültigkeit haben und zwar erst ein Jahr, nachdem diese Kündigung den anderen Vertragsstaaten mitgeteilt sein wird.

Art. 15. Die gegenwärtige Übereinkunft soll ratifiziert werden und die Ratifikationsurkunden sollen sobald als möglich in Paris ausgetauscht werden.

Art. 16. Die Bestimmung des zweiten Absatzes des Artikel 8 der gegenwärtigen Übereinkunft soll ausnahmsweise nicht in den nördlichen Provinzen Schwedens Anwendung finden können und zwar mit Rücksicht auf die ganz besonderen klimatischen Bedingungen, unter denen diese sich befinden.

Zu Urkund dessen haben die betr. Bevollmächtigten die Übereinkunft vollzogen und ihre Insiegel beigedrückt.

So geschehen in Paris, am 19. März 1902.

Die vorstehende Übereinkunft ist von Deutschland, Österreich-Ungarn, Belgien, Spanien, Frankreich, Lichtenstein, Luxemburg, Monaco, Schweden und der Schweiz ratifiziert worden. An Stelle des im Artikel 15 der Übereinkunft vorgesehenen Austausches der Ratifikationsurkunden hat eine Hinterlegung derselben bei der Fran-

zösischen Regierung stattgefunden, und zwar ist diese am 6. Dezember 1905 erfolgt.¹

1. England, Italien, die Niederlande und Rußland haben zwar an den Verhandlungen über die Übereinkunft teilgenommen, sind aber nicht beigetreten. Griechenland und Portugal haben die Übereinkunft mit unterzeichnet, sich aber von der Ratifikation ausgeschlossen. Die afrikanischen Mittelmeerstaaten haben den Beitritt zu der Übereinkunft von vornherein abgelehnt.

Liste Nr. 1.

Nützliche Vögel.

Nacht-Raubvögel:

Stein-Käuze und Zwerg-Käuze (*Glaucidium*),
Sperbereulen (*Surnia*),
Nachteulen oder Waldkäuze (*Syrnium*),
die gewöhnliche Schleiereule (*Strix flammea* L.),
Sumpfohreule und Waldohreule (*Otus*),
die kleine Ohreule (*Scops giu Scop.*).

Kletterer:

Spechte, alle Arten (*Picus*, *Gecinus* etc.).

Klettervögel:

die Blauracke (*Coracias garrula* L.),
Bienenfresser (*Merops*).

Gewöhnliche Sperlingsvögel:

der Wiedehopf (*Upupa epops*),
Baumläufer, Mauerläufer, Blauspechte (*Certhia*, *Tichodroma*, *Sitta*),
Mauersegler (*Cypselus*),
Ziegenmelker (*Caprimulgus*),
Nachtigallen (*Luscinia*),
Blaukehlchen (*Cyanecula*),
Rotschwänze (*Ruticilla*),
Rotkehlchen (*Rubecula*),
Schmätzer (*Pratincola* und *Saxicola*),
Braunellen (*Accentor*),
Grasmücken aller Art, wie:

gewöhnliche Grasmücken (*Sylvia*),
Zaungrasmücken (*Currucā*),
Gartenlaubvögel (*Hypolaïs*),
Rohrsänger: Rohrsänger, Schilfsänger, Busch-Rohr-
drossel (*Acrocephalus*, *Calamodyta*, *Locustella*),
Cisticolen (*Cisticola*),

Goldhähnchenlaubvögel (*Phylloscopus*),
 Goldhähnchen (*Regulus*) und Zaunkönige (*Troglodytes*),
 Meisen aller Arten (*Parus*, *Panurus*, *Orites* etc.),
 Fliegenfänger (*Muscicapa*),
 Schwalben aller Arten (*Hirundo*, *Chelidon*, *Cotyle*),
 weisse und gelbe Bachstelzen (*Motacilla*, *Budytes*),
 Pieper (*Anthus*, *Corydala*),
 Kreuzschnäbel (*Loxia*),
 Goldammern und Girlitze (*Citrinella* und *Serinus*),
 Distelfinke und Zeisige (*Carduelis* und *Chrysomitris*),
 gewöhnliche Staare und Hirtenstaare (*Sturnus*, *Pastor* etc.).

Stelzenläufer:

schwarze und weisse Störche (*Ciconia*).

Liste Nr. 2.

Schädliche Vögel.

Tag-Raubvögel:

der Lämmergeier (*Gypaetus barbatus* L),
 Adler aller Arten (*Aquila*, *Nisaetus*),
 Seeadler aller Arten (*Haliaetus*),
 Flussadler (*Pandion haliaetus*),
 Gabelweihe, Gleitaare, Schwalbenweihe (*Milvus*, *Elanus*,
Nauclerus), alle Arten,
 Falken: Gierfalken, Wanderfalken, Baumfalken, Lerchen-
 falken (*Falco*), alle Arten mit Ausnahme der Rotfuss-
 falken, Turmfalken und Rötelfalken,
 der Hühnerhabicht (*Astur palumbarius* L),
 Sperber (*Accipiter*),
 Weißen (*Circus*).

Nacht-Raubvögel:

der Uhu (*Bubo maximus* Flem.).

Gewöhnliche Sperlingsvögel:

der Kolkrabe (*Corvus corax* L),
 die Elster (*Pica rustica* Scop.),
 der Eichelhäher (*Garrulus glandarius* L).

Stelzenläufer:

graue und Purpur-Reiher (*Ardea*),
 Rohrdommeln und Nachtreiher (*Botaurus* und *Nycticorax*).

Schwimmvögel:

Pelikane (*Pelecanus*),
 Kormorane (*Phalacrocorax* oder *Graculus*),
 Sägetaucher (*Mergus*),
 Meertaucher (*Colymbus*).

2. Reichs-Vogelschutzgesetz vom 30. Mai 1908.

(RGBl. S. 317.)

Die Reichsgesetzgebung hat den Vogelschutz zuerst durch das Gesetz, betr. den Schutz von Vögeln, vom 22. März 1888 geregelt. Durch Abschluß der vorstehend abgedruckten internationalen Übereinkunft zum Schutze der für die Landwirtschaft nützlichen Vögel ergab sich die Notwendigkeit, die Gesetzgebung des Reiches mit dieser Übereinkunft in Einklang zu bringen. Dies ist durch das — das vorge dachte Gesetz abändernde — Gesetz vom 30. Mai 1908 geschehen, durch dessen Artikel 2 der Reichskanzler zugleich ermächtigt wurde, den Text des Gesetzes vom 22. März 1888, wie er sich aus dem Gesetze vom 30. Mai 1908 ergibt, unter der Überschrift „Vogelschutzgesetz“ durch das RGBl. bekannt zu machen. Demgemäß hat der Reichskanzler das Vogelschutzgesetz vom 30. Mai 1908 im RGBl. S. 317 veröffentlicht.

Dieses Gesetz geht in wesentlichen Punkten über die Forderungen der internationalen Übereinkunft hinaus. Namentlich sind verschiedene seltener gewordene Vogelarten, um deren Ausrottung vorzubeugen, dem Gesetze unterstellt. Die so überaus nützlichen Meisen, Aeliber und Baumläufer sind während des ganzen Jahres unter Schutz gestellt. Auch ist der Fang von Vögeln mittels Leimes und Schlingen allgemein verboten und damit auch das Verbot des Dohnenstieges ausgesprochen.

Das Gesetz ist in Kraft getreten am 1. September 1908 (Art. 3 des Ges. vom 30. Mai 1908 zur Abänderung des Gesetzes, betr. den Schutz von Vögeln usw., vom 22. März 1888).

Verbot des Aushebens, Feilbietens usw. von Nestern, Eiern und Jungen.

§ 1.¹ Das Zerstören² und das Ausheben von Nestern oder Brutstätten der Vögel, das Zerstören und Ausnehmen von Eiern, das Ausnehmen und Töten von Jungen³ ist verboten.⁴

Desgleichen ist der Ankauf, der Verkauf, die An- und Verkaufsvermittlung, das Feilbieten, die Ein-, Aus- und Durchfuhr und der Transport der Nester, Eier und Brut der in Europa einheimischen Vogelarten⁵ untersagt.

Dem Eigentümer und dem Nutzungsberechtigten und deren Beauftragten steht jedoch frei, Nester, welche

Vogel in oder an Wohnhäusern oder anderen Gebäuden und im Innern von Hofräumen⁶ gebaut haben, zu zerstören.⁷

Auch findet das Verbot keine Anwendung auf das Einsammeln, den Ankauf, Verkauf, die An- und Verkaufsvermittlung, das Feilbieten, die Ein-, Aus- und Durchfuhr und den Transport der Eier von Möwen und Kiebitzen, soweit es nicht durch Landesgesetz oder durch landespolizeiliche Anordnung auf die Eier dieser Vögel für bestimmte Orte oder für bestimmte Zeiten ausgedehnt wird.⁸

1. Die Vorschriften dieses Gesetzes beziehen sich auf alle nicht jagdbaren Vögel mit Ausnahme der im § 8 unter c aufgeführten und der nach § 5 landesgesetzlich den Jagdberechtigten und Fischereiberechtigten freigegebenen schädlichen Vögel (§ 1 des hierunter abgedruckten Landes-Vogelschutzgesetzes).

2. Nur das vorsätzliche und unbefugte Zerstören und Ausheben von Nestern usw. ist strafbar. nicht auch das versehentliche Ausmähen von Nestern bei der Ernte, das Zerstören eines Nestes beim Fällen eines Baumes usw.

3. Hinsichtlich der Eier und Jungen jagdbarer Vögel vergl. § 38 der Jagdordnung.

4. Durch diese Vorschrift verliert die Bestimmung des StGB. § 368, 11, welche lautet: „Mit Geldstrafe bis zu 60 Mark oder mit Haft bis zu 14 Tagen wird bestraft: 11. wer unbefugt Eier oder Junge von jagdbarem Federwild oder von Singvögeln ausnimmt“ in Ansehung der Singvögel ihre praktische Bedeutung.

5. d. i. der in Europa brütenden Vogelarten und -unterarten.

6. Nicht auch in Gärten.

7. Verboten ist aber der An- und Verkauf der solchen Nestern entnommenen Eier.

8. Das Ausnehmen von Kiebitzeiern ist nach § 3 Abs. 3 des Landes-Vogelschutzgesetzes verboten. Da aber hinsichtlich des An- und Verkaufs der Kiebitzeier kein landesgesetzliches Verbot ergangen ist, so ist der Handel mit diesen Eiern frei. Hinsichtlich der Eier von Möwen fehlt es an landesgesetzlichen Vorschriften.

Verbot verschiedener Arten des Fangens von Vögeln.

§ 2. Verboten ist ferner :

- a) jede Art des Fangens¹ von Vögeln, solange der Boden mit Schnee bedeckt ist;
- b) das Fangen¹ von Vögeln mittels Leimes und Schlingen;²
- c) das Fangen¹ und die Erlegung von Vögeln zur Nachtzeit mit Netzen oder Waffen; als Nachtzeit gilt der Zeitraum, welcher eine Stunde nach Sonnenuntergang beginnt und eine Stunde vor Sonnenaufgang endet;
- d) das Fangen¹ von Vögeln mit Anwendung von Körnern oder anderen Futterstoffen, denen betäubende oder giftige Bestandteile beigemischt sind, oder unter Anwendung geblendeter Lockvögel;
- e) das Fangen¹ von Vögeln mittels Fallkäfigen und Fallkästen, Reusen, großer Schlag- und Zugnetze,³ sowie mittels beweglicher und tragbarer, auf den Boden oder quer über das Feld, das Niederholz, das Rohr oder den Weg gespannter Netze.

Der Bundesrat ist ermächtigt, auf bestimmte andere Arten des Fangens sowie des Fangens mit Vorkehrungen, welche eine Massenvertilgung von Vögeln ermöglichen, zu verbieten.⁴

1. Dem Fangen wird nach § 4 jedes Nachstellen zum Zwecke des Fangens oder Tötens von Vögeln gleich geachtet.

2. Vergl. § 8 Schlußsatz. Zu den Schlingen gehören auch die Dohnen.

3. Der Fang mit kleinen Schlagnetzen, die nicht zum Massen-, sondern nur zum Einzelfange eingerichtet sind, ist also gestattet, nicht aber zur Nachtzeit (c), wenn Schnee liegt (a), in der Zeit vom 1. März bis zum 1. Oktober (§ 3 Abs. 1) und wenn es sich um Meisen, Kleiber oder Baumläufer handelt (§ 3 Abs. 2). Vergl. jedoch die weitergehenden Beschränkungen im § 2 des hierunter abgedruckten Landes-Vogelschutzgesetzes.

4. Derartige Verbote sind noch nicht erlassen.

Zeitliche Beschränkung des Fangens, Feilbietens usw. von Vögeln.

§ 3. In der Zeit vom 1. März bis zum 1. Oktober ist das Fangen¹ und die Erlegung von Vögeln, sowie der Ankauf, der Verkauf und das Feilbieten, die Vermittlung eines hiernach verbotenen An- und Verkaufs, die Ein-, Aus- und Durchfuhr von lebenden sowie toten Vögeln² der in Europa einheimischen Arten überhaupt, ebenso der Transport solcher Vögel zu Handelszwecken³ untersagt.^{4, 5}

Dieses Verbot erstreckt sich für Meisen, Kleiber und Baumläufer auf das ganze Jahr.

Der Bundesrat ist ermächtigt, das Fangen und die Erlegung bestimmter Vogelarten sowie das Feilbieten und den Verkauf derselben auch außerhalb des im Abs. 1 bestimmten Zeitraums allgemein oder für gewisse Zeiten oder Bezirke zu untersagen.⁶

1. Vergl. § 4.

2. Unter „toten“ Vögeln sind nur frisch erlegte, nicht ausgestopfte oder zu Genußzwecken konservierte zu verstehen.

3. Nur der Transport „zu Handelszwecken“ ist untersagt, nicht auch der, der aus anderen Anlässen, beispielsweise beim Wohnungswechsel, vorgenommen wird.

4. Auf den Handel mit den außerhalb Europas heimischen Stubenvögeln, beispielsweise den Kanarienvögeln und Papageien, und mit außereuropäischen wilden Vögeln bezieht sich diese Vorschrift nicht.

5. Durch Gesetz, betr. die Abänderung der Gewerbeordnung vom 29. Juni 1908 (RGBl. S. 473) ist deren § 35 dahin ergänzt worden, daß der Handel mit lebenden Vögeln zu untersagen ist, wenn Tatsachen vorliegen, welche die Unzuverlässigkeit des Gewerbetreibenden in bezug auf diesen Gewerbebetrieb dartun.

6. Solche Verbote sind bis jetzt nicht ergangen.

Verbot des Aufstellens von Netzen, Schlingen usw.

§ 4. Dem Fangen im Sinne dieses Gesetzes wird jedes Nachstellen zum Zwecke des Fangens oder Tötens von Vögeln, insbesondere das Aufstellen von Netzen,

Schlingen, Leimruten oder anderen Fangvorrichtungen gleichgeachtet.¹

1. Jede Art des Nachstellens, auch das bloße Aufstellen von Fangmitteln wird somit dem vollendeten Fange gleichgeachtet.

Töten Schaden anrichtender Vögel usw.

§ 5. Vögel, welche dem jagdbaren Feder- und Haarwild und dessen Brut und Jungen sowie Fischen und deren Brut nachstellen, dürfen nach Maßgabe der landesgesetzlichen Bestimmungen über Jagd und Fischerei von den Jagd- oder Fischereiberechtigten und deren Beauftragten getötet werden.¹

Wenn Vögel² in Weinbergen, Gärten, bestellten Feldern, Baumpflanzungen, Saatkämpen und Schonungen Schaden anrichten, können die von den Landesregierungen bezeichneten Behörden² den Eigentümern und Nutzungsberechtigten der Grundstücke und deren Beauftragten oder öffentlichen Schutzbeamten (Forst- und Feldhütern, Flurschützen usw.), soweit dies zur Abwendung dieses Schadens notwendig ist, das Töten solcher Vögel mit Feuerwaffen innerhalb der betroffenen Örtlichkeiten auch während der im § 3 Abs. 1 bezeichneten Frist gestatten. Das Feilbieten und der Verkauf der auf Grund solcher Erlaubnis erlegten Vögel sind unzulässig.

Ebenso können die im Abs. 2 bezeichneten Behörden einzelne Ausnahmen von den Bestimmungen in §§ 1 bis 3 dieses Gesetzes zu wissenschaftlichen oder Lehrzwecken, zur Wiederbevölkerung mit einzelnen Vogelarten, sowie für Stubenvögel für eine bestimmte Zeit und für bestimmte Örtlichkeiten bewilligen.

Der Bundesrat bestimmt die näheren Voraussetzungen, unter welchen die im Abs. 2 und 3 bezeichneten Ausnahmen statthaft sein sollen.³

Von der Vorschrift unter § 2 a kann der Bundesrat für bestimmte Bezirke eine allgemeine Ausnahme gestatten.³

1. Vergl. Anm. zu § 1 Abs. 2 des Landes-Vogelschutzgesetzes.
2. Vergl. § 5 des Landes-Vogelschutzgesetzes.
3. Bezügliche Vorschriften sind noch nicht erlassen.

Strafvorschriften.

§ 6. Zuwiderhandlungen gegen die Bestimmungen dieses Gesetzes oder gegen die von dem Bundesrat auf Grund derselben erlassenen Anordnungen werden mit Geldstrafe bis zu 150 Mark oder mit Haft bestraft.¹

Der gleichen Strafe unterliegt, wer es unterläßt, Kinder oder andere unter seiner Gewalt stehende Personen, welche seiner Aufsicht untergeben sind und zu seiner Hausgenossenschaft gehören, von der Übertretung dieser Vorschriften abzuhalten.

1. Die Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften dieses Gesetzes sind Übertretungen im Sinne des Strafgesetzbuches. Ihre Strafverfolgung verjährt (StGB. § 67) in drei Monaten. Zur Aburteilung sind nach § 27, 1 des Gerichtsverfassungsgesetzes die Schöffengerichte zuständig.

§ 7. Neben der Geldstrafe oder der Haft kann auf die Einziehung der verbotswidrig in Besitz genommenen, feilgebotenen oder verkauften Vögel, Nester, Eier, sowie auf Einziehung der Werkzeuge erkannt werden, welche zum Fangen oder Töten der Vögel, zum Zerstören oder Ausheben der Nester, Brutstätten oder Eier gebraucht oder bestimmt waren, ohne Unterschied, ob die einzuziehenden Gegenstände dem Verurteilten gehören oder nicht.

Ist die Verfolgung oder Verurteilung einer bestimmten Person nicht ausführbar, so können die im vorstehenden Absatze bezeichneten Maßnahmen selbständig erkannt werden.

Dem Gesetze nicht unterworfenen Vögel.

§ 8. Die Bestimmungen dieses Gesetzes finden keine Anwendung

- a) auf das im Privateigentume befindliche Federvieh;
- b) auf die nach Maßgabe der Landesgesetze jagdbaren Vögel;¹
- c) auf die in nachstehendem Verzeichnis aufgeführten Vogelarten:

Tagraubvögel mit Ausnahme der Turmfalken, Schreiadler, Seeadler, Bussarde und Gabelweihen (rote Milane),²

Uhus,³

Würger (Neuntöter),

Sperlinge (Haus- und Feldsperlinge),

Rabenartige Vögel (Rabenkrähen, Nebelkrähen, Saatkrähen, Elstern, Eichelhäher),

Wildtauben (Ringeltauben, Hohltauben, Turteltauben),⁴

Wasserhühner (Rohr- und Bläßhühner),⁴

Reiher (eigentliche Reiher, Nachtreiher oder Rohrdommeln),⁴

Säger (Sägetaucher, Tauchergänse),

alle nicht im Binnenlande brütenden Möwen,

Kormorane,

Taucher (Eistaucher und Haubentaucher),

jedoch gilt auch für die vorstehend unter a, b, c bezeichneten Vögel das Verbot des Fangens mittels Schlingen.

1. Die in Braunschweig jagdbaren Vögel sind im § 2 der Jagdordnung aufgeführt.

2. Die Turmfalken, Schreiadler, Seeadler, Bussarde (nicht nur die Arten der Gattung Buteo, nämlich der Mäusebussard, B. vulgaris, und der Raufuß-Bussard, B. lagopus, sondern auch der Wespen-Bussard, Pernis apivorus) und die Gabelweihen (rote Milane) fallen also unter das Gesetz.

Hinsichtlich der Bussarde und der gleichfalls durch dieses Gesetz geschützten Eulen (mit Ausnahme des Uhus) und der

weißen Störche kann die Jagdpolizeibehörde den Jagdausübungsberechtigten nach § 42 der Jagdordnung auf gewisse Zeit die Erlaubnis zum Abschuß und zum Fangen erteilen.

3. Die übrigen Eulen fallen also unter dieses Gesetz.

Der Uhu ist durch § 3 Abs. 2 des Landes-Vogelschutzgesetzes geschützt.

4. Die Wildtauben sind in Braunschweig jagdbar, ebenso die Wasserhühner (Sumpf- und Teichhühner) mit Ausnahme der Blässhühner und die Reiher mit Ausnahme des grauen Reiher.

Weitergehende landesgesetzliche Vorschriften.

§ 9. Die landesrechtlichen Bestimmungen, welche zum Schutze der Vögel weitergehende Verbote enthalten, bleiben unberührt.¹ Die auf Grund derselben zu erkennenden Strafen dürfen jedoch den Höchstbetrag der in diesem Gesetz angedrohten Strafen nicht übersteigen.

1. Vergl. das hierunter abgedruckte Landes-Vogelschutzgesetz.

3. Landes-Vogelschutzgesetz vom 3. März 1911 Nr. 22 (G. u. V. S. 1911 S. 89.)

Dieses gleichzeitig mit der Jagdordnung erlassene Gesetz verschärft die Vorschriften des Reichs-Vogelschutzgesetzes insofern sehr wesentlich, als es das Fangen aller Vögel, für die das Reichsgesetz gilt, während des ganzen Jahres untersagt und außerdem das Fangen der durch das Reichs-Vogelschutzgesetz nicht geschützten Vögel, das Zerstören und Ausheben ihrer Nester und Brutstätten, das Ausnehmen und Töten ihrer Jungen auf fremden Grundstücken ohne Genehmigung des Eigentümers oder Nutzungsberechtigten verbietet. Auch ist der Ankauf, der Verkauf, das Feilbieten, die Vermittelung des An- und Verkaufs der gegen diese Verbote erlangten lebenden oder toten Vögel, Nester und Eier und ihre Verwendung zu Handelszwecken verboten.

Von Gottes Gnaden, Wir, Johann Albrecht, Herzog zu Mecklenburg usw., Regent des Herzogtums Braunschweig, erlassen mit Zustimmung der Landesversammlung das nachstehende Landes-Vogelschutzgesetz:

§ 1. Die Vorschriften dieses Gesetzes gelten nicht für die nach der Jagdordnung jagdbaren Vögel.¹

Die Bestimmungen des § 42 der Jagdordnung² und des Gesetzes vom 19. Dezember 1889 Nr. 51,³ wonach es den Jagd- oder Fischereiberechtigten und ihren Beauftragten gestattet ist, gewisse Vögel zu töten, die jagdbaren Tieren oder Fischen nachstellen, werden durch dieses Gesetz nicht berührt.

1. Die jagdbaren Vögel sind im § 2 der Jagdordnung aufgezählt.

2. § 42 der Jagdordnung zählt die Vögel auf, die den Jagd- ausübungsberechtigten zu zeitweisem Abschuß und Fang von der Jagdpolizeibehörde freigegeben werden können (Bussarde, Eulen, mit Ausnahme des Uhu, und weiße Störche).

3. Nach § 3 dieses Gesetzes ist an die Stelle des § 42 des Fischereigesetzes vom 1. Juli 1879 folgende Vorschrift getreten:

Dem Fischereiberechtigten ist gestattet, Fischottern, Fischreiher, Fischeaare, Eisvögel und Taucher ohne Anwendung von Schußwaffen zu töten und zu fangen.

Die Herzogliche Kreisdirektion ist befugt, den Fischereiberechtigten das Erlegen der vorgedachten Tiere mit Anwendung von Schießwaffen zeitweise zu gestatten.

Die Fischereiberechtigten sind befugt, die vorbezeichneten gefangenen und getöteten Tiere für sich zu behalten.

§ 2. Das Fangen¹ der Vögel, für die das Reichs- vogelschutzgesetz (Bekanntmachung des Reichskanzlers vom 30. Mai 1908, Reichsgesetzblatt S. 317) gilt, der Ankauf, der Verkauf und das Feilbieten, die Vermittlung des An- und Verkaufs der gegen dieses Verbot erlangten lebenden oder toten Vögel und die Versendung solcher Vögel zu Handelszwecken ist während des ganzen Jahres untersagt.²

1. Vergl. § 4.

2. Das Reichs-Vogelschutzgesetz verbietet jeden Fang und jede Erlegung von Vögeln, für die das Gesetz gilt (§ 8), nur für die Zeit vom 1. März bis zum 1. Oktober (allein die Meisen, Kleiber und Baumläufer sind das ganze Jahr hindurch geschützt) und will während der übrigen Monate nur den Massenfang, nicht aber den Einzelfang verhindern, zu welchem Zwecke der Fang 1. mittels Leimes oder Schlingen und der im § 2 unter d und e angegebenen Mittel, 2. solange der Boden mit Schnee bedeckt ist, verboten wird. Das Landes-Vogelschutz-

gesetz hingegen untersagt jede Art des Fangens und Erlegens in Ansehung sämtlicher Vögel, für die das Reichs-Vogelschutzgesetz gilt, während des ganzen Jahres, und gewährt diesen Vögeln somit einen unbedingten Schutz.

§ 3. Das Fangen der im § 8 des Reichs-Vogelschutzgesetzes unter c verzeichneten Vögel, soweit sie durch jenes Gesetz nicht geschützt sind, das Zerstören und Ausheben ihrer Nester und Brutstätten, das Ausnehmen und Töten ihrer Jungen ist auf fremden Grundstücken ohne Genehmigung des Eigentümers oder Nutzungsberechtigten untersagt. Ebenso ist der Ankauf, der Verkauf, das Feilbieten, die Vermittlung des An- und Verkaufs der gegen dieses Verbot erlangten lebenden oder toten Vögel, Nester und Eier und ihre Versendung zu Handelszwecken verboten.¹

Das Fangen des Uhu, das Zerstören und Ausheben seiner Nester sowie das Ausnehmen und Töten seiner Jungen ist überhaupt untersagt.²

Das gleiche gilt hinsichtlich des Ausnehmens von Kiebitzern.³

1. Durch diese Vorschrift, die für die durch das Reichs-Vogelschutzgesetz nicht geschützten Vögel gilt, wird auch diesen Vögeln ein gewisser Schutz gewährt.

2. Der Uhu soll trotz seiner bekannten Jagdschädlichkeit wegen seines seltenen Vorkommens als „Naturdenkmal“ unbedingten Schutz genießen.

3. Verboten ist nur das Ausnehmen von Kiebitzern, nicht aber der Handel mit solchen Eiern. (Vergl. § 1 Abs. 4 des Reichs-Vogelschutzgesetzes.)

§ 4. Dem Fangen im Sinne dieses Gesetzes wird das Töten und jedes Nachstellen zum Zwecke des Fangens oder Tötens von Vögeln, insbesondere das Aufstellen von Netzen, Schlingen, Leimruten oder anderen Fangvorrichtungen gleichachtet.¹

1. Vergl. Reichs-Vogelschutzgesetz § 4.

§ 5. Wenn Vögel¹ in Gärten, bestellten Feldern, Baumpflanzungen, Saatkämpen und Schonungen

Schaden anrichten, so kann das Töten solcher Vögel mit Schußwaffen, wenn es zur Abwendung des Schadens notwendig ist, innerhalb der betreffenden Örtlichkeiten unter Beachtung etwaiger Bestimmungen des Bundesrats (vergl. § 5 Abs. 4 des Reichs-Vogelschutzgesetzes) gestattet werden, und zwar hinsichtlich der im § 2 dieses Gesetzes erwähnten Vögel den Eigentümern und Nutzungsberechtigten der Grundstücke und ihren Beauftragten oder den in § 7 genannten Beamten, hinsichtlich der im § 3 bezeichneten Vögel aber allgemein. Die Erlaubnis wird für den Bereich der Kammer- und Klosterforsten und der unter staatlicher Forstaufsicht stehenden Privatforsten² durch die Herzogliche Kammer, Direktion der Forsten, im übrigen durch die Herzoglichen Kreisdirektionen und in der Stadt Braunschweig durch die Herzogliche Polizeidirektion erteilt; sie ist widerruflich und darf Personen, denen nach der Jagdordnung der Jagdschein versagt werden muß,³ nicht erteilt werden.

Der Ankauf, der Verkauf und das Feilbieten, die Vermittlung des An- und Verkaufs der auf Grund solcher Erlaubnis getöteten Vögel und ihre Versendung zu Handelszwecken ist nicht zulässig.

Ebenso können die in Abs. 1 bezeichneten Behörden zu wissenschaftlichen oder Lehrzwecken, zur Wiederbewölkerung mit einzelnen Vogelarten, sowie für Stubenvögel für eine bestimmte Zeit und für bestimmte Örtlichkeiten Ausnahmen von den Vorschriften des § 2 dieses Gesetzes zulassen.⁴

1. Die Vorschriften dieses Paragraphen beziehen sich nur auf die nicht jagdbaren Vögel. Wegen der jagdbaren Vögel, die unter ähnlichen Verhältnissen schaden, vergl. § 59 der Jagdordnung.

2. Für die nur unter Forsthoheit stehenden Privatforsten (vergl. Gesetz vom 30. April 1861 Nr. 26) sind die Herzoglichen Kreisdirektionen zuständig.

3. Vergl. Jagdordnung § 33.

4. Vergl. die gleiche Bestimmung des Reichs-Vogelschutzgesetzes § 5 Abs. 3.

§ 6. Wer sich auf Grund behördlicher Ermächtigung nach § 5 Abs. 1 und 3 mit Schusswaffen oder Fanggeräten ausgerüstet außerhalb des öffentlichen, zum gemeinen Gebrauche bestimmten Weges aufhält,¹ muß einen auf seinen Namen lautenden Ausweis der nach § 5 zuständigen Behörde bei sich führen und den im § 7 genannten Personen auf Anfordern vorzeigen.

Die Herzogliche Kammer, Direktion der Forsten, ist befugt, die Forstämter zur Ausstellung dieser Ausweise zu ermächtigen. Wenn es sich um die im § 3 dieses Gesetzes bezeichneten Vögel handelt, dürfen die Kreisdirektionen die Ausfertigung der Ausweise den Ortspolizeibehörden überlassen.

1. Vergl. Jagdordnung § 28 Abs. 1.

§ 7. Die Pflicht und das Recht, die behördlichen Ausweise (§ 6) nachzusehen, haben:

1. innerhalb des ihrer Obhut anvertrauten Bezirkes die Beamten des Polizei- und Sicherheitsdienstes, die im herzoglichen Forst- und Jagddienste angestellten oder beschäftigten Personen,¹ ferner die Privat-Forstaufseher,² die von den Jagdausübungsberechtigten und Jagdvorständen auf Grund der Jagdordnung angenommenen Jagdaufseher und Jäger³ und die Feldhüter,
2. ohne Beschränkung auf einen bestimmten Bezirk die Mannschaften des Gendarmeriekorps.

1. Vergl. Jagdordnung § 73 Abs. 1 Ziffer 1.

2. Vergl. Gesetz, die Ausübung der Forsthoheit und Forstaufsicht über Privatforsten betr., Nr. 26 vom 30. April 1861 § 31 und Forststrafgesetz vom 1. April 1879 Nr. 18 § 51.

3. Vergl. Jagdordnung § 25 und § 73 Abs. 1 Ziffer 2.

§ 8. Zuwiderhandlungen gegen die Bestimmungen dieses Gesetzes¹ werden mit Geldstrafe bis zu 150 M oder mit Haft bestraft.

Der gleichen Strafe unterliegt, wer es unterläßt, Kinder oder andere unter seiner Gewalt stehende Personen, die seiner Aufsicht untergeben sind und zu seiner Hausgenossenschaft gehören, von der Übertretung dieser Vorschriften abzuhalten.

1. Die Zuwiderhandlungen gehören somit zu den Übertretungen im Sinne des § 1 des StGB. Zuständig sind die Schöffengerichte, vergl. Gerichtsverfassungsgesetz § 27.

§ 9. Neben der Geldstrafe oder der Haft kann auf die Einziehung der verbotswidrig in Besitz genommenen, feilgebotenen, verkauften, angekauften, oder zu Handelszwecken versandten Vögel, Nester oder Eier erkannt werden, ebenso auf Einziehung der Werkzeuge und Schußwaffen, die verbotswidrig zum Fangen oder Töten der Vögel, zum Zerstören oder Ausheben der Nester, Brutstätten oder Eier gebraucht oder bestimmt waren, auch wenn die Gegenstände dem Verurteilten nicht gehören.

Ist die Verfolgung oder Verurteilung einer bestimmten Person nicht ausführbar, so kann auf die Einziehung selbständig erkannt werden.

§ 10. Dieses Gesetz tritt gleichzeitig mit der Jagdordnung in Kraft.

Zu dem gleichen Zeitpunkte wird das Gesetz vom 8. Juli 1894 Nr. 29, den Schutz nicht jagdbarer Vögel betreffend, aufgehoben.

Alle, die es angeht, haben sich hiernach zu achten.

Urkundlich Unserer Unterschrift und beigedruckten Herzoglichen Geheime-Kanzlei-Siegels.

Braunschweig, den 3. März 1911.

Johann Albrecht

(L. S.)

H. z. M.

von Otto. Hartwig. C. Wolff.

4. Verzeichnis der im Herzogtum Braunschweig wild vorkommenden Vogelarten nach der Art ihres geschützlichen Schutzes.

I.

Vogelarten, deren Fang usw. nach § 2 und § 3 Abs. 2 des Landes-Vogelschutzgesetzes vom 3. März 1911 Nr. 22 während des ganzen Jahres verboten ist.

Ruckucksvogel: Ruckuck, Eisvogel,¹ Blaurake, Wiedehopf.

Spechte: Wendehals, Grün-, Grau- und Schwarzspecht, Großer, Mittlerer und Kleiner Buntspecht.

Sperlingsvögel: Ziegenmelker, Mauersegler, Schnee-, Gold-, Garten-, Gersten (Grau-) und Rohrammer, Kiefern- und Nichten-Kreuzschnabel, Domsaff, Nordischer Gimpel, Girlitz, Kirschenbeißer, Stieglitz, Erlen- und Birkenzeisig, Blut- und Berghänfling, Grün-, Buch- und Bergfink, Feld-, Baum- und Haubenlerche, Gemeiner und Kurzzeiger Baumläufer, Spechtmeise, Rauch-, Ufer- und Hauschwalbe, Weiße, Gelbe und Gebirgs-Bachstelze, Wiesen-, Wasser-, Baum- und Brachpieper, Heckenbraunelle, Gartenspötter, Fitis, Wald- und Weiden-Laubsänger, Goldköpfiges und Feuerköpfiges Goldhähnchen, Garten-, Dorn-, Sperber-, Zaun- und Mönchs-Grasmücke, Rohrdrossel, Teich-, Sumpf-, Vinsen-, Schilf- und Heuschrecken-Rohrfänger, Raunkönig, Wasserstar, Nachtigall, Rotsterniges und Weißsterniges Blautehchen, Rotkehlchen, Garten- und Haus-Rotschwänzchen, Steinschmäger, Seidenschwanz, Grauer und Schwarzrückiger Fliegenschnepper, Pirol, Schwanz-, Hauben-, Kohl-, Blau-, Tannen- und Sumpfmeise, Star, Tannenhäher.

Nachtraubvögel: Schleiereule,² Wald-² und Sumpf-² Ohreule, Raufuß-,² Wald-² und Steinkauz,² Uhu.

Tagraubvögel: Gabelweihe, Wespen-, Mäuse-² und Raufußbussard,² Kleiner Schreiadler, Seeadler, Turmfalke.

Sumpfvögel: Kiebitz, Weißer² und Schwarzer Storch.

II.

Vogelarten, die nach § 2 der Jagdordnung vom 3. März 1911 Nr. 21 zu den jagdbaren Tieren gehören und nur durch den Jagdausübungsberechtigten erlegt werden dürfen.

Hühnervögel: Auer-, Birk-, Hasel- und Rebhuhn, Wachtel, Fasan.

Wilde Tauben: Ringel-, Kohl- und Turkeltaube.

Drosseln: Schwarz-, Ring-, Wacholder-, Mistel-, Sing- und Weindrossel.

Sumpfvögel: Große und Zwerg-Trappe, Triel, Gold-, Halsband- und Fluß-Regenpfeifer, Austernfischer, Kranich, Purpur-, Zwerg- und Nachtreiber, Große Rohrdommel, Wasserralle, Wachtelkönig, Kleines und Getüpfeltes Sumpfhuhn, Grünfüßiges Leichhuhn, Großer und Regen-Brachvogel, Waldschnepe, Große und Kleine Sumpfschnepe, Gemeine Bekassine, Dunkler (*Totanus fuscus*), Gambett-, Heller (*glottis*), Punktierter (*ochropus*) und Bruch (*glareola*) = Wasserläufer, Alpen-, Schinz's, Bogenschnäbler und Zwerg-Strandläufer, Sandläufer (*Calidris arenaria*), Flußuferläufer, Kampfschnepe, Schwarzwänzige Uferschnepe.

Wasservögel: Weißwangige, Ringel-, Bläß-, Grau- und Saagans, Höcker- und Singschwan, Brand-, Schell-, Eis-, Trauer-, Samt-, Eider-, Löffel-, Stock-, Spieß-, Schnatter-, Knäck-, Krick-, Pfeif-, Moor-, Tafel-, Berg- und Reiherente, Schwarzer-Raubmöwe, Silber-, Herings-, Sturm-, Lach- und Dreizehige Möwe, Fluß-, Zwerg- und Schwarze Seeschwalbe.

III.

Vogelarten, deren Fang usw. nach § 3 Abs. 1 des Landes-Vogelschutzgesetzes auf fremden Grundstücken ohne Genehmigung des Eigentümers oder Nutzungsberechtigten untersagt ist.

(Dieses Verbot gilt nach § 42 der Jagdordnung nicht für Jagdausübungsberechtigte und Jagdgäste.)

Sperlingsvögel: Feld- und Hausperling, Großer, Kleiner, Rotköpfiger und Rotrückiger Würger, Eichelhäher, Elster, Dohle, Kolkrabe, Raben-, Nebel- und Saatkrähe.

Tagraubvögel: Korn-, Wiesen-, Steppen- und Rohrweih, Sperber, Habicht, Schwarzbrauner Milan, Fisch-,¹ Stein- und Schlangenadler, Großer Schreiadler, Wander-, Baum-, Merlin- und Rotfußfalk.

Sumpfvögel: Bläßhuhn, Grauer Reiher.¹

Wasservögel: Großer, Mittlerer und Kleiner Säger, Cormoran, Polarsee-,¹ Eisse-¹ und Nordseetaucher,¹ Hauben-,¹ Rot-, halbfinger,¹ Horn-,¹ Ohren-¹ und Kleiner¹ Steißeß.

1. Das Töten usw. dieser Vögel ist dem Fischereiberechtigten nach § 3 des Gesetzes vom 19. Dezember 1889 Nr. 51 (vergl. auch Landes-Vogelschutzgesetz § 1) ohne Anwendung von Schußwaffen — mit Genehmigung der Landespolizeibehörde zeitweise auch mit solchen — gestattet.

2. Der Abschuß und Fang dieser Vögel kann dem Jagdausübungsberechtigten nach § 42 der Jagdordnung (vergl. auch Landes-Vogelschutzgesetz § 1) von der Jagdpolizeibehörde auf bestimmte Zeit gestattet werden.

V.

Die Vorschriften über Brieftauben, Militär-Brieftauben und Feldtauben.

1. Artikel 130 des EG. zum BGB.

Unberührt bleiben die landesgesetzlichen Vorschriften über das Recht der Aneignung der einem anderen gehörenden, im Freien betroffenen Tauben.

Zahme Tauben werden dadurch nicht herrenlos, daß sie im Freien umherfliegen. Es besteht also hinsichtlich ihrer kein Aneignungsrecht. Ein solches wird jedoch unter gewissen Voraussetzungen durch einige Landesgesetze eingeräumt, nicht aber in Braunschweig. Hier ist zwar das Halten von Feldtauben durch die hierunter (unter 3) abgedruckten Gesetze beschränkt, den Jagdausübungsberechtigten und sonstigen Personen aber kein Recht eingeräumt, die frei umherfliegenden Tauben eines anderen zu töten und sich anzueignen. Der Artikel 130 des E. G. zum BGB. ist somit für unser Herzogtum bedeutungslos.

Ein Jagdausübungsberechtigter oder Jagdgast, der ihm nicht gehörende Feldtauben vorsätzlich und rechtswidrig tötet, macht sich der Sachbeschädigung schuldig, die auf Antrag nach StGB. § 303 bestraft wird. Zugleich ist er, auch wenn ihm nur Fahrlässigkeit zur Last fällt, dem Eigentümer der Tauben gegenüber zum Ersatz des entstandenen Schadens verpflichtet (BGB. § 823). Dasselbe gilt für die — durch das hierunter abgedruckte Reichsgesetz vom 28. Mai 1894 geschützten — Brieftauben und Militär-Brieftauben.¹

1. Vergl. Abschn. VIII, S. 202.

2. Reichsgesetz, betr. den Schutz der Brieftauben und den Brieftaubenverkehr im Kriege.

Vom 28. Mai 1894 (RGBl. S. 463).

Wir, Wilhelm, von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preußen usw., verordnen im Namen des Reichs, nach erfolgter Zustimmung des Bundesrats und des Reichstags, was folgt:

§ 1. Die Vorschriften der Landesgesetze, nach welchen das Recht, Tauben zu halten, beschränkt ist, und nach welchen im Freien betroffene Tauben der freien Zueignung oder der Tötung unterliegen, finden auf Militär-Brieftauben keine Anwendung.

Dasselbe gilt von landesgesetzlichen Vorschriften, nach welchen Tauben, die in ein fremdes Taubenhaus übergehen, dem Eigentümer des letzteren gehören.

§ 2. Insoweit auf Grund landesgesetzlicher Bestimmungen Sperrzeiten für den Taubenflug bestehen, finden dieselben auf die Reiseflüge der Militär-Brieftauben keine Anwendung. Die Sperrzeiten dürfen für Militär-Brieftauben nur einen zusammenhängenden Zeitraum von höchstens je zehn Tagen im Frühjahr und Herbst umfassen. Sind längere als zehntägige Sperrzeiten eingeführt, so gelten für Militär-Brieftauben immer nur die ersten zehn Tage.

§ 3. Als Militär-Brieftauben im Sinne dieses Gesetzes gelten Brieftauben, welche der Militär-(Marine-) Verwaltung gehören oder derselben gemäß den von ihr erlassenen Vorschriften zur Verfügung gestellt und welche mit dem vorgeschriebenen Stempel versehen sind.

Privatpersonen gehörige Militär-Brieftauben genießen den Schutz dieses Gesetzes erst dann, wenn in ortsüblicher Weise bekannt gemacht worden ist, daß der Züchter seine Tauben der Militärverwaltung zur Verfügung gestellt hat.

§ 4. Für den Fall eines Krieges kann durch Kaiserliche Verordnung bestimmt werden, daß alle gesetzlichen Vorschriften, welche das Töten und Einfangen fremder Tauben gestatten, für das Reichsgebiet oder einzelne Teile desselben außer Kraft treten, sowie daß die Verwendung von Tauben zur Beförderung von Nachrichten ohne Genehmigung der Militärbehörde mit Gefängnis bis zu drei Monaten zu bestrafen ist.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen
Unterschrift und beigedrucktem Kaiserlichen Insiegel.

Gegeben Neues Palais, den 28. Mai 1894

(L. S.)

Wilhelm

Graf von Caprivi.

Der Bundesrat hat in seiner Sitzung vom 8. Novbr.
1894 die folgenden

Ausführungsbestimmungen
zu vorstehendem Gesetze beschlossen:

1. Als Stempel zur Bezeichnung der Militär-Brief-
tauben, ohne Unterschied, ob sie der Militär-(Marine-)
Verwaltung oder Privatpersonen gehören, dient das
Kaiserliche Wappen (Reichsadler in der Grösse von 4 cm). Der
Stempel wird auf die Innenseite der Flügel aufgedrückt.

2. Jede Privatperson, welche Militär-Brieftauben
halten will, muß Mitglied eines Vereins sein, der dem
Verbande Deutscher Brieftauben-Liebhaber-Vereine an-
gehört und statutengemäß seine Brieftauben der Militär-
(Marine-)Verwaltung zur Verfügung stellt.

Jeder Verein erhält zur Abstempelung der seinen
Mitgliedern gehörigen Militär-Brieftauben einen Stempel,
der von dem zuständigen Kriegsministerium (Reichs-
Marine-Amt) beschafft wird und dessen Eigentum bleibt.

3. Die Ortspolizeibehörden erhalten alljährlich im
Laufe des Dezembers durch die vorgesetzten Verwaltungs-
behörden — denen das zuständige Kriegsministerium
die erforderlichen Unterlagen zukommen läßt — Ver-
zeichnisse der in ihren Bezirken befindlichen Brief-
tauben-Liebhaber-Vereine. Die Vereine haben zum
15. Dezember jedes Jahres der Ortspolizeibehörde Listen
einzureichen, aus welchen für jedes einzelne Mitglied
hervorgehen muß: Name, Stand, Wohnung jedes Mit-
glieds, Zahl seiner Militär-Brieftauben und Lage des

Taubenschlages. Die Ortspolizeibehörde erläßt hierauf bis zum 15. Januar des folgenden Jahres die im § 3 Abs. 2 des Gesetzes vorgeschriebene Bekanntmachung.

4. Die Ortspolizeibehörden haben die Befolgung der gesetzlichen Vorschriften und dieser Ausführungsvorschriften seitens der Privatpersonen zu überwachen, insbesondere jeden Mißbrauch des Stempels zur strafrechtlichen Verfolgung zu bringen.

(Zentralblatt für das Deutsche Reich 1894 S. 457).

3. Feldtauben betr.

a) Gesetz, das Halten der Feldtauben betr., vom 4. Januar 1845 Nr. 4.

§ 1. Wer, ohne auf der Feldmark seines Wohnortes mindestens 25 Morgen Ackerland zu besitzen, überhaupt Feldtauben hält oder wer auf je 5 Morgen solcher Länderei mehr als ein Paar Feldtauben hält oder wer überhaupt mehr als 100 Paar Feldtauben hält, verfällt . . . in eine Strafe . . .
(f. unter § 18 III des Gesetzes vom 23. März 1899 Nr. 27).

Hat der Besitzer von Ackerland dasselbe einem anderen verpachtet, so hängt es von den getroffenen Kontraktbestimmungen ab, wenn der Kontrahenten dieses Ackerland in Rücksicht auf die Befugnis zur Feldtaubenzucht angerechnet werden soll.

§§ 2 und 3 aufgehoben.

b) Gesetz, Veränderungen des Gesetzes vom 4. Jan. 1845 betr., vom 26. März 1870 Nr. 33.

§ 1. Den Kreisversammlungen¹ und den städtischen Behörden wird die Befugnis eingeräumt, durch statutarische Anordnung für den betr. . . . Bezirk . . . : 1. Die durch das Gesetz vom 4. Januar 1845 festgesetzte Normalzahl für das Halten der Feldtauben geringer als in dem Gesetze vom 4. Januar 1845 geschehen zu bestimmen; 2. Bestimmung darüber zu treffen, ob und in welchem Maße auch denjenigen Ortsangehörigen das Halten von Feldtauben gestattet sein soll,

welche weniger als 25 Morgen Ackerland auf der Feldmark ihres Wohnortes besitzen.

1. Bis zum Erlaß der Kreisordnung vom 5. Juni 1871 Nr. 35 „den Amtsräten“.

§ 2. Die Kreisversammlungen und städtischen Kommunalbehörden und ebenso auch die ländlichen Kommunalbehörden sind berechtigt, für ihre Bezirke durch Statut . . . Anordnungen und Maßregeln zu treffen, welche ohne Abänderungen der Bestimmungen des Gesetzes vom 4. Januar 1845 die Verhütung oder Verminderung des Schadens, der durch die Feldtauben verursacht wird, bezwecken, wie z. B. deren einstweilige Einsperrung während der Saat- und Erntezeit.¹

1. Auf Grund dieser Bestimmung haben mehrere Landgemeinden der Kreise Helmstedt und Gandersheim durch Statut die Absperrung der Feldtauben während der Saat- und Erntezeit angeordnet.

§ 3. Bei etwaiger Ungleichartigkeit der Anordnungen der Kreisversammlung und einer ländlichen Gemeindebehörde desselben Bezirks (§ 2) haben nur die Anordnungen der Kreisversammlung rechtliche Geltung.

§ 4. Solange und soweit das Gesetz vom 4. Januar 1845 nicht durch statutarische Anordnungen (§ 1) modifiziert ist, bleibt dasselbe unverändert in Kraft.

c) Gesetz, die Bestrafung der Polizei-Übertretungen betr., vom 23. März 1899 Nr. 27.

§ 18. III. Mit Geldstrafe bis zu 60 M oder mit Haft bis zu 14 Tagen wird bestraft:

18. wer Feldtauben hält, ohne den Voraussetzungen des Gesetzes vom 4. Januar 1845 Nr. 4 oder den auf Grund des Gesetzes vom 26. März 1870 Nr. 33 erlassenen statutarischen Anordnungen zu entsprechen.

VI.

Die Jagdschukbeamten.

1. Dienstkleidung und Dienstabzeichen.

a. Bekanntmachung des Herzoglichen Staatsministeriums betr. Vorschriften über die Dienstkleidung für die Beamten und Bediensteten der Herzoglichen Forstverwaltung (Nr. 2509 A) vom 7. Juli 1908 Nr. 47.

(G. u. B. S. S. 263.)

Herzogliches Staatsministerium bringt hier die von Seiner Hoheit dem Herzog Johann Albrecht zu Mecklenburg usw., Regenten des Herzogtums Braunschweig, unterm 26. Juni 1908 genehmigten Vorschriften über die Dienstkleidung für die Beamten und Bediensteten der Herzoglichen Forstverwaltung zur öffentlichen Kenntnis.

Bei der Dienstkleidung wird eine Walduniform, eine Interimsuniform und eine Galauniform unterschieden. Die Galauniform interessiert hier nicht.

1. Die Walduniform, die als vorschriftsmäßige Dienstkleidung für den gewöhnlichen Dienst gilt, besteht aus einem Überrock von grau-grünem Tuch mit zwei Brustklappen und zwei Reihen von je sechs grünen Hornknöpfen mit dem Pferde und der Krone, umgeben von einem Eichenlaubfranze. Schnitt des Rockes hinten joppenartig. Stehfragen bei den Beamten und Bediensteten des Forstschukdienstes von grünem Tuch, bei den Beamten usw. des Forstverwaltungsdienstes von grünem Sammet.

Statt dieses Überrocks kann auch eine gleichfarbige Joppe mit lose anliegender Taille und Überschlagerfragen von gleichem Stoff getragen werden.

Als Kopfbedeckung ist vorgeschrieben ein grau-grüner Filzhut mit grünem Bande und gleicher Einfassung, auf der linken Seite mit einem aufrechtstehenden Barte von Sauborsten oder Hirschhaaren am Grunde mit der Hofarbe, vorn als Dienstabzeichen das springende Pferd mit der Krone, umgeben von Eichenlaubzweigen aus vergoldetem Messing; oder: Rüdemannsmütze nach vorgeschriebenem Muster von Tuch in der Farbe des Rockes mit dem gleichen Dienstabzeichen. Hirschfänger oder zur Joppe Weidmesser.

Zu Rock und Joppe werden von den Beamten und Bediensteten (mit Ausnahme der Forstlehrlinge und Forstwarte)

Achselfstücke von grüner Wollschnur auf Unterlage von grünem Sammt oder Tuch in verschiedener Form für die Rangstufen getragen, die jedoch auf der Spitze beim Führen des Gewehrs oder beim Tragen eines Rucksacks auch fehlen dürfen.

2. Als Interimsuniform wird von den angestellten Beamten, den noch nicht angestellten Forstassessoren, den Forstreferendaren und Reviergehilfen ein Waffenrock von mittelgrünem Tuche mit vergoldeten Knöpfen, die die beiden Hauptfelder des Herzoglichen Wappens mit der Krone bedeckt aufweisen, getragen. Kragen von dem Tuche des Rockes oder gleichfarbigem Sammet. Achselfstücke von goldener Plattschnur.

Als Kopfbedeckung wird entweder ein Hut von steifem, schwarzem Filz mit grüner oder goldener Einfassung usw., Akrasse, Bart von Sauborsten und Dienstabzeichen oder eine Mütze von dem Tuche und der Farbe des Rockes in der Form von Militärmützen mit Kofarbe und Dienstabzeichen getragen. —

Die Beamten und Bediensteten der Herzoglichen Forstverwaltung — ebenso die Forstwegewärter und die zur Verstärkung des Herzoglichen Forst- und Jagdschutzpersonals herangezogenen herrschaftlichen Walдарbeiter — sind als zur Ausübung des Forst- und Jagdschutzes berufen anzusehen, wenn sie einen der Uniformsrocke oder aber vor der Kopfbedeckung das Dienstabzeichen (das springende Pferd mit der Krone s. oben) tragen.

Zu beachten ist auch die Bekanntmachung des Herzoglichen Staatsministeriums vom 30. Dezember 1909 (G. u. V. S. von 1910 Nr. 4), in der angegeben ist, für welche in der Bekanntmachung über die Ausbildung und Prüfung für den Herzoglichen Forstverwaltungs- und Forstschutzdienst vom 30. Dezember 1909, Nr. 3 von 1910, angewandten neuen Dienstbezeichnungen die Vorschriften der vorstehend auszugsweise wiedergegebenen Bekanntmachung vom 7. Juli 1908 im einzelnen gelten sollen.

b. Bekanntmachung des Herzoglichen Staatsministeriums über das Dienstabzeichen der Privat-Forstaufseher, -Jagdaufseher, -Fischereiaufseher und -Jäger vom 29. April 1911 Nr. 40.

(G. u. V. S. S. 221.)

Mit Höchster Genehmigung erlassen wir über das von den Privat-Forstaufsehern, -Jagdaufsehern, -Fischereiaufsehern und -Jägern zu tragende Dienstabzeichen die nachstehenden Bestimmungen:

§ 1. Die auf Grund des Gesetzes vom 30. April 1861 Nr. 26 verpflichteten Privat=Forstaufseher, denen die Ausübung des Forstschutzes in den unter Forsthoheit und den unter staatlicher Forstaufsicht stehenden Privatforsten obliegt,

die auf Grund der Jagdordnung angenommenen Privat=Jagdaufseher,

die auf Grund des § 45 des Fischereigesetzes vom 1. Juli 1874¹ Nr. 38 amtlich verpflichteten Privat=Fischereiaufseher

sowie

die auf Grund der Jagdordnung angenommenen Privat=Jäger haben bei der Ausübung ihres Dienstes den Wolfsangel aus gelbem Metall nach dem nachstehenden Muster zu tragen:



§ 2. Der Wolfsangel ist vorn an der Kopfbedeckung zu befestigen. Als Kopfbedeckung ist eine grüne Tuchmütze nach Art der Militärmützen oder eine grüne Rüdemannsmütze nach dem für die Herzoglichen Forstbeamten vorgeschriebenen Muster oder ein grüner oder grauer weicher Filzhut zu tragen.

§ 3. Diese Bekanntmachung tritt gleichzeitig mit der Jagdordnung in Kraft. Zu dem gleichen Zeitpunkte wird unsere Bekanntmachung, betreffend die von den Privat=Forst- und Privat=Jagdaufsehern zu tragenden Dienstabzeichen, vom 21. September 1899 Nr. 79 aufgehoben.

Braunschweig, den 29. April 1911.

Herzogl. Braunschw. Lüneb. Staatsministerium.
Hartwig.

1. gemeint ist 1879. Vergl. auch Verordnung vom 4. Nov. 1889 Nr. 49 § 17.

2. Die Bestellung der Jagdschutzbeamten zu Hilfsbeamten der Staatsanwaltschaft und ihre Dienstobligationen als solche.

a. Deutsches Gerichtsverfassungsgesetz vom 27. Januar 1877.
(RGBl. S. 41.)

Ausg.

Zehnter Titel. Staatsanwaltschaft.

§ 153. Die Beamten des Polizei- und Sicherheitsdienstes sind Hilfsbeamte der Staatsanwaltschaft und sind in dieser Eigenschaft verpflichtet, den Anordnungen der Staatsanwälte bei dem Landgerichte ihres Bezirks und der diesen vorgesetzten Beamten Folge zu leisten.

Die nähere Bezeichnung derjenigen Beamtenklassen, auf welche diese Bestimmung Anwendung findet, erfolgt durch die Landesregierungen.¹

1. Die auf Grund dieser Bestimmung erlassene Verordnung ist hierunter abgedruckt.

Dreizehnter Titel. Rechtshilfe.

§ 168. Die Sicherheitsbeamten eines Bundesstaates sind ermächtigt, die Verfolgung eines Flüchtigen auf das Gebiet eines anderen Bundesstaates fortzusetzen¹ und den Flüchtigen daselbst zu ergreifen.²

Der Ergriffene ist unverzüglich an das nächste Gericht oder die nächste Polizeibehörde des Bundesstaates, in welchem er ergriffen wurde, abzuführen.

1. Auch den nach § 73 der Jagdordnung zur Ausübung des Jagdschutzes verpflichteten Personen steht dieses Recht der Nach-eile zu.

2. In der Regel wird die Festnahme bei Ausübung des Jagdschutzes nur zur Feststellung der Personalien erfolgen.

b. Verordnung, den § 153 des Deutschen Gerichtsverfassungsgesetzes betr. vom 21. April 1879 Nr. 22.

(G. u. V. S. S. 259.)

Von Gottes Gnaden, Wir, Wilhelm, Herzog zu Braunschweig und Lüneburg usw., verordnen hiermit,

in Ausführung des Deutschen Gerichtsverfassungsgesetzes
§ 153, was folgt:

Als Hilfsbeamte der Staatsanwaltschaft im Sinne
des erwähnten Paragraphen sind anzusehen:

1. Die Sergeanten, Korporale und Mannschaften
des Polizeimilitärs (jetzt: die Mannschaften des
Herzoglichen Gendarmeriecorps),
2. die Amtsvoigte;
außerdem
3. in der Stadt Braunschweig:
die Polizei-Kommissäre (jetzt: die bei Herzog-
licher Polizeidirektion beschäftigten Regierungs-
räte und Regierungs-Assessoren),
der Polizei-Inspektor (jetzt: Polizei-Offizier),
die (jetzt auch: Polizei-Oberwachmeister), Polizei-
Wachtmeister und Polizei-Sergeanten,
4. in der Stadt Wolfenbüttel:
der Vorstand der Ortspolizei und der Polizei-
Kommissär,
5. in den übrigen Städten:
die Vorstände der Ortspolizei,
6. in den Landgemeinden:
die Ortsvorsteher und deren Vertreter,
7. in den Gemarkungen:
die für dieselben bestellten Polizeibeamten¹,
8. rücksichtlich der Feldwroten:
die Feldhüter,
9. rücksichtlich der Übertretungen² der Forst-, Jagd-
und Fischereigesetze:
die mit dem Forst- und Jagdschuze beauf-
tragten Beamten und die zu eben diesem
Schuze sowie zum Schuze der Fischereien
angestellten und beeidigten Aufseher.

Alle, die es angeht, haben sich hiernach zu achten.
 Urkundlich Unserer Unterschrift und begedruckten
 Herzoglichen Geheime-Kanzlei-Siegels.

Braunschweig, den 21. April 1879.

(L. S.) Auf Höchsten Spezial-Befehl.

W. Schulz. Triepz. Graf Görz-Brissberg.

1. Zu Ortspolizeibeamten der Forstgemarkungen, soweit diese ausschließlich oder vorwiegend Kammer- und Klosterforsten umfassen, werden regelmäßig die Forstamtsvorstände bestellt. Sie sind in dieser Eigenschaft Verwalter der Ortspolizei innerhalb der Gemarkung mit allen Rechten und Pflichten, die sich aus der Landgemeindeordnung vom 18. Juni 1892 Nr. 35 (§§ 152 bis 155, 73 und 74) ergeben.

2. Der Ausdruck „Übertretungen“ ist hier nicht etwa im Sinne des § 1 Abs. 3 des StGB., sondern in dem umfassenderen Sinne gebraucht, daß darunter alle Zuwiderhandlungen gegen die auf den Schutz der Forsten, Jagden und Fischereien abzielenden reichs- und landesrechtlichen Vorschriften zu verstehen sind.

c. Strafprozeßordnung vom 1. Februar 1877.

(RGBl. S. 253.)

A u s z u g.

Erstes Buch. Allgemeine Bestimmungen.

Achter Abschnitt. Beschlagnahme und Durchsuchung.

Beschlagnahme.

§ 94. Gegenstände, welche als Beweismittel für die Untersuchung von Bedeutung sein können oder der Einziehung unterliegen,¹ sind in Verwahrung zu nehmen oder in anderer Weise sicherzustellen.

Befinden sich die Gegenstände in dem Gewahrsam einer Person und werden dieselben nicht freiwillig herausgegeben, so bedarf es der Beschlagnahme.

1. Die Beschlagnahme kann also erfolgen:

a) bei Gegenständen, die als Beweismittel dienen können.

Insofern diese nicht zugleich der Einziehung unterliegen, werden sie dem Eigentümer oder berechtigten Inhaber nach Beendigung des Strafverfahrens zurückgegeben.

- b) bei Gegenständen, die nach § 40 StGB. der Einziehung unterliegen. § 40 StGB. lautet:

Gegenstände, welche durch ein vorsätzliches Verbrechen oder Vergehen hervorgebracht, oder welche zur Begehung eines vorsätzlichen Verbrechens oder Vergehens gebraucht oder bestimmt sind, können, sofern sie dem Täter oder einem Teilnehmer gehören, eingezogen werden.

Die Einziehung ist im Urteile auszusprechen.

Abweichend hiervon werden nach § 295 StGB. das Gewehr, das Jagdgerät und die Hunde, die der Täter bei unberechtigtem Jagen (§§ 292–294 StGB.) bei sich geführt hat, eingezogen, auch wenn sie dem Verurteilten nicht gehören. Bei den unter die Jagdordnung fallenden Jagdpolizeiübertretungen können Gegenstände ähnlicher Art ebenfalls eingezogen werden, auch wenn sie dem Täter nicht gehören, vergl. Jagdordnung § 84 letzten Absatz (S. 95).

§ 98. Die Anordnung von Beschlagnahmen steht dem Richter, bei Gefahr im Verzuge¹ auch der Staatsanwaltschaft und denjenigen Polizei- und Sicherheitsbeamten zu, welche als Hilfsbeamte der Staatsanwaltschaft den Anordnungen derselben Folge zu leisten haben.

Ist die Beschlagnahme ohne richterliche Anordnung erfolgt, so soll der Beamte,² welcher die Beschlagnahme angeordnet hat, binnen drei Tagen die richterliche Bestätigung nachsuchen, wenn bei der Beschlagnahme weder der davon Betroffene noch ein erwachsener Angehöriger anwesend war, oder wenn der Betroffene und im Falle seiner Abwesenheit ein erwachsener Angehöriger desselben gegen die Beschlagnahme ausdrücklichen Widerspruch erhoben hat. Der Betroffene kann jederzeit die richterliche Entscheidung nachsuchen. Solange die öffentliche Klage noch nicht erhoben ist, erfolgt

die Entscheidung durch den Amtsrichter, in dessen Bezirk die Beschlagnahme stattgefunden hat.

Ist nach erhobener öffentlicher Klage die Beschlagnahme durch die Staatsanwaltschaft oder einen Polizei- oder Sicherheitsbeamten erfolgt, so ist binnen drei Tagen dem Richter von der Beschlagnahme Anzeige zu machen und sind demselben die in Beschlagnahme genommenen Gegenstände zur Verfügung zu stellen.

Beschlagnahmen in militärischen Dienstgebäuden, zu welchen auch Kriegsfahrzeuge gehören, erfolgen durch Ersuchen der Militärbehörde, und auf Verlangen der Zivilbehörde (Richter, Staatsanwaltschaft) unter deren Mitwirkung. Des Ersuchens der Militärbehörde bedarf es jedoch nicht, wenn die Beschlagnahme in Räumen vorzunehmen ist, welche in militärischen Dienstgebäuden ausschließlich von Zivilpersonen bewohnt werden.

1. Gefahr im Verzuge liegt vor, wenn zu besorgen ist, daß ein Aufschub der Maßregel ihren Erfolg vereiteln würde. — Ob dies der Fall ist, unterliegt nur der Prüfung des Beamten, der über die Anordnung der Beschlagnahme zu befinden hat. Urt. RG. v. 1. 12. 92. 23. 334.

2. Die Beschlagnahme kann durch denselben Beamten ausgeführt werden, der sie angeordnet hat.

Durchsuchung.

§ 102. Bei demjenigen, welcher als Täter oder Teilnehmer einer strafbaren Handlung oder als Begünstiger oder Hehler verdächtig ist, kann eine Durchsuchung der Wohnung¹ und anderer Räume² sowie seiner Person und der ihm gehörigen Sachen sowohl zum Zwecke seiner Ergreifung, als auch dann vorgenommen werden, wenn zu vermuten ist, daß die Durchsuchung zur Auffindung von Beweismitteln führen werde.

1. Voraussetzung der Zulässigkeit jeder Durchsuchung ist die Wahrscheinlichkeit, daß eine strafbare Handlung begangen worden ist (Urt. RG. v. 1. 5. 82 Rpr. 4. 415).

2. Räume, die, ohne Bestandteile seiner Wohnung zu sein, dem Verdächtigen zur Benutzung oder Mitbenutzung überlassen worden sind.

§ 103. Bei anderen Personen sind Durchsuchungen¹ nur behufs der Ergreifung des Beschuldigten oder behufs der Verfolgung von Spuren einer strafbaren Handlung oder behufs der Beschlagnahme bestimmter Gegenstände und nur dann zulässig, wenn Tatsachen vorliegen, aus denen zu schließen ist, daß die gesuchte Person, Spur oder Sache sich in den zu durchsuchenden Räumen befinden.

Diese Beschränkung findet keine Anwendung auf die Räume, in welchen der Beschuldigte ergriffen worden ist, oder welche er während der Verfolgung betreten hat, oder in welchen eine unter Polizeiaufsicht² stehende Person wohnt oder sich aufhält.

1. Auch hier können nicht nur die Räume, sondern, wie im Falle des § 102, auch Personen und Sachen Gegenstand der Durchsuchung sein. Ur. RG. v. 11. 6. 86. 14. 189 Rspr. 8. 454.

2. Vergl. StGB. §§ 38, 39.

§ 104. Zur Nachtzeit dürfen die Wohnung, die Geschäftsräume und das befriedete Besitztum nur bei Verfolgung auf frischer Tat¹ oder bei Gefahr im Verzuge² oder dann durchsucht werden, wenn es sich um die Wiederergreifung eines entwichenen Gefangenen handelt.

Diese Beschränkung findet keine Anwendung auf Wohnungen von Personen, welche unter Polizeiaufsicht³ stehen, sowie auf Räume, welche zur Nachtzeit jedermann zugänglich oder welche der Polizei als Herbergen oder Versammlungsorte bestraffter Personen, als Niederlagen von Sachen, welche mittels strafbarer Handlungen erlangt sind oder als Schlupfwinkel des Glückspiels oder gewerbsmäßiger Unzucht bekannt sind.

Die Nachtzeit umfaßt in dem Zeitraume vom 1. April bis 30. September die Stunden von 9 Uhr abends bis 4 Uhr morgens und in dem Zeitraume vom 1. Oktober bis 31. März die Stunden von 9 Uhr abends bis 6 Uhr morgens.

1. „Auf frischer Tat“, d. h. wenn die Straftat unmittelbar nach der Begehung entdeckt und der Täter sofort verfolgt worden ist.

2. Vergl. Anm. 1 zu § 98 (S. 165).

3. Vergl. Anm. 2 zu § 103 (S. 166).

§ 105. Die Anordnung von Durchsuchungen¹ steht dem Richter, bei Gefahr im Verzuge² auch der Staatsanwaltschaft und denjenigen Polizei- und Sicherheitsbeamten zu, welche als Hilfsbeamte der Staatsanwaltschaft den Anordnungen derselben Folge zu leisten haben.

Wenn eine Durchsuchung der Wohnung, der Geschäftsräume oder des befriedeten Besitztums ohne Beisein des Richters oder des Staatsanwalts stattfindet, so sind, wenn dies möglich,³ ein Gemeindebeamter⁴ oder zwei Mitglieder der Gemeinde, in deren Bezirk die Durchsuchung erfolgt, zuzuziehen. Die als Gemeindeglieder zugezogenen Personen dürfen nicht Polizei- oder Sicherheitsbeamte sein.

Die in den vorstehenden Absätzen angeordneten Beschränkungen der Durchsuchung finden keine Anwendung auf die im § 104 Abs. 2 bezeichneten Wohnungen und Räume.

Durchsuchungen in militärischen Dienstgebäuden erfolgen durch Ersuchen der Militärbehörde und auf Verlangen der Zivilbehörde (Richter, Staatsanwaltschaft) unter deren Mitwirkung. Des Ersuchens der Militärbehörde bedarf es jedoch nicht, wenn die Durchsuchung von Räumen vorzunehmen ist, welche in militärischen Dienstgebäuden ausschließlich von Zivilpersonen bewohnt werden.

1. Die einem Flüchtigen auf das Gebiet eines fremden Bundesstaates nachteilenden Beamten (i. S. 161 GVG. § 168) sind hierbei nicht ohne weiteres zu Durchsuchungen und Beschlagnahmen befugt.

2. Vergl. Anm. 1 zu § 98 (S. 165).

3. Diese Möglichkeit liegt nicht vor, wenn der Zeitverlust voraussichtlich den Erfolg der Durchsuchung vereiteln würde. Urt. RG. v. 24. 5. 84 Rpr. 6. 366.

4. Die Gemeindebeamten dürfen zugleich auch Polizei- und Sicherheitsbeamte sein.

§ 106. Der Inhaber der zu durchsuchenden Räume oder Gegenstände darf der Durchsuchung beiwohnen. Ist er abwesend, so ist, wenn dies möglich, sein Vertreter oder ein erwachsener Angehöriger, Hausgenosse oder Nachbar zuzuziehen.

Dem Inhaber oder der in dessen Abwesenheit zugezogenen Person ist in den Fällen des § 103 Abs. 1 der Zweck der Durchsuchung vor deren Beginn bekannt zu machen.¹ Diese Vorschrift findet keine Anwendung auf die Inhaber der im § 104 Abs. 2 bezeichneten Räume.

§ 107. Dem von der Durchsuchung Betroffenen ist nach deren Beendigung auf Verlangen eine schriftliche Mitteilung zu machen, welche den Grund der Durchsuchung (§§ 102, 103) sowie im Falle des § 102 die strafbare Handlung bezeichnen muß. Auch ist demselben auf Verlangen ein Verzeichnis der in Verwahrung oder in Beschlag genommenen Gegenstände, falls aber nichts Verdächtiges gefunden wird, eine Bescheinigung hierüber zu geben.

§ 108. Werden bei Gelegenheit einer Durchsuchung Gegenstände gefunden, welche zwar in keiner Beziehung zu der Untersuchung stehen, aber auf die erfolgte Verübung einer anderen strafbaren Handlung hindeuten, so sind dieselben einstweilen in Beschlag zu nehmen. Der Staatsanwaltschaft ist hiervon Kenntnis zu geben.

§ 109. Die in Verwahrung oder in Beschlag genommenen Gegenstände sind genau zu verzeichnen und zur Verhütung von Verwechselungen durch amtliche Siegel oder in sonst geeigneter Weise kenntlich zu machen.

Neunter Abschnitt. Verhaftung und vorläufige Festnahme.

§ 127. Wird jemand auf frischer Tat betroffen oder verfolgt, so ist, wenn er der Flucht verdächtig ist¹ oder seine Persönlichkeit nicht sofort festgestellt werden kann, jedermann befugt, ihn auch ohne richterlichen Befehl vorläufig festzunehmen.²

Die Staatsanwaltschaft und die Polizei- und Sicherheitsbeamten sind auch dann zur vorläufigen Festnahme befugt, wenn die Voraussetzungen eines Haftbefehls³ vorliegen und Gefahr im Verzuge obwaltet.

Bei strafbaren Handlungen, deren Verfolgung nur auf Antrag eintritt, ist die vorläufige Festnahme von der Stellung eines solchen Antrages nicht abhängig.

1. Vergl. den hierunter abgedruckten § 112 Abs. 2 (S. 170).

2. Ein Festzunehmender, der zu fliehen sucht, darf hierin nicht durch Handlungen verhindert werden, die ihn an Leib und Leben verletzen. Urt. RG. v. 5. 11. 01. 34 446.

3. Die Voraussetzungen eines Haftbefehls behandeln die unter § 128 abgedruckten §§ 112, 113 (i. S. 170 u. 171).

§ 128. Der Festgenommene ist unverzüglich, sofern er nicht wieder in Freiheit gesetzt wird, dem Amtsrichter des Bezirkes, in welchem die Festnahme erfolgt ist, vorzuführen.¹ Der Amtsrichter hat ihn spätestens am Tage nach der Vorführung zu vernehmen.

Hält der Amtsrichter die Festnahme nicht für gerechtfertigt oder die Gründe derselben für beseitigt, so verordnet er die Freilassung. Andernfalls erläßt

er einen Haftbefehl, auf welchen die Bestimmungen des § 126 Anwendung finden.

1. Diese Bestimmung ist nicht so auszulegen, daß der Jagdschutzbeamte den Festgenommenen in allen Fällen sofort direkt dem Amtsrichter zuzuführen hat, nur soll jeder der Sache nicht förderliche Verzug vermieden werden. Der Beamte wird meist zweckmäßig so verfahren, daß er den Festgenommenen zunächst dem Orts- oder Gemarkungspolizeibeamten vorführt, sofern dieser leichter zu erreichen ist als der Amtsrichter. Häufig wird hier der Festgenommene nach Aufklärung des Sachverhalts wieder in Freiheit gesetzt werden können. Andernfalls hat die Polizeibehörde zu seiner Vorführung vor den Amtsrichter sofort das Nötige anzuordnen.

§ 112. Der Angeschuldigte darf nur dann in Untersuchungshaft genommen werden, wenn dringende Verdachtsgründe gegen ihn vorhanden sind, und entweder er der Flucht verdächtig ist oder Tatsachen vorliegen, aus denen zu schließen ist, daß er Spuren der Tat vernichten, oder daß er Zeugen oder Mitschuldige zu einer falschen Aussage oder Zeugen dazu verleiten werde, sich der Zeugnispflicht zu entziehen. Diese Tatsachen sind aktenkundig zu machen.

Der Verdacht der Flucht bedarf keiner weiteren Begründung:

1. wenn ein Verbrechen¹ den Gegenstand der Untersuchung bildet;
 2. wenn der Angeschuldigte ein Heimatloser oder Landstreicher oder nicht imstande ist, sich über seine Person auszuweisen;
 3. wenn der Angeschuldigte ein Ausländer ist und begründeter Zweifel besteht, daß er sich auf Ladung vor Gericht stellen und dem Urteile Folge leisten werde.
1. Verbrechen sind die mit dem Tode, mit Zuchthaus oder mit Festungshaft von mehr als 5 Jahren bedrohten Straftaten (StGB. § 1 Abs. 1).

§ 113. Ist die Tat nur mit Haft oder mit Geldstrafe bedroht, so darf die Untersuchungshaft nur wegen Verdachts der Flucht und nur dann verhängt werden, wenn der Angeschuldigte zu den im § 112 Nr. 2 oder 3 bezeichneten Personen gehört, oder wenn derselbe unter Polizeiaufsicht steht, oder wenn es sich um eine Übertretung handelt, wegen deren die Überweisung an die Landespolizeibehörde erkannt werden kann.

3. Der strafrechtliche Schutz der Jagdschutzbeamten.

a. Gesetz, die Bestrafung der Polizei-Übertretungen betr.

vom 23. März 1899 Nr. 27.

(G. u. V. S. S. 219.)

§ 6. Ungebühr gegen Beamte usw.

Mit Geldstrafe bis zu 60 Mark oder mit Haft bis zu 14 Tagen wird bestraft:

1. wer sich gegen öffentliche Beamte, Behörden oder mit einer öffentlichen Funktion bekleidete Personen während der Ausübung ihres Dienstes oder ihrer Funktionen oder in Beziehung auf ihren Beruf oder in schriftlichen Eingaben einer groben Ungebühr schuldig macht, — — — — insofern dadurch gegen die Bestimmungen des Reichs-Strafgesetzbuches nicht verstoßen ist. Die Verfolgung tritt nur auf Antrag der Verletzten oder der denselben vorgesetzten Dienstbehörde ein. Wenn durch die Ungebühr (Abs. 1) ein unangemessenes Benehmen der Beamten oder öffentlichen Funktionäre auf der Stelle erwidert wird oder die ungebührliche Äußerung in der Übereilung zur Ausführung oder Verteidigung von Rechten oder zur Wahrnehmung berechtigter Interessen gemacht ist, so kann der Richter den Angeklagten für straffrei erklären.

b. Strafgesetzbuch für das Deutsche Reich vom 15. Mai 1871.

Sechster Abschnitt. Widerstand gegen die Staatsgewalt.

§ 113.¹ Wer einem Beamten,² welcher zur Vollstreckung von Gesetzen, von Befehlen und Anordnungen der Verwaltungsbehörden oder von Urteilen und Verfügungen der Gerichte berufen ist, in der rechtmäßigen Ausübung seines Amtes durch Gewalt³ oder durch Bedrohung mit Gewalt Widerstand leistet, oder wer einen solchen Beamten während der rechtmäßigen Ausübung seines Amtes tätlich angreift, wird mit Gefängnis von vierzehn Tagen bis zu zwei Jahren bestraft.

Sind mildernde Umstände vorhanden, so tritt Gefängnisstrafe bis zu einem Jahre oder Geldstrafe bis zu eintausend Mark ein.

Dieselben Strafvorschriften treten ein, wenn die Handlung gegen Personen, welche zur Unterstützung des Beamten zugezogen waren, oder gegen Mannschaften der bewaffneten Macht, oder gegen Mannschaften einer Gemeinde-, Schutz- oder Bürgerwehr in Ausübung des Dienstes begangen wird.

1. Den Schutz dieses Paragraphen genießen auch alle zu Hilfsbeamten der Staatsanwaltschaft ernannten Forst- und Jagdbeamten bei Durchsuchungen und Beschlagnahmen in der Wohnung eines Forst- oder Jagdfrevlers, insoweit nicht die §§ 117 bis 119 Anwendung finden.

2. Wegen des Begriffs des Beamten vergl. StGB. § 359, der wie folgt lautet:

Unter Beamten im Sinne dieses Strafgesetzes sind zu verstehen alle im Dienste des Reichs oder in unmittelbarem oder mittelbarem Dienste eines Bundesstaats auf Lebenszeit, auf Zeit oder nur vorläufig angestellte Personen, ohne Unterschied, ob sie einen Diensteid geleistet haben oder nicht, imgleichen Notare, nicht aber Advokaten und Anwälte.

3. Unter Widerstand mit Gewalt ist ein solcher zu verstehen, der durch persönliche Kraftäußerungen direkt oder indirekt gegen

die Person des Beamten gerichtet ist, z. B. Stemmen gegen den Boden, um die Wegführung zu verhindern. Lediglich passives Verhalten, bloßer Ungehorsam fallen nicht unter diesen Begriff (s. Daube a. a. O.).

§ 117.¹ Wer einem Forst- oder Jagdbeamten, einem Waldeigentümer, Forst- oder Jagdberechtigten,² oder einem von diesen bestellten Aufseher³ in der rechtmäßigen Ausübung seines Amtes oder Rechtes durch Gewalt oder durch Bedrohung mit Gewalt Widerstand leistet,⁴ oder wer eine dieser Personen während der Ausübung ihres Amtes oder Rechtes tätlich angreift, wird mit Gefängnis von 14 Tagen bis zu 3 Jahren bestraft.

Ist der Widerstand oder der Angriff unter Drohung mit Schießgewehr,⁵ Äxten oder anderen gefährlichen Werkzeugen⁶ erfolgt, oder mit Gewalt an der Person begangen worden, so tritt Gefängnisstrafe nicht unter 3 Monaten ein.

Sind mildernde Umstände vorhanden, so tritt in den Fällen des Absatz 1 Gefängnisstrafe bis zu einem Jahre, in den Fällen des Absatz 2 Gefängnisstrafe nicht unter einem Monat ein.

1. Der Paragraph findet nur Anwendung, wenn der Widerstand oder der Angriff bei Ausübung des Forst- und Jagdschutzes und in Beziehung auf eine innerhalb der Zuständigkeit des Beamten oder Berechtigten liegende Amtshandlung geleistet wird, auch wenn diese außerhalb des Reviers vorgenommen ist. Dagegen fällt der Widerstand, der den Forst- und Jagdberechtigten bei Ausübung ihrer forstlichen oder jagdlichen Geschäfte privatrechtlicher Art (z. B. Widerstand gegen einen eine Jagd leitenden Forstbeamten) geleistet wird, nicht unter diesen Paragraphen (s. Daube a. a. O.).

2. Zu den Jagdberechtigten gehört auch der Jagdpächter.

3. Aufseher können von den Waldeigentümern, Forst- oder Jagdberechtigten und von den Forst- und Jagdbeamten innerhalb ihrer amtlichen Zuständigkeit bestellt werden. Einer Form für die Bestellung oder einer besonderen Verpflichtung bedarf es nicht. Die Bestellung kann auch auf ganz kurze Zeit und selbst für einen einzelnen bestimmten Vorgang erfolgen. Der

Begriff des Aufsehers setzt aber eine gewisse selbständige Tätigkeit voraus; Personen, die nur zu einer bestimmten dienstlichen Verrichtung zur Unterstützung von Beamten zugezogen sind, fallen nicht darunter. Jedenfalls muß im einzelnen Falle ausdrücklich festgestellt werden, ob der von Privatpersonen bestellte Aufseher örtlich und sachlich innerhalb der ihm übertragenen Befugnisse gehandelt hat (s. Daube a. a. O.).

Der einem Privatjagdaufseher geleistete Widerstand fällt auch dann unter § 117, wenn der Aufseher nicht gemäß des Jagdpolizeigesetzes vom 1. April 1879 (jetzt der Jagdordnung) beeidigt ist. RG. Urteil vom 15. Januar 1885.

4. Vergl. Anm. 3 zu § 113 (S. 172).

5. Daß zur Drohung benutzte Schießgewehr braucht nicht geladen gewesen zu sein.

6. Was unter einem gefährlichen Werkzeug zu verstehen ist, ist Tatfrage. Angriff unter Drohung mit einem gefährlichen Werkzeug ist auch anzunehmen, wenn jemand mit seinem Fuhrwerke auf einen anderen zufährt, um ihn überzufahren (s. Daube a. a. O.).

§ 118. Ist durch den Widerstand oder den Angriff eine Körperverletzung¹ dessen, gegen welchen die Handlung begangen ist, verursacht worden, so ist auf Zuchthaus bis zu 10 Jahren zu erkennen.

Sind mildernde Umstände vorhanden, so tritt Gefängnisstrafe nicht unter 3 Monaten ein.

1. Körperverletzung umfaßt die körperliche Mißhandlung und die Gesundheitsbeschädigung.

§ 119. Wenn eine der in den §§ 117 und 118 bezeichneten Handlungen von mehreren¹ gemeinschaftlich² begangen worden ist, so kann die Strafe bis um die Hälfte des angedrohten Höchstbetrages, die Gefängnisstrafe jedoch nicht über 5 Jahre erhöht werden.

1 d. i. mindestens von zweien.

2. d. i. in gewußtem und gewolltem Zusammenwirken. Eine vorherige ausdrückliche Verabredung der mehreren Personen ist nicht erforderlich, es genügt vielmehr deren Einverständnis über ihr Zusammenwirken und es ist hinreichend, daß ein derartiges stillschweigendes Einverständnis auch nur während der Tat entstanden ist.

c. Das Recht der Notwehr.

Es kommt nicht selten vor, daß die die Jagd oder den Jagdschutz ausübenden Personen von Jagdschreibern angegriffen werden und zu ihrer Verteidigung von ihren Waffen Gebrauch machen müssen. Hierzu sind sie nach den gesetzlichen Vorschriften über die Notwehr, die für jedermann gelten, berechtigt.

Das BGB. bestimmt im § 227:

Eine durch Notwehr gebotene Handlung ist nicht widerrechtlich.

Notwehr ist diejenige Verteidigung, welche erforderlich ist, um einen gegenwärtigen rechtswidrigen Angriff von sich oder einem anderen abzuwenden.

Das StGB. schreibt im § 53 folgendes vor:

Eine strafbare Handlung ist nicht vorhanden, wenn die Handlung durch Notwehr geboten war.

Notwehr ist diejenige Verteidigung, welche erforderlich ist, um einem gegenwärtigen rechtswidrigen Angriff von sich oder einem anderen abzuwenden.

Die Überschreitung der Notwehr ist nicht strafbar, wenn der Täter in Bestürzung, Furcht oder Schrecken über die Grenzen der Verteidigung hinausgegangen ist.

Die Rechtswirkung dieser gesetzlichen Bestimmungen ist die, daß die Notwehrhandlung weder eine strafbare Tat ist noch zivilrechtlich zum Schadenersatz verpflichtet.

Die Notwehr richtet sich gegen den Angriff einer Person, nicht gegen den eines Tieres. Im übrigen sei nach der Rechtsprechung des Reichsgerichts auf folgende Punkte aufmerksam gemacht:

Der Angriff braucht nicht notwendig gegen die Person gerichtet zu sein; auch ein rechtswidriger Angriff gegen das Eigentum oder andere Rechte genügt, ebenso ein unmittelbar bevorstehender Angriff. Die Verteidigung kann auch in einem Gegenangriff oder in einem zuvorkommenden Angriff bestehen.

Die Frage, ob im gegebenen Falle die gewählte Art der Verteidigung zur Abwendung des Angriffs erforderlich war, ist nicht nach der subjektiven Auffassung des Handelnden, sondern nach der objektiven Sachlage, insbesondere nach der Art und Stärke des Angriffs zu beurteilen. Die irrtümliche

Annahme des Angegriffenen, daß die von ihm gewählte Art der Verteidigung zur Abwehr erforderlich gewesen sei, kann zwar keine Notwehr, wohl aber gegebenenfalls die Freisprechung wegen mangelnden Dolus begründen. Das Reichsgericht hat jedoch Notwehr angenommen bei Anwendung eines gegenüber dem Angriffsmittel schwerer erscheinenden Verteidigungsmittels, wenn dem Angegriffenen ein geringeres Mittel nicht zu Gebote stand (s. Daube a. a. O.).

d. Gesetz über den Waffengebrauch bei Ausübung des Forst-, Jagd- und Fischereischutzes vom 5. Januar 1911 Nr. 7.

(G. u. V. S. S. 15.)

Das Gesetz gewährt den mit der Ausübung des Forst-, Jagd- und Fischereischutzes beauftragten Beamten gegenüber den großen Gefahren, denen sie in ihrem Berufe ausgesetzt sind, einen erhöhten Schutz. Während sie diesen Schutz in früherer Zeit in vollem Umfange genossen hatten, war er ihnen durch die Gesetzgebung seit 1849 zunächst auf dem Gebiete des Jagdschutzes, später auch auf dem des Forstschutzes wieder entzogen, so daß sie während der letzten Jahrzehnte nur im Rahmen des § 53 StGB, d. h. wie jedermann zum Gebrauche der Waffen befugt waren. Dieser Zustand aber erwies sich, wie mehrere Vorkommnisse während der letzten Jahre zweifellos erkennen ließen, zumal im Hinblick auf die heutige Beschaffenheit der Handfeuerwaffen, als unhaltbar, und so konnte sich denn der Staat der Pflicht, seine Beamten gegen die ihnen drohenden Gefahren durch Gewährung einer besonderen Befugnis zum Waffengebrauche wiederum zu schützen, nicht länger mehr entziehen.

Von Gottes Gnaden, Wir, Johann Albrecht, Herzog zu Mecklenburg usw., Regent des Herzogtums Braunschweig, erlassen mit Zustimmung der Landesversammlung nachfolgendes Gesetz:

§ 1. Die Mitglieder des Herzoglichen Hofjagdamtes, die im herzoglichen Forst- und Jagddienste angestellten Beamten,¹ die nicht angestellten Forstassessoren, die Forstreferendare sowie die Beamten des Polizei- und Sicherheitsdienstes haben unbeschadet der ihnen im Falle der Notwehr² und des Notstandes zustehenden Befug-

nisse das Recht, bei Ausübung des Forst- und Jagdschutzes und, soweit sie Fischereien zu beaufsichtigen haben, auch bei Ausübung des Fischereischutzes nach Maßgabe der Bestimmungen dieses Gesetzes gegen Frebler von ihren Waffen Gebrauch zu machen.

Dieses Recht kann dem Einzelnen von der ihm vorgesetzten Stelle entzogen werden.

1. d. i. die Forstamtsvorstände (Forstmeister und Oberförster), die etatmäßigen Forstassessoren, die Förster und Forstgehilfen.

2. StGB. § 53 und BGB. § 227 (i. E. 175).

Olshausen, Kommentar zum StGB., 7. Aufl., Anm. 6 zu § 53, schreibt:

„Die überwiegende Meinung nimmt an, daß ein rechtswidriger Angriff als Subjekt einen zurechnungsfähigen Menschen verlange. Eine Mittelmeinung vertritt die Meinung, es sei nur an die Angriffe von Menschen, wenn auch unzurechnungsfähiger, zu denken.“

Danach würde die Verteidigung gegen den Angriff eines Unzurechnungsfähigen nach der überwiegenden Meinung nicht als eine Handlung der Notwehr im Sinne des § 53 StGB., sondern als eine — nicht strafbare — Handlung des Notstandes im Sinne des § 54 StGB. anzusehen sein. Dieser Paragraph lautet:

Eine strafbare Handlung ist nicht vorhanden, wenn die Handlung außer dem Falle der Notwehr in einem unverschuldeten auf andere Weise nicht zu beseitigenden Notstande zur Rettung aus einer gegenwärtigen Gefahr für Leib oder Leben des Täters oder eines Angehörigen begangen worden ist.

Ferner bestimmt BGB. § 228 über Notstandsabwehr:

Wer eine fremde Sache beschädigt oder zerstört, um eine durch sie drohende Gefahr von sich oder einem anderen abzuwenden, handelt nicht widerrechtlich, wenn die Beschädigung oder die Zerstörung zur Abwendung der Gefahr erforderlich ist und der Schaden nicht außer Verhältnis zu der Gefahr steht. Hat der Handelnde die Gefahr verschuldet, so ist er zum Schadensersatz verpflichtet.

§ 2. Das gleiche Recht kann auch anderen Personen, die zur Ausübung des Forst-, Jagd- oder Fischereischutzes in den herzoglichen oder in sonstigen Forst-, Jagd- oder Fischereibezirken berufen sind,¹ von Herzoglicher Kammer, Direktion der Forsten, verliehen werden. Die Verleihung ist widerruflich.

Diese Personen sind auf Ersuchen der genannten Behörde vor dem Amtsgerichte ihres Wohnsitzes oder, wenn sie im Herzogtume keinen Wohnsitz haben, vor dem Amtsgerichte des ihrer Obhut anvertrauten Bezirks auf gewissenhafte Erfüllung der ihnen durch dieses Gesetz auferlegten Verpflichtungen zu beeidigen. Von der Beeidigung kann nach Ermessen Herzoglicher Kammer, Direktion der Forsten, abgesehen werden.²

Die Verleihung der Befugnis zum Waffengebrauche, die Beeidigung sowie ein etwaiger Widerruf sind von Herzoglicher Kammer, Direktion der Forsten, zur öffentlichen Kenntniss zu bringen.

1. Es können hier in Frage kommen die (gegen Tagegelde beschäftigten) Reviergehilfen, die auf Kündigung angenommenen Forstwärter, die im Hofdienste beschäftigten Jagdaufseher, die zum Schutze von Privat-, Gemeinde- usw. Forsten bestellten Forstaufseher, die von Jagdausübungsberechtigten oder Jagdvorständen angenommenen Jäger und Jagdaufseher und die zur Beschützung von Privat-Fischereien bestellten Fischereiaufseher. Herzogliche Kammer wird gegebenenfalls zu prüfen haben, ob einer der vorstehend bezeichneten Personen mit Rücksicht auf ihre Persönlichkeit und die Art ihrer Anstellung die Befugnis zum Waffengebrauche wird zugestanden werden können. Hierher gehören auch die Königlich Preussischen und Fürstlich Stolberg-Wernigerodeschen Forstbeamten hinsichtlich der innerhalb des Herzogtums belegenen Königlichen und Fürstlichen Forsten.

Nicht zum Waffengebrauche berechtigt sind die Grundeigentümer und Jagdausübungsberechtigten als solche.

2. Dieser Satz ist im Hinblick auf die in Anm. 1 erwähnten Königlich Preussischen und Fürstlich Stolberg-Wernigerodeschen Beamten aufgenommen.

§ 3. Die in den §§ 1 und 2 bezeichneten Personen sind zum Waffengebrauche auf Grund dieses Gesetzes nur berechtigt, wenn sie sich in der rechtmäßigen Ausübung ihres Amtes befinden und die vorgeschriebene Dienstkleidung oder die vorgeschriebenen Dienstabzeichen¹ tragen.

1. Wegen der Dienstkleidung und der Dienstabzeichen vergl. S. 158 und S. 182, § 3.

§ 4. Den zum Waffengebrauche berechtigten Personen ist die Anwendung der Waffe gestattet,

1. wenn sie oder ihre dienstlichen Begleiter¹ angegriffen oder mit einem Angriffe bedroht werden,

2. wenn ihnen oder ihren dienstlichen Begleitern¹ durch Gewalt oder durch Bedrohung mit Gewalt Widerstand² geleistet wird.

Der Gebrauch der Waffen hat, soweit tunlich, erst nach vorausgegangener Androhung zu erfolgen und darf nicht weiter ausgedehnt werden, als es zur Abwehr des Angriffs oder zur Überwindung des Widerstandes notwendig ist.

1. Die Forstbeamten werden auf ihren Dienstgängen nicht selten von anderen Personen (Walдарbeitern usw.) in dienstlicher Eigenschaft begleitet. Auch wenn der Angriff oder der Widerstand durch Gewalt oder durch Bedrohung mit Gewalt sich gegen diese Begleiter richtet, ist den zum Waffengebrauche berechtigten Personen gestattet, von ihrer Waffe Gebrauch zu machen. Diese Vorschrift schließt sich dem § 2 Ziffer 1 des Gesetzes vom 28. Januar 1907 Nr. 8, die Befugnis der Gefängnisbeamten zum Waffengebrauche betr. an.

2. Vergl. Anm. 3 zu § 113 StGB. (S. 172).

§ 5. Bei der Bedrohung mit einem Angriff oder bei einem Widerstande durch Bedrohung mit Gewalt ist der Gebrauch der Schusswaffen nur dann erlaubt, wenn die Bedrohung mit Waffen, Arten oder anderen gefährlichen Werkzeugen oder von einer Mehrheit von

Personen erfolgt. Der Bedrohung mit einem solchen Angriff ist es, sofern die Voraussetzungen des § 4 vorliegen, gleichzuachten, wenn die Waffen oder Werkzeuge nach erfolgter Aufforderung nicht sofort abgelegt oder wenn sie nach ihrer Ablegung wieder aufgenommen werden, oder wenn mit der Schusswaffe in der Hand die Flucht ergriffen wird.¹

1. Die Bestimmung, daß es der Androhung eines Angriffes gleichzuachten ist, wenn die Waffen oder Werkzeuge nach erfolgter Aufforderung nicht sofort abgelegt oder wenn sie nach ihrer Ablegung wieder aufgenommen werden, rechtfertigt sich in Anbetracht der gefährlichen Lage, in der sich die Beamten usw. bei einem Zusammenstoße mit Forst- oder Jagdsfrevlern meist befinden. Die diesen zustehende Möglichkeit, mit der Waffe zu entfliehen und aus der leicht gewonnenen Deckung auf die Beamten zu schießen, schließt für diese die schwerste Gefahr in sich (Begr.). Die Landesversammlung hat deshalb auf Antrag der Kommission noch die Schlußbestimmung aufgenommen: „oder wenn mit der Schusswaffe in der Hand die Flucht ergriffen wird.“

§ 6. Von jedem Falle des Waffengebrauchs haben die im Staatsdienste beschäftigten Personen ihrem unmittelbaren Vorgesetzten, die übrigen der zuständigen Ortspolizeibehörde oder dem Gemarkungspolizeibeamten unverzüglich Anzeige zu machen.¹

1. Um über die Ausübung des Waffengebrauchs eine genaue Kontrolle ausüben zu können, führt der Paragraph für jeden Fall des Waffengebrauchs, einerlei ob eine Verletzung stattgefunden hat oder nicht, eine Anzeigepflicht ein. Eine sonst etwa bestehende Anzeigepflicht (z. B. bei der Staatsanwaltschaft) wird hierdurch nicht berührt.

§ 7. Das Gesetz über das Verhalten der Forstbedienten und des Polizeimilitärs bei dem Gebrauche der Waffen gegen Forstfrevlern in den Grenzwaldungen vom 10. Mai 1838 Nr. 24 wird aufgehoben.

§ 8. Die zur Ausführung dieses Gesetzes erforderlichen Anweisungen erläßt das Herzogliche Staatsministerium.

Alle, die es angeht, haben sich hiernach zu achten.

Urkundlich Unserer Unterschrift und begedruckten
Herzoglichen Geheime-Kanzlei-Siegels.

Braunschweig, den 5. Januar 1911.

(L. S.) Johann Albrecht,

H. z. M.

von Otto. Hartwieg. C. Wolff.

e. Bekanntmachung des Herzoglichen Staatsministeriums zur Ausführung des Gesetzes über den Waffengebrauch bei Ausübung des Forst-, Jagd- und Fischereischutzes vom 5. Januar 1911 Nr. 7.

Vom 29. April 1911 Nr. 41.

(G. u. V. S. S. 223.)

Auf Grund des § 8 des Gesetzes über den Waffengebrauch bei Ausübung des Forst-, Jagd- und Fischereischutzes vom 5. Januar 1911 Nr. 7 erlassen wir die folgenden Bestimmungen:

§ 1. Ist von einer nach § 1 Abs. 1 oder § 2 Abs. 1 des Gesetzes zum Waffengebrauche berechtigten Person ein Mißbrauch dieses Rechts zu befürchten, so ist es ihr zu entziehen. Insbesondere soll leichtsinnigen, leidenschaftlichen, im Verdachte des Trunkes oder der geistigen Ertrankung stehenden oder sonst unzuverlässigen Personen der Waffengebrauch nicht gestattet sein. Die Vorgesetzten der zum Waffengebrauche befugten Personen haben sorgfältig darüber zu wachen, ob Veranlassung zur Entziehung oder zum Widerruf des Rechts vorliegt. Zutreffendenfalls ist das Waffengebrauchsrecht gemäß § 1 Abs. 2 bezw. § 2 Abs. 1 des Gesetzes unverzüglich zu entziehen bezw. zu widerrufen.

Die Entziehung des den Herzoglichen Forstbeamten einschließlich der nicht angestellten Forstassessoren und der Forstreferendare nach § 1 Abs. 1 des Gesetzes

zustehenden Rechtes zum Waffengebrauche sowie der Widerruf des anderen Personen auf Grund des § 2 Abs. 1 verliehenen Rechtes zum Waffengebrauche geschieht durch Herzogliche Kammer, Direktion der Forsten. Wird eine solche Maßnahme erforderlich, so haben die Vorgesetzten der betreffenden Personen dieser Behörde Anzeige zu machen. Bei Gefahr im Verzuge ist das zuständige Herzogliche Forstamt Beamten und Bediensteten des Herzoglichen Forstdienstes gegenüber zur vorläufigen Untersagung des Waffengebrauchs berechtigt und verpflichtet.

Ist die Entziehung des Waffengebrauchs gemäß § 1 Abs. 2 des Gesetzes von einer anderen Stelle als der Herzoglichen Kammer, Direktion der Forsten, erfolgt, so wird letzterer davon Mitteilung gemacht werden.

§ 2. Die Vorschriften über den Waffengebrauch finden hinsichtlich der außerhalb der Hoheitsgrenzen gelegenen Teile der Herzoglichen Forst- und Jagdbezirke keine Anwendung.

§ 3. Hinsichtlich der Dienstkleidung im Sinne des § 3 des Gesetzes sind für die Beamten und Bediensteten der Herzoglichen Forstverwaltung die Vorschriften in den Bekanntmachungen vom 7. Juli 1908 Nr. 47 und vom 30. Dezember 1909 Nr. 4 von 1910, hinsichtlich der Dienstabzeichen der Privat-Forstaufseher, =Jagdaufseher=, =Fischereiaufseher und =Jäger die Bestimmungen der Bekanntmachung vom 29. April 1911 Nr. 40 maßgebend.

Für die Königlich Preussischen und Fürstlich Stolberg-Wernigerode'schen Forst- und Jagdbeamten, denen hinsichtlich der innerhalb des Herzogtums belegenen Königlichen bezw. Fürstlichen Forsten ein Waffengebrauchsrecht verliehen wird, ist die für ihren Dienst vorgeschriebene Kleidung als Dienstkleidung im Sinne des § 3 anzusehen.

§ 4. Bevor die zum Waffengebrauche Berechtigten bei einem Zusammenstoße mit Freblern sich der Waffen bedienen, haben sie sich, soweit erforderlich und tunlich, als Beamte oder Aufsichtspersonen zu erkennen zu geben, und bewaffnete Frebler zum Ablegen der Waffen aufzufordern.

§ 5. Hat ein zum Waffengebrauch Berechtigter von der Waffe Gebrauch gemacht, so hat er, wenn es ohne Gefahr für seine Person geschehen kann, nachzuforschen, ob jemand verletzt worden ist.

Zutreffendenfalls soll er dem Verletzten die nach Lage der Sache mögliche Hilfe gewähren oder verschaffen.

§ 6. Von jedem Falle des Waffengebrauchs soll der zur Anzeige Verpflichtete, wenn er die im § 6 des Gesetzes vorgeschriebene Anzeige einer anderen Stelle zu erstatten hat, auch dem Herzoglichen Forstamt, in dessen Bezirke sich der Vorfall zugetragen hat, und der zuständigen Ortspolizeibehörde bezw. dem zuständigen Gemarkungspolizeibeamten unverzüglich Mitteilung machen.

§ 7. Das Forstamt und die Ortspolizeibehörde bezw. der Gemarkungspolizeibeamte, die von einem Falle des Waffengebrauchs Kenntniss erhalten, haben ungesäumt tunlichst an Ort und Stelle zu untersuchen, ob der Waffengebrauch gerechtfertigt gewesen ist, ob die Vorschriften befolgt worden sind, und ob ein Mensch dabei verletzt worden ist. Der ermittelte Tatbestand ist zu Protokoll festzustellen.

Über die Ergebnisse der Untersuchung ist unter Anschluß einer Abschrift des Protokolls an die vorgesezten Stellen zu berichten.

§ 8. Hat ein ernsteres Zusammentreffen mit Freblern stattgefunden, so haben die beteiligten Beamten usw. sowie die nach § 7 für die Vornahme der vorläufigen Untersuchung zuständigen Stellen dafür Sorge zu

tragen, daß die zur Feststellung des Tatbestandes dienlichen Spuren bis zum Eintreffen der für die strafrechtliche Untersuchung zuständigen Behörden gesichert werden. Selbstverständlich darf hierbei nichts unterlassen werden, was zur Auffuchung und Pflege verletzter Personen nötig ist.

In derartigen Fällen haben die vorbezeichneten Personen der Herzoglichen Staatsanwaltschaft und dem zuständigen Herzoglichen Amtsgerichte unverzüglich Mitteilung zu machen.

§ 9. Diejenigen zur Ausübung des Forst-, Jagd- oder Fischereischutzes berufenen Personen, denen das Recht zum Waffengebrauche nicht zusteht, dürfen sich der Waffen nur im Falle der Notwehr oder des Notstandes bedienen. Sie sind gehalten, wenn sie im Falle der Notwehr oder des Notstandes von den Waffen Gebrauch gemacht haben, die unter §§ 5, 6 und 8 gegebenen Vorschriften zu befolgen.

§ 10. Die zum Waffengebrauche berechtigten Personen sowie die sonstigen Beamten und Bediensteten der Herzoglichen Forstverwaltung haben sich mit den Vorschriften des Gesetzes über den Waffengebrauch sowie dieser Anweisung genau bekannt zu machen und erhalten zu dem Zwecke einen Abdruck des Gesetzes nebst der Anweisung.

Die Herzoglichen Forstämter haben die ihnen unterstellten Beamten und Bediensteten mündlich über ihre Befugnisse zum Waffengebrauche und die ihnen dabei obliegenden Pflichten zu belehren. Die einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen sind hierbei näher zu erläutern.

Braunschweig, den 29. April 1911.

Herzogl. Braunschw. Lüneb. Staatsministerium.
Hartwieg.

VII.

Gesundheits- und seuchenpolizeiliche Vorschriften in bezug auf die Jagd.

1. Reichs-Viehseuchengesetz vom 26. Juni 1909.

(RGBl. S. 519.)

Auszug.

Das Gesetz interessiert in den Kreisen der Jäger und Hundehalter wegen der darin enthaltenen Vorschriften zur Abwehr des Milzbrandes oder Rauschbrandes unter Wildständen, der Wildseuche und der Tollwut der Hunde. Es kommen besonders folgende Vorschriften in Betracht:

§ 1. Das nachstehende Gesetz regelt das Verfahren zur Bekämpfung übertragbarer Viehseuchen, mit Ausnahme der Rinderpest.

Vieh im Sinne dieses Gesetzes sind alle nutzbaren Haustiere einschließlich der Hunde, der Katzen und des Geflügels.

I. Abwehr der Einschleppung aus dem Auslande.

— — — — —

II. Bekämpfung von Viehseuchen im Inlande.

1. Allgemeine Vorschriften.

a) Anzeigepflicht.

§ 9. Bricht eine Seuche aus, auf die sich die Anzeigepflicht erstreckt (§ 10), oder zeigen sich Erscheinungen, die den Ausbruch einer solchen Seuche befürchten lassen, so hat der Besitzer des betroffenen Viehes unverzüglich der Polizeibehörde oder einer anderen von der Landesregierung zu bezeichnenden Stelle Anzeige zu machen, auch die kranken und verdächtigen Tiere von Orten,

an denen die Gefahr der Ansteckung fremder Tiere besteht, fernzuhalten.

Die gleichen Pflichten hat, wer in Vertretung des Besitzers der Wirtschaft vorsteht, wer mit der Aufsicht über Vieh an Stelle des Besitzers beauftragt ist, wer als Hirt, Schäfer, Schweizer, Senne entweder Vieh von mehreren Besitzern oder solches Vieh eines Besitzers, das sich seit mehr als 24 Stunden außersalb der Feldmark des Wirtschaftsbetriebs des Besitzers befindet, in Obhut hat, ferner für die auf dem Transporte befindlichen Tiere deren Begleiter und für die in fremdem Gewahrsam befindlichen Tiere der Besitzer der betr. Gehöfte, Stallungen, Koppeln oder Weideflächen.

Zur unverzüglichen Anzeige sind auch die Tierärzte und alle Personen verpflichtet, die sich mit der Ausübung der Tierheilkunde oder gewerbsmäßig mit der Kastration von Tieren beschäftigen, imgleichen die Fleischbeschauer einschließlich der Trichinenschauer, ferner die Personen, die das Schlächtergewerbe betreiben sowie solche, die sich gewerbsmäßig mit der Bearbeitung, Verwertung oder Beseitigung geschlachteter, getöteter oder verendeter Tiere oder tierischer Bestandteile beschäftigen, wenn sie, bevor ein polizeiliches Einschreiten stattgefunden hat, von dem Ausbruch einer der Anzeigepflicht unterliegenden Seuche (§ 10) oder von Erscheinungen, die den Ausbruch einer solchen Seuche befürchten lassen, Kenntnis erhalten.

§ 10. Seuchen, auf die sich die Anzeigepflicht erstreckt, sind:

1. Milzbrand, Rauschbrand, Wild- und Rinderseuche;
2. Tollwut;

Der Reichskanzler ist befugt, die Anzeigepflicht auch für andere Seuchen einzuführen und für einzelne Seuchen widerruflich aufzuheben.

2. Besondere Vorschriften für einzelne Seuchen.

a) Milzbrand, Rauschbrand, Wild- und Rinderseuche.

§ 32. Tiere, die an Milzbrand oder Rauschbrand erkrankt oder einer dieser Seuchen verdächtig sind, dürfen nicht geschlachtet werden.

§ 33. Die Vornahme blutiger Operationen an Tieren, die an Milzbrand oder Rauschbrand erkrankt oder einer dieser Seuchen verdächtig sind, ist nur approbierten Tierärzten gestattet.

Eine Öffnung des Kadavers darf ohne polizeiliche Erlaubnis nur von approbierten Tierärzten vorgenommen werden.

§ 34. Die Kadaver gefallener oder getöteter Tiere, die mit Milzbrand oder Rauschbrand behaftet waren oder bei denen der Verdacht einer dieser Seuchen vorliegt, müssen sofort nach Anweisung des beamteten Tierarztes unschädlich beseitigt werden. Bis dahin ist für eine Aufbewahrung Sorge zu tragen, durch die eine Verschleppung von Krankheitskeimen nach Möglichkeit vermieden wird.

Das Abhäuten der Kadaver ist verboten. Jedoch kann das Abhäuten von Rauschbrandkadavern unter ausreichenden Vorsichtsmaßregeln gestattet werden.

Die gleichen Vorschriften finden beim Ausbruche des Milzbrandes oder Rauschbrandes unter Wildständen auf das gefallene oder getötete Wild Anwendung.

§ 35. Die Vorschriften der §§ 32 bis 34 können auf die Wild- und Rinderseuche ausgedehnt werden.

b) Tollwut.

§ 36. Hunde oder sonstige Haustiere, die der Seuche verdächtig sind, müssen von dem Besitzer oder

demjenigen, unter dessen Aufsicht sie stehen, sofort getötet oder bis zu polizeilichem Einschreiten in einem sicheren Behältnis eingesperrt werden.

§ 37. Vor polizeilichem Einschreiten dürfen bei wutkranken oder der Seuche verdächtigen Tieren keinerlei Heilversuche angestellt werden.

§ 38. Das Schlachten wutkranker oder der Seuche verdächtiger Tiere und jeder Verkauf oder Verbrauch einzelner Teile, der Milch oder sonstiger Erzeugnisse solcher Tiere sind verboten.

§ 39. Für Tiere, bei denen die Tollwut festgestellt ist, ist die sofortige Tötung polizeilich anzuordnen, für Hunde und Katzen auch dann, wenn das tierärztliche Gutachten nur auf Verdacht der Seuche lautet. Wenn ein der Seuche verdächtiger Hund oder eine der Seuche verdächtige Katze einen Menschen gebissen hat, so kann das Tier eingesperrt und bis zur Bestätigung oder Beseitigung des Verdachts polizeilich beobachtet werden.

Für Hunde und Katzen, von denen anzunehmen ist, daß sie mit wutkranken Tieren oder der Seuche verdächtigen Hunden oder Katzen (Abs. 1) in Berührung gekommen sind, ist gleichfalls die sofortige Tötung polizeilich anzuordnen. Andere Tiere sind unter der gleichen Voraussetzung sofort der polizeilichen Beobachtung zu unterstellen. Auch kann für Hunde statt der Tötung ausnahmsweise eine mindestens dreimonatige Einsperrung gestattet werden, falls sie nach dem Ermessen der Polizeibehörde mit genügender Sicherheit durchzuführen ist, und der Besitzer des Hundes die daraus und aus der polizeilichen Überwachung erwachsenden Lasten trägt.

§ 40. Ist ein wutkranker oder der Seuche verdächtiger Hund frei umhergelaufen, so muß für die Dauer der Gefahr die Festlegung aller in dem gefähr-

deten Bezirke vorhandenen Hunde polizeilich angeordnet werden. Der Festlegung ist das Führen der mit einem sicheren Maulkorbe versehenen Hunde an der Leine gleichzuerachten. Auch kann für mindergefährdete Bezirksteile zugelassen werden, daß die Hunde entweder ohne Maulkorb an der Leine geführt werden oder mit Maulkorb unter gewissenhafter Überwachung frei laufen dürfen. Es kann angeordnet werden, daß Hunde, die diesen Vorschriften zuwider umherlaufend betroffen werden, sofort zu töten sind.

§ 41. Die Kadaver der fallenen oder getöteten wutkranken oder der Seuche verdächtigen Tiere müssen sofort unschädlich beseitigt werden.

Das Abhäuten solcher Kadaver ist verboten.

III. Strafvorschriften.

§ 74. Mit Gefängnis bis zu 2 Jahren oder mit Geldstrafe von 15 bis zu 3000 Mark wird bestraft:

1. wer vorsätzlich den Vorschriften der §§ . . . 32 bis 34, 36 bis 38, 41 . . . zuwiderhandelt;
2. wer vorsätzlich den Vorschriften der §§ 9, 10 zuwider die ihm obliegende Anzeige unterläßt oder länger als 24 Stunden, nachdem er von der anzuzeigenden Tatsache Kenntnis erhalten hat, verzögert oder es unterläßt, die kranken und die verdächtigen Tiere von Orten, an denen die Gefahr der Ansteckung fremder Tiere besteht, fernzuhalten; die Strafverfolgung wegen unterlassener oder verzögerter Anzeige tritt nicht ein, wenn die Anzeige von einem anderen Verpflichteten rechtzeitig gemacht worden ist;
3. wer vorsätzlich den auf Grund . . . der §§ 35, 36, 40 . . . von der zuständigen Behörde oder dem beamteten Tierarzte getroffenen Anordnungen zuwiderhandelt;

— — — — —

5. wer vorsätzlich Kadaver, die auf polizeiliche Anordnung vergraben sind, oder Teile von solchen unbefugterweise ausgräbt oder wer vorsätzlich Kadaver, die auf polizeiliche Anordnung vergraben waren, oder Teile von solchen unbefugterweise an andere überläßt oder an sich bringt.

Neben der Gefängnisstrafe kann auf Geldstrafe bis zu 1500 Mark erkannt werden.

§ 75. Mit Geldstrafe von 10 bis 150 Mark oder mit Haft nicht unter einer Woche wird bestraft, wer den im § 74 Abs. 1 Nr. 1, 2 bezeichneten Vorschriften aus Fahrlässigkeit zuwiderhandelt.

Eine Bestrafung wegen fahrlässiger Verzögerung der in den §§ 9, 10 vorgeschriebenen Anzeige findet nur statt, wenn die Anzeige länger als 24 Stunden nach erhaltener Kenntnis von der anzuzeigenden Tatsache verzögert worden ist. Die Strafverfolgung wegen fahrlässiger Unterlassung oder Verzögerung der Anzeige tritt nicht ein, wenn die Anzeige von einem anderen Verpflichteten rechtzeitig gemacht worden ist.

Der Zeitpunkt des Inkrafttretens des vorstehenden Gesetzes wird durch Kaiserliche Verordnung mit Zustimmung des Bundesrates bestimmt werden.

2. Reichsgesetz, betr. die Schlachtvieh- und Fleischbeschau, vom 3. Juni 1900.

(RGBl. S. 547.)

Die §§ 12 und 13 dieses Gesetzes, welche Bestimmungen über die Einfuhr von Fleisch in das Zollinland enthalten und für das eingeführte Fleisch eine amtliche Untersuchung unter Mitwirkung der Zollbehörden vorschreiben, gelten, wie § 14 bestimmt, für Wildbret nur insoweit, als der Bundesrat dies anordnet.

Der Bundesrat hat nun in den Ausführungsbestimmungen D zu dem Gejeze¹ bestimmt, daß dessen §§ 12 und 13 auch für Rentiere und Wildschweine, nicht aber für anderes Wildbret gelten sollen. Rentiere sind dem Rindvieh, Wildschweine den Schweinen gleichgestellt.

Frisches Fleisch darf in das Zollinland nur in ganzen Tierkörpern eingebracht werden. Als ganzer Tierkörper ist auch das abgehäutete und ausgeweidete Tier anzusehen; die Unterfüße einschl. der sog. Schienbeine und der Schwanz dürfen fehlen. Die Tierkörper dürfen bei Rindvieh, ausgenommen Kälber, und bei Schweinen, also auch bei Rentieren und Wildschweinen, in Hälften zerlegt sein. Mit den Tierkörpern müssen Brust- und Bauchfell, Lunge, Herz, Nieren in natürlichem Zusammenhange verbunden sein. Bei Wildschweinen dürfen Lunge, Herz und Nieren fehlen. In Hälften zerlegte Tierkörper müssen nebeneinander verpackt und mit Zeichen und Nummern versehen sein, die ihre Zusammengehörigkeit ohne weiteres erkennen lassen. Bei Rindvieh, ausgenommen Kälber, (Rentieren) muß auch der Kopf oder der Unterkiefer mit den Kaumuskeln, bei Schweinen (Wildschweinen) auch der Kopf mit Zunge und Kehlkopf in natürlichem Zusammenhange mit den Körpern eingeführt werden; Gehirn und Augen dürfen fehlen. Bei Rindern darf der Kopf getrennt von dem Tierkörper beigebracht werden, sofern er und der Tierkörper derart mit Zeichen oder Nummern versehen sind, daß die Zusammengehörigkeit ohne weiteres erkennbar ist.

Hinsichtlich der Untersuchung des eingebrachten Fleisches muß hier auf die im Zentralblatt für das Deutsche Reich, 1908, Beilage zu Nr. 52 abgedruckten ausführlichen Ausführungsbestimmungen verwiesen werden. Bemerkt sei nur noch, daß zur Kennzeichnung der der gesundheitlichen Untersuchung bei Eingang in das Zollgebiet unterworfenen Rentiere und Wildschweine die Stempelabdrücke an jeder Körperhälfte mindestens an den nachverzeichneten Körperstellen — erforderlichenfalls nach Vortrennung der Haut an den betr. Stellen — anzubringen sind:

1. auf der Schulter oder an der hinteren Vorarmfläche,
2. neben dem Nierenfett oder auf dem Rücken,
3. auf der Brust,
4. auf der Keule, am Becken oder am Unterschenkel.

Sofern jedoch die Stücke nicht enthäutet sind, genügt die Stempelung in der Nähe des Schauffelnorpels und neben dem

1. Zentralblatt für das Deutsche Reich 1908, Beilage zu Nr. 52, S. 55*.

Nierenfett oder an der Innenseite der Hinterschenkel. Außerdem ist bei allen Tiergattungen auf jedem Eingeweidestück noch mindestens ein Stempelabdruck anzubringen.

Im Herzogtume befand sich bei dem Hauptsteueramte in Braunschweig eine Untersuchungsstelle für in das Zollinland eingeführtes Fleisch; sie ist jedoch zufolge Bekanntmachung des Herzoglichen Staatsministeriums vom 7. Dezember 1909 aufgehoben worden. (G. u. B.-G. Nr. 69 S. 493.)

Im Zollinlande erlegte Wildschweine unterliegen nicht der Fleischschau nach den Vorschriften des Reichsgesetzes, sondern, soweit sie im Herzogtum in den Verkehr gebracht werden, der Untersuchung auf Trichinen und Finnen nach dem Landesgesetze vom 1. Mai 1905 Nr. 26 (vergl. hierunter).

3. Gesetz, betr. die Trichinenschau, vom 1. Mai 1905 Nr. 26.

(G. u. B. G. S. 119.)

Auszug.

Dieses Gesetz ist für jagdliche Kreise um deswillen von Bedeutung, weil es die Untersuchung auf Trichinen und zugleich eine solche auf Finnen auch für die erlegten Wildschweine, soweit ihr Fleisch zum Genusse für Menschen verwendet werden soll, vorschreibt.

§ 1. Schweine, Wildschweine und Hunde, deren Fleisch zum Genusse für Menschen verwendet werden soll, unterliegen einer amtlichen Untersuchung auf Trichinen, Wildschweine und hausgeschlachtete Hunde zugleich einer solchen auf Finnen.

Der gleichen amtlichen Untersuchung unterliegt auch rohes oder zubereitetes Fleisch von Schweinen, Wildschweinen und Hunden, das aus einem anderen deutschen Bundesstaate eingeführt wird, sofern es zum Genusse für Menschen verwendet werden soll und nicht bereits einer amtlichen Trichinen- und Finnenschau unterlegen hat. Ausgenommen hiervon sind ausgeschmolzenes Fett und das zum Reiseverbrauche mitgeführte Fleisch.

§ 4. Vor der Untersuchung durch den Trichinenschauer ist eine Zerlegung des Tieres nicht gestattet; doch darf das Tier in der Längsrichtung zerteilt sein, auch dürfen die Bauch-, Becken- und Brusteingeweide sowie die Zunge im natürlichen

Zusammenhänge mit den Halsorganen und den Organen der Brusthöhle herausgenommen werden.

Sind gleichzeitig mehrere Tiere derselben Art zu untersuchen, so sind die herausgenommenen Teile in der Nähe der Tierkörper derart zu verwahren, daß ihre Zugehörigkeit zu den einzelnen Körpern außer Zweifel steht. Vor der Untersuchung dürfen Teile des Tieres weder entfernt noch einer weiteren Behandlung unterzogen werden, indes dürfen Schweine gebrüht werden.

(Gesetz vom 18. Juni 1908 Nr. 38.) Bei Wildschweinen ist die Entnahme des sogenannten Gescheides (die Eingeweide der Bauch- und Beckenhöhle einschließlich des Mastdarms) sowie des sogenannten Geräusches (Lunge, Herz, Zwerchfell, Leber, Niere) vor der Untersuchung auf Finnen und Trichinen zulässig.

§ 5. Ergibt die Untersuchung, daß das Schwein, Wildschwein oder der Hund frei von Trichinen bezw. Finnen ist, so hat der Trichinenschauer das Fleisch insoweit als tauglich zum Genuß für Menschen zu erklären.

Wird dagegen durch die Untersuchung in dem Tiere das Vorhandensein von Trichinen bezw. Finnen erbracht, so hat der Trichinenschauer den Tierkörper vorläufig zu beschlagnahmen, den Besitzer hiervon zu benachrichtigen und der Ortspolizeibehörde sofort Anzeige zu machen. Sofern der Trichinenschauer nicht approbierter Arzt oder Tierarzt ist, hat danach eine Nachuntersuchung durch einen Tierarzt stattzufinden. Das gleiche gilt für den Fall, daß der nicht ärztlich oder tierärztlich approbierte Trichinenschauer den bloßen Verdacht auf Trichinen bezw. Finnen feststellt.

Fleisch trichinen- oder finnenhaltig befundener Tiere gilt als untauglich zum Genuß für Menschen und unterliegt der Behandlung nach § 9 des Reichsgesetzes, betr. die Schlachtvieh- und Fleischbeschau, vom 3. Juni 1900¹ und den dazu erlassenen Ausführungsvorschriften.

Das Fett von trichinösen Schweinen darf indes nach den Grundsätzen, die ebendasselbe Reichsgesetz für die Verwertung bedingt tauglichen Fleisches aufstellt, verwertet werden.

1. § 9 des Reichsgesetzes betr. die Schlachtvieh- und Fleischschau:

Ergibt die Untersuchung, daß das Fleisch zum Genuß für Menschen untauglich ist, so hat der Beschauer es vorläufig zu beschlagnahmen, den Besitzer hiervon zu benachrichtigen und der Polizeibehörde sofort Anzeige zu erstatten.

Fleisch, dessen Untauglichkeit sich bei der Untersuchung ergeben hat, darf als Nahrungs- oder Genußmittel für Menschen nicht in Verkehr gebracht werden.

Die Verwendung des Fleisches zu anderen Zwecken kann von der Polizeibehörde zugelassen werden, soweit gesundheitliche Bedenken nicht entgegenstehen. Die Polizeibehörde bestimmt, welche Sicherungsmaßregeln gegen eine Verwendung des Fleisches zum Genuß für Menschen zu treffen sind.

Das Fleisch darf nicht vor der polizeilichen Zulassung und nur unter Einhaltung der von der Polizeibehörde angeordneten Sicherungsmaßregeln in Verkehr gebracht werden.

Das Fleisch ist von der Polizeibehörde in unschädlicher Weise zu beseitigen, soweit seine Verwendung zu anderen Zwecken (Abs. 3) nicht zugelassen wird.

§ 6. Das Ergebnis der Untersuchung hat der Trichinenschauer bezw. in den Fällen des § 5 Abs. 2 der die Nachuntersuchung ausführende tierärztliche Beschauer an dem Fleische kenntlich zu machen.

Im Falle des § 5 Abs. 1 darf auf Verlangen des Besitzers von der Kennzeichnung des Fleisches Abstand genommen werden, sofern dieses ausschließlich im eigenen Haushalte des Besitzers verwendet werden soll.

§ 12. Der Nachweis, daß das von auswärts in das Herzogtum eingeführte Fleisch von Schweinen und Wildschweinen bereits einer amtlichen Trichinen- und Finnenschau unterlegen hat und als solches von der nochmaligen Untersuchung im Herzogtume befreit ist (§ 1 Abs. 2), ist schon als erbracht anzusehen, wenn die Herkunft des Fleisches aus einem Staate feststeht, in dem landesrechtlich die Trichinen- und Finnenschau für Schweine und Wildschweine eingeführt ist und bezüglich der Behandlung des eingeführten Fleisches von diesen Tieren nach gleichen Grundsätzen, wie im Herzogtume verfahren wird. Welche Staaten hierunter fallen, wird vom Herzoglichen Staatsministerium besonders bekannt gegeben. Sonst ist der Nachweis bei rohem Fleisch und bei Stücken zubereiteten Fleisches (Pöckelfleisch, Schinken und Speckseiten) durch einen auf den einzelnen Stücken deutlich angebrachten Trichinenschaustempel, bei Wurstwaren durch ein entsprechendes amtliches Begleitzeugnis zu erbringen.

Das gleiche gilt für eingeführtes Fleisch von Hunden.

§ 13. Zuwiderhandlungen gegen dieses Gesetz werden, wenn nicht nach sonstigen Gesetzen eine höhere Strafe verwirkt ist, mit Geldstrafe bis zu 150 M oder mit Haft bestraft.

4. Bekanntmachung des Herzogl. Staatsministeriums, betr. die Trichinenschau, vom 10. Mai 1905 Nr. 27.

(G. u. B. G. S. 127.)

Auszug.

Zur Ausführung des Gesetzes, betr. die Trichinenschau, vom 1. Mai 1905 Nr. 26 bestimmen wir folgendes:

A.

Untersuchung und gesundheitspolizeiliche Behandlung des Fleisches.

. Anmeldung zur Untersuchung.

§ 8. Ist der Trichinenschauer zugleich als Fleischbeschauer zuständig, so fällt die Anmeldung zur Trichinenschau mit der

zur Fleischschau zusammen; andernfalls hat die Anmeldung bei dem Trichinenschauer des Bezirks, in dem die Schlachtung bzw. bei Wildschweinen die Zerlegung stattfinden soll, unter Angabe des hierfür in Aussicht genommenen Zeitpunktes und Ortes möglichst frühzeitig, mindestens 6 Stunden vorher, bei hausgeschlachteten Schweinen und Hunden nicht später als 6 Stunden nach der Schlachtung und endlich in den Fällen der Not Schlachtung oder der plötzlichen Verendung eines Tieres (§ 2 Nr. 1 der Bundesrats-Ausführungsbestimmungen A zum Schlachtvieh- und Fleischbeschau-gesetz) ohne Verzug nach der Schlachtung bzw. der Ausweidung des Tieres zu erfolgen.

Die Anmeldung kann mündlich oder schriftlich geschehen.

Ausführung der Trichinenschau.

§ 9. Der Trichinenschauer soll die Untersuchungen in der Regel nicht später als 6 Stunden nach der ordnungsmäßigen Anmeldung vornehmen; dabei bleiben die Stunden von abends 7 Uhr bis morgens 7 Uhr in der Zeit vom 1. April bis 30. September und von abends 6 Uhr bis morgens 8 Uhr in der Zeit vom 1. Oktober bis 31. März außer Anrechnung. Insoweit die Tiere zugleich der allgemeinen Fleischschau unterliegen, ist die Untersuchung tunlichst im unmittelbaren Anschlusse an diese auszuführen.

Ist der Trichinenschauer verhindert, die Trichinenschau auszuüben, so hat er unverzüglich den ihm zugegangenen Auftrag an seinen Stellvertreter weiterzugeben.

§ 10. Die Untersuchungen sollen bei ausreichender Beleuchtung ausgeführt werden.

Ist die Ausführung der Untersuchung in der Wohnung des Besitzers dadurch erschwert, daß es an einem geeigneten Raume daselbst fehlt oder eine ansteckende Krankheit in der Wohnung herrscht oder dergl., so darf der Trichinenschauer die Untersuchung der entnommenen Fleischteile an einem anderen geeigneten Orte, insbesondere auch in der eigenen Wohnung, vornehmen.

§ 11. Entdeckt der Trichinenschauer vor der Untersuchung, daß eine den Bestimmungen des § 4 des Gesetzes zuwiderlaufende Zerlegung oder sonstige Veränderung des Tierkörpers stattgefunden hat, so hat er hiervon ungesäumt der Ortspolizeibehörde Anzeige zu machen.

§ 13. Die zur Untersuchung bestimmten Fleischproben hat der Trichinenschauer persönlich in der ungefähren Größe einer Walnuß zu entnehmen und zwar je eine aus folgenden Körperstellen:

- a. aus den Zwerchseilpfeilern (Nierenzapfen),
- b. dem Rippentile des Zwerchfelles (Kronfleisch),
- c. den Kehlkopfmuskeln,
- d. den Zungenmuskeln.

In Fällen, in denen die unter c und d genannten Fleischteile etwa nicht vorhanden sind, sind je eine weitere Probe aus den unter a und b genannten Körperstellen oder zwei Proben aus den Bauchmuskeln zu entnehmen. (Wegen der Probenentnahme bei zubereitetem Fleische vergl. § 28.)

§ 15. Die Untersuchung auf Finnen bei Wildschweinen und hausgeschlachteten Hunden (vergl. § 1 Abs. 1 des Gesetzes) hat der Untersuchung auf Trichinen voranzugehen und zwar in der Weise, daß der Trichinenschauer unmittelbar vor Entnahme der Fleischproben die nach der Zerlegung in Längshälften sowie nach Lösung des Bauchfetts zu Tage tretenden Fleischteile, insbesondere an den Hinterschenteln, am Bauch, am Zwerchfell, an den Zwischenrippenmuskeln, am Nacken, sowie das Herz, die Zunge und die Kehlkopfmuskeln auf das Vorhandensein der Finnen zu untersuchen hat.

§ 16. Stellt der Trichinenschauer, der nicht approbierter Arzt oder Tierarzt ist, das Vorhandensein von Trichinen bzw. Finnen oder den Verdacht auf solche fest (vergl. § 5 Abs. 2 des Gesetzes), so hat er nach erfolgter Beschlagnahme des Tieres sich für unzuständig zu erklären. Hierauf erfolgt die Nachuntersuchung durch den für die Fleischschau in dem betreffenden

Bezirke bestellen Tierarzt. Die Zuziehung des letzteren ist Sache des Besitzers des Tieres, der hierauf vom Trichinenschauer hinzuweisen ist.

Verfahren nach der Untersuchung des Fleisches.

§ 17. Das untersuchte Fleisch ist — sofern nicht der Ausnahmefall des § 6 Abs. 2 des Gesetzes vorliegt — alsbald von dem Trichinenschauer, bezw. sofern es sich um die Fälle des § 16 handelt, von dem tierärztlichen Beschauer nach Maßgabe der §§ 18 ff. zu kennzeichnen.

Erklärt jedoch der Besitzer beanstandeten Fleisches oder sein Vertreter sogleich, daß er sich bei der abgegebenen Entscheidung nicht beruhigen, sondern Beschwerde verfolgen werde, so ist das Fleisch vorläufig mit einem Erkennungszeichen, das leicht wieder entfernt werden kann, zu versehen. Dies Erkennungszeichen besteht aus Zetteln von dünnem Papier, die die Aufschrift „Vorläufig beschlagnahmt“ sowie die Unterschrift des Tierarztes tragen und an verschiedenen augenfälligen von der Haut befreiten Stellen des Tierkörpers zu befestigen sind.

Das vorläufig mit einem Erkennungszeichen versehene Fleisch ist vorschriftsgemäß zu kennzeichnen, sobald das Ergebnis der Untersuchung endgültig feststeht.

§ 18. Die Kennzeichnung des trichinen- bezw. finnenfrei befundenen Fleisches erfolgt mittels Farbstempels mit nicht gesundheitschädlicher blauer Farbe oder mittels Brandstempels.

Der Stempel ist von rechteckiger Form von mindestens 5 und 2 cm Seitenlänge und trägt die Aufschrift „Trichinensfrei“ sowie den Namen des Trichinenschaubezirks. Die Schriftzeichen und der Rand des Stempels müssen scharf ausgeprägt sein.

Zur Kennzeichnung des trichinen- bezw. finnenhaltigen Fleisches ist der allgemeine Fleischschau=Untauglichkeitsstempel zu verwenden.

Tierärzten ist es gestattet, einen Stempel mit ihrem Namen anstatt des Namens des Schaubezirks zu verwenden.

§ 19. An Stempelabdrücken genügen bei Schweinen und gewerblich geschlachteten Hunden Abdrücke an zwei Stellen und zwar auf der Schulter und auf dem Hinterschensel. In den anderen Fällen sind die Stempelabdrücke an jeder Körperhälfte an vier Stellen und zwar

- 1) am Kopf oder Hals,
- 2) auf der Schulter,
- 3) auf dem Rücken,
- 4) auf dem Hinterschensel

anzubringen.

§ 20. Die nach §§ 18 und 19 am Fleisch angebrachten Kennzeichen sind zu berichtigen, wenn die Entscheidung des Trichinenschauers bzw. tierärztlichen Beschauers infolge eingeleiteter Beschwerde oder von Aufsichts wegen abgeändert worden ist. Die Berichtigung hat der Beschauer, der die erste Beschau vorgenommen hat, auf die Anweisung der Ortspolizeibehörde hin auszuführen. Das gleiche gilt für die endgültige Kennzeichnung des Fleisches nach § 17 Schlußsatz.

§ 21. Auf Wunsch des Besitzers ist der Trichinenschauer bzw. der tierärztliche Beschauer verpflichtet, die Stempelabdrücke noch an weiteren als den im § 19 bezeichneten Stellen des Tierkörpers anzubringen, jedoch darf diese Anbringung nur im unmittelbaren Anschluß an die Trichinenschau erfolgen. Ausnahmsweise ist solche Abstempelung auch nachträglich statthaft, wenn die Herkunft des Fleisches von einem vorschriftsmäßig untersuchten Tiere außer Zweifel steht. Für die nachträgliche Stempelung hat der Beschauer von dem Eigentümer außer einer etwaigen Reisekostenentschädigung eine Gebühr zu beanspruchen, die gleich jener Entschädigung auf Grund des § 7 des Gesetzes besonders festzusetzen ist.

Auf Verlangen hat der Beschauer ferner eine besondere Bescheinigung über die erfolgte Untersuchung auszustellen, zu der ein Muster nach Anlage 1 verwendet werden kann.

§ 22. Über die weitere Behandlung des trichinösen bzw. finnenhaltigen Fleisches (vergl. § 5 Abf. 3 des Gesetzes) hat die Ortspolizeibehörde nach folgenden Grundsätzen Entscheidung zu treffen und hiervon sofort den Besitzer oder dessen Vertreter zu benachrichtigen.

Die unschädliche Beseitigung trichinösen Fleisches hat zu erfolgen entweder durch höhere Hitzegrade oder auf chemischem Wege und zwar, wo Abdeckereien bestehen, in diesen. Die Ortspolizeibehörde hat in den Fällen auf eine sorgsame Überführung des zu vernichtenden Fleisches nach der Abdeckerei zu achten. Die bei der Beseitigung gewonnenen Erzeugnisse können technisch verwertet werden.

Finnenhaltiges Fleisch von Wildschweinen und hausgeschlachteten Hunden ist in derselben Weise zu beseitigen, es darf aber auch beseitigt werden durch Vergraben an Stellen, welche von Tieren nicht betreten werden, nachdem zuvor das Fleisch mit tiefen Einschnitten versehen und mit Kalk oder feinem trockenen Sande bestreut oder mit Teer, Karbolsäure oder dergl. übergossen ist. Die Gruben sind so tief anzulegen, daß die Oberfläche des Fleisches von einer mindestens 1 Meter starken Erdschicht bedeckt ist.

Die unschädliche Beseitigung des Fleisches außerhalb der Abdeckereien hat in jedem Falle unter polizeilicher Überwachung vor sich zu gehen.

Behandlung des eingeführten Fleisches.

§ 28. In soweit bei dem eingeführten Fleische mangels des in § 12 des Gesetzes bezeichneten Nachweises die Untersuchung auf Trichinen und Finnen im Herzogtume erforderlich wird, finden hierauf die Vorschriften dieses Abschnittes mit nachfolgenden Maßgaben sinngemäße Anwendung.

Von zubereitetem Fleische (Pöckelfleisch, Schinken und Speckseiten) sind für die Trichinenuntersuchung von jedem einzelnen Stücke 3 fettarme Proben von verschiedenen Stellen und wo

möglich aus der Nähe von Knochen und Sehnen zu entnehmen. Bei Würsten sind 3 dünne Scheiben für jedes Kilogramm in entsprechender Verteilung herauszuschneiden.

An Stelle der Stempelung tritt bei den als trichinenfrei befundenen Wurstwaren die Ausstellung einer entsprechenden Bescheinigung durch den Trichinenschauer, die vom Verkäufer usw. aufzubewahren und auf Verlangen zu Zwecken der Kontrolle vorzuzeigen ist. Die Finnenuntersuchung hat sich beim einzelnen Fleischstücke auf die Oberflächen desselben zu erstrecken.

VIII.

Fahrlässige Körperverletzung und Sachbeschädigung durch Jagdausübende.

Wer bei Ausübung der Jagd sich Fahrlässigkeit zuschulden kommen läßt, d. h. die nach § 276 BGB. „im Verkehr erforderliche Sorgfalt“ („die Sorgfalt des ordentlichen Jägers“, wie sich das Reichsgericht in verschiedenen Urteilen ausdrückt) außer acht läßt und dadurch das Leben, den Körper, die Gesundheit, das Eigentum oder ein sonstiges Recht eines anderen verletzt, ist nach § 823 des BGB. zum Ersatze des entstandenen Schadens verpflichtet.

Auch tritt in solchen Fällen — bei Sachbeschädigung jedoch nur, wenn sie vorsätzlich erfolgt — nach den §§ 222, 230, 232 und 303 des StGB. strafrechtliche Verfolgung auf Antrag oder von Amts wegen ein.

Die in Frage kommenden gesetzlichen Bestimmungen sind folgende:

1. Bürgerliches Gesetzbuch.

II. Buch. Recht der Schuldverhältnisse. 25. Titel. Un-erlaubte Handlungen.

§ 823. Wer vorsätzlich oder fahrlässig das Leben, den Körper, die Gesundheit, die Freiheit, das Eigentum oder ein sonstiges Recht eines anderen widerrechtlich verletzt, ist dem anderen zum Ersatze des daraus entstehenden Schadens verpflichtet.¹

Die gleiche Verpflichtung trifft denjenigen, welcher gegen ein den Schutz eines anderen bezweckendes Gesetz verstößt. Ist nach dem Inhalte des Gesetzes ein Verstoß gegen dieses auch ohne Verschulden möglich, so tritt die Ersatzpflicht nur im Falle des Verschuldens ein.

1. Es empfiehlt sich für jeden Weidmann, eine Haftpflichtversicherung einzugehen. Der Allgemeine Deutsche Jagdschuß-Verein hat mit der Lebens- und Pensions-Versicherungs-Gesellschaft Janus zu Hamburg einen Vertrag abgeschlossen, nach dem

die Gesellschaft den Mitgliedern des Vereins für sich und die in ihrem Dienste angestellten Förster und Jäger (gegen eine jährliche Gebühr von 5 Mark für jede versicherte Person) Haftpflichtversicherung gewährt gegenüber allen Entschädigungsansprüchen, die in Deutschland gegen sie in ihrer Eigenschaft als Jäger, Schütze, Schußwaffenbesitzer und Besitzer oder Benutzer von Jagdhunden (soweit sie zur Ausübung der Jagd in Deutschland einschl. des Ganges oder der Fahrt zur Jagd und zurück mitgeführt werden) auf Grund der in Deutschland jetzt oder künftig geltenden gesetzlichen Haftpflichtbestimmungen insofern rechtswidrig und nicht vorsätzlich herbeigeführter Gesundheitsbeschädigung, Körperverletzung oder Tötung von Menschen erhoben werden, und zwar bis zur Höhe von 100 000 M für die einzelne Person, falls jedoch durch ein Ereignis mehrere Personen gleichzeitig verletzt sind, insgesamt bis zur Höhe von 200 000 M. Der Vertrag ist in der Zeitschr. des Allgem. Deutschen Jagdschütz-Vereins 1910 S. 12 abgedruckt.

2. Reichs-Strafgesetzbuch.

16. Abschnitt. Verbrechen und Vergehen wider das Leben.

§ 222. Wer durch Fahrlässigkeit den Tod eines Menschen verursacht, wird mit Gefängnis bis zu drei Jahren bestraft.

Wenn der Täter zu der Aufmerksamkeit, welche er aus den Augen setzte, vermöge seines Amtes, Berufes oder Gewerbes besonders verpflichtet war, so kann die Strafe bis auf fünf Jahre Gefängnis erhöht werden.

17. Abschnitt. Körperverletzung.

§ 230. Wer durch Fahrlässigkeit die Körperverletzung eines anderen verursacht, wird mit Geldstrafe bis zu 900 Mark oder mit Gefängnis bis zu zwei Jahren bestraft.

War der Täter zu der Aufmerksamkeit, welche er aus den Augen setzte, vermöge seines Amtes, Berufes oder Gewerbes besonders verpflichtet, so kann die Strafe auf drei Jahre Gefängnis erhöht werden.

§ 231. In allen Fällen der Körperverletzung kann auf Verlangen des Verletzten neben der Strafe auf eine an denselben zu erlegendende Buße bis zum Betrage von 6000 Mark erkannt werden.

Eine erkannte Buße schließt die Geltendmachung eines weiteren Entschädigungsanspruches aus.

Für diese Buße haften die zu derselben Verurteilten als Gesamtschuldner.

§ 232. Die Verfolgung leichter vorsätzlicher, sowie aller durch Fahrlässigkeit verursachter Körperverletzungen (§§ 223, 230) tritt nur auf Antrag ein, insofern nicht die Körperverletzung mit Übertretung einer Amts-, Berufs- oder Gewerbspflicht begangen worden ist.

Ist das Vergehen gegen einen Angehörigen¹ verübt, so ist die Zurücknahme des Antrages zulässig.

Die in den §§ 195, 196 und 198 enthaltenen Vorschriften finden auch hier Anwendung.

1. Als Angehörige im Sinne des StGB. sind nach § 52 anzusehen Verwandte und Verschwägte auf- und absteigender Linie, Adoptiv- und Pflege-Eltern und -Kinder, Ehegatten, Geschwister und deren Ehegatten und Verlobte.

26. Abschnitt. Sachbeschädigung.

§ 303. Wer vorsätzlich und rechtswidrig eine fremde Sache beschädigt oder zerstört, wird mit Geldstrafe bis zu 1000 Mark oder mit Gefängnis bis zu zwei Jahren bestraft.

Der Versuch ist strafbar.

Die Verfolgung tritt nur auf Antrag ein.

Ist das Vergehen gegen einen Angehörigen verübt, so ist die Zurücknahme des Antrages zulässig.

Hierzu seien folgende Entscheidungen angeführt:

1. „Ein Jäger darf erst dann einen scharfen Schuß nach einem bestimmten Ziele abgeben, wenn er sich davon überzeugt hat, daß er es hierbei in der Tat mit einem jagdbaren Tiere und nicht mit einem menschlichen Wesen zu tun hat.“

Der Beklagte hatte am 1. Januar gegen 5 Uhr abends auf den Kläger, den er für ein Wildschwein gehalten haben will, geschossen, während die begonnene Dämmerung und dichtes Buschwerk ihn verhinderten, die darin verborgene Gestalt des Klägers genau zu erkennen. Entsch. des OLG. Kolmar vom 5/2. 97.

2. „Beim Kesseltreiben handelt fahrlässig, wer bei hart gefrorenem Erdboden in der Richtungslinie zum benachbarten, nicht erheblich entfernten Schützen oder Treiber schießt, da bei Frostwetter mit häufigen Brellschüssen gerechnet werden muß.“ RG. vom Juli 1904 bei Bauer, Die Jagdgesetze Preußens S. 628.

3. Übersteigen eines Drahtzaunes mit geladenem Gewehr betr. „Eine Fahrlässigkeit kann noch nicht ohne weiteres darin gefunden werden, daß der Beklagte es unternahm, mit dem geladenen Gewehr in der Hand den Drahtzaun zu übersteigen. Dieser Zaun bestand aus zwei Drähten, einem in etwa $\frac{1}{4}$ m Höhe gezogenen Stacheldraht und einem kaum $\frac{1}{4}$ m höher darüber befindlichen gewöhnlichen Draht. Der Beklagte war, als er den rechten Fuß über den Zaun setzen wollte, mit dem Stiefel an dem Stacheldraht festgehaft und, da er gleichzeitig mit dem linken, noch diesseits des Zaunes befindlichen Fuße etwas zurückgerutscht war, nach hinten gefallen. Eine derartige Umzäunung zu übersteigen wird der Jäger nicht selten in die Lage versetzt sein und er wird über ein derartiges Hindernis auch mit geladenem Gewehr hinwegsteigen dürfen, vorausgesetzt allerdings, daß er dabei behutsam und unter Anwendung der im gegebenen Falle tunlichen Vorsichtsmaßregeln verfährt. Daß der Beklagte das Gewehr hätte zuvor entladen oder bei dem Übersteigen wegsetzen sollen, konnte nicht unbedingt von ihm verlangt werden. Als das nächstliegende Mittel, um der Gefahr einer Entladung des Gewehrs für den Fall des Hängenbleibens oder den eines Sturzes tunlichst vorzubeugen, kommt die Sicherung des Gewehrs in Betracht. Wenn der Beklagte im vorliegenden Falle in der Lage war, das Gewehr vor dem Übersteigen des Zaunes zu sichern und er es gleichwohl unterlassen hat, so würde ihm der Vorwurf einer Fahrlässigkeit wohl nicht zu ersparen sein. Es kann hierbei freilich auf die Art der Sicherungsvorrichtung und darauf ankommen, ob diese eine mehr oder weniger zuverlässige Gewähr gegen gewalttätige Einwirkungen auf den Mechanismus zu bieten geeignet ist. Es mag zwar auch bei einer guten und für gewöhnliche Fälle zuverlässigen Sicherungsvorrichtung die Möglichkeit nicht ausgeschlossen sein, daß durch einen heftigen Stoß,

ein Aufschlagen des Gewehrs im Fallen die Sicherung beseitigt wird. Wenn aber die Gefahr eines solchen Verlaufes nur eine entferntliegende gewesen wäre und der Beklagte mit gesichertem Gewehr den Baun zu übersteigen sich angeschlossen hätte, so könnte sein Verhalten insofern nicht als ein fahrlässiges betrachtet werden. Ein ungeschicktes Verhalten des Beklagten beim Übersteigen des Baunes allein würde keine seine Haftbarkeit begründende Fahrlässigkeit darstellen." RG. 6. Zivils. v. 7/2. 07.

4. Zuziehung von Schulknaben zu Treibjagden betr. Die Zuziehung von Schulknaben zu einem Kesseltreiben ist nicht schon an sich als ein Verschulden des Jagdleiters anzusehen. Ein solches trifft diesen auch nicht, wenn er, ohne die ausdrückliche Zustimmung des Vaters einzuholen, der Überzeugung sein darf, daß dieser mit dem Eintritt seines Sohnes in die Treiberkette einverstanden ist. RG. 6. Zivils. v. 22/11. 06.

5. Haftung des Jagdleiters für seine Jagdgäste. „Wer eine Treibjagd veranstaltet und leitet, ist auch verpflichtet, bei der Einrichtung des Treibens und der Aufstellung der Schützen, soweit möglich, dafür zu sorgen, daß eine Gefährdung anderer Personen ausgeschlossen ist. Nach der Gestaltung des Abhanges, auf dem das Wild getrieben wurde, und mit Rücksicht auf die landwirtschaftliche Benützung des Geländes lag die Gefahr nahe, daß von den Schützen, die von dem ihnen angewiesenen Standorte aus den oberen Teil des Abhanges, nach dem sie ihre Schüsse zu richten hatten, nicht übersehen konnten, auch Schüsse abgegeben werden würden, durch welche auf den oberen Ädern beschäftigte Personen gefährdet würden. Ob auch die betr. Schützen ein Vorwurf trifft, kann dahingestellt bleiben, denn jedenfalls durfte der Beklagte, der die Gelände- verhältnisse kannte und kennen mußte, das Treiben nicht so einrichten, daß in den Schußbereich einzelner Schützen ein Gelände fiel, das sie nicht übersehen konnten, und bezüglich dessen er damit rechnen mußte, daß dort Menschen mit landwirtschaftlichen Arbeiten beschäftigt sein würden." RG. 6. Zivils. v. 1/11. 06.

6. Ein Jagdverwaltungsbeamter, der bei einer von ihm dienstlich geleiteten Jagd selbst mitschießt, ist hierbei vermöge seines Amtes zu besonderer Aufmerksamkeit verpflichtet (StGB. § 230 Abs. 2). Wenn er durch Fahrlässigkeit die Körperverletzung eines anderen verursacht, so bedarf es zu seiner strafrechtlichen Verfolgung keines Antrages (StGB. § 232 Abs. 1). RG. 4. Straff. v. 7/1. 05, vergl. Pfeiler, Jagdrecht 4. Erg. Heft S. 55.

IX.

Unfallversicherung bei der Jagd.

1. Die bei der Jagd beschäftigten Arbeiter und Betriebsbeamten mit einem Jahresarbeitsverdienst bis zu 3000 M sind nach dem **Reichs-Unfallversicherungsgesetze für Land- und Forstwirtschaft** vom 30. Juni 1900 (RGBl. S. 641) als gegen die Folgen der ihnen bei dem Betriebe zustoßenden Unfälle versichert nur dann anzusehen, wenn die Jagd einen Teil oder Nebenbetrieb eines land- oder forstwirtschaftlichen Betriebes bildet (einheitliche Leitung, örtlicher Zusammenhang, Abschluß kulturschädlicher Tiere, Beschäftigung land- oder forstwirtschaftlicher Arbeiter). Dies ist der Fall hinsichtlich der von der Staatsforstverwaltung verwalteten Jagden, gilt aber auch von kleineren forst- und landwirtschaftlichen Betrieben, denen eine Jagd als Nebenbetrieb und in wirtschaftlicher Abhängigkeit vom Hauptbetriebe angeschlossen ist.

Aus der Rechtsprechung des Reichsversicherungsamtes sei hierzu folgendes angeführt:¹

1. Vergl. Handbuch der Unfallversicherung: Die Reichsunfallversicherungsgesetze, dargestellt von Mitgliedern des Reichsversicherungsamtes. 3. Aufl. 1909. 2. Band S. 11.

Nicht erforderlich ist, daß die Jagd auf Grundstücken ausgeübt wird, die von dem Inhaber des land- oder forstwirtschaftlichen Hauptbetriebes selbst bewirtschaftet werden. Auch bei Jagdpachtungen auf fremden Grundstücken zur Abrundung und Ergänzung der Jagd auf den selbstbewirtschafteten Flächen ist die Annahme eines land- oder forstwirtschaftlichen Nebenbetriebes nicht ausgeschlossen. So hat das Reichsversicherungsamt das Vorhandensein eines Nebenbetriebes in einem Falle angenommen, in dem ein landwirtschaftlicher Unternehmer in demselben Gemeindebezirke, in dem die von ihm bewirtschafteten Ländereien lagen, die Jagd in zwei Jagdbezirken gepachtet hatte und sie unter Verwendung von sonst ständig in der Landwirtschaft beschäftigten Arbeitern ausübte. Die von ihm bewirtschafteten Ländereien lagen zum Teil in den Jagdbezirken selbst, zum Teil außerhalb in einem von einem anderen gepachteten Jagdbezirke. Bei der Entscheidung, durch die die örtlich zuständige landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft zur Entschädigung aus Anlaß des

Unfalls verurteilt wurde, der sich bei der Ausübung der erpachteten Jagd zugetragen hatte, erachtete man für unerheblich sowohl den Umstand, daß der Unfall auf einer nicht von dem Jagdpächter selbst bewirtschafteten Fläche vorgekommen war, als auch die Tatsache, daß in den gepachteten Jagdbezirken die von anderen als dem Jagdpächter bewirtschafteten Flächen an Größe die von ihm bewirtschaftete übertrafen. Es wurde hierbei erwogen, daß für den Begriff eines Nebenbetriebes gegenüber dem Hauptbetriebe die räumliche Ausdehnung beider Betriebe nicht allein oder vorwiegend maßgebend, daß vielmehr noch andere Umstände, z. B. das für beide Betriebe erforderliche Maß von Arbeitskraft und das aus beiden erzielte Einkommen in Betracht zu ziehen ist. Von diesen Gesichtspunkten aus erschien der landwirtschaftliche Betrieb des Jagdpächters gegenüber der Ausübung der Jagd als der wirtschaftliche Schwerpunkt des Gesamtunternehmens.

In einem anderen Falle, in dem ein Grundbesitzer zur Abwendung von Wildschaden Mitpächter der Jagd geworden war, ist deren Ausübung deshalb als Nebenbetrieb der Landwirtschaft angesehen worden.

Bei der Rekursentscheidung 1276 handelte es sich um einen Hofmeister, der von einem Gutsbesitzer mit der Beaufsichtigung der zum Gute gehörigen Holzungen und der Ausübung der Jagd beauftragt war und der gelegentlich der Verfolgung eines auf einem dienstlichen Gange angeschossenen Hasen verunglückte. Ebenso ist der Unfall eines landwirtschaftlichen Betriebsbeamten, der zur Jagdausübung in dem Gutsbezirke verpflichtet war, bei der Züchtigung eines Jagdhundes zum Zwecke der jagdlichen Abrichtung als Betriebsunfall anerkannt worden. Dagegen ist der Unfall eines Wirtschaftsinspektors beim Anfertigen von Jagdpatronen nicht als entschädigungspflichtig angesehen worden, weil die Jagdausübung nicht zu seinen Obliegenheiten gehörte, ihm vielmehr nur zu seinem Vergnügen gestattet war.

Ist die Jagd nicht in den Händen land- oder forstwirtschaftlicher Unternehmer, sondern an andere Jagdliebhaber verpachtet, so kann sie keinen Nebenbetrieb der Land- oder Forstwirtschaft bilden und ist deshalb nicht versichert. Dies schließt aber nicht aus, daß einzelne der dabei beschäftigten Personen in einem land- oder forstwirtschaftlichen Betriebe beschäftigt sind, z. B. wenn die Guts herrschaft einen ihrer Wirtschaftsbeamten den Treibern beauftragt, um Flurschaden zu verhüten. Rekursentscheidung 1602.

Die Treiber¹ bei der Ausübung einer land- oder forstwirtschaftlich versicherten Jagd sind im allgemeinen mitversichert und zwar auch hinsichtlich der Unfälle, die ihnen durch die Schuld von Jagdgästen zugefügt werden. Dagegen sind die zu ihrem Vergnügen teilnehmenden Jagdgäste in der Regel nicht als von dem Jagdgeber beschäftigte Personen anzusehen und die ihnen zustoßenden Unfälle nicht zu entschädigen.

1. Der Jagdgeber hat für die Treiber Invalidenversicherungsmarken zu kleben, wenn er sie zuerst in einer Kalenderwoche beschäftigt.

2. Den Staatsbeamten, die in unfallversicherungs-pflichtigen Betrieben — zu denen auch der der Herzoglichen Forstverwaltung unterstellte staatliche Jagdbetrieb gehört — beschäftigt sind, müßen sie fest angestellt sein oder nicht, ist schon durch das Gesetz vom 24. März 1890 Nr. 8 eine Unfallfürsorge zuteil geworden, welche der den Reichsbeamten durch das Reichsgesetz vom 15. März 1886 gewährten gleichartig war. Als dann diese Gleichartigkeit zuungunsten der Staatsbeamten durch das neue Reichsunfallfürsorgegesetz vom 18. Juni 1901 (RGBl. S. 211), welches die Fürsorge für die Reichsbeamten in verschiedenen Beziehungen günstiger gestaltete, geändert wurde, war es um so mehr nötig, die landesgesetzlichen Bestimmungen mit den reichsgesetzlichen wiederum in Übereinstimmung zu bringen, als eine solche erweiterte Fürsorge Bedingung dafür ist, daß die reichsgesetzlichen Schadensansprüche aus Betriebsunfällen wie bisher beschränkt und die Staatsbeamten auch ferner von der Unfallversicherung ausgeschlossen bleiben. Durch Erlass des nachstehenden Gesetzes ist dieser Forderung Genüge geleistet worden.

Gesetz, betr. die Fürsorge für Beamte infolge von Betriebsunfällen,

vom 8. Dezember 1902 Nr. 53. (G. u. V. S. S. 285.)

Von Gottes Gnaden, Wir, Albrecht, Prinz von Preußen usw., Regent des Herzogtums Braunschweig, erlassen mit Zustimmung der Landesversammlung das nachfolgende Gesetz:

Artikel I.

Das Gesetz, betr. die Fürsorge für Beamte infolge von Betriebsunfällen, vom 24. März 1890 Nr. 8, erhält die nachstehende Fassung:

§ 1. Staatsbeamte,¹ welche in reichsgesetzlich der Unfallversicherung unterliegenden Betrieben beschäftigt sind,² erhalten, wenn sie infolge eines im Dienste erlittenen Betriebsunfalls dauernd dienstunfähig werden, als Ruhegehalt $66\frac{2}{3}$ v. H. ihres jährlichen Dienst Einkommens.³

Personen der vorbezeichneten Art erhalten, wenn sie infolge eines im Dienste erlittenen Betriebsunfalls nicht dauernd dienstunfähig geworden, aber in ihrer Erwerbsfähigkeit beeinträchtigt worden sind, bei ihrer Entlassung aus dem Dienste als Ruhegehalt:

1. im Falle völliger Erwerbsunfähigkeit für die Dauer derselben den im ersten Absätze bezeichneten Betrag;
2. im Falle teilweiser Erwerbsunfähigkeit für deren Dauer einen Bruchteil des vorstehend bezeichneten Ruhegehalts, welcher dem Maße der durch den Unfall herbeigeführten Einbuße an Erwerbsfähigkeit entspricht.⁴

Ist der Verletzte infolge des Unfalls nicht nur völlig dienst- oder erwerbsunfähig, sondern auch derart hilflos geworden, daß er ohne fremde Wartung und Pflege nicht bestehen kann, so ist für die Dauer dieser Hilflosigkeit das Ruhegehalt bis zum vollen Betrage des Dienst Einkommens zu erhöhen.

Solange der Verletzte aus Anlaß des Unfalls tatsächlich und unverschuldet arbeitslos ist, kann in den Fällen des Abs. 2 Ziffer 2 das Ruhegehalt bis zum vollen Betrage des Abs. 1 vorübergehend erhöht werden.

Steht dem Verletzten nach anderweiter gesetzlicher Vorschrift ein höherer Betrag zu, so erhält er diesen.⁵

Nach dem Wegfall des Dienst Einkommens sind dem Verletzten außerdem die noch erwachsenden Kosten des Heilverfahrens (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 des Gewerbe-Unfallversicherungsgesetzes,⁶ Reichsgesetzblatt 1900 S. 585) zu ersetzen.

1. Staatsbeamte im Sinne dieses Gesetzes sind nicht nur die nach §§ 1 und 5 des Gesetzes über den Zivilstaatsdienst vom 4. April 1889 Nr. 17 im Zivilstaatsdienst angestellten Beamten, sondern auch die kommissarisch oder diätarisch auf Probe oder Widerruf oder sonst mit öffentlicher Vollmacht im öffentlichen Dienste beschäftigten Personen. (Begr.)

2. „Beschäftigt“ sind in den staatlichen Betrieben nicht nur die eigentlichen Betriebsbeamten dieser Betriebe, sondern auch die Beamten ohne Unterschied ihres Ranges, die aus Anlaß der staatlichen Beaufsichtigung dieser Betriebe den Gefahren der letzteren gleichfalls ausgesetzt sind. (Begr.)

3. Für die Berechnung des jährlichen Dienst Einkommens der angestellten Beamten sind die Vorschriften des § 135 des Gesetzes über den Zivilstaatsdienst maßgebend, während das Dienst Einkommen nicht angestellter Beamten nach § 4 dieses Gesetzes festgestellt wird.

4. Die Bestimmungen des Abs. 2 sind mit Rücksicht auf solche Beamte vorgesehen, die nicht mit Gehalt bezw. Pensionsberechtigung oder wenn auch mit Gehalt doch auf Kündigung angestellt sind. (Begr.)

5. Vergl. Gesetz über den Zivilstaatsdienst § 134 und Gesetz vom 14. Januar 1901 Nr. 4.

6. Nach dieser Bestimmung sind zu den Kosten des Heilverfahrens zu rechnen: die Kosten der freien ärztlichen Behandlung, Arznei und der sonstigen, insbesondere auch der Heilmittel, die zur Sicherung des Erfolges des Heilverfahrens und zur Erleichterung der Folgen der Verletzung erforderlich sind (Krücken, Stützapparate und dergl.).

§ 2. Die Hinterbliebenen solcher im § 1 bezeichneten Personen, welche infolge eines im Dienste erlittenen Betriebsunfalls gestorben sind, erhalten:

1. als Sterbegeld, sofern ihnen nicht nach anderweiter Bestimmung Anspruch auf Gnadenmonate¹ zusteht, den Betrag des einmonatigen Dienst Einkommens oder des einmonatigen Ruhegehalts des Verstorbenen, jedoch mindestens 50 M,

2. eine Rente. Diese beträgt

a. für die Witwe bis zu deren Tode oder Wiederverheiratung, ebenso für jedes Kind bis zum Ablaufe des Monats, in welchem das 18. Lebensjahr vollendet wird, oder bis zur etwaigen früheren Verheiratung 20 v. H. des jährlichen Dienst Einkommens des Verstorbenen, jedoch für die Witwe nicht unter 216 M und nicht mehr als 3000 M, für jedes Kind nicht unter 160 M und nicht mehr als 1600 M;

- b. für Verwandte der aufsteigenden Linie, wenn ihr Lebensunterhalt ganz oder überwiegend durch den Verstorbenen bestritten worden war, bis zum Wegfalle der Bedürftigkeit insgesamt 20 v. H. des Dienst-einkommens des Verstorbenen, jedoch nicht unter 160 M und nicht mehr als 1600 M; sind mehrere Berechtigte dieser Art vorhanden, so wird die Rente den Eltern vor den Großeltern gewährt;
- c. für elternlose Enkel, falls ihr Lebensunterhalt ganz oder überwiegend durch den Verstorbenen bestritten worden war, im Falle der Bedürftigkeit bis zum Ablaufe des Monats, in welchem das 18. Lebensjahr vollendet wird oder bis zur etwaigen früheren Ver-heiratung insgesamt 20 v. H. des Dienst-einkommens des Verstorbenen, jedoch nicht unter 160 M und nicht mehr als 1600 M.

Die Renten dürfen zusammen 60 v. H. des Dienst-einkommens nicht übersteigen. Ergibt sich ein höherer Betrag, so haben die Verwandten der aufsteigenden Linie nur insoweit einen Anspruch, als durch die Renten der Witwe und der Kinder der Höchstbetrag der Renten nicht erreicht wird, die Enkel nur soweit, als der Höchstbetrag der Renten nicht für Ehegatten, Kinder oder Verwandte der aufsteigenden Linie in Anspruch genommen wird. Soweit die Renten der Witwe und der Kinder den zulässigen Höchstbetrag überschreiten, werden die einzelnen Renten in gleichem Verhältnisse gekürzt.

Steht nach anderweiter gesetzlicher Vorschrift einem von den Hinterbliebenen ein höherer Betrag zu, so erhält er diesen.²

Der Anspruch der Witwe ist ausgeschlossen, wenn die Ehe erst nach dem Unfalle geschlossen ist.

1. Wegen der den Hinterbliebenen angestellter Beamten zustehenden Gnadenmonate vergl. §§ 12 bis 14 des Gesetzes über den Zivildienst.

2. Vergl. Gesetz die Verhältnisse der Beamten-Witwen- und Waisen-Versorgungsanstalt vom 22. März 1876 Nr. 30 und Gesetz die Abänderung dieses Gesetzes betr. vom 20. Februar 1899 Nr. 9.

§ 3. Die Fürsorge erstreckt sich auf die Folgen von Unfällen bei häuslichen und anderen Diensten, zu denen Personen der im § 1 bezeichneten Art neben der Beschäftigung im Betriebe von ihren Vorgesetzten herangezogen werden.

§ 4. Bei den nicht mit Ruhegehaltsberechtigung angestellten Beamten (§ 1) ist die Höhe des jährlichen Dienst Einkommens nach Maßgabe der Bestimmungen des Gewerbe-Unfallversicherungsgesetzes vom 5. Juli 1900¹ (Reichsgesetzblatt S. 585) über die Ermittlung des Jahresarbeitsverdienstes festzustellen.

Erreicht das jährliche Dienst Einkommen nicht den dreihundertfachen Betrag des für den Beschäftigungsort festgesetzten ortsüblichen Tagelohnes gewöhnlicher erwachsener Tagearbeiter (§ 8 des Krankenversicherungs-Gesetzes, Reichsgesetzblatt 1892 S. 417), so ist dieser Betrag der Berechnung der Rente zugrunde zu legen.

Bleibt der nach Abs. 1 zugrunde zu legende Betrag hinter dem Jahresarbeitsverdienst zurück, welchen während des letzten Jahres vor dem Unfall Personen bezogen haben, welche mit Arbeiten derselben Art in demselben Betriebe oder in benachbarten gleichartigen Betrieben beschäftigt waren, so ist dieser Jahresarbeitsverdienst der Berechnung der Rente zugrunde zu legen.

Der 1500 M übersteigende Betrag kommt nur zu einem Drittel zur Anrechnung.

Bleibt bei den nicht mit Ruhegehaltsberechtigung angestellten Beamten (§ 1) die nach vorstehenden Bestimmungen der Berechnung zugrunde zu legende Summe unter dem niedrigsten Dienst Einkommen derjenigen Stellen, in welchen solche Beamte nach den bestehenden Grundsätzen zuerst mit Ruhegehaltsberechtigung angestellt werden können, so ist der letztere Betrag der Berechnung zugrunde zu legen.

1. Die bezüglichen Vorschriften des Gewerbe-Unfallversicherungsgesetzes lauten:

§ 10 Abs. 1 und 2. Die Rente ist nach Maßgabe desjenigen Jahresarbeitsverdienstes zu berechnen, den

der Verletzte während des letzten Jahres seiner Beschäftigung in dem Betrieb an Gehalt oder Lohn (§ 6) bezogen hat, wobei der 1500 Mark übersteigende Betrag nur mit einem Drittel zur Anrechnung kommt.

Als Jahresarbeitsverdienst gilt, soweit sich derselbe nicht aus mindestens wochenweise fixierten Beträgen zusammensetzt, das Dreihundertfache des durchschnittlichen täglichen Arbeitsverdienstes. Für versicherte Personen in Betrieben, in welchen die übliche Betriebsweise eine höhere oder niedrigere Zahl von Arbeitstagen ergibt, wird diese Zahl statt der Zahl 300 der Berechnung des Jahresarbeitsverdienstes zugrunde gelegt.

§ 6. Als Gehalt oder Lohn im Sinne dieses Gesetzes gelten auch Tantiemen, Naturalbezüge und sonstige Bezüge, welche den Versicherten, wenn auch nur gewohnheitsmäßig, gewährt werden, und ganz oder teilweise an Stelle des Gehaltes oder Lohnes treten. Der Wert der Naturalbezüge ist nach Ortsdurchschnittspreisen in Ansatz zu bringen. Dieselben werden von der unteren Verwaltungsbehörde festgesetzt.

§ 5. Ist das der Berechnung der Hinterbliebenenrente zugrunde zu legende Dienst Einkommen infolge eines früher erlittenen, nach den gesetzlichen Bestimmungen über Unfallversicherung oder Unfallfürsorge entschädigten Unfalls geringer, als der vor diesem Unfälle bezogene Lohn oder das vor diesem Unfälle bezogene Dienst Einkommen, so ist die aus Anlaß des früheren Unfalls bei Lebzeiten bezogene Rente oder das Ruhegehalt dem Dienst Einkommen bis zur Höhe des der früheren Entschädigung zugrunde gelegten Jahresarbeitsverdienstes oder Dienst Einkommens hinzuzurechnen.

§ 6. Der Bezug des Ruhegehalts beginnt mit dem Wegfall des Dienst Einkommens, der Bezug der Witwen- und Waisentenrente mit dem Ablaufe der Gnadenmonate oder, soweit solche nicht gewährt werden, mit dem Ablaufe derjenigen Zeit, für

welche nach § 2 Abs. 1 Ziffer 1 das Dienst Einkommen oder das Ruhegehalt weiter bezogen ist.

Gehört der Verletzte auf Grund gesetzlicher oder statutarischer Verpflichtung einer Krankenkasse oder der Gemeindekrankenversicherung an, so wird bis zum Ablauf der 13. Woche nach dem Eintritt des Unfalls das Ruhegehalt und der Ersatz der Kosten des Heilverfahrens um den Betrag der von der Krankenkasse oder der Gemeindekrankenversicherung geleisteten Unterstützung gekürzt. Der Anspruch auf das Sterbegeld und vom Beginne der 14. Woche ab auch der Anspruch auf das Ruhegehalt sowie auf den Ersatz der Kosten des Heilverfahrens geht bis zum Betrage des von der Krankenkasse gezahlten Sterbegeldes bzw. bis zum Betrage der von dieser gewährten weiteren Krankenunterstützung auf die Krankenkasse über. Als Wert der freien ärztlichen Behandlung, der Arznei und der Heilmittel (§ 6 Abs. 1 Ziffer 1 des Krankenversicherungsgesetzes) gilt die Hälfte des gesetzlichen Mindestbetrages des Krankengeldes.

Fällt das Recht auf den Ruhegehalts- oder Rentenbezug im Laufe des Monats, für welchen das Ruhegehalt oder die Rente gezahlt war, fort, so ist von einer Rückforderung abzugehen. Wenn für einen Teil des Monats das Ruhegehalt für den Verletzten mit der Rente für die Hinterbliebenen zusammen trifft, so haben die Hinterbliebenen den höheren Betrag zu beanspruchen.

§ 7. Ein Anspruch auf die in den §§ 1 bis 3 bezeichneten Bezüge besteht nicht, wenn der Verletzte den Unfall vorsätzlich oder durch ein Verschulden herbeigeführt hat, wegen dessen auf Dienstentlassung oder auf Absetzung¹ gegen ihn erkannt oder wegen dessen ihm die Fähigkeit zur Beschäftigung in einem öffentlichen Dienstzweige aberkannt, oder bei den auf Kündigung oder Widerruf angestellten Beamten nach Maßgabe des § 96 des Zivilstaatsdienstgesetzes unter Bezeichnung des Grundes von der Kündigung oder dem Widerruf Gebrauch gemacht worden ist.

Der Anspruch kann, auch ohne daß ein Urteil der bezeichneten Art ergangen ist, ganz oder teilweise abgelehnt werden, falls

das Verfahren wegen des Todes oder der Abwesenheit des Betroffenen oder aus einem anderen in seiner Person liegenden Grunde nicht durchgeführt werden kann.

1. Wegen Dienstentlassung und Absetzung vergl. Gesetz über den Zivilstaatsdienst §§ 39, 41, 142 und 143.

§ 8. Ansprüche auf Grund dieses Gesetzes sind, soweit deren Feststellung nicht von Amts wegen erfolgt, bei Vermeidung des Ausschlusses vor Ablauf von zwei Jahren nach dem Eintritt des Unfalles bei der dem Verletzten unmittelbar vorgesetzten Dienstbehörde anzumelden.

Die Frist gilt auch dann als gewahrt, wenn die Anmeldung bei der für den Wohnort des Entschädigungsberechtigten zuständigen unteren Verwaltungsbehörde erfolgt ist. In solchem Falle ist die Anmeldung unverzüglich an die zuständige Stelle abzugeben und der Beteiligte davon zu benachrichtigen.

Nach Ablauf dieser Frist ist der Anmeldung nur dann Folge zu geben, wenn zugleich glaubhaft bescheinigt wird, daß die Folgen des Unfalles erst später bemerkbar geworden sind, oder daß der Berechtigte von der Verfolgung seines Anspruchs durch außerhalb seines Willens liegende Verhältnisse abgehalten worden ist, und wenn die Anmeldung innerhalb dreier Monate, nachdem die Unfallfolge bemerkbar geworden oder das Hindernis für die Anmeldung weggefallen, erfolgt ist.

Jeder Unfall, welcher von Amts wegen oder durch Anmeldung der Beteiligten einer vorgesetzten Dienstbehörde bekannt wird, ist sofort zu untersuchen. Den Beteiligten ist Gelegenheit zu geben, selbst oder durch Vertreter ihre Interessen bei der Untersuchung zu wahren.

§ 9. Soweit vorstehend nichts anderes bestimmt ist, finden auf die nach §§ 1 bis 3 zu gewährenden Bezüge die für die Beteiligten geltenden Bestimmungen über Ruhegehalt und über die Fürsorge für die Witwen und Waisen der Staatsbeamten mit der Maßgabe entsprechende Anwendung, daß die Festsetzung der Ruhegehälter, Sterbegelder und Renten stets durch das Staatsministerium erfolgt. Auf die Bezüge von Verwandten

der aufsteigenden Linie und von Enkeln finden diese Bestimmungen entsprechende Anwendung.

Die nach §§ 1 bis 3 dieses Gesetzes zu gewährenden Bezüge treten an die Stelle desjenigen Ruhegehalts oder derjenigen Witwen- und Waisengelder, welche den Beteiligten auf Grund anderweiter gesetzlicher Vorschrift zustehen, soweit nicht die letzteren Beträge die nach Maßgabe dieses Gesetzes zu gewährenden Bezüge übersteigen (§ 1 Abs. 5 und § 2 Abs. 3).

Artikel II.

Dieses Gesetz tritt mit dem Tage der Verkündigung in Kraft.

Alle, die es angeht, haben sich hiernach zu achten.

Urkundlich Unserer Unterschrift und beigedruckten Herzoglichen Geheime-Kanzlei-Siegels.

Braunschweig, den 8. Dezember 1902.

(L. S.)

Albrecht, Prinz von Preußen.
von Otto. Hartwig. Triepß.

X.

Eisenbahn-Bau- und Betriebsordnung und Verkehrsordnung.

1. Eisenbahn-Bau- und Betriebsordnung.

Vom 4. November 1904. (RGBl. S. 387.)

Auszug.

VI. Bestimmungen für das Publikum.

— — — — —

§ 78. Betreten der Bahnanlagen.

(1) Das Betreten der Bahnanlagen der freien Strecke, soweit sie nicht zugleich zur Benutzung als Weg bestimmt sind, ist ohne Erlaubniskarte nur gestattet:

1. den Vertretern der Aufsichtsbehörden,
 2. den Beamten der Staatsanwaltschaft, der Gerichte, des Forstschutzes und der Polizei, wenn es zur Ausübung ihres Dienstes notwendig ist,
 3. den Beamten des Telegraphen-, des Zoll- und des Steuerwesens, soweit es zur Wahrnehmung ihres Dienstes innerhalb des Bahngebiets notwendig ist,
 4. den zur Besichtigung dienstlich entsandten deutschen Offizieren.
- — — — —

(4) Die zum Betreten der Bahnanlagen ohne Erlaubniskarte berechtigten Personen haben sich, soweit sie nicht durch ihre Uniform kenntlich sind, auf Erfordern durch eine Bescheinigung ihrer vorgesetzten Behörde auszuweisen.

(5) Erlaubniskarten zum Betreten der Bahnanlagen dürfen nur mit Genehmigung der Aufsichtsbehörde ausgestellt werden.

(6) Die zum Betreten der Bahnanlagen Berechtigten haben es zu vermeiden, sich innerhalb der Gleise aufzuhalten.

— — — — —

§ 79. Überschreiten der Bahn.

(1) Das Publikum darf die Bahn nur an den zu Übergängen bestimmten Stellen überschreiten, und zwar nur solange, als diese nicht durch Schranken geschlossen sind oder ein Zug sich nicht nähert. Beim Überschreiten der Bahn ist jeder unnötige Aufenthalt zu vermeiden.

— — — — —

(3) Privatübergänge dürfen nur von den Berechtigten und nur unter den von der Aufsichtsbehörde genehmigten Bedingungen benutzt werden.

(4) Es ist untersagt, die Schranken oder sonstigen Einfriedigungen eigenmächtig zu öffnen oder zu überschreiten, etwas darauf zu legen oder zu hängen. Solange die Übergänge geschlossen sind, wenn an den mit Zugschranken versehenen Übergängen die Glocke ertönt oder wenn ein Zug sich nähert, müssen Fuhrwerke und Tiere an den Warnungstafeln, und wo solche fehlen, in angemessener Entfernung von der Bahn angehalten werden. Fußgänger dürfen bis an die Schranken der damit versehenen Übergänge herantreten.

— — — — —

§ 82. . Bestrafung von Übertretungen.

(1) Wer den Bestimmungen der §§ 77 bis 81 zuwiderhandelt, wird mit Geldstrafe bis zu 100 Mark bestraft, wenn nicht nach den allgemeinen Strafbestimmungen eine höhere Strafe verwirkt ist.

(2) Die gleiche Strafe trifft den, der den Bestimmungen der Verkehrsordnung über die von der Mitnahme in Personenwagen ausgeschlossenen Gegenstände zuwiderhandelt.

2. Eisenbahn-Verkehrsordnung

(amtliche abgekürzte Bezeichnung: EVO.).

Vom 23. Dezember 1908 (RGBl. 1909 S. 93).

Auszug.

III. Beförderung von Personen.

§ 27. Mitnahme von Tieren in die Personenzüge.

(1) Tiere dürfen in die Personenwagen nicht mitgenommen werden.

(2) Ausgenommen sind kleine Hunde und andere kleine Tiere, die auf dem Schoße getragen werden, wenn ihrer Mitnahme in das Abteil von den Mitreisenden nicht widersprochen wird. Hunde jeder Größe dürfen mitgeführt werden, wenn ihren Besitzern ein besonderes Abteil zur Verfügung gestellt werden kann.

(3) Im übrigen gelten für Hunde, die von Reisenden mitgeführt werden, folgende Vorschriften:

1. Hunde in genügend sicheren Behältern kann die Eisenbahn zur Beförderung in den Gepäck- oder Güterwagen zulassen.
2. Nicht in Behältern verwahrte Hunde sind in besonderen Wagenräumen zu befördern. Sind solche nicht vorhanden oder schon besetzt, so kann die Beförderung nicht verlangt werden.
3. Für das Ein- und Ausladen sowie für das Umladen der Hunde auf Übergangsstationen hat der Reisende zu sorgen.
4. Die Eisenbahn ist nicht verpflichtet, Hunde, die nicht sofort nach Ankunft auf der Bestimmungsstation abgeholt werden, zu verwahren.
5. Eine Angabe des Interesses an der Lieferung ist nicht gestattet.

(4) Im Tarif ist zu bestimmen, ob und für welche Tiere der Reisende eine Beförderungsgebühr zu bezahlen hat. Über die Zahlung ist ihm ein Ausweis zu erteilen.

(5) Für jedes gebührenpflichtige Tier, das ohne solchen Ausweis mitgeführt wird, ist zu entrichten:

bei rechtzeitiger Meldung (§ 16 Abs.(2) ein Zuschlag von 1 Mark zu dem tarifmäßigen Preise, jedoch nicht mehr als das Doppelte dieses Preises; ohne solche Meldung das Doppelte des Preises, jedoch mindestens 6 Mark.

In anderen als den im Abs. (2) erwähnten Fällen ist das Tier aus dem Personenwagen zu entfernen. Die Vorschrift im § 16 Abs. (6) gilt sinngemäß.

(6) Wegen sonstiger Beförderung von Tieren siehe §§ 30 Abs. (3), 40 ff. und 48 ff.

§ 29. Von der Mitnahme ausgeschlossene Gegenstände.

(1) Gefährliche Gegenstände, insbesondere geladene Schußwaffen, ferner explosionsgefährliche, leicht entzündliche, ätzende, übelriechende Stoffe und dergleichen sind von der Mitnahme ausgeschlossen.

(2) Der Zuwiderhandelnde haftet für jeden hieraus entstandenen Schaden und verwirkt außerdem die bahnpolizeilich festgesetzte Strafe.

(3) Die Bediensteten sind berechtigt, sich von der Beschaffenheit der mitgenommenen Gegenstände zu überzeugen.

(4) Personen, die in Ausübung des öffentlichen Dienstes eine Schußwaffe führen, sowie Jäger und Schützen dürfen Handmunition mitnehmen. Den Begleitern von Gefangenen, die mit diesen in besonderen Wagen oder Wagenabteilen fahren, ist gestattet, geladene Schußwaffen mitzuführen.

IV. Beförderung von Reisegepäck.

§ 30. Begriff.

(3) Ob und unter welchen Bedingungen Gegenstände, die nicht zum Reisebedarfe zu rechnen sind, sowie Tiere in genügend sicheren Behältern und Fahrzeuge als Reisegepäck angenommen werden, muß der Tarif einheitlich bestimmen.

(4) Die von der Beförderung als Frachtgut ausgeschlossenen und die im § 29 aufgeführten Gegenstände dürfen bei Vermeidung der im § 60 festgesetzten Folgen nicht als Reisegepäck aufgegeben werden.

(5) Ob und unter welchen Bedingungen die im § 54 Abs.(2) B Ziffer 1 genannten Gegenstände als Reisegepäck angenommen werden, muß der Tarif bestimmen.

VIII. Beförderung von Gütern.

§ 54. Von der Beförderung ausgeschlossene oder nur bedingungsweise zur Beförderung zugelassene Gegenstände.

(1) Von der Beförderung ausgeschlossen sind:

- A. die dem Postzwang unterliegenden Gegenstände;
- B. soweit nicht im Abs. (2) A Ziffer 1 Ausnahmen zugelassen sind:

1. explosionsgefährliche Gegenstände:

b) Munition;

2. selbstentzündliche Stoffe.

(2) Bedingungsweise sind zur Beförderung zugelassen:

A. nach den in der Anlage C enthaltenen Vorschriften:

1. die in der Anlage C unter I und II aufgeführten explosionsgefährlichen Gegenstände und selbstentzündlichen Stoffe [Abs. (1) B];¹
-

Solche Gegenstände dürfen miteinander oder mit anderen Gegenständen nur dann zusammengepackt werden, wenn dies in der Anlage C zugelassen ist.

1. In der Anlage C sind sehr zahlreiche explosionsgefährliche Gegenstände und selbstentzündliche Stoffe (darunter auch Schießpulver und Patronen für Handfeuerwaffen) aufgeführt, deren Beförderung nach den hieselbst gegebenen Verpackungs- und Beförderungsvorschriften zulässig ist.

§ 65. Zoll-, Steuer-, Polizei- und statistische Vorschriften.

(1) Der Absender ist verpflichtet, dem Frachtbrief alle Begleitpapiere beizugeben, die zur Erfüllung der Zoll-, Steuer- und Polizeivorschriften¹ vor der Ablieferung an den Empfänger erforderlich sind; sie sind im Frachtbriefe genau zu bezeichnen. Die Eisenbahn ist nicht verpflichtet, diese Papiere auf ihre Richtigkeit und Vollständigkeit zu prüfen. Der Absender haftet der Eisenbahn, sofern sie nicht ein Verschulden trifft, für alle Folgen, die aus dem Mangel, der Unzulänglichkeit oder der Unrichtigkeit der Papiere entstehen; auch hat er für die Dauer eines hierdurch verursachten Aufenthalts in der Beförderung von mehr als 48 Stunden das tarifmäßige Lager- oder Standgeld zu zahlen.

1. Bei der Versendung von Rot-, Dam-, Reh- und Schwarzwild muß ein Ursprungschein oder eine Bescheinigung der zuständigen Behörde beigelegt werden. Vergl. Jagdordnung §§ 64 bis 67.

XI.

Amtliche Prüfung der Handfeuerwaffen.

1. Reichsgesetz, betr. die Prüfung der Läufe und Verschlüsse der Handfeuerwaffen.

Vom 19. Mai 1891. (RGBl. S. 109.)

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preußen usw., verordnen im Namen des Reichs, nach erfolgter Zustimmung des Bundesrats und des Reichstags, was folgt:

§ 1. Handfeuerwaffen jeder Art dürfen nur dann feilgehalten oder in den Verkehr gebracht werden, wenn ihre Läufe nach den Vorschriften dieses Gesetzes in amtlichen Prüfungsanstalten geprüft und mit Prüfungszeichen versehen sind.

§ 2. Die Prüfung besteht in einer Beschußprobe mit verstärkter Ladung.

Die Prüfung findet bei Terzerolen und Revolvern einmal statt. Auch bei anderen Handfeuerwaffen kann, wenn dieselben Würgebohrung nicht erhalten haben, die Prüfung auf Antrag des Einsenders auf eine einmalige Beschußprobe beschränkt werden. Im übrigen findet eine zweimalige Beschußprobe statt, die erste mit vorgerichteten Läufen, die zweite (Endprobe) nach Fertigstellung der Läufe einschließlich der Vereinigung bei Mehrläufen und der Anbringung der Verschlußstücke. Findet auf Antrag des Einsenders eine einmalige Prüfung statt, so ist dieselbe an den Waffen in dem sonst für die zweite Probe vorgeschriebenen Zustande vorzunehmen.

§ 3. Läufe oder Verschußteile, welche nach einer Beschußprobe un ganz oder aufgebaucht befunden werden, sind durch Einsägen oder Zerschlagen unbrauchbar zu machen.

Für Waffen, an deren Läufen oder Verschlüssen nach einer Beschußprobe andere Mängel vorgefunden werden, ist nach Beseitigung der letzteren eine einmalige Wiederholung der Beschußprobe zulässig. Läufe oder Verschußteile, welche nach der wiederholten Beschußprobe mangelhaft befunden werden, sind durch Einsägen oder Zerschlagen unbrauchbar zu machen.

§ 4. Wird an einer bereits geprüften Waffe während oder nach der Herstellung in dem Kaliber oder an dem Verschlusse eine Veränderung vorgenommen, so ist eine erneute Prüfung erforderlich. Dieselbe richtet sich bei Waffen, welche der Regel nach einer zweimaligen Prüfung unterliegen, nach dem Stande der Herstellung, in welchem die Waffe sich befindet.

§ 5. Bis zu dem Zeitpunkte, mit welchem dieses Gesetz seinem ganzen Umfange nach in Kraft tritt,¹ sind Handfeuerwaffen auf Antrag der Einsender durch die Ortspolizeibehörde oder eine andere von der Landes-Zentralbehörde zu bezeichnende Behörde mit einem Vorratszeichen,² welches durch den Bundesrat bestimmt werden wird, zu versehen.

1. Vergl. Anmerkung zu § 10. 2. Siehe Bekanntmachung unter 2 dieses Abschnitts.

§ 6. Auf Handfeuerwaffen,

1. welche mit dem Vorratszeichen versehen sind,
2. welche aus dem Auslande eingeführt und mit den vollständigen, den inländischen gleichwertigen Prüfungszeichen eines auswärtigen Staates versehen sind,

3. welche durch eine Militärverwaltung oder im Auftrage einer solchen hergestellt und geprüft worden sind,

finden die Vorschriften dieses Gesetzes solange keine Anwendung, als an den Waffen keine Veränderung des Kalibers oder des Verschlusses vorgenommen wird. Wird eine solche Veränderung vorgenommen, so bedürfen Waffen dieser Art der im § 4 vorgeschriebenen Prüfung, die unter 3 bezeichneten jedoch nur dann, wenn die Veränderung nicht durch eine Militärverwaltung ausgeführt oder geprüft worden ist.

Der Bundesrat bestimmt, welche Prüfungszeichen eines auswärtigen Staates als den inländischen gleichwertig anzuerkennen sind.¹

1. Der Bundesrat hat die von nachstehenden ausländischen Prüfungsanstalten auf Handfeuerwaffen aufgeschlagenen Prüfungszeichen als den deutschen Prüfungszeichen gleichwertig anerkannt:

1. die durch die königlich belgische Verordnung vom 4. Oktober 1898 vorgeschriebenen Prüfungszeichen der Probierbank für Handfeuerwaffen zu Lüttich (Bef. des Reichsfanzlers vom 26. April 1899, RGBl. S. 275. — Vergl. übrigens wegen der früheren Lütticher Prüfungszeichen diese Bef. und die vom 1. Februar 1894, B. Bl. f. d. D. R. S. 20),
2. die Prüfungszeichen der englischen Probieranstalten, der „Gunmakers Company“ in London und des „Proof House“ in Birmingham (Bef. vom 30. Juni 1894, B. Bl. f. d. D. R. S. 350, abgeändert unterm 20. März 1909, das. S. 81),
3. die Prüfungszeichen der französischen Probierbank für Handfeuerwaffen zu St. Etienne und Paris (Bef. vom 15. Juli 1904, RGBl. S. 309),
4. die bei Prüfung der automatischen Taschenpistole „Stehr“ durch die österreichischen Probieranstalten zu Jerlach, Prag, Weipert und Wien sowie die bei Prüfung der ungarischen Repetierpistole (deutsche Reichspatente Nr. 139766, 178601, 178602, 205244, 210265, 206037 und 201949) durch die ungarische Versuchsstation für Handfeuerwaffen zu Budapest angewandten Prüfungszeichen (Bef. im B. Bl. f. d. D. R. 1910, S. 203).

Die den deutschen gleichgestellten ausländischen Prüfungszeichen sind in den angezogenen Bekanntmachungen abgebildet.

§ 7. Die näheren Bestimmungen über das Verfahren bei der Prüfung, über das Gewicht und die Beschaffenheit des bei der Beschußprobe zu verwendenden Pulvers und Bleies, sowie über die Form und das Schlagen der Prüfungszeichen werden durch den Bundesrat erlassen.¹

1. Vergl. die Bekanntmachung des Reichskanzlers unter 2 dieses Abschnittes.

§ 8. Die Einrichtung der Prüfungsanstalten erfolgt durch die Bundesregierungen. Für die Prüfungen können Gebühren erhoben werden. Dieselben dürfen die Kosten der Prüfung nicht übersteigen.

§ 9. Mit Geldstrafe bis zu 1000 Mark oder mit Gefängnis bis zu 6 Monaten wird bestraft:

wer Handfeuerwaffen feilhält oder in den Verkehr bringt, deren Läufe oder Verschlüsse nicht mit den vorgeschriebenen oder zugelassenen (§ 6) Prüfungszeichen versehen sind.

Neben der verwirkten Strafe ist auf die Einziehung der vorschriftswidrig feilgehaltenen oder in den Verkehr gebrachten Waffen zu erkennen, ohne Unterschied, ob sie dem Verurteilten gehören oder nicht.

Ist die Verfolgung oder Verurteilung einer bestimmten Person nicht ausführbar, so kann die im vorstehenden Absatz bezeichnete Maßnahme selbständig erkannt werden.

§ 10. Der § 8 tritt mit dem Tage der Verkündung dieses Gesetzes in Kraft.

Im übrigen wird der Zeitpunkt, mit welchem das Gesetz in Kraft tritt, mit Zustimmung des Bundesrats durch Kaiserliche Verordnung bestimmt.¹

1. Durch Kaiserliche Verordnung vom 20. Dezember 1892 (RGBl. S. 1055) ist § 5 zum 1. Januar 1893, der übrige Teil

des Gesetzes, soweit er sich nicht bereits in Kraft befand (§ 8), zum 1. April 1893 in Kraft gesetzt worden.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Kaiserlichen Insiegel.

Gegeben Schlobitten, den 19. Mai 1891.

(L. S.)

Wilhelm.
von Bötticher.

2. Bekanntmachung des Reichskanzlers, betr. die Ausführung des Gesetzes über die Prüfung der Läufe und Verschlüsse der Handfeuerwaffen vom 19. Mai 1891.

Vom 22. Juni 1892. (RGBl. S. 674.)

Auszug.

Aus dieser Bekanntmachung mögen hier die in jagdlichen Kreisen allgemeiner interessierenden Vorschriften über die Prüfungszeichen und das Vorratszeichen Platz finden. — Die Berichtigung RGBl. 1893 S. 3 und die Zusatz-Bekanntmachung vom 8. Mai 1895 RGBl. S. 232 beziehen sich auf Teile dieser Bekanntmachung, die hier nicht abgedruckt sind.

Auf Grund des § 7 des Gesetzes, betr. die Prüfung der Läufe und Verschlüsse der Handfeuerwaffen, vom 19. Mai 1891 (RGBl. S. 109) hat der Bundesrat über das Verfahren bei der Prüfung, über das Gewicht und die Beschaffenheit des bei der Beschußprobe zu verwendenden Pulvers und Bleies, sowie über die Form und das Schlagen der Prüfungszeichen nachstehende Bestimmungen erlassen:

A. Prüfungsbestimmungen.

— — — — —

Prüfungszeichen.

15. Nach den einzelnen Beschußproben sind folgende Prüfungszeichen zu schlagen:

a) für die einmalige Beschußprobe von Revolvern und Terzerolen

- als Beschußstempel die Reichskrone,
als Untersuchungsstempel der Buchstabe U
mit der Reichskrone darüber;
 - b) bei Waffen, welche einer zweimaligen Beschuß-
probe unterliegen,
 - 1. für die erste Probe der Reichsadler,
 - 2. für die Endprobe der Reichsadler und der
unter a aufgeführte Untersuchungsstempel;
 - c) bei Waffen, welche auf besonderen Antrag der
Einsender einer einzigen Beschußprobe im Zu-
stande für die Endprobe mit der dem betr.
Kaliber entsprechenden Ladung der ersten Be-
schußprobe unterworfen sind,
 - als Beschußstempel der Buchstabe B mit der
Reichskrone darüber,
 - als Untersuchungsstempel der Buchstabe U
mit der Reichskrone darüber;
 - d) bei Waffen, welche nach Ziffer 6 einer erneuten
Prüfung (eine solche muss eintreten, wenn die Waffen nach
der Prüfung im Kaliber, an den Verschlüssen oder in den
Patronenlagern verändert sind) unterzogen worden sind,
außer dem bereits geschlagenen Prüfungszeichen
 - als Beschußstempel der Buchstabe R mit der
Reichskrone darüber,
 - als Untersuchungsstempel der Buchstabe U
mit der Reichskrone darüber.
16. Das Prüfungszeichen zu 15b 1 wird auf den runden
Teil der Läufe nahe dem hinteren Ende vor den
ebenen Flächen und, wenn solche nicht vorhanden,
an entsprechender Stelle, und rechts neben diesen
Stempel
- a) bei Läufen für Schrotschuß der Buchstabe S mit
der Reichskrone darüber, oder, sofern die Läufe
mit Würgebohrung versehen sind, der Buchstabe
W mit der Reichskrone darüber,

- b) bei Läufen für ein Einzelgeschoß der Buchstabe G mit der Reichskrone darüber geschlagen.

Die Prüfungszeichen zu 15 a, 15 b 2 und 15 c sind auf der unteren, die Prüfungszeichen zu 15 d auf der oberen Lauffläche, und wenn solche nicht vorhanden, an entsprechender Stelle — und zwar der Untersuchungsstempel hinter dem Beschußstempel — zu schlagen.

Sind Läufe mit Würgebohrung nach der ersten Prüfung in dem engeren Teil der Bohrung ganz oder zum Teil gezogen worden, so sind rechts neben den Beschußstempel für die Endprobe die Buchstaben SW in einem Schriftzug mit der Reichskrone zu schlagen.

Sind bereits geprüfte Läufe später mit Würgebohrung versehen worden, so erhalten dieselben bei der erneuten Prüfung (Ziffer 6), wenn die Würgebohrung eine glatte ist, den Buchstaben W mit der Reichskrone darüber, wenn die Läufe aber in dem engeren Teil der Bohrung ganz oder zum Teil gezogen worden sind, den in dem vorhergehenden Absatz bezeichneten Stempel SW mit der Reichskrone darüber neben den Beschußstempel zu Ziffer 15 d.

17. Auf alle Läufe ist nach der zweiten oder einmaligen Beschußprobe die Kalibergröße (Nr.) des Laufs aufzuschlagen, und zwar hinter dem Untersuchungsstempel. Rechts neben die Bezeichnung des Laufkalibers ist außerdem zu schlagen:
1. bei Läufen für ein Einzelgeschoß mit stärkerer Ladung als die gewöhnliche (für sog. Expreßbüchsen) der Buchstabe E mit der Reichskrone darüber;

2. bei Läufen von Hinterladerwaffen für Schrotschuß eine die Kalibergröße (Nr.) des Patronenlagers bezeichnende, in einem Kreis eingeschlossene Ziffer, z. B. $\textcircled{12}$

18. Auf Terzerole ist das Gebrauchsgeschoß und die dem Kaliber der Waffe entsprechende vorschriftsmäßige Pulverladung (Ziffer 2), auf solche Waffen, für welche an Stelle der in den Beschußtafeln aufgeführten für sie unanwendbaren oder ungeeigneten vorschriftsmäßigen Ladungen eine besondere Ladung den Beschußproben zugrunde gelegt worden ist (Ziffer 4 Abs. 3), ist diese besondere Ladung auf die obere Lauffläche oder, wenn solche nicht vorhanden, an entsprechender Stelle aufzuschlagen, z. B.

$$\frac{12 \text{ gr N. G. P. M/71.}}{60 \text{ gr Bl.}}$$

19. Sind nach den vorgeschriebenen Beschußproben mit *N. G. P. M/71* auf Antrag der Einsender Läufe mit noch einer anderen Pulversorte probiert worden (Ziffer 11), so ist auch die dieser Pulversorte entsprechende Ladung auf die obere Lauffläche oder, wenn solche nicht vorhanden, an entsprechender Stelle aufzuschlagen und zwar gegebenenfalls neben die in Ziffer 18 vorgeschriebene Ladungsangabe, z. B.

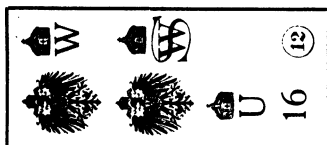
$$\frac{12 \text{ gr Sch. P.}}{70 \text{ gr Bl.}}$$

20. Bei Läufen, welche eine Schwanzschraube oder einen Hinterladerverschluß, Verschlußgehäuse, Verschlußblock oder Verschlußkammer haben, mit welchen die Läufe verbunden oder verschlossen sind, soll der Beschußstempel und der Untersuchungstempel, den die betr. Läufe für die einmalige oder die zweite Beschußprobe erhalten

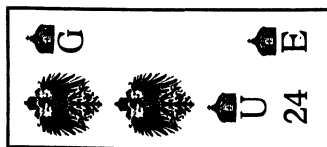
haben, auch auf den Schwanzschrauben, Hinterladerschlüssen, Verschlußgehäusen, Verschlußblöcken, Verschlußkammern und bei Revolvern auf den Patronenlagerwalzen aufgeschlagen werden.

21. In einigen Beispielen sei die Art der Stempelung der Läufe dargestellt:

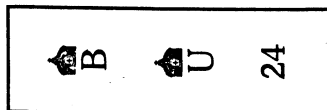
1. auf Läufe für Schrotschuß, welche mit Würgebohrung versehen und in dem engeren Teil ihrer Bohrung ganz oder zum Teil gezogen sind,



2. auf Läufe für ein Einzelgeschöß mit stärkerer Ladung (Expreßbüchsen) nach zweimaligem Beschuß,



3. an Läufen, welche auf Antrag der Einsender nur einem einzigen Beschuß im fertigen Zustande mit der dem Kaliber entsprechenden Ladung für den ersten Beschuß unterzogen sind.



B. Vorratszeichen.

22. Als Vorratszeichen (§ 5 des Gesetzes) ist ein V mit der Reichskrone darüber auf der oberen Lauffläche oder, wenn solche nicht vorhanden, an entsprechender Stelle, außerdem aber auch auf den unter Ziffer 20 bezeichneten Teilen aufzuschlagen.



Sachverzeichnis.

Die Zahlen bezeichnen die Seiten.

Abgabe für Jagdscheine 50.
 Abnahme des Jagdscheines 55.
 Abrundung der Jagdbezirke
 22, 29.
 Abschätzung des Wildschadens
 68 ff.
 Abstimmung
 der Jagdgenossen 24, 27.
 des Jagdvorstandes 29.
 Ader, bestellte 18.
 Angriff auf einen Beamten usw.
 172 ff., 179.
 Anschluß von Grundstücken 16,
 22, 24, 25, 26, 29, 30.
 Anschüttungsflächen der Eisen-
 bahnen 16.
 Anstand 63.
 Auerwild 13, 56.
 Ausländer, f. Reichsausländer.
 Auslegung
 Beschlüsse usw. des Jagd-
 vorstandes 29.
 Pachtbedingungen 32.
 Pachtvertrag 37.
 Verteilungsplan 41.
 Ausschachtungsflächen der Eisen-
 bahnen 16.
 Austausch für Jagdbezirke 22.
 Austerfischer 13.
 Ausweis
 zum Töten jagdb. Tiere 17,
 72, 73, 74, 75, 77, 92, 93.
 zum Töten von Vögeln 149.
 Bahnhöfe 16.
 Baumläufer 136, 141.

Beamte, f. auch Jagdschutz-
 beamte,
 Dienstkleidung 158 ff.
 Jagdschein 51.
 Jagdschutz 86 ff.
 Schutz, strafrechtlicher 171 ff.
 Unfallversicherung 209 ff.
 Vogelschutz 149.
 Waffengebrauch 176 ff.
 Bedrohung 172 ff., 179 ff.
 Beerdigung 89, 178.
 Beförderung (Eisenbahn-)
 Hunde 220, 221.
 Schußwaffen 221.
 Gepäck, Munition usw. 222.
 Bekanntmachung
 der Beschlüsse des Jagdvor-
 standes und dergl. 29, 30,
 31, 32, 37, 41.
 der Jagdverpachtung 32.
 der Schonzeiten 61.
 Befassenen 13.
 Beschlagnahme 164—166.
 Wildfleisch 194.
 Beschwerde
 Abgrenzung des Jagdbezirkes
 30.
 Jagdpolizeibehörde 85.
 Jagdscheine 55.
 Jagdverpachtung 32—37.
 Jagdvorstand 29.
 Betriebsunfälle 209 ff.
 Birkwild 13, 56, 61.
 Bläßhühner 14.
 Blutauffrischung 83.

Brachvögel 13.
 Braunschweig (Stadt), Feld-
 marksgemeinden 23.
 Brieftauben, s. Tauben.
 Bundesstaaten (benachbarte)
 Grundstücke 19.
 Verfolgung Flüchtiger 161.
 Fussard 63, 144.
 Bücher für Ohrmarken 111,
 112, 123.
 Bürgerschaft 48.
 Dachs 13, 18, 56, 61.
 Dienstabzeichen, s. Dienst-
 kleidung.
 Dienstleid 89.
 Dienstkleidung 86, 158, 159,
 160, 179, 182.
 Drahtzaun 205.
 Drosseln 13, 57, 152.
 Durchsuchung 165—169.
 Edelmarder 13.
 Eier 138, 143, 147, 150.
 jagdbarer Vögel 62, 95, 129.
 Eigenjagdbezirke 16, 19—22,
 24—26, 30.
 Eigentümer
 Gehege 2.
 Grundstücksanschluß 19, 24,
 26, 30, 41.
 Eigentumswechsel 21, 26.
 Haubzeug 17.
 Wilderergerut 6.
 Einführung neuer Wildarten 97.
 Eingefriedigte Grundstücke 16.
 Einspruch 31, 41.
 Einwanderung neuer Wildarten
 97.
 Einziehung 164.
 Jagdgeräte, Wild usw. 92,
 95, 127.
 beim Vogelfang 143, 150.
 Eisenbahnen 16.
 Eisenbahnanlagen 218, 219.

Eisenbahn-Bau- und Betriebs-
 ordnung und Verkehrs-
 ordnung 218 ff.
 Eisvögel 146.
 Enten, wilde, s. Wildenten.
 Entschädigung für angehloffene
 Grundstücke 22, 26, 30.
 Entziehung
 Jagdschein 55.
 Waffengebrauchsrecht 178,
 181 ff.
 Erlaubnisscheine, s. Jagd-
 erlaubnisscheine.
 Erschspflicht
 Jagdausübung 18.
 Wildschaden 3, 4, 64 ff.
 Eulen 63.
 Fallen 62, 127, 128.
 Fallkäfige, Fallkästen 140.
 Fallwild 126.
 Familiensideitommis 15.
 Familienstammgut 15.
 Fangen 63, 140 ff.
 Fangwerkzeuge
 Wild 62, 63, 95, 127.
 Vogelfang 140 ff., 143, 150.
 Fasanen 3, 13, 56, 61.
 Federvieh 144.
 Feiertage, s. Sonntage.
 Feldmarksgemeinden der Stadt
 Braunschweig 23.
 Feldtauben, s. Tauben.
 Feldzungen 22, 23, 29, 30.
 Festnahme 169.
 Festtage, s. Sonntage.
 Fennenschau 192 ff.
 Fischadler 146.
 Fischereiberechtigter 76, 146.
 Fischereigesetz 76, 146.
 Fischotter 13, 14, 146.
 Fischreiber 146.
 Fleischbeschau 190 ff., 194.
 Flugwild, Rühlhäuser 107 ff.

Flußuferläufer 13.
 Forstassessoren 176, 181.
 Forstrevier 54.
 Forstreferendare 176, 181.
 Frachtschein 82.
 Fristen, Berechnung 98.
 Fußangeln 129.
 Futterplätze 18.
 Füchse 13, 18.
 Gänse, wilde, s. Wildgänse.
 Gebäude 16, 17.
 Gebühren
 Jagdscheine 50.
 Mühlhäuser 111.
 Gehege 2, 66, 74.
 Gehöfte 16, 17.
 Gemeindeforsten 46.
 Gendarmeriekorps
 Hilfsbeamte der Staatsanwaltschaft 162.
 Jagdscheinkontrolle 88.
 Vogelschutz 149.
 Gerichtsverfassungsgesetz
 161—163.
 Gesundheitspolizei 185 ff.
 Gewalt gegen einen Beamten
 usw. 172 ff., 179 ff.
 Gottesdienst 63.
 Graben nach Füchsen und
 Dachsen 18.
 Grenzen
 Gemeindebezirke u. Gemar-
 tungen 26.
 Jagdbezirke 22, 29, 97.
 Grundeigentümer
 angeschlossene oder anzu-
 schließende Grundstücke 24,
 26, 30, 41.
 Jagdbrecht 15.
 Eigentumswechsel 21.
 Herrichtung von Anlagen 18.
 Schonung ihrer Interessen 18.
 Wildschadenverhütung 71 ff.

Grundstücke

angeschlossene oder anzu-
 schließende 22, 24, 25, 66.
 in benachbarten Bundes-
 staaten gelegene 19.
 eingefriedigte 16, 17.
 fruchttragende 18.
 getrennt liegende 16.
 in der Nähe von Forsten 71.
 nicht mit Wald bestandene 22.
 nicht zur Jagdausübung ge-
 eignete 17, 95.
 von einem Jagdbezirk um-
 schlossene 24.
 zusammenhängende 16.
 Haft 170, 171.
 Haftung
 Bürge bei Jagdscheinen 48.
 für Jagdgäste usw. 18.
 des Jagdleiters 206.
 für Kinder usw. 128, 150.
 Handfeuerwaffen 224 ff.
 Haselwild 13, 56, 57.
 Hasen 13, 56, 107 ff.
 Hauptregeln für Verhalten
 des Schützen 104, 117.
 Hausfuchung 165—169.
 Herrenlose Sachen 5, 6.
 Hilfsbeamte der Staatsanwalt-
 schaft 161 163, 164—169.
 Hirschtangen 94.
 Hofjagdbezirke 20, 21, 43, 44,
 51, 62, 63, 74.
 Hohltauben 13.
 Höfe 17.
 Hunde 62, 90, 94, 95, 127.
 auf der Eisenbahn 220, 221.
 Tollwut 185—189.
 Trichinenschau 192 ff.
 Hühnerbölge 13, 151.
 Iltis 13.

Jagdauffseher

- Abzeichen 160.
- Annahme 42, 43.
- Haftung 18.
- Hilfsbeamte 162.
- Jagdscheine 51.
- Jagdschuß 86 ff.
- Schuß, strafrechtlicher 173.
- Vogelschuß 149.
- Waffengebrauch 178, 179, 182.

Jagdausrüstung 43, 46, 48, 127.**Jagdausbildung** 62, 94, 104, 116, 117, 125 ff.**Jagdbare Tiere** 12, 13, 97.**Jagd- und Forstbeamte**

f. auch Jagdschußbeamte.

Dienstkleidung 158—160.

Jagdschuß 86 ff.

Vogelschuß 149.

Jagdberechtigter

Wildschadenersatz 3, 4.

strafrechtlicher Schutz 173 ff.

Jagdbezirke, gemeinschaftliche 16, 18, 22—42.**Jagdbezirke**, eigene, f. Eigenjagdbezirke.**Jagderlaubnißscheine** 35, 43, 44, 88, 93, 94, 103, 113, 114.**Jagdgäste** 18, 43, 46, 64, 90, 93.**Jagdgenossenschaft**

Begriff 27.

Eriazpflicht bei Wildschaden 4, 66.

Haftung für mißbräuchliche Ausübung der Jagd 18.

Verteilung der Einnahmen und Ausgaben 41.

Verwaltung 27 ff.

Jagdleiter 206.**Jagdpflege** 61.**Jagdpolizeibehörde** 84, 85.**Jagdpolizeiübertretungen** 54, 91 ff.**Jagdrecht**, Begriff 12, 13.**Jagdregeln** 117.**Jagdscheine** 47—56, 103 ff.

Abgaben 50, 51, 55.

Entziehung 55.

Erteilung 48, 103 ff.

Gültigkeit 49, 50.

Jagdscheinkontrolle 88.

kein Jagdschein erforderlich 49.

Muster von 115 ff.

Strafvorschriften 92, 93.

Übergangsvorschrift 99.

Verjagung 52—55.

Verzeichnis 105, 118.

Jagdschuß 85 ff.**Jagdschußbeamte** 158 ff.

Dienstkleidung 158—160, 179, 182.

Hilfsbeamte der Staatsanwaltschaft 161—163.

strafrechtlicher Schutz 173 ff.

Waffengebrauch 176 ff.

Jagdstrafvorschriften

Jagdbordnung 91 ff.

Strafgesetzbuch 125 ff.

Jagdvorstand

Ausschluß oder Ausscheiden eines Mitgliedes 29.

Befugnisse 22, 26, 29, 31, 32, 35, 37, 40, 41, 42, 44.

Zusammensetzung, Wahl 27, 28, 29.

Jagen

unberechtigtes 125 ff.

gewerbsmäßiges 127.

Jahresjagdschein 50, 104.**Jäger**, angenommene, f. Jagdauffseher.

Junge 138, 143, 147.
 von jagdbaren Vögeln 62, 95, 129.
 Jungwild 57.
 Juristische Personen 20.
 Kalb, Begriff 57.
 Kammer- u. Klostergut 20, 21, 43, 62, 63, 74, 77, 78, 148.
 Kampfschneppen 13.
 Kanäle 16.
 Kaninchen, wilde, Jagdbarkeit 13.
 Strafe 95.
 Wildschadenverhütung 77.
 Katzen
 Tollmut 185—189.
 Töten von Katzen 90.
 wilde, Jagdbarkeit 13.
 Kennzeichnung
 von Wild in Rühlhäusern 108 ff.
 von untersuchtem Fleisch 198 ff.
 Kesseltreiben 205.
 Kiebitze
 nicht jagdbar 14, 139.
 Eier 147.
 Kleiber 136, 141.
 Klettervögel 136.
 Kormorane 14, 144.
 Körperverletzung 202—204.
 Krametsvögel 13, 57.
 Kraniche 13.
 Kreisausschuß 31, 32, 35, 37.
 Kreiskommunalkasse 50.
 Kuckucksvögel 151.
 Kugelschuß bei Rotwild 62.
 Rühlhäuser 82, 83, 107 ff. 124.
 Ladung
 Jagdgenossen 24, 27.
 Jagdvorstand 29.
 Wildschaden 68.
 Landesfürst 48.
 Landes-Vogelschutzgesetz 64, 76.

Leim und Leimruten, Vogel-
 fang 140, 142, 147.
 Lockvögel 140.
 Marder 13.
 Meisen 137, 141.
 Mieter von Gebäuden usw. 17.
 Militär-Brieftauben, i. Tauben.
 Mißbrand 186, 187.
 Miteigentümer eines Grund-
 stückes 24, 27.
 Möwen 13, 139, 144.
 Muster gemäß Jagdordnung
 101, 102, 113 ff.
 Nachsuche 63.
 Nester 138, 143, 147, 150.
 Neze
 unberechtigtes Jagen 127, 128.
 Vogelfang 140, 141, 147.
 Nichtigkeit
 von Pachtverträgen 21, 40.
 Streitigkeiten über Nichtig-
 keiten von P. 21, 40.
 Nießbrauch 15.
 nießbrauchähnliche Rechte des
 Familienrechtes 15.
 Notstand 176, 177, 184.
 Notwehr 175, 176, 184.
 Nörz 14.
 Nutzungsberechtigter
 Begriff 17.
 Befugnis zum Töten von
 Raubzeug 17.
 Ohrmarken 109 ff., 123.
 Ortslagen 16.
 Ottern 13, 14, 146.
 Pachtabtretungen 35.
 Pachtbedingungen 34, 35.
 öffentl. Auslegung 32.
 Pachtgelder 41.

- Pachtverträge, Jagdpachtverträge**
 allgemeine Vorschriften 34, 35.
 Beschwerde beim Kreisaußschusse 37.
 Eigenjagdbezirke 21.
 gemeinschaftliche Jagdbezirke 26.
 Richtigkeit 21, 40.
 öffentliche Auslegung 37.
 Stempelpflicht 38, 39.
 Übergangsvorschriften 98, 99.
 Verlegung der Grenzen des Gemeindebezirkes 26.
 Wechsel im Grundeigentum 21, 26.
Pachtzeit 34, 35
Pächter von Gebäuden usw. 17.
Pächter, Jagdpächter, Anzahl 34.
Personen, juristische 20.
Plomben, Kennzeichnung von Wild 110 ff.
Polizeiaufsicht 53, 127, 166, 167, 171.
Polizei- und Sicherheitsbeamte
 Dienstobliegenheiten, allgemeine 164—169.
 Hilfsbeamte der Staatsanwaltschaft 161—163.
 Jagdschuß 86 ff.
 Vogelschuß 149.
 Waffengebrauch 176 ff.
Polizeiübertretungen, Ges. betr. die P. 157, 171.
Postschein 82.
Privatforsten 46.
Protokoll
 über Sitzungen des Jagdvorstandes 29.
 über die Versammlung der Jagdgenossen 32.
Protokollbuch 29.
- Prüfung, amtliche, der Handfeuerwaffen** 224 ff.
Prüfungszeichen, Handfeuerwaffen 228 ff.
Rabenvogel 144.
Rallen 13.
Raubvögel 136, 137, 144, 151, 152.
Raubzeug
 Begriff 13.
 Fangen von R. 62.
Rauschbrand 186, 187.
Rebhühner 13, 57, 61.
Rechtshilfe 161.
Regenpfeifer 13.
Rehbockstangen 94.
Rehböcke 56, 61, 94.
Rehtälber 56, 57, 61.
Rehwild
 Jagdbarkeit 13.
 Kälber 57.
 Rühlhäuser 107 ff.
 Schonzeit 56.
 Ursprungsschein 80.
 Wildhandel 80, 84.
 Wildschaden 3.
Reichsausländer
 Jagdscheine 48, 50.
 Jagdverpachtung 35.
Reiher 144.
 Jagdbarkeit 13.
Reiher, graue, nicht jagdbar 14.
Reisgepäck 222.
Rente, Unfall- 211 ff.
Rindersenke 186, 187.
Ringeltauben 13, 144.
Rohrdommeln 13.
Rotwild
 in herrschaftlichen Revieren 57.
 Jagdbarkeit 13.
 Kälber 57.
 Kugelschuß 62.

Rotwild

Kühlhäuser 107 ff.

Schonzeit 56.

Ursprungsschein 80.

Wildhandel 80, 84.

Wildschaden 3.

Wildschadenverhütung 73.

Ruhen des Stimmrechtes
der Miteigentümer eines
Grundstückes 27.

Rücktritt von Jagdvorstands-
mitgliedern 29.

Sachbeschädigung 204—206.

Sachverständige, Wildschaden
68, 105.

Saufänge 62.**Säger** 14, 144.**Schaden**

bei Ausübung der Jagd 18.

durch Vögel 142, 147, 148.

durch Wild, s. Wildschaden.

Schadenwild

Aufhebung der Schonzeiten
72 ff.

Begriff 4.

Schießen, unbefugtes 54.**Schießlöcher** 18.**Schießwerkzeuge** 129.**Schlachtviehbeschau** 190 ff., 194.**Schlageisen** 62, 129.**Schlingen**

für Wild 62, 94, 95, 127, 128.

für Vögel 140, 142, 147.

Schnepfen, s. Kampf-, Ufer-
oder Waldschnepfen.

Schonvorschriften 56—64.

Strafe 94, 127.

Schonzeiten 56—61, 104, 116.

Anderung 61.

Aufhebung f. Schadenwild 72 ff.

eingeführte oder eingewan-

derte Wildarten 97.

Wildhandel 83, 84, 103.**Schulknaben**

Treibjagden 206.

Schusswaffen

Ausübung der Jagd mit 62.

Benutzung 17, 72—78.

Eisenbahnbeförderung 221.

Einziehung 95, 127, 150.

Jagdschuß 90.

Unvorsichtige Führung von 52.

Waffengebrauch 179.

Schussstreifen b. Eisenbahnen 16.**Schwannenhäse** 62.**Schwarzamstel** 13.**Schwarzwild**

Fangen in Saufängen 62.

Fleischbeschau 190—192.

Jagdbarkeit 13.

Trichinen- und Finnenschau
192—201.

Ursprungsschein 80.

Wildschaden 3, 66.

Wildschadenverhütung 74.

Schweine, wilde, s. Schwarzwild.**Schwimmbögel** 137.**Seeschwalben** 13.

Seitengräben bei Eisenbahnen
16.

Selbstgeschosse 129.**Seuchenpolizei** 185 ff.**Sonntage** 63, 94, 98.**Spechte** 151.

Sperlingsvögel 136, 137, 144,
151, 152.

Staatsanwaltschaft, Hilfs-
beamte der St.

Bestellung 161—163.

Dienstobliegenheiten 164 bis
169.

Steinmarder 13.**Stelzenläufer** 137.**Stempelpflicht**

Jagdpachtverträge 38, 246.

Jagdscheine 51.

Stempelsteuer

Jagdpachtverträge 38, 39.

Jagdscheine 51, 104.

Sterbegeld, Unfall 211.**Störche** 14, 63.**Strafgesetzbuch, Reichs-**Anwendung auf Jagdpolizei-
übertretungen 91.

Jagdstrafvorschriften 125 ff.

Körperverletzung 203, 204.

Sachbeschädigung 204.

Widerstand gegen die Staats-
gewalt oder Forst- und
Jagdbeamte 172 ff.**Strafprozeßordnung** 163—171.**Strafvorschriften**Eisenbahn-Bau- u. Betriebs-
ordnung 219.

Jagdbordnung 91 ff.

Prüfung von Handfeuer-
waffen 227.**Tauben** 157.**Trichinenschau** 195.

unberechtigtes Jagen 125 ff.

Ungebühr gegen Beamte 171.

Viehseuchen 189, 190.**Vogelschutzgesetze** 143, 149, 150.Widerstand gegen die Staats-
gewalt 132 ff.**Strandläufer** 13.**Straßen** 16.**Sumpfhühner** 13.**Sumpfpotter** 14.**Sumpfvögel**

geschützte 151.

nicht geschützte 152.

Jagdbarkeit 13, 152.

Schonzeiten 57.

Tagesjagdschein 50, 104.**Tauben**

Brieftauben 153 ff.

Feldtauben 156 ff.

Jagdbarkeit 13, 151.

Tauben

Strafen 157.

wilde 144.

Taucher 14, 144, 146.**Teichhühner** 13.**Teiljagdbezirke** 22, 29, 31.**Termin**

Jagdverpachtung 32.

Wildschadensabschätzung 68,
105.**Tiere**

gezühmte 7.

jagdbare 12, 13, 62.

herrenlose 7, 12.

wilde 7.

Tiergärten 7.**Tollwut** 186, 187—189.**Trappen** 13, 57.**Treiber** 18, 49, 209.**Treiberdienste** 49.**Treibjagden** 205, 206.**Trichinenschau** 192 ff.**Triele** 13.**Turteltauben** 13.**Uferschnepfen** 13**Uhu** 63, 144, 147.**Unentgeltlichkeit** von Jagd-
scheinen 51.**Unfallversicherung** 207 ff.

Ungebühr gegen Beamte 171.

Untauglichkeit eines Jagdvor-
standsmitgliedes 29.**Unterschlagung** 53, 54.**Untersuchung**Schlachtvieh, Schweine
190—201.

Wildschaden 68 ff.

Untersuchungshaft 170, 171.**Unterverpachtungen** 35.**Unwürdigkeit** eines Jagdvor-
standsmitgliedes 29.**Ursprungsschein** 80 ff., 107, 223.

Muster 101, 102.

- Verfolgung eines Flüchtligen
 161, 166.
 Verhaftung 169—171.
 Verjährung
 Jagdvergehen 126.
 Jagdpolizeiübertretungen 91.
 Verkehrsordnung, Eisenbahn-
 220.
 Verlegung der Grenzen von
 Gemeindebezirken und Ge-
 markungen 26.
 Vernehmung festgenommener
 Personen 169.
 Verpachtung der Jagd
 in Eigenjagdbezirken 20, 21,
 in gemeinschaftlichen Jagd-
 bezirken 31-42,
 Pachtbestimmungen 34, 35,
 zulässige Zahl der Pächter 34.
 Versagung des Jagdscheins 52
 bis 55.
 Versammlung der Jagdgenossen
 Gültigkeit eines Beschlusses 32,
 Ladung, Beschlussfähigkeit und
 Abstimmung 27,
 Mitwirkung bei der Jagd-
 verpachtung 31.
 Verschulden des Beschädigten
 beim Wildschaden 65.
 Versteigerung bei Jagdver-
 pachtung 31.
 Verteilung der Pachtgelder 41.
 Verteilungsplan über Ein-
 nahmen und Ausgaben der
 Jagdgenossenschaft 41.
 Verwahrung von Beweis-
 mitteln usw. 163.
 Verwaltungsgerichtshof
 Ausschluß oder Ausscheiden
 von Jagdvorstandsmit-
 gliedern 29,
 Entschädigung für die Jagd-
 nutzung auf angeschlossenen
 Feldzungen und bei Grenz-
 abrundungen 30,
 Klage bei dem 85,
 Richtigkeit von Pachtverträ-
 gen 21, 49,
 Pachtbedingungen beim An-
 schluß an Eigenjagdbezirke
 30.
 Verwaltungsstreitverfahren
 Verwertung der Jagd wäh-
 rend eines B. 40.
 Viehschutengesetz 185 ff.
 Vogelfang 140 ff.
 zeitliche Beschränkung 141, 146,
 auf fremden Grundstücken 147,
 mit giftigen Stoffen 140.
 Vogelschutzgesetz, Land- u. B.
 64, 145 ff.,
 Strafen 149 ff.,
 Reichs-B. 138 ff.,
 Strafen 143.
 Vorbescheid, Wildschaden 69,
 70, 107, 120—122.
 Vordrucke, s. Muster.
 Vorsitzender des Jagdvorstandes
 28, 29, 32.
 Vögel
 geschützte 146, 151.
 nicht geschützte 144, 147, 152.
 jagdbare 13, 62, 95, 129,
 144, 145, 151, 152.
 nützliche 136, 137.
 schädliche 137.
 Fangen, Feilbieten usw.
 138 ff., 146, 147.
 Schaden durch Vögel 142,
 147, 148.
 Wachteln 13, 57, 61.
 Wachtelkönige 13.
 Waffengebrauch 176, 181.
 Anzeige 180, 183.
 Ausführung 179, 180, 183, 184.
 Untersuchung 183, 184.

Waldschneepfen 13, 57.
Wasserhühner 144.
Wasserläufe 16.
Wasserläufer 13.
Wasservogel
 nicht geschützte 152.
 Jagdbarkeit 13, 152.
 Schonzeit 57.
Wechsel des Eigentums an Grundstücken 21, 26.
Wege 16.
 öffentliche 43, 46, 48, 92, 93, 129.
Wegebenuß 46.
Weidwerken im Walde 63.
Widerstand
 gegen Forst- und Jagdbeamte 53, 173 ff.
 gegen die Staatsgewalt 54, 172.
 Waffengebrauch 179 ff.
Wiesen, nicht abgeerntete 18.
Wild
 auf nicht zu einem Jagdbezirk gehörenden Grundstücke 17.
 aus Forsten übertretendes 71, 72.
 Begriff 13.
 Einfangen von 63.
 in Fangwerkzeugen gefangen 63.
 Wildhandel und Wildverfendung 79 ff.
Wildddiebstahl, gewerbsmäßiger 53, 127.
Wildenten 13, 57, 61.
Wildern, i. Wildddiebstahl, gewerbsmäßiger.
Wildfolge 126.
Wildgänse 13, 57.
Wildhandel 79 ff.
 Strafe 94, 95

Wildschaden
 auf angeschlossenen Grundstücken 4, 66.
 Anmeldung des Anspruchs 2, 67, 105.
 an Bodenerzeugnissen 3–5, 67.
 Bürgerliches Gesetzbuch 1–5.
 Ersatz 1–5, 64 ff., 105 ff.
 Feststellung 1, 67 ff., 105 ff.
 an Gärten ufw. 2, 65.
 an Grundstücken 3, 4, 64 ff.
 Klage gegen Vorbescheid 70.
 Kosten der Feststellung 69, 70, 106.
 Sachverständige 68, 106 107.
 Schutzvorrichtungen 2, 65.
 Verhütung 71 ff., 95.
 Vorbescheid 69, 70 107.
 Vordrucke 119 ff.
Wildschadenersatz 64–71.
Wildschadenschätz r 68, 105.
Wildschadenverhütung 71 ff.
Wildschwäne 13.
Wildschweine, i. Schwarzwild.
Wildsende 186, 187.
Wildtauben, i. Tauben.
Wildverfendung 79 ff.
 Strafe 94, 95.
Wohnsitz 48.
Wohnungen, Durchsuchung von W. 165–169.
Wolfsangel 160.
Würger 144.
Zähmen von Wild 63.
Zollbehörden, Bescheinigung von 82.
Zusammenhang von Trennstücken 16.
Zuschlag bei Jagdverpachtung 35.

Erklärung der Abkürzungen.

a. a. O.	am angeführten Orte.
AG.	Ausführungsgesetz.
B. Bauer,	Die Jagdgesetze Preußens. I. Bd. 1909.
Begr.	Begründung des betr. Gesetzentwurfs.
BGB.	Bürgerliches Gesetzbuch.
DD.	Dalcks Preussisches Jagdrecht. 5. Aufl. von Delius. 1908.
Ebn.	Ebner, Das Preussische Jagdrecht. 1908.
EG. z. BGB.	Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuche.
EngD.	Engelhard u. Dandelfmann, Das Jagdrecht im Geltungsbereich der Preussischen Jagdordnung. 1908.
G. Görcke,	Die Preussische Jagdordnung. 4. Aufl. von Kohli, Die Preussischen Jagdgesetze. 1908.
G. u. B. S.	Braunschweig. Gesetz- und Verordnungs-Sammlung.
JAG.	Gesetz über die Ausübung des Jagdrechts vom 16. April 1852 Nr. 23.
i. H. Br.	im Herzogtume Braunschweig.
JPG.	Gesetz, die Jagdpolizei-Übertretungen betr., vom 1. April 1879 Nr. 19.
JRG.	Gesetz über die Aufhebung des Jagdrechts auf fremden Grundstücken und die Ausübung der Jagd durch die Grundbesitzer vom 8. September 1848 Nr. 39.
KK.	Kunze u. Kühnemann, Die Preussischen Jagdpolizeigesetze. 1907.
OLG.	Oberlandesgericht.
PJD.	Preussische Jagdordnung vom 15. Juli 1907.
RGBl.	Reichs-Gesetzblatt.
RG.	Reichsgericht.

RG. i. St. G.	Entscheidungen des Reichsgerichts in Strafsachen, herausgegeben von den Mitgliedern des Reichsgerichts.
RGRechtspr. i. St. G.	Rechtsprechung des Reichsgerichts in Strafsachen, herausgegeben von den Mitgliedern der Reichsanwaltschaft.
RGU.	Urteil des Reichsgerichts.
G.	Seite.
St. G. B.	Reichsstrafgesetzbuch.
Straff.	Straffenat.
WTG.	Gesetz über die Kontrolle des Wildtransportes und des Wildhandels vom 7. August 1854 Nr. 43.
ZBl. f. d. D. R.	Zentralblatt für das Deutsche Reich.
Zivilf.	Zivilsenat.

Die reichsrechtlichen Vorschriften sind in dieser Schrift in lateinischer, die landesrechtlichen Bestimmungen und die sämtlichen Erläuterungen in deutscher Schrift gedruckt worden.

Ergänzung

zum Schlußsatz der Num. 6 auf S. 39.

Nebenausfertigungen (Duplikate) von Miet- und Pachtverträgen waren nach der Bekanntmachung des Herzogl. Staatsministeriums vom 29. Juni 1903 Nr. 42 (G. u. V. S. S. 342) von der Stempelsteuer befreit. Eine ähnliche, auch die Jagdpachtverträge betreffende Vorschrift zur Ausführung des Gesetzes vom 3. März 1911 Nr. 25 ist demnächst zu erwarten. Danach würden Nebenausfertigungen (Duplikate) dieser Verträge stempelfrei sein.

Inseraten - Anhang

Winters

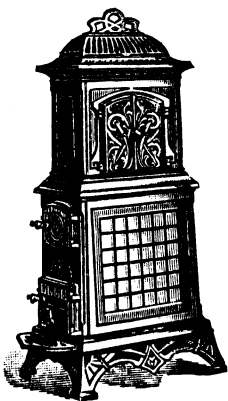
:: Dauerbrandöfen für ::

Holz- und Torffeuerung

gleichmäßiger Brand in
der Richtung der Holz-
faser, große Heizwirkung
bei sparsamstem Brenn-
materialverbrauch

Garantierte Brenndauer
mit einer Füllung bei
schwachem Brande 12
:: bis 30 Stunden ::

Hervorragend. Zeugnisse
Bei vielen Forstämtern
u. Forstbehörden seit
:: Jahren eingeführt ::



☛ Zu beziehen durch jede bessere Ofenhandlung. ☛

Man fordere Original-Verkaufsliste H. 51.

Germania Ofen- u. Herdfabrik
Winter & Co., Hannover.

Tech